REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 325 · 10.12.1990

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 64 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Aktionen gegen den Golfkrieg. Desertationskampagne und Behinderungsaktionen
2. Care-Pakete für Gorbatschow: Droht der UdSSR ein Winter der großen Leiden?
3. Do the right thing: Fight the power! Numia Abu-Jamal, dem ehemaligen Black Panther Pressesprecher, droht die Hinrichtung
4. Kuba - letzte Insel des Sozialismus?
5. Schokoküsse für die Blumenfrau Interview mit Ralf Reinders, Bewegung 2. Juni
6. Leserbriefe: betr.: Lob des KB und PDS-Arbeit des KB
7. Auf der Blechseite des Knastes Hungerstreik im Celler Knast
8. Das Ende einer Zeitung Brief der Monatszeitung vom 23.10.1990
9. KSZE-Konferenz in Paris: Ein "neues Zeitalter" - wohin?
10. Ehrenmänner und Patrioten Gladio und der schwarze Terror in Italien
11. Das Schwert des Generals Gehlen Gladio Deutschland
12. Nazi-Attentäter: "Einzeltäter" im Auftrag
13. Gladiolen aus den Niederlanden
14. Zwischen Spitzbergen und Sizilien: Geheimarmeen gegen den Kommunismus
15. Chronik eines angekündigten Krieges: Zum Hintergrund des Konflikts Irak - Kuweit, von Peter Billing und Bernhard J. Trautner
16. Chronologie des Golfkonfliktes Vom Überfall auf Kuwait zum Ultimatum für einen Golfkrieg
17. Fahnenflucht! Fahnenflucht?
18. Bundeswehreinheiten weiter im Kriegseinsatz
19. Kampagne gegen "Out of Area"-Einsatz der Bundeswehr
20. "Wir sprachen von einen Ägäis-Poesie" Zum Tode von Jannis Ritsos
21. Bundestagswahlen 1990: Rechts gewinnt, weil links zu schwach ist
22. Nach der Wahlniederlage: Grüne Realos mischen auf
23. Die Linke und die Bundestagswahlen: Alle Zeichen stehen auf außerparlamentarisch
24. APO-Konferenz in Hamburg
25. Nix Aufregendes: Kommentar von Georg Fülberth zum Ausgang der Bundestagswahlen
26. Deutsche Klassenverhältnisse Kommentar zum Wahlausgang von Joachim Bischoff
27. PDS/Linke Liste: Erste Überlegungen zur Bilanz
28. Ein Nachruf
29. DDR-Zeitungen zwischen Wende und Absturz
30. Berlin, Die Mainzer Straße - Chronologie der Ereignisse vom 12.-14. November
31. Ein kalter Herbst in diesem Jahr, von Marion Seelig
32. Presseerklärung des Antiquariats für DDR-Literatur, ehemals im Tuntenhaus Forellenhof, Mainzer Straße 4, 0-1035 Berlin
33. Wahlen in Berlin: Schwarz/Rot gegen Rot/Grün
34. Deutsche in Polen: "Brücke" oder "Brückenkopf"
35. Wem nützt die Aktion "Helft Rußland!"? Eindrücke eines Besuches in Leningrad, von Katja Leyrer
36. Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken - Wie lange noch?
37. Wahlen, Nationalismus und Scharlatanerie - Eine Übersicht über aktuelle politische Entwicklungen in Osteuropa
38. Freedom Now! Internationales Tribunal in New York
39. Assata - Eine Autobiographie
40. Jesuitenmorde in El Salvador: Ermittlungen werden weiter verschleppt, von Reimar Paul
41. El Salvador: Offensive der FMLN

42. Volksmacht und Guerilla in Peru - Interview mit Walter Palacios Vinces; Unidad Democratica Popular (UDP)
43. Koalitionsregierung zerbricht an Religionsstreit Hindu-Fundamentalismus im Aufwind
44. Französischer Atomtest-Terror in Polynesien von Dorothee Piermont
45. Januar 91: Teststopp-Konferenz der Vereinten Nationen
46. Solidarität für Inge Viett!
47. Kritischer Begleiter oder Ignorant? von Fred Beuchel
48. "Pädagogische Stimmungsmache" von Michael Stamm
49. "Wir setzen große Hoffnungen in die West-Linken" - Interview mit Fred Beuchel, Komm. Plattform der PDS
50. KB vor der Spaltung - Was wird aus dem ak?
51. Zur aktuellen Situation (des KB)
52. Schmutzige Scheidung?
53. Kleiner Kommentar zum großen Dilemma
54. Beschlüsse der Minderheit
55. "mitten im schlamassel" - christian geissler auf der peter-weiss-tagung in zürich 17/18-11-90
56. Skin und Punk statt FDJ
57. Ist das Unmögliche möglich?
58. Nicht wir rauben die Rohstoffe
59. KALENDER
60. Quelldatei 59bu.htm
61. Aktionen gegen den Golfkrieg
62. Fröhliche Weihnachten!
63. Ist der SU noch zu helfen?
64. Keine Lust auf links

1. Aktionen gegen den Golfkrieg. Desertationskampagne und Behinderungsaktionen

Desertionskampagne und Behinderungsaktionen

Rubrik: Golfkrieg; Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/50.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:50

Gegen den drohenden Krieg am Golf Desertionskampagne und Behinderungsaktionen

Vor vier Monaten folgte dem Überfall des Irak auf Kuweit der Truppenaufmarsch der USA und 27 anderer Staaten am Golf. Rund 30 weitere Staaten leisten Unterstützung dafür. Seit vier Monaten stehen wir am Rande eines Krieges mit katastrophalen Folgen. Durch das Ultimatum des UNO-Sicherheitsrates wird die Gefahr eines Krieges in der zweiten Januarhälfte noch größer.

Die Protestreaktionen in der BRD waren anfangs überaus mäßig und kamen über enggewordene Kreise von FriedensaktivistInnen und AntimilitaristInnen nicht hinaus. In den vergangenen Wochen hat sich das Bild aber geändert und es wird höchste Zeit, unsere Protestanstrengungen zu vergrößeren. Wir haben hier einen Überblick über die Aktivitäten der letzten Zeit zusammengestellt.

Bonn, 24.11.: Unter dem Motto "Stoppt den Krieg am Golf - Kein Blut für Öl" demonstrierten rund 8.500 Menschen gegen den Kriegskurs der USA am Golf. Ein breites Spektrum von Organisationen und Friedensgruppen hatte zur Demonstration aufgerufen. Wir berichteten darüber. "Staatsräson geht vor Menschenleben", erklärte Wolfgang Gehrhard, der drei Monate im Irak festgehalten worden war. "Hoffentlich rütteln am Ende nicht erst Särge die Leute wach", meinte der US-Kriegsdienstverweigerer Erik Larson. Die Demonstration könne nur ein Anfang sein, forderte Thomas Schmid von der Initiative Kirche von unten.

Stuttgart: 5.000 Menschen hatten bereits eine Woche zuvor, am 17.11., in Stuttgart unter dem Motto "Entrüstet Daimler" und für den Stopp aller Waffenexporte demonstriert. "Deutsche Waffen, deutsches Geld, töten mit in aller Welt" und "Kein Militär an den Golf - Fahnenflucht ist Friedensdienst", hieß es auf Plakaten.

Berlin: Ebenfalls am 17.11. führte ein Bündnis aus 60 Gruppen und 4.000 Menschen in Berlin eine "Spottparade gegen das Militär" durch. "Die Kompanie Rohrkrepierer", "Kreuzberger Grenadiere", "Köpenicker Panzerknacker", die "Feger 90" und viele andere Menschen zogen mit ihren Pappanzern durch die Stadt und protestierten gegen den drohenden Krieg und vor allem gegen die Einberufung der Westberliner zum Militärdienst, die bisher freigestellt waren. Es begann mit einer öffentlichen Musterung, wobei die Fähigkeit der Berliner zum Buckeln und Strammstehen begutachtet wurde.

Sand im Getriebe des Truppenaufmarsches

Inzwischen zeichnet sich ab, daß an verschiedensten Orten wachsender Protest gegen den aggressiven Kriegskurs der USA stärker in konkrete Aktionen umgesetzt wird.

Mannheim: In der Nacht zum 30. November behinderten etwa hundert Mitglieder regionaler Friedensgruppen für mehrere Stunden die Verladung von US-Militärfahrzeugen in Mannheim. Der Mannheimer Rheinauhafen ist gegenwärtig ein Hauptumschlagplatz für den Transport des Ausrüstungsmaterials der in Süddeutschland stationierten 7. US-Armee; von dort sollen allein 11.000 Fahrzeuge zu den Rheinmündungshäfen transportiert werden. Die im Aktionsbündnis "Kein Krieg am Golf" zusammengeschlossenen Gruppen sehen ihre Aktion als Auftakt für bundesweite Aktionen gegen den Truppenaufmarsch am Golf (taz, 1.12.90).

Bremen: Auch im Norden tut sich in dieser Richtung inzwischen einiges. Seit Mitte November halten Kriegsgegner aus Bremen jeden Sonntag Mahnwache vor der Lucius D. Clay-Kaserne in Garlstedt, dem Standort eines Teils der 2. US- Panzerbrigade. Diese 4200 Mann starke Einheit soll zwischen Weihnachten und Neujahr vollständig an den Golf verlegt werden. In Bremen selbst wird für den 15. Dezember eine Demonstration vorbereitet, außerdem gibt es Aktionsplanungen für den "Tag X", dem Beginn des amerikanischen Angriffs am Golf.

Bremerhaven: Eine zentrale Rolle im Rahmen des amerikanischen Truppenaufmarsches spielt Bremerhaven. Nicht ohne Grund waren Bremerhaven - und Nordenham als Munitionsumschlagplatz - im "Friedensherbst" 1983 Schauplatz massiver Blockaden und einer großen militant-antimilitaristischen Demonstration. Jetzt ist

Bremerhaven Ausgangspunkt der größten Schiffsoperation der USA seit dem 2. Weltkrieg. 50 Schiffe sollen insgesamt bis zum Jahresende das in der BRD gelagerte Material der US-Eingreiftruppe an den Golf schaffen, 35 davon werden in Bremerhaven abgefertigt, der Rest in Nordenham, Rotterdam und Antwerpen. Schon vor dieser gigantischen Truppenverlegungsaktion waren mehrere Hundert der modernsten Kampfpanzer aus Reservebeständen der US-Army in Richtung Golf verschifft worden. Mit dem Military Sealift Command (MSC) befindet sich auch der diese logistische Operation leitende Stab in Bremerhaven. Vor den Amerikanern hatten Ende September bereits britische Truppen die Hafenanlagen genutzt, um die 7. Panzerbrigade der Rheinarmee nach Saudi-Arabien zu schaffen.

Für die Hafenbetriebe ist entsprechend gegenwärtig Hochsaison, zusätzliche Arbeitskräfte werden gesucht. Betrieben werden die Bremerhavener Hafenanlagen von der Bremer Lagerhaus Gesellschaft (BLG), einer Aktiengesellschaft, deren Mehrheitsaktionär die Stadt Bremen ist. Gegenüber Vorwürfen der Friedensbewegung und der Grünen, an den Kriegsvorbereitungen der USA auch noch in großem Maßstab zu verdienen, verteidigte sich der Pressesprecher des Senats mit dem albernen Hinweis auf die "friedenssichernde Funktion" dieser Truppen. Außerdem sei Bremen "stolz darauf", die US-Army als treuen Kunden zu haben, "weil es natürlich auch ein Geschäft ist" (taz, 22.11.90).

Dieser Pfeffersack-Mentalität etwas entgegenzusetzen und mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen die vorherrschende Akzeptanz der militärischen Funktion des Hafens aufzubrechen, hat sich ein Aktionsbündnis vorgenommen, das sich im Anschluß an eine Veranstaltung der örtlichen Friedensinitiative zum Thema "Krieg am Golf" bildete und aus Grünen, KB, PDS-Initiative, DFG, BIFA und Autonomen besteht. Neben Aktivitäten zur Verbreiterung der Basis des Bündnisses ist für den 19. Dezember eine Blockadeaktion im Hafen geplant, an der sich auch Gruppen aus der Region beteiligen sollen. Weiterhin wird auch auf Aktionen am "Tag X" orientiert.

Aktion Winterurlaub

Für den größten Wirbel in der Öffentlichkeit sorgen gegenwärtig die zahlreichen Aufrufe an Bundeswehrsoldaten und GI's, sich nicht in der Wüste verheizen zu lassen. Dazu tragen vor allem wütende Versuche der Strafverfolgungsbehörden bei, die mit zahlreichen Beschlagnahmeversuchen und Ermittlungsverfahren gegen Verantwortliche reagieren. Mitte November durchsuchte die Staatsanwaltschaft die Bundesgeschäftsstelle der Grünen. Die Durchsuchung galt einem Aufruf, der schon sechs Wochen vorher auf dem Grünen Parteitag in Bayreuth beschlossen worden war. Die Grünen beschlossen, den Aufruf erneut in 150.000-facher Auflage herauszubringen. In dem Aufruf heißt es "Soldaten und Rekruten der Bundeswehr! Verweigert Euch dem Aufrüstungskurs der zukünftig gesamtdeutschen Armee! Laßt Euch nicht als Kanonenfutter für einen Krieg am Golf einplanen! Wenn ihr den Befehl bekommt, in einem Krieg irgendwo auf der Welt zu ziehen, dann sagt Nein und begeht Fahnenflucht!" Fahnenflucht kann nach dem Wehrgesetz mit fünf Jahren Freiheitsentzug geahndet werden, wer "durch Verbreiten von Schriften" dazu anstiftet, dem stehen nach Paragraph 111 ebenfalls bis zu fünf Jahren Gefängnis zu. Der Ermittler, der damit den Auftakt für eine ganze Welle ähnlicher Aktionen gab, müsse "entweder ein Sympathisant der Grünen oder ein politischer Dummkopf gewesen" sein, zitiert der "Spiegel". Denn die Durchsuchung brachte die Kampagne erst richtig in Schwung. Christian Ströbele stellte Antrag beim Amtsgericht auf Herausgabe der beschlagnahmten Flugblätter und eine Anzeige gegen die Bundesregierung wegen "Beihilfe zur Vorbereitung eines Angriffskrieges". Nun sollten die Ermittler auch mal das Kanzleramt durchsuchen. Verschiedenste Grüne Landesverbände organisierten dann die Verteilung und auch die Linke Liste/PDS zog mit einer entsprechenden Wahlanzeige nach.

Rund 100.000 US-Soldaten in der BRD haben ihren Marschbefehl an den Golf in der Tasche und ihr Testament machen müssen. Inzwischen sollen bei den verschiedenen Gruppen, die sich als Anlaufstelle für potentielle Verweigerer zur Verfügung gestellt haben, einige hundert Anfragen von GI's eingegangen sein (taz, 3.12.90). (Wir dokumentieren am Schluß des Artikels einige Anlaufadressen bzw. Telefonnummern.) Gegen den rheinland-pfälzischen Grünen-Abgeordneten Gernot Rotter läuft ein Ermittlungsverfahren wegen öffentlicher Aufforderung zu einer Straftat. Er hatte im Landtag die US-Soldaten aufgefordert, rechtzeitig zu desertieren und entsprechende Befehle zu verweigern.

Was würden sie tun, wenn ein US-Deserteur, der nicht in den Golf- Krieg will, vor ihrer Tür steht? Das fragte die Fernsehsendung "Monitor" einige Prominente. "Sofort helfen" wollte Tatort-Kommissar Tanner alias

Eberhard Feik. Es müsse Entscheidung jedes einzelnen bleiben, "ob er einen staatlich sanktionierten Mord begeht". Reinhold Messner glaubt, daß kein Mensch gezwungen werden sollte, "wo auch immer in den Krieg zu ziehen, wenn er nicht will". Er würde Deserteuren helfen, denn viele und die schlimmsten Katastrophen hätten verhindert werden können, "wenn genügend Deserteure" dagewesen wären. Ex-Flottenadmiral Schmähling fand, daß Deserteure Unterstützung bräuchten in einer Welt, "in der Regierungen sich immer noch erlauben Kriege zu führen, die ausdrücklich nicht zur Selbstverteidigung gedacht sind." Eberhard Richter bekannte, selbst am Ende des letzten Krieges desertiert zu sein und die Schauspieler Inge Meysel und Christian Kahrmann wollen auch "auf jeden Fall" helfen.

Auf praktischer Ebene sind aber erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden, um die Betroffenen tatsächlich vor dem Zugriff der Army zu schützen. Auf Befehlsverweigerung und Desertion stehen bei der US-Armee fünf Jahre Knast. Vor allem aber bietet die Verweigerung des Kriegsdienstes und von Befehlen den US-Soldaten keinerlei Schutz, sie würden trotzdem im Golfkrieg eingesetzt. Die Bremer Landesregierung, von den Grünen aufgefordert, Deserteuren politisches Asyl zu gewähren, erklärte, daß US-Deserteure (im Unterschied zu heute desertierenden sowjetischen Soldaten) von den deutschen Behörden sofort an die US-Militärpolizei ausgeliefert würden, da die Souveränität der BRD wegen der nach wie vor bestehenden Stationierungsverträge auf diesem Gebiet nicht gewährleistet sei.

Das Schlupfloch Schweden, das während des Vietnamkrieges US-Deserteuren aus der BRD und anderswo zu Verfügung stand, ist gegenwärtig ebenfalls versperrt, da die Regierung Carlson vor einem Jahr die bis dahin geltende Asylmöglichkeit für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus dem Ausländergesetz gestrichen hat und Schweden die aktuellen UNO-Beschlüsse mitträgt. Ob die Gespräche mit Botschaftsvertretern der Schweiz, Österreichs und Jugoslawiens, die der grüne Bremer Bürgerschaftsabgeordnete Martin Thomas angekündigt hat, positive Ergebnisse zeigen, muß abgewartet werden. Thomas begann sich für US-Deserteure einzusetzen, nachdem er von Angehörigen von US-GI's angesprochen worden war.

wg/HH

Kontakte für die "Aktion Winterurlaub":

Grüne Bundesgeschäftsstelle, 53 Bonn 1, Colmannstr. 36, Tel: 0228/726130

Military Counseling Network, Cathy und Andrew Stoner, über das Hunsrücker Friedensbüro, Bopparder Str. 25, 5448 Kastellaun, Tel: 06762/2652

Immanuel-Gemeinde, 2800 Bremen, Tel. 0421/ 381615, täglich 19-21 Uhr

WHNS

Dieses Kürzel wird die Friedensbewegung in nächster Zukunft stärker beschäftigen als bisher. Nicht die Entsendung eher symbolischer militärischer Kontingente in die Krisenregion macht gegenwärtig den Hauptbeitrag der Beteiligung der BRD am Truppenaufmarsch am Golf aus, sondern die im "Wartime Host Nation Support"-Vertrag aus dem Jahre 1982 geregelte Unterstützung der US-Interventionstruppen bei diesem Aufmarsch: "Der Host Nation Support wird zum Kernthema für den deutschen Sonderbeitrag zur Sicherung des Mittleren Ostens durch die USA und einige Alliierte", wußte die "Wehrtechnik" schon im April 1981. In diesem Abkommen verpflichtet sich die BRD im Kriegs- bzw. Krisenfall zu zivilen und militärischen Unterstützungsleistungen im weitesten Sinne , wenn die USA zusätzliche Truppen in Europa stationieren oder hier befindliche Truppen im Rahmen einer Schnellen Eingreiftruppe in Gebiete auch außerhalb des NATO-Bereichs dislozieren wollen. Letzteres ist jetzt eingetreten; genau auf diese Situation ist der Vertrag auch trotz gegenteiliger Beteuerungen der Bundesregierung zugeschnitten. Das WHNS-Abkommen muß stärker ins Licht der kritischen Öffentlichkeit gerückt werden. Forderungen mit dem Ziel der Kündigung dieses Abkommens können sich z.B. auf einen Beschluß des Gewerkschaftstages der ÖTV 1984 beziehen, der den Hauptvorstand aufforderte, die damit verbundene Militarisierung der Beschäftigten bei den Stationierungsstreitkräften zu bekämpfen, die Verfassungsmäßigkeit des Vertrags überprüfen zu lassen und gegebenenfalls Verfassungsklage zu erheben und die Öffentlichkeit über Inhalt und Auswirkungen ausführlich zu informieren (siehe FR vom 4.7.1984).

Bagdad

Die Initiative Frieden am Golf organisiert z.Zt. einen pazifistischen Friedenseinsatz in der Golfregion. Eine erste Gruppe aus der BRD ist in Bagdad, eine zweite und dritte Gruppe bereiten sich vor. Zwei Personen sind bereits zurück und berichten von Erfahrungen. An der Aktion sind auch Menschen aus Großbritannien, den Niederlanden, Italien, den USA, Kanada und Österreich beteiligt. Derzeit gibt es ein Camp in Bagdad. Man möchte aber ein Friedenslager zwischen den Fronten aufbauen.

Kontakt: Wolfgang Krauß, Tel: 06223/47791 oder 47506, Heike Huschauer, Tel: 02107/70871

Japan: Truppenentsendung gescheitert

Während die BRD noch vor der Debatte steht, ob sie Truppen an den Golf und ähnliche Konfliktorte schicken will, hat Japan diese Debatte teilweise schon hinter sich (s. dazu AK 324). Die Regierung, die bereits ein Truppenentsendungsgesetz verabschiedet hat, hat nach zahlreichen Protesten darauf verzichtet, das Gesetz ins Parlament einzubringen. Der Fraktionsführer der regierenden Liberaldemokraten erklärte in Tokio: "Die Regierung sollte eine Politik im Rahmen ihrer ausschließlichen Verteidigungsaufgaben entwerfen. Sie sollte dabei Mittel und Wege in Betracht ziehen, die es Japan auch ohne das vorgeschlagene Gesetz erlauben, seiner internationalen Verantwortung gerecht zu werden."

Jetzt will die Regierung ein Gesetz zur Entsendung von Zivilisten in Einheiten der Vereinten Nationen einbringen. Japan hat auch bereits über 100 "Zivilisten", die aus dem Militär kommen, als Sanitätspersonal in die Golfregion geschickt.

(nach taz, 1.11. und FAZ, 12.11.90)

"Wir nicht!"

Die DDR hätte Waffen an den Irak geliefert, nicht "wir", meinte Kanzler Kohl in der Bonner Elefantenrunde zur Auswertung der Bundestagswahl gegenüber Gregor Gysi. Damit haben wir wieder einmal eines der schon sprichwörtlichen "Black outs" des Kanzler erlebt.

Selbst der EKD-Vorsitzende Kruse erinnerte kürzlich daran, daß die militärische Aufrüstung des Iraks, besonders die Giftgasherstellung und Raketenherstellung mit Hilfe deutscher Firmen erfolgt sei. Im "Spiegel" kann nachgelesen werden, daß immer noch Chemielieferungen aus der BRD an den Irak unterwegs sind und auch jetzt noch deutsche Techniker bei der Giftgasproduktion helfen sollen. Die "Gesellschaft für bedrohte Völker" forderte deshalb die Überprüfung der Rückkehrer aus dem Irak. Die Süddeutsche Zeitung hingegen verweigerte den Grünen in Bayern den Abdruck einer Wahlanzeige, in der Firmen, die an den Irak Waffen geliefert hatten, namentlich benannt werden sollten.

In der Zeitschrift "Geo" verlangte der frühere irakische Minster und Kurde Samy Abdul Rahman von der BRD eine Entschädigung für die Giftgaseinsätze gegen die Kurden, von denen rund 50.000 vermißt würden, und allein eine viertel Million in den Iran geflohen seien: "Unsere Leute wissen natürlich, welches Land die Maschinen geliefert hat. (...) Ich bin der Meinung, die Bundesregierung müßte uns Kurden dafür eine Entschädigung zahlen. Bisher hat nicht ein einziger deutscher Pfennig unsere Flüchtlinge erreicht."

Proteste aus der SPD

Die SPD hat zugesagt, nach der Wahl eine Änderung des Grundgesetzes zum "Out of Aerea-Einsatz" der Bundeswehr zu prüfen. Der SPD-Vorsitzende Vogel wertete die jüngste UN-Resolution als eindringliche Warnung an den Irak, die völkerrechtswidrige Besetzung Kuwaits unverzüglich zu beenden. Auf der anderen Seite mehren sich - insbesondere nach der Bagdad-Reise Willy Brandts - auch in der SPD die Stimmen, die vor einem Golfkrieg warnen.

Die SPD-Abgeordneten Hermann Scheer und Wieczorek-Zeul traten gegen eine UN-Gewalt-Resolution ein. Ein Krieg am Golf werde eine Weltwirtschaftskrise auslösen. Daran gemessen sei die Zeitspanne, die man benötige, bis ein Embargo wirke, "relativ gleichgültig". (FR, 29.11.90) Scheer forderte eine breite Protestbewegung zur Verhinderung eines Krieges. Die westlichen Regierungen hätten sich "viel zu willfährig in das Schlepptau des amerikanischen Kriegsdrucks" bringen lassen. (FR, 3.12.90)

Egon Bahr meinte, die Kernfrage über Krieg und Frieden sei folgende: "Soll die Wiederherstellung von Kuwait als Ergebnis von Verhandlungen erreicht werden, oder ist das die Vorleistung, die Saddam erbringen muß". Im

letzteren Falle bliebe nichts anderes übrig, als Gewalt anzuwenden, "mit allen sich daraus möglicherweise ergebenden schrecklichen Folgerungen". (FR, 1.12.90)

Mehr als 40 SPD-Bundestagsabgeordnete, darunter auch Bahr, Ehmke, Däubler-Gmelin, Thierse und andere riefen mit der Erklärung "Schluß mit den Kriegsvorbereitungen am Golf" zur Demonstration am 24.11. in Bonn auf. Darin heißt es u.a.: "Unter dem Vorwand, das vereinte Deutschland müsse ‚verstärkt mehr internationale Verantwortung übernehmen', wollen Bundeskanzleramt und Verteidigungsministerium die Strategie der Bundeswehr und dafür das Grundgesetz ändern. Weltweite Verantwortung verlangt aber nicht deutsche Soldaten, sondern deutsche Diplomaten ‚an die Front' der Krisenregion im Golf." Die Erklärung fordert eine "friedliche Lösung" am Golf und "den Verzicht auf Manipulationen am Grundgesetz, die den Weg für den weltweiten Einsatz der Bundeswehr eröffnen." Es sei aber an dieser Stelle daran erinnert, daß eine Reihe der Unterzeichner vor zwei Jahren auf dem Parteitag in Münster eine Änderung des Grundgesetzes zugunsten einer Beteiligung der Bundeswehr an UNO-Aktionen betrieben hatten.

Uwe Stehr, Referent für Abrüstung und Rüstungskontrolle wandte sich mit einem Argumentationspapier an die eigene Fraktion. Sie solle einer Änderung des Grundgesetzes nicht zustimmen (s. FR, 30.11.90)

Die SPD bereitet sich also auf eine Doppelrolle vor, sie übernimmt staatsmännische Verantwortung für die Militärpolitik der BRD und auf der anderen Seite bieten sich Teile der SPD als Protestpartner für Aktivitäten an.

HH

2. Care-Pakete für Gorbatschow: Droht der UdSSR ein Winter der großen Leiden?

Rubrik: Osteuropa, Osteuropapolitik; Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/54.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:54

"Rußland hungert", "Helft Gorbi", "Helft Rußland" lauteten die Schlagzeilen der letzten Tage in "Zeit", "Bild" und "stern" gleichermaßen. Die BRD scheint von einer Hilfswelle für das verhungernde Rußland erfaßt zu sein. Gerade passend zur Weihnachtszeit hat aber nicht nur die BRD, nein, fast die gesamte EG ihre Sympathie für den in Bedrängnis geratenen Kremlführer entdeckt. Selbst George Bush denkt über außergewöhnliche Hilfsmaßnahmen für die notleidende Sowjetunion nach. Glaubt mensch den Meldungen, dann steht die Sowjetunion realiter vor einer Hungerkatastrophe. Doch da kommen Fragen auf. Werden in der Sowjetunion keine Lebensmittel mehr produziert? Warum gibt es in den staatlichen Läden kaum etwas, auf den freien Märkten aber fast alles zu kaufen? Weshalb sind die Medien bei uns voll von der Versorgungssituation in Moskau, Kiew und Leningrad, aber keine Zeile über Tblissi, Baku und Irkutsk?

Interessant sind die innersowjetischen Hintergründe dieser akuten Versorgungsmisere und erst in zweiter Linie die Sorgen der hiesigen Bourgeoisie, was aus der Sowjetunion einmal werden könnte.

Blicken wir einige Monate zurück, so war aus den Medien zu erfahren, daß der UdSSR in diesem Jahr eine Rekordernte bevorstünde. Doch bald wurden diese Meldungen abgelöst von sorgenvollen Fragen, ob es überhaupt gelinge, diese Ernte rechtzeitig und in vollem Umfang einzufahren. Diese Klimax findet ihren vorläufigen Abschluß in den oben angerissenen Headlines. Bei alledem wird der Eindruck vermittelt, daß der jetzt glorreich vergrößerten BRD die Aufgabe zufiele, der notleidenden Sowjetunion aus ihrer Bedrängnis zu helfen. Doch über die realen Hintergründe, über die Komplexität des Alltags in der Sowjetunion erfährt mensch wenig. Denn die derzeitige Situation und auch die schwierige Versorgungslage sind nicht die Folge eines Fehlers, einer Entscheidung der zentralen Planungsbürokratie, sondern auf ein Konglomerat diverser Faktoren zurückzuführen.

Auf dem Weg zur Marktwirtschaft

Eines der ehrgeizigsten Projekte der Reformer um Gorbatschow ist die Reform der Planwirtschaft. Gedacht ist dabei an eine Überführung des alten Wirtschaftssystems in eine moderne Marktwirtschaft westlich-europäischer Prägung. Im Laufe dieses und des letzten Jahres sind wichtige Pfeiler der Planwirtschaft per Gesetz entfernt worden. So ist es den Betrieben erlaubt, ihre Produkte auf dem freien Markt zu freien Preisen zu verkaufen. Gleichzeitig ist es möglich, Produktionsmittel vom Staat zu pachten und sich als privater Unternehmer zu betätigen. Für bestimmte Güter, als Luxuswaren deklariert, wurde die staatliche Preisbindung aufgehoben; allerdings reicht die Liste von Kaviar, Goldschmuck, Importautos über Computer, Pelzmäntel bis zu Kühlschränken und Radios. Abgesehen von der Sinnhaftigkeit, Kühlschränke als Luxuswaren zu kennzeichnen, wird die Wirksamkeit dieser Maßnahme dadurch beeinträchtigt, daß die RSFSR diese Initiative nicht unterstützt und auch andere Republiken diese Politik nicht mittragen werden.

Allgemein ist zu konstatieren, daß es ein Nebeneinander von Resten der alten Planwirtschaft und vorsichtigen Anfängen marktwirtschaftlicher Strukturen gibt. Staatliche Läden und freie Märkte stehen sich ebenso gegenüber wie Betriebe der Schwerindustrie und freie Kooperativen im Dienstleistungssektor. Manche Kolchose verkauft ihre Produkte zum vierfachen des staatlichen Preises auf dem freien Markt und erzielt einen guten Gewinn, andere orientieren sich nach wie vor an den staatlichen Vorgaben und sind weiterhin auf die staatlichen Subventionen angewiesen.

Leidtragende sind die BürgerInnen, die nur über ein minimales Einkommen verfügen: Rentner, StudentInnen, Arbeitslose, alleinerziehende Frauen und Soldaten. Sie alle verfügen nur über ein Einkommen, daß selten höher als 80 bis 100 Rubel im Monat liegt. Wie davon ein Sack Kartoffeln zu bezahlen ist, weiß niemand, denn der wird zur Zeit für rund 100 Rubel gehandelt.

Daß der Weg zu einer anderen Form des Wirtschaftens schwierig und anstrengend sein wird, hat Gorbatschow immer gesagt, aber daß Menschen der Hungertod droht, weil eine ausreichende Versorgung nicht gewährleistet werden kann, davon war nie die Rede. Zur Zeit sind die Befürworter der Marktwirtschaft nicht in

der Lage, die Versorgung der Bevölkerung nach den Maximen dieser Wirtschaftsform zu gewährleisten. Die Protagonisten der alten Planwirtschaft sind demgegenüber nicht mehr fähig, durch die althergebrachte Verteilung der Güter das Überleben des ärmeren Teils der Bevölkerung zu garantieren.

Rekordernte und Hungersnot

Angeblich stand eine Rekordernte ins Haus und jetzt droht eine Versorgungskatastrophe, die sich zur Hungersnot ausweiten könnte. So ist es im Bereich der Kartoffelernte zu einer Anhäufung von Problemen gekommen, mit der Folge, daß nur rund 25% der möglichen Ernte in den Handel gelangt sind.

Rund 15% der Feldbestände mußten auf den Äckern zurückgelassen werden. Dies lag u.a. daran, daß nicht genügend Arbeitskräfte zur Verfügung standen. So sind in diesem Jahr erstmals die Erntehelfer aus dem Bereich der industriellen Produktion ausgeblieben. Abordnungen aus den großen Betrieben, die sonst bei der Ernte geholfen haben, sind in diesem Herbst nicht gekommen. Verstärkt wurde dieser Ausfall noch dadurch, das viele Maschinen entweder ganz ausfielen oder nur begrenzt nutzbar waren. Rund 60% der verbliebenen Ernte gelangten aus anderen Gründen nicht in den Handel. Die einzelnen Ursachen sind von ihrem jeweiligen Ausmaß her nicht genau zu bestimmen, aber sie haben sich zu dieser Summe kulminiert. So blieb ein Teil der Ernte liegen, weil nicht genügend Transportkapazitäten vorhanden waren. So liegen zum Beispiel große Teile der Kapazität der Eisenbahn im Grenzgebiet Armenien-Aserbaidschan fest, da sich beide Republiken beim Warenaustausch mit der Union boykottieren resp. blockieren. Der nächste Teil gelangte nicht an die zuständigen Stellen, weil alle Republiken die bisher gültigen Lieferverträge mit Moskau mißachten, jedenfalls solange, bis die Souveränitätsfragen in einem neuen Unionsvertrag geklärt sind oder ihr Austritt aus der Union besiegelt ist. Nicht zu klein ist auch der Teil, der durch die Machenschaften der auch in der UdSSR so bezeichneten Mafia dem öffentlichen Verkauf verloren ging. Dieser Anteil wird auf schwarzen Märkten in der gesamten UdSSR zu horrenden Preisen angeboten, zurückgehalten bis der Preis auf den freien Kolchosmärkten eine lukrative Höhe erreicht hat oder wird ins Ausland verschoben. Der letzte Teil dieser 60% wird schlicht und ergreifend von denen geklaut, die sich die Preise auf den Kolchosmärkten nicht leisten können, die sich ihr Einkommen von 80 Rubel im Monat aufbessern wollen oder die als Arbeitslose, Rentner oder Kriegsveteranen aus Afghanistan sonst kaum etwas zu essen bekommen.

Doch die verbliebenen 25% der Kartoffelernte sind auch nicht ohne weiteres für jeden Menschen in der Sowjetunion zu erwerben. Es kommt nur ein geringer Prozentsatz in die staatlichen Läden zum garantierten Preis, denn viele Händler verkaufen die Kartoffeln auf dem freien Markt zu dem bereits erwähnten Preis. Dabei ist diesen Händlern nicht einmal ungesetzliches Verhalten vorzuwerfen. Sie wenden die Bestimmungen zur Einführung der Marktwirtschaft an - zu ihrem Vorteil und zum Nachteil eines Teils der Bevölkerung. So führt das Nebeneinander der unterschiedlichen Systeme zu einer Verstärkung bekannter Schwierigkeiten der sowjetischen Wirtschaft.

Die Apparatschiks schlagen zurück

Als ob die beschriebenen Schwierigkeiten nicht schon genug wären, setzen ein großer Teil der meist konservativen Angestellten von Staat und Partei ihre Position dazu ein, ihre Gegnerschaft zur Politik Gorbatschows gesellschaftlich spürbar werden zu lassen. Dies äußert sich beispielsweise darin, daß Anweisungen ergehen, die Lagerhäuser mit Fleisch zu füllen und auf eine längerfristige Lagerung einzurichten, anstatt dieses Fleisch den staatlichen Läden zuzuleiten, in denen die Menschen vor leeren Regalen Schlange stehen. Oder die Ware wird an die Armee verkauft, um sich bestimmte Einheiten politisch willfährig zu halten. Weiterhin weigern sich viele Staatsbedienstete, Anweisungen von Gütern des täglichen Bedarfs weiterzuleiten, wenn sie Städte betreffen, die nicht mehr von Mitgliedern der KPdSU regiert werden. So beispielsweise Moskau und Leningrad. Über diese Städte wurde nicht nur von Teilen des Apparats, sondern auch von vielen konservativ eingestellten Kolchose- und Sowchoseleitern ein Boykott verhängt. Auf diesen Weg soll den Menschen klar gemacht werden, auf was sie sich mit der Wahl von nichtkommunistischen Sowjets eingelassen haben und daß nur die traditionelle Planwirtschaft zur Versorgung der Menschen in der Lage ist.

Gleichzeitig setzen die konservativen Mitglieder von Partei und Staatsapparat ihre Verbindungen zur Armee ein, um die angespannte Lage weiter anzuheizen. So vergeht derzeit kaum ein Tag, an dem nicht über einen möglichen Putsch seitens der Streitkräfte entweder Gerüchte verbreitet werden oder in der Prawda offen spekuliert wird. Zudem wurden in letzter Zeit häufiger Truppenbewegungen um Moskau herum registriert, ohne

das deren wahrer Hintergrund geklärt werden konnte. Mal waren es Verbände, die, mit scharfer Munition ausgerüstet, Kartoffeln ernten sollten. Mal normale Manöver oder auch gezielte Enten. Dies trägt massiv dazu bei, die Unsicherheit in der Bevölkerung zu schüren und den Druck auf Gorbatschow zu erhöhen. Er soll endlich die Machtmittel anwenden, die er zur Verfügung hat; er soll für Ruhe und Ordnung sorgen. Anders ausgedrückt: die alten Verhältnisse wiederherstellen.

Diese Situation aufrechtzuerhalten ist den Konservativen fast jedes Mittel recht. So auch der Streit mit den Republiken um die Souveränität und die in diesem Zusammenhang ausbleibenden Lebensmittellieferungen.

Spaltung der Gesellschaft

In der jetzigen Situation differenziert sich die sowjetische Gesellschaft analog zu denen im kapitalistischen Westen aus. Die Trennungslinie ist nicht mehr die Frage der Zugehörigkeit zum Apparat und seinen bevorzugten Versorgungseinrichtungen, sondern die Frage des Einkommens. Denn in der momentanen Situation sind die überdurchschnittlichen VerdienerInnen in der SU dazu in der Lage, sich zu ernähren. Alle anderen sind in einem von Tag zu Tag gnadenlos wachsenden Existenzkampf. Denn nur wer mehrere hundert Rubel im Monat sein eigen nennt, kann die Preise auf den freien Märkten zahlen. Die 10 Rubel für ein Kilo Tomaten (ca. 30 DM), die 20 und mehr Rubel für ein Kilo Fleisch (60 und mehr DM) sind für die Bezieher durchschnittlicher Einkommen nicht aufzubringen. Aber die sind am härtesten betroffen. Diese Bevölkerungsschicht ist es, die auf die staatlichen Lebensmittelkarten angewiesen ist, wohl wissend, daß niemand garantieren kann, den entsprechenden Gegenwert zu erhalten.

Im Moment droht die Zuspitzung der Versorgungslage in den großen Städten des europäischen Teils der UdSSR. Aber niemand kann sagen, daß sich dieses nicht auf andere Großstädte des Landes ausdehnen wird, wenn die oben beschriebenen Kampagnen der Konservativen nicht von Erfolg gekrönt sind, Gorbatschow eine härtere Gangart abzuverlangen. Allerdings wird auch die Verhängung von Ausnahmezuständen und der offene Einsatz der Sowjetarmee die Versorgungssituation der Bevölkerung in keinem Teil der Sowjetunion verbessern. Im Augenblick sind die schon erwähnten Rentner, alleinerziehenden Frauen, die Veteranen aus dem zweiten Weltkrieg und dem fragwürdigen Afghanistaneinsatz, die StudentInnen und die Arbeitslosen die Opfer dieser Politik. Sie wurden bislang durch ein zwar bürokratisches und meist ineffektives System mit Lebensmitteln und anderen Gütern des täglichen Bedarfs zu erschwinglichen Preisen versorgt, die aktuelle Politik Gorbatschows ist dazu nicht mehr in der Lage.

In diesem Punkt hat er den Kampf mit der konservativen Verwaltung verloren, er bittet den Westen um Hilfe. Doch niemand kann dementieren, daß nicht schon morgen bisher gutverdienenden Teile der Bevölkerung nicht arbeitslos werden und einem ähnlichen Alltagslos entgegensehen. Damit wird der Druck auf die führenden Kräfte in Partei und Staat stetig wachsen. Und er wird sich seine Kanäle suchen. Die einen werden sich nach rechts radikalisieren, die anderen nach der bevorstehenden Liberalisierung der Reisebestimmungen fluchtartig das Land verlassen. Nur was ist mit den Menschen, die weder das eine wollen, noch das andere können?

Gorbatschow hat einen kühnen Plan angefangen mit seinem Versuch möglichst rasch die Planwirtschaft durch eine Marktwirtschaft ersetzen zu wollen. Im Augenblick hängt die UdSSR zwischen diesen beiden Polen ohne den Nachteilen der einen wie der anderen Seite zu entkommen. Und im Hintergrund warten die Imperialisten, um sich dieses Land einzuverleiben. Da können weder 100.000 Pakete aus dem Westen helfen noch der Einsatz der Armee. Die Lösung liegt wahrscheinlich in der Mitte, pflegt der Volksmund zu sagen. Doch wo ist die, wenn die Eckpunkte aus Verhungern und einem geladenen AK 47 bestehen?

as

3. Do the right thing: Fight the power! Numia Abu-Jamal, dem ehemaligen Black Panther Pressesprecher, droht die Hinrichtung

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:33

Seit acht Jahren sitzt Mumia Abu-Jamal in der Todeszelle. Der Journalist und ehemalige Pressesprecher der Black Panther Party wurde am 3. Juli 1982 zum Tod durch den elektrischen Stuhl verurteilt. Der Staatsanwalt räumte bei den Geschworenen auftretende Skrupel, Abu-Jamal für schuldig zu erklären, da ihm dann die Todesstrafe drohe, mit dem Hinweis aus, er werde nicht hingerichtet werde, da er ja "Berufung nach Berufung nach Berufung" einlegen könne.

Mumia Abu-Jamal wurde am 3. Juli 1982 zum Tode verteilt, seitdem sitzt er in einer der Todeszellen in den USA. Am 2. Oktober 1990 hat der Oberste Gerichtshof der USA seinen Antrag auf ein Berufungsverfahren abgelehnt - gleich am ersten Tag nach Rückkehr aus der Sommerpause. Diese Entscheidung hat die Möglichkeit einer Hinrichtung Abu-Jamals in bedrohliche Nähe gerückt. Jetzt ist der Weg frei für die Unterzeichnung des Todesurteils durch Gouverneur Robert Cases in Pennsylvania.

Eine drastische Verschärfung des Rassismus hat dazu geführt, daß in den USA Schwarze auf der Straße gelyncht werden. Sprunghaft angestiegen ist auch die "legale" Lynchjustiz gegenüber schwarzen Gefangenen in den Todeszellen. Die Anzahl der Hinrichtungen von Schwarzen nehmen zu. Eine Gesetzesinitiative des Justizausschusses unter Leitung des früheren Bundesrichters Lewis F. Powell verfolgt das Ziel, die Zeitspanne zwischen Verurteilung und Vollstreckung der Todesstrafe auf zwei Jahre zu beschränken, weil "den Gefangenen jahrelanges Warten nicht zugemutet werden kann". Diese Entwicklung gibt weiteren Anlaß zu der Annahme, daß das Leben von Abu-Jamal extrem bedroht ist.

Im Kerker des Todes

"Stellt Euch vor, den Rest Eures Lebens - seien es fünf oder zehn Jahre - in einem fünf mal fünf großen Raum, vielleicht in den Ausmaßen Eures Badezimmers, zu verbringen.

Stellt Euch vor, niemals nach draußen zu kommen; es sei denn - wenn Ihr wollt - für eine, manchmal zwei Stunden, die in einem Käfig mit eisernen Gitterstäben und messerscharfem Stacheldraht verbracht werden müssen.

Stellt Euch vor, daß Ihr Euer Kind, Euren Partner oder Eure Eltern niemals berühren oder trösten könnt.

Stellt Euch vor, daß das sogenanntes alltägliches Leben für 2.347 Menschen in den USA bedeutet. Es ist das Leben von 30 Frauen und 2.317 Männern in den Todestrakten der USA, die dort auf den Tod warten, genauer gesagt, darauf warten, `zu Tode gebracht zu werden '..." schreibt Abu-Jamal aus der Todeszelle, in der er sitzt. Er weiß, worüber er schreibt, er sitzt dort seit acht Jahren. Er ist seit Jahrzehnten der erste politische Gefangene, der hingerichtet werden soll.

Die Vorgeschichte

1972 wurde die Organisation MOVE gegründet. Die Organisation hatte nur wenige Mitglieder und die meisten von ihnen lebten in Philadelphia. MOVE wollte schwarze, radikale Utopien verwirklichen. Von Anfang an wurde die Organisation verfolgt und in den Medien als Gruppe von Verrückten hingestellt. Die Mitglieder von MOVE weigerten sich, die heutige USA und deren herrschende Werte anzuerkennen. Sie trugen ihr Haar in langen Dreadlocks und als Kleidung T- Shirts und Blue Jeans.

Am 8. August 1978 griff die Polizei ein MOVE-Haus an, nachdem sie es 55 Tage blockiert hatte: Keiner durfte rein oder raus, die Wasserzufuhr wurde gesperrt und die Menschen im Haus erhielten keine Lebensmittel. Der Angriff wurde von einer Sondereinheit durchgeführt, die Hochdruck-Wasserwerfer, automatische Waffen, mehrere Bulldozer und eine Ramme einsetzte. Nach einem Kampf wurden 12 BewohnerInnen des Hauses verhaftet. Auf der folgenden Pressekonferenz griff der Bürgermeister Philadelphias, Frank Rizzo, eine "neue Ausgeburt des Journalismus" an und machte diesen für den bei dem Angriff auf das Haus ums Leben gekommenen Bullen verantwortlich. Gemeint war Mumia Abu-Jamal, der in seinen Radiosendungen die

rassistische Stadtverwaltung und ihre berüchtigte Polizeitruppe angriff. Er hatte früher als Pressesprecher der Black Panther gearbeitet, und der Rassismus des Polizeiapparates war ihm aus eigenen Erfahrungen gut bekannt. Als freier Journalist trat er ein für die unterdrückten Schwarzen, machte auf Mißstände aufmerksam und klagte immer wieder Polizei und Justiz im Namen derer an, die keine Möglichkeit hatten, den Hetzkampagnen etwas entgegen zu setzen, Das brachte ihm den Namen "Voice of the Voiceless" ein.

Die im August Festgenommenen MOVE-Mitglieder wurden wegen Polizistenmord und Konspiration zu 30 bis 100 Jahren Knast verurteilt. Einen Tag später erklärte der Richter aus diesem Verfahren, daß es keine Vorstellung darüber gäbe, wer den Beamten erschossen hätte. (Inzwischen gilt als sicher, daß der Beamte durch die Kugel eines seiner Kollegen getötet worden ist, das hat aber nicht dazu geführt, daß die Verurteilten entlassen wurden.) Abu-Jamal berichtete über das Verfahren und ließ in seinen Sendungen beide Seiten zu Wort kommen - das System und MOVE. Er ließ MOVE-Mitglieder in Interviews zu Wort kommen, in denen sie ihre politischen Vorstellungen äußern konnten und Angriffe gegen Justiz und Regierung laut wurden. Aufgrund von behördlichem Druck mußte er den Radiosender WUHY verlassen. Weiße Journalisten begannen mit ihrer Hetze gegen "Mumia Africa", den MOVE-Sympathisanten.

Der 9. Dezember 1981

Einige Männer mit Dreadlocks werden von einer Polizeistreife angehalten und drangsaliert. Abu-Jamal, der zufällig in der Nähe ist, sieht, daß einer der von der Polizei festgehaltenen sein Bruder ist und steigt aus seinem Auto aus, um ihm und den anderen zu helfen. Es kommt zu einer Auseinandersetzung, in deren Verlauf geschossen wird. Abu-Jamal wird durch einen Schuß schwer verletzt, ein Polizist wird getötet. Wie es zu den Schüssen gekommen ist, bleibt unklar. Klar ist für die Beamten nur, daß Mumia Abu-Jamal der Täter ist.

Obwohl er schwer verletzt ist, wird er von den Polizisten weiter geschlagen und getreten. Der Versuch ihn umzubringen mißlingt. Selbst im Krankenhaus ist er vor tätlichen Angriffen durch Beamte nicht sicher. Seine Frau berichtet auf einer Solidaritätsveranstaltung: "Er wurde angeschossen und brutal zusammengeschlagen und im Center City Krankenhaus fast umgebracht. Ich selbst konnte das am gleichen Morgen sehen - angeschwollen und mit blauen Flecken übergesät, von Kugeln verwundet - es hätte ihm fast das Leben gekostet. Trotzdem war er ans Krankenbett angekettet, umgeben von zivilen und uniformierten Polizisten, die selbst in dieser Situation noch versuchten, ihn endgültig fertig zu machen, indem sie auf seinen Urinbeutel traten, so daß seine Ausscheidungen in seinen Körper zurückflossen - in der Hoffnung, ihn mit seinen eigenen Exkrementen zu vergiften."

Aus Sorge um das Leben von Abu-Jamal und aus Wut über den Polizeiterror gründete sich nach seiner Verhaftung ein "Committee to Defend Mumia Abu-Jamal". Die Vereinigung Schwarzer JournalistInnen richtete einen Solidaritätsfond für ihn und seinen Bruder Billy ein.

Schon im Februar 1982 meldet er sich wieder öffentlich zu Wort, er schreibt über seine ersten Eindrücke aus dem Haftkrankenhaus: "Es ist ein Alptraum, daß mein Bruder und ich in dieses üble Dilemma hineingeraten sind, vor allem deshalb, weil die, die mich hauptsächlich beschuldigen - die Polizisten - meine eigentlichen Angreifer sind. Mein wahres Verbrechen scheint zu sein, daß ich ihren Angriff überlebt habe, weil wir die Opfer in jener Nacht waren! (...) An Händen und Füßen bin ich in Ketten gelegt worden wie ein Sklave, weil ich es gewagt habe zu überleben. Allen, die es gewagt haben, die offizielle Version zu hinterfragen, ist damit gedroht worden, daß sie ihre Jobs verlieren. Einige sind sogar mit dem Tod bedroht worden."

Rassistische Justiz

Die Black Panther Bewegung und die MOVE-Organisation waren vom System zerschlagen worden. Zu der Zeit, in der Abu-Jamals Prozeß stattfand, gab es nur ein sehr kleines mobilisierbares Spektrum an UnterstützerInnen, sie waren zu schwach, um ein Todesurteil zu verhindern.

Das Verfahren war ein Schauspiel, das Urteil stand von Anfang an fest. Die Geschworenen waren bis auf einen weiß. Weiße aus einer sozialen Schicht, die die Realität in den Wohngebieten der Schwarzen nicht kannten oder nicht kennen wollten. Behaftet mit Vorurteilen und beeinflußt durch eine vorverurteilende Presseberichterstattung. Ihm selber wurde verboten, sich selbst zu verteidigen, Zeugen ins Kreuzverhör zu nehmen oder gar eine politische Erklärung abzugeben. Der Staatsanwalt andererseits befragte ihn detailliert

über seine Vergangenheit bei der Black Panther Party und suggerierte so den Geschworenen von vornherein, daß sie es mit einem militanten Panther zu tun hätten, der schon immer den Polizistenmord gepredigt habe.

Nach der Verurteilung schreibt ein Journalist des Philadelphia New Observer: "Die schwarze Community hat mitgeholfen, Bruder Mumia Abu-Jamal auf dem elektrischen Stuhl festzuzurren, weil sie dabeistand und zusah, wie einer ihrer besten Diener in den Staub geworfen wurde, nachdem ihn dieses fleischfressende System attackiert hatte und schwarzes Blut für seine unzivilisierten Rachegelüste forderte." Er konnte nicht verstehen, daß sich in der schwarzen Community so wenig geregt hatte. Aber die Zeit zwischen der Verhaftung und der Verurteilung war zu knapp, um mit den wenigen Kräften eine Verurteilung zu verhindern.

ga.

Seine Postadresse: Mumia Abu-Jamal AM-8335, Drawer R, Huntingdon SCI, Huntingdon, PA, 16652.

Informationen und Material zu Abu- Jamal und zur Kampagne Freedom Now! gibt es bei AGIPA-Press, Eichenberger Str. 53, 2800 Bremen 1, Tel. 0421/354029.

4. Kuba - letzte Insel des Sozialismus?

Rubrik: Kuba · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/cuba.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:cuba

Seit der Wende in Mittel- und Osteuropa versuchen bürgerliche Politiker und Journalisten auch den wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch Kubas herbeizureden. Ermuntert vom Scheitern des RgW, der faktischen Auflösung des Warschauer Pakts und der Wahlniederlage der Sandinistas in Nicaragua, beschwören sie den Sturz Fidel Castros. Scharen von Journalisten, die sich vorher keinen Deut um Kuba gekümmert hatten, bevölkern plötzlich die Insel wie Aasgeier. Sie wissen zu berichten, daß in Kuba kaum noch etwas funktioniere, aber, und dies sei wohl nur durch die spezielle Mentalität der Kubaner verständlich, die Popularität Fidel Castros sei ungebrochen.

Ihre Betrachtung der kubanischen Wirklichkeit erfolgt aus einem sehr verzerrenden ideologischen Blickwinkel, der Kuba nahezu ausschließlich als karibischen Ableger eines in Europa gescheiterten Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells sieht. Sie suchen in erster Linie nach Anzeichen für den Zusammenbruch oder nach repressiven Maßnahmen, die sich als Zeichen der Panik der Regierung interpretieren lassen. Fakten, die nicht der vorgefaßten Meinung entsprechen, fallen unter den Tisch.

Auch in der Linken hat sich die Diskussion um Kuba belebt. Die Versuche einer sachlichen Analyse der konkreten wirtschaftlichen und politischen Situation stecken jedoch noch in den Anfängen. Statt dessen spielen auch in der Linken ideologisch geprägte Sichtweisen eine große Rolle. Viele Thesen gleichen Glaubenssätzen.

Die Linke steht nach dem Zusammenbruch des "realsozialistischen" Lagers mehr noch als bisher vor einer doppelten Aufgabe: Sie muß auf der einen Seite nach Kräften die Solidarität mit Kuba organisieren. Gleichzeitig ist aber auch die kritische Auseinandersetzung mit Widersprüchen und Fehlentwicklungen des kubanischen Weges notwendig.

Rückblick und Fakten zur Lage auf den Seiten 28/29

5. Schokoküsse für die Blumenfrau Interview mit Ralf Reinders, Bewegung 2. Juni

Rubrik: RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:04

Mitte September 1990 wurde Ralf Reinders nach 15 Jahren Haft aus der Berliner Justizvollzugsanstalt Moabit entlassen. Ralf hatte sich Ende der 60er Jahre für die revolutionäre Politik, die auch die Entwicklung anderer Widerstandsformen einschloß, wie z.B. den bewaffneten Kampf innerhalb der Bewegung 2. Juni, entschieden. Die Bewegung begriff sich als bewaffneter Teil der undogmatischen Linken in der damaligen BRD und Westberlin. Die Aktionen der Bewegung 2. Juni richteten sich gegen imperialistische Einrichtungen sowie gegen den Polizei- und Justizapparat.

Von 1970 bis zu seiner Verhaftung 1975 lebte und kämpfte Ralf im Untergrund. Wegen verschiedener Stadtguerilla-Aktionen, u.a. die Befreiung von Gefangenen im Austausch gegen den entführten Berliner CDU-Politiker, Peter Lorenz, im Februar 1975, wurde Ralf mit anderen Mitgliedern der Bewegung 1980 zu 15 Jahren Haft verurteilt. In Moabit lebte er als politischer Gefangener 15 Jahre in Isolation, Kleingruppenisolation und im Hochsicherheitstrakt. Erst die letzten Jahre vor seiner Entlassung und weil dies durch einen Hungerstreik durchgesetzt wurde, verbrachte er zusammen mit Ronald Fritzsch (ebenfalls Bewegung 2. Juni) im sogenannten Normalvollzug in Moabit.

Beide Gefangenen waren allerdings hier bis zu ihrer Entlassung (Fritzsch: September 1989) besonderen Sicherheitsmaßnahmen durch die Anstalt unterworfen. Während der Haft haben sich Ralf und Ronny immer wieder und soweit dies möglich war zu bestimmten Diskussionen innerhalb der Linken geäußert. Jetzt hatte der ak in Berlin Gelegenheit, mit Ralf zu sprechen.

Ralf, gibts noch ein Interesse innerhalb der Linken für das, wofür du und etliche andere gekämpft haben und schließlich verurteilt wurden. Oder sind die Gefangenen der Bewegung 2. Juni aus dem Blickfeld verschwunden?

Ralf: Verschwinden lassen ist ja immer das, was die Bullen ins Spiel bringen. Es ist ihr Interesse, daß Gefangene vergessen werden. Sie sperren dich ein und du sollst das Gefühl verinnerlichen, alleine dazustehen bzw. vergessen zu sein. Gelingt es ihnen, dir dieses Gefühl zu vermitteln, haben sie es leichter, dich zu brechen.

Aber die Aktion der Lorenz-Entführung, für die du ja verurteilt wurdest, ist die denn noch im Gedächtnis bei den Leuten?

Ja, natürlich und zu meinem Erstaunen stelle ich gerade bei jungen Leuten fest, daß sie diese Aktion noch im Gedächtnis haben und uns immer wieder auch fragen, was wir denn damals so im Kopf hatten und wie unser Lebensgefühl aussah. Und sie fragen nach Möglichkeiten, ob unsere Erfahrungen von damals nicht für sie vermittelbar sind. Eigentlich dachte ich, daß bestimmte Aktionen von damals einfach vergessen sind. Umso erstaunter war ich über das Interesse. Nun hatte die Lorenz-Aktion natürlich auch 'ne positive Wirkung. Sie war ja fast der einzig richtige Erfolg innerhalb der bewaffneten Linken. Und an die Erfolge erinnert man sich lieber als an Niederlagen.

Sind eure Aktionen und seid ihr vielleicht da auch ein Vorbild für die jüngere linke Generation? Ich meine so ganz praktisch für mögliche aktuelle Aktionen?

Vorbild sicher weniger. Die politische Situation ist ja eine ganz andere als die damals. Nein, ich denke, unsere Erfahrungen sind interessant, wie wir politisch mit bestimmten Entwicklungen umgegangen sind, warum wir manchmal bewaffnet interveniert haben, wie wir legale und illegale Aktionen gekoppelt haben usw. Unsere politischen und praktischen Interventionen und das, was wir daraus gelernt haben, kann für die politische Situation heute als Erfahrungsschatz praktisch von Bedeutung sein.

Du sagst, die jungen Leute in Kreuzberg haben die Aktionen von damals im Kopf. Haben ihnen die sogenannten Alt-Linken das weitergegeben?

Eine Stärke der Linken war ja immer, daß sie bestimmte Bücher auf dem Markt hatten, und die haben natürlich auch die jungen Leute gelesen und darüber vieles erfahren. Lesen und direkt vermittelt bekommen ist jedoch nicht dasselbe. Das ist ja so ein Dilemma: Die Linke hat selten versucht, ihre Erfahrungen direkt und lebendig an die nächste Generation weiterzugeben. Da gab es immer Brüche. Auch die alte Arbeiterbewegung hatte den Bruch zur neuen Linken, zur Studentenbewegung z.B. Und die hatte wieder einen Bruch zur Häuserbewegung. "Erfahrene Hausbesetzer" aus den 80er Jahren geben kaum ihre Erfahrungen an die Leute weiter, die jetzt im Ostteil Berlins z.B. Häuser besetzen. Diese Hohlräume dazwischen, die konnte die Linke nie ausfüllen. Da war natürlich auch ein Interesse der Bullen da, die historische Kette des Widerstandes gar nicht erst entstehen zu lassen. Dadurch müssen auch bestimmte Erfahrungen immer wieder neu gemacht werden. Das ist schade, dennoch mache ich die Erfahrung, daß gerade die jungen Leute über die Vergangenheit der Linken sehr viel wissen wollen. Dieses Wissenwollen wäre ein Ansatzpunkt, endlich unsere Geschichte lebendig zu vermitteln.

Fühlst du dich da auch verantwortlich, deine gemachten politischen Erfahrungen weiterzugeben?

Ja, ich finde das sehr wichtig und eigentlich alle, die solche Erfahrungen aufweisen können, wollen ja nicht, daß andere Leute irgendwelche Fehler machen, die vermeidbar sind. Es gibt ja jetzt 'ne ganze Menge von Leuten in diesem Land, die als politische Gefangene etliche Jahre im Knast gesessen haben und nun wieder draußen sind. Wir sollten eigentlich auch vermitteln, wie man im Knast überleben kann und einigermaßen gesund wieder raus kommt.

Gibts denn regelmäßige Treffen von ehemaligen politischen Gefangenen, die ihre Erfahrungen austauschen und weitergeben?

Es gibt schon Treffen und da werden natürlich auch so Sachen ausgetauscht. Jeder hat ja unterschiedliche Erfahrungen gemacht im Knast, die reichen von Totalisolation bis - wie in meiner Situation, wo doch zum Schluß eine Art Normalität da war.

Eurer Kampf im Knast hat sich von dem, den RAF-Gefangene führten, wesentlich unterschieden. Aus dem Kampf um Zusammenlegung mit anderen politischen Gefangenen habt ihr euch ausgeklinkt.

Also das ist ja so: Anfang der 70er Jahre haben auch die RAF-Gefangenen ihre Zusammenlegung mit sozialen Gefangenen gefordert. Das hat sich dann aufgrund der Erfahrungen der Gefangenen verändert, während wir eigentlich immer dafür gekämpft haben, in den sogenannten Normalvollzug verlegt zu werden. Wir wollten immer mit den "normalen" Knackis zusammen, weil: Das ist halt wie bei der Stadtteilarbeit oder beim Häuserkampf. Wir müssen mit den Leuten vor Ort zusammenleben und zusammenkämpfen lernen. Wir meinten auch, daß es nicht gut ist, daß immer nur die politischen Gefangenen zusammensitzen, weil das leicht zum Einheitsbrei wird, wenn alle im gleichen Topf rühren. Die Gefahr besteht, daß keine neuen Ideen entstehen. Man kann sich selbst nicht mehr in Frage stellen oder weiterentwickeln.

Ihr ward ja nun die letzten Jahre mit sozialen Gefangenen zusammen. Konntet ihr denn mit denen politische Diskussionen führen in Moabit? Oder: Sind solche neuen Ideen entstanden?

Also es gab sehr unterschiedlichen Phasen. Es gab Zeiten des Nebeneinanders, was aber auch mit der unterschiedlichen Belegung was zu tun hatte, die natürlich teilweise von den Bullen so gewollt war. Aber in der Hauptsache war es anders. Es gab Aktionen gegen die Knastleitung, Hungerstreiks, Essensverweigerungen, Flugblattaktionen, Arbeitsverweigerungen in Moabit, die von einem großen Teil der Gefangenen mitgetragen wurden. Bei solchen Aktionen haben wir uns gegenseitig kennengelernt. Ich denke, daß wir da in Moabit einen relativ guten politischen Grundstock gelegt haben, zumindest Ende der 70er Jahre. Wir wurden dann in den Trakt verlegt, weil man die Verbindung zwischen uns und den sozialen Gefangenen unterbrechen wollte. Der Grund war also nicht erhöhte Sicherheit und Ausbruchsgefahr, sondern weil die politische Unruhe unter den Gefangenen zu groß wurde.

Gab es denn auch Möglichkeiten, euch in die politische Arbeit außerhalb des Knastes einzubringen? Wurdet ihr überhaupt gefragt oder in die politische Diskussion, die draußen geführt wurde, einbezogen?

Ja, einbezogen wurden wir schon. Die politischen Inhalte mitbestimmt haben wir natürlich nicht. Das würde der Generalbundesanwalt sicher gerne hören, um sagen zu können, die Aktionen draußen wurden von den einsitzenden Gefangenen gesteuert. So war das natürlich nie: weder bei der RAF noch bei uns. Man kann

innerhalb der Mauern nichts nach außen dirigieren. Das zu behaupten ist ganz einfach Drecks-Propaganda. Natürlich haben wir bestimmte Diskussionen mitbeeinflußt, wie z.B. die Dialog-Kampagne der Grünen, wo Ronny und ich, dadurch, daß wir Antje Vollmer und Konsorten geantwortet haben, die Diskussion in eine andere Richtung gelenkt haben. Also es kam ja nicht zu diesem Dialog, weil die Diskussion, so wie wir sie haben wollten - nämlich öffentlich und nicht hinter verschlossenen Zuchthaustüren -, von Vollmer und Co. nicht geleistet werden konnte. Diesen Dialogvorschlag mußten wir ablehnen, weil die Initiatoren des Dialogs nur ein alternatives Gehirnwäscheprogramm mit uns vorhatten.

Ja, das war ja schon fast am Ende eurer Haftzeit. Ich will dich fragen, wie denn die sogenannten linken Medien reagierten, wenn es um die Veröffentlichung eurer Erklärungen ging?

Also die normalen bürgerlichen Medien haben ja sowieso von uns keine Notiz genommen. Der Berliner Tagesspiegel z.B.: Nachdem wir am Anfang unserer Haft öffentlich machen wollten, daß wir gefoltert wurden und unsere Angehörigen 'ne Suchmeldung nach den Tätern aufgeben wollten beim Tagesspiegel, hatte die Anzeigenabteilung sich geweigert, diese Anzeige abzudrucken. Die Veröffentlichung unserer eigenen Erklärung wurde von der TAZ anfangs blockiert, und in der Folge wurden Erklärungen immer wieder verfälscht. In der Regel wurden nur Sachen von uns in der TAZ abgedruckt, wenn sie Kritik an der RAF enthielten. Wir haben dann aufgehört, die RAF öffentlich zu kritisieren, weil wir merkten, daß dies von der TAZ benutzt wurde, um gegen alles Radikale zu hetzen. Ja, der ak hat natürlich unsere Sachen gedruckt. Das war schon 'ne Unterstützung, Diskussionspapiere und Prozeßerklärungen öffentlich zu machen. Während unseres Prozesses haben unsere Angehörigen und Freunde in einem regelmäßig erschienenen Info unsere Sachen nach draußen transportiert.

Nochmal: Gab es Diskussionen zwischen euch und der Linken während der Haftzeit.

Es war sehr unterschiedlich. Bis 77 lief die Diskussion zwischen uns und den Leuten draußen relativ gut. Nach der Schleyer-Aktion gab es ja sowieso einen Bruch innerhalb der Linken. Im deutschen Herbst brach sehr viel Angst und Orientierungslosigkeit aus. Die Linke litt ja zu dieser Zeit bereits an Identifizierungsproblemen. Sie waren nicht in der Lage, Analysen aufzustellen und so auch nicht in der Lage, mit den inhaftierten Gefangenen zu diskutieren. Als in Berlin die Hausbesetzungen in der 80er Jahren begannen, waren wir als Gesprächspartner wieder gefragt. Viele wollten von unseren Erfahrungen im politischen Widerstand erfahren, was damals aufgrund der Postzensur im Knast von uns natürlich nur schlecht vermittelt werden konnte. Nach Ende des Häuserkampfes brach dann diese Diskussion aber wieder ab, weil die Linke wieder in eine neue Identitätskrise kam. Die Funkstille hielt eigentlich bis gegen Ende unserer Haftzeit an, bis dann dieses sogenannte Dialog-Angebot auf den Tisch flatterte. Es gab also keine kontinuierliche Diskussion zwischen uns und der Linken draußen.

Habt ihr das denn vermißt?

An sich schon. Wir hatten ja eine zeitlang an der Gefangenen-Zeitung "Blitzlicht" mitgearbeitet. Die Redaktionsarbeit hat uns zwei Jahre sehr beschäftigt, weil diese Knastzeitung ja auch dafür gesorgt hat, daß ein Skandal in Moabit öffentlich bekannt wurde. Die Zeitung ist dann verboten worden, und man hat uns jede Menge Schwierigkeiten gemacht. Wir haben in der Zeit sehr vermißt, daß wir keine Unterstützung bei den Linken draußen hatten. Es hätte damals Möglichkeiten gegeben, den damaligen Justiz-Senat in die Knie zu zwingen. Folge: Wir hätten den jetzigen Generalbundesanwalt von Stahl nicht, denn er war der Hauptverantwortliche für die Skandale in der Berliner Justiz damals.

Mal ein bißchen weg vom Knast. Welche Veränderungen, politische und gesellschaftliche, sind dir denn aufgefallen nach 15 Jahren. Leben die Linken heute anders als damals?

Das ist eine schwierige Frage, weil ich in der Zeit entlassen wurde, in der die wahnsinnigen politischen Umwälzungen stattfinden.

Dazu kommen wir gleich noch. Erzähl von deinen persönlichen Erfahrungen?

Ja, mein Eindruck ist natürlich von den politischen Veränderungen beeinflußt. Also ich bin ja noch nicht so lange draußen, um eine realistische Einschätzung geben zu können. Aber ich war doch sehr geschockt von der Kälte, die zwischen den Leuten herrscht. Gemerkt habe ich sowohl bei Veranstaltungen oder auch in Discos, daß die Leute nichts mehr miteinander zu tun haben. Es herrscht eine unheimlich große Aggressivität

in Berlin. Mein Eindruck ist aber auch, daß innerhalb der Linken eine Verbürgerlichung stattgefunden hat, die ich nicht kannte. Viele leben wieder so, wie wir es eigentlich '68 nicht mehr wollten. Sie leben zurückgezogen in der Kleinfamilie. In dieser Zurückgezogenheit der Leute ist sicher auch die gegenwärtige frostige Atmosphäre begründet. Nach außen hin findet ja nur noch wenig Öffnung statt. Aber gerade dafür sind wir '68 ja auch auf die Straße gegangen. Auf der anderen Seite ist es für viele Linken auch schwieriger als damals: Die totale Reizüberflutung findet statt. Doch damit haben nicht nur Linke ihre Schwierigkeiten. Der riesige Valium-Mißbrauch in der Bevölkerung verdeutlicht dies. Man muß mit der wahnsinnig großen Palette von Angeboten und Eindrücken erst mal fertig werden: überfüllte und übervolle Geschäfte, Video, Fernsehen, Discos, Konzerte, die neuen Techniken usw., vom Jogging über Hanteltraining bis hin zum Bräunungsstudio. Ein Angebot, mit dem der Normalsterbliche klarkommen muß. Schafft er es nicht, führt es dazu, sich zurückzuziehen.

Auch aus der politischen Arbeit?

Ne, so nicht, aber viele befinden sich in einer Art Warteposition, daß was passiert. Ein paar hundert Leute in der Stadt sind eben politisch aktiv und die anderen warten ab. Vollversammlungen an denen 2.000 Leute teilnehmen, wie ich das von früher kenne, gibts nicht mehr.

Ist der revolutionäre Elan weg?

Ja, im Moment auf jeden Fall, weil die meisten auch mit der neuen politischen Situation in der Stadt und im Land nicht klarkommen. '68 haben die Leute wirklich den Umbruch, die Revolution gewollt. Und der Aufbruch hat viel an Veränderungen im politischen und gesellschaftlichen Leben gebracht. Heute gibt es keine Aufbruchsstimmung. Die Leute verharren in einer Position und sind gerade mühselig dabei, einen Standpunkt zu finden, um möglicherweise neu aufbrechen zu können. Wenn ich die '68er Zeit mit der heutigen vergleiche, denke ich, daß wir damals in der Offensive gekämpft haben, während sich die Leute heute sehr defensiv verhalten.

Wie funktioniert denn in dieser Situation die Zusammenarbeit mit der Linken in der ehemaligen DDR? Oder: Gibt's überhaupt Zusammenarbeit?

Also, die Kluft zwischen uns ist größer als das Zusammengehen. Versucht wird es immer wieder mal von wenigen Leuten, die allerdings auch schon vor der Wende Kontakt untereinander hatten.

Ist es nicht vielleicht auch die Vergangenheit der DDR, der Zusammenbruch des Sozialismus, der die Schwierigkeit der Zusammenarbeit ausmacht?

Es ist schwierig, da was zu sagen. Man muß die Unterschiede in den Systemen einfach berücksichtigen. Die kollektive Erziehung in der DDR, die auch kollektive politische Entscheidungen einschloß, macht sich jetzt bemerkbar, wenn ehemalige DDR-Bürger Einzelentscheidungen treffen müssen. Die Sicherheit des Kollektivs fehlt einfach. Auf der anderen Seite können die "Wessis" die kollektive Lebensart nicht immer nachvollziehen.

Aber entspricht nicht das Kollektiv gerade den Linken, die das vielleicht Basisdemokratie nennen?

Ja, aber es gab in der ehemaligen DDR keine wirkliche kollektive Entscheidung. Am Ende einer kollektiven Diskussion stand dann in der Regel doch die Entscheidung einer Führungsperson. Das hatte mit Basisdemokratie nicht viel zu tun. Trotz alledem waren die Kollektive oft Grundstock für Solidarität, Geborgenheit und Sicherheit. Das haben sich die DDR'ler weggenommen und sich in die individuelle Kälte des Kapitalismus gestürzt. Damit müssen sie jetzt leben. Und bei allem kollektiven Denken im Westen sind die gesellschaftlichen Verhältnisse einfach nicht so, daß wirkliche Kollektive aufgebaut werden könnten. Es ist unmöglich, im Kapitalismus das System sozialistischer Kollektive aufzubauen. Vieles an kapitalistischen Denkstrukturen haben natürlich auch die Linken verinnerlicht, einfach als Folge ihrer Sozialisation und Erziehung.

Ein weiteres Dilemma ist, daß weder die Ost- noch die Westlinke aufgrund der negativen Besetzung des Begriffs Sozialismus tatsächlich keine Vorstellung hat, wie eine sozialistische Revolution aussehen kann. Es gibt kein befreites Gebiet mehr, auf das man sich als Linker berufen kann, die große Mutter Sowjetunion, an die man früher klammern konnte, ist nun auch bald verschwunden. Das bringt natürlich Unsicherheit innerhalb der Linken.

Hätte es Möglichkeiten für die Linke in Europa gegeben, den Zusammenbruch des Sozialismus zu verhindern? Der West-Linken wird ja immer wieder von der Ost-Linken vorgeworfen, sich nicht genügend um den anderen Teil Deutschlands gekümmert zu haben?

Ja, diese Art von Vorwürfen kenne ich auch. Diese Diskussion findet zur Zeit sehr heftig statt mit der Frage der Ost-Linken an die Westler: Warum habt ihr uns nicht unterstützt? Aber die Diskussion wird leider außerhalb des historischen Zusammenhangs geführt. Man muß sich daran erinnern, daß nach Ende des Zweiten Weltkriegs in der BRD eine antikommunistische Hetze schlimmster Art betrieben wurde, die an Zeiten des Faschismus erinnert hat. Da war von "Untermenschen" die Rede, wenn Sowjetbürger gemeint waren. Unsere Generation ist ja dann in der Phase des Kalten Krieges groß geworden, wo es nicht so einfach war, zu sagen: Wir unterstützen jetzt die Linke im anderen Teil des Landes. Es gab die Adenauer-Zeit mit dem Verbot der Kommunistischen Partei, Verfolgung der alten Kommunisten und die gleichzeitige Wiedereinsetzung der Nazi-Juristen. Die Euthanasie-Ärzte durften wieder praktizieren, Nazi-Lehrer wieder Kinder erziehen und die Kriegstreiber und -verbrecher waren wieder in Amt und Würden.

Es war damals verboten,Stücke von Brecht aufzuführen. Leute, die in die DDR reisten, wurden beobachtet, verfolgt, teilweise bestraft - und das immerhin bis in die 80er Jahre hinein. Von daher kann man nicht einfach sagen, wir hätten die Linken in der DDR mehr unterstützen müssen. Die Selbstkritik lautet dennoch, daß wir uns hätten besser informieren müssen über die Linke in der DDR, die allerdings so stark und bedeutend nun auch wieder nicht war, bis zum Schluß nicht. Und heute wird schon wieder an der historischen Lüge gearbeitet, zu behaupten, daß die Linke in der DDR die Revolution ausgelöst hat. Die Fluchtbewegung der DDR-Bürger hat den Sturz der SED ausgelöst, Leute, die über Ungarn und Österreich das Land verlassen haben und nicht die, die in Leipzig auf der Straße waren. Aber noch mal zurück: Jede Unterstützung der DDR-Linken vor der Wende hätte für uns bedeutet, daß wir gleichzeitig auch den Antikommunismus gefördert hätten. Man hätte unsere Glaubwürdigkeit vom Westen aus dazu benutzt, um gegen die DDR zu hetzen. Und für uns alle war einfach - egal ob das richtig oder falsch war - die DDR immer noch ein Teil des besseren Deutschlands, Hoffnung, daß da was besseres aufgebaut wird. Und die DDR hat auch einiges geleistet. Z.B. eine Volksabstimmung in Sachsen durchgeführt mit der Folge, daß die alten Nazis enteignet wurden, während so eine Volksabstimmung 1948 in Hessen von den Amis verboten wurde.

Die DDR hat die Nazis eingesperrt, nicht alle übernommen, auch wenn vielleicht einige durchgerutscht sind, während es in der BRD bis weit in die 70er Jahre noch in Baden-Württemberg einen Ministerpräsidenten gab, der als Marinerichter Soldaten verurteilt hatte, sogar noch nach Kriegsende zum Tode verurteilte.

Ja, und der ausgebürgerte Wolf Biermann, der in der DDR diesen Marinerichter kritisierte, sich später allerdings - als er in der BRD lebte - bei ihm dafür entschuldigte. Das sind so Sachen, die müssen auch die DDR-Linken realistisch sehen, wenn sie unsere fehlende Unterstützung kritisieren.

Trotz all dieser Kritik und gegenseitiger Berührungsangst: Muß es nicht gerade jetzt eine Zusammenarbeit der Linken in Ost und West geben?

Also es muß sie geben, weil der Prozeß der sogenannten deutschen Einheit von rechts stattfindet und weitermarschiert und die Linke in Ost und West überrollt. Deshalb ist notwendig, daß die Linke zusammengeht, und vor allem die geistige Mauer, die immer noch besteht zwischen Ost und West, muß beseitigt werden. Wir sollten uns auch nicht weiter so sehr auf Deutschland konzentrieren: Die Vereinigung Europas steht an und der Imperialismus zieht die Vereinigung durch. Als Gegenmacht dazu ist die Vereinigung der gesamten europäischen Linken einfach zwingend notwendig. Aber das ist Zukunftsmusik.

Wäre in dieser Vereinigungsstrategie auch die PDS denkbar?

Viele Linke waren sehr gespannt auf Gysi und die PDS, gerade von Gysi sehr begeistert. Aber nach den letzten Finanzgeschichten, die in der PDS aufgetreten sind, wird Gysi meiner Meinung nach größenwahnsinnig, wenn er den Fortbestand der Linken von seiner Person und der PDS abhängig macht. Das geht zu weit, denn so wichtig ist Gysi nicht und auch die PDS nicht. Diese Partei bildet zwar den Grundstock der parlamentarischen Linken, aber nicht der außerparlamentarischen. Die PDS ist keine kommunistische Partei, sondern 'ne sozialdemokratische, von der wir zur Zeit einige haben: die SPD natürlich und auch die Grünen als billigen Abklatsch und nun noch die PDS als vielleicht die dümmsten Sozialdemokraten, aber dafür die reichsten. Ich denke, die PDS, so wie sie sich heute darstellt, ist 'ne sterbende Partei.

Gibts denn 'ne reale Chance für eine Kommunistische Partei in diesem neuen Deutschland - wo die CDU das Sagen hat, wo Fremdenhaß und Antisemitismus zunehmen?

Also, ich denke, daß sich die Linke außerparlamentarisch formieren kann und Wert darauf legen sollte, daß die Menschen ihr Schickal in die eigene Hand nehmen. Daran zu arbeiten ist nun mal wichtiger als jede Parteiarbeit: Das bedeutet, ähnlich wie '68 auf die Straße zu gehen, sich zu wehren und Widerstand zu organisieren. Es gilt noch immer, was wir schon vor 15 Jahren gesagt haben: Wir müssen alle Lebensbereiche erobern und das Leben darin selbstbestimmt organisieren lernen.

Ralf, ich hab noch 'ne ganz andere Frage: Es wird ja immer wieder mal behauptet, daß sich die Bewegung 2. Juni aufgelöst hat. Ist da was dran?

Uns hat ja während unseres Prozesses 1980 ein Auflösungspapier erreicht, in dem die Auflösung der Bewegung 2. Juni festgeschrieben war. Das traf uns damals wie ein Keulenschlag, denn es kam halt ohne Diskussion mit den Gefangenen und der Basis draußen zustande. Niemand weiß bis heute, wer dieses Auflösungspapier eigentlich verfaßt hat. Wir hatten damals aus dem Knast heraus diese Auflösung abgelehnt in einem Papier, das Ronald Fritzsch, Klaus Viehmann und ich verfaßten. Es hat also von uns nie eine Auflösungserklärung gegeben. Fakt ist natürlich, daß ab einer gewissen Zeit keine Aktionen mehr stattfanden und daß die bewaffnete Politik einfach zu Ende war. Die Gründe dafür müssen wir selbst noch analysieren. Die Geschichte und Politik der Bewegung 2. Juni ist eigentlich nie zu Ende gegangen, denn wir waren ja Teil der Linken und von Anfang an in sämtlichen Teilbereichen des linken politischen Prozesses vertreten, wie im Häuserkampf oder in der Stadtteilarbeit z.B.

Ihr habt bei euren Aktionen ja immer auch Wert auf ein bißchen Spaß dabei gelegt.

Ja, wir waren immer bemüht, politische Aktionen auch so zu gestalten, daß sie Spaß machten. Wir haben z.B. Negerküsse bei Banküberfällen verteilt. Das wurde von den Leuten auch verstanden, vor allem deshalb, weil ja immer gesagt wurde, wir würden die Blumenfrau von nebenan niederschießen oder die Blumenfrau von der Straße hätte den gleichen Stellenwert als politisches Ziel wie z.B. Herr Lorenz als Politiker. Und den Unterschied haben wir durch die Negerkußaktionen klargemacht. Deswegen denke ich, daß z.B. das Kreuzberger "Büro für ungewöhnliche Maßnahmen" da was von uns gelernt hat, weil das auch politische Aktionen in Formen präsentiert, die viel vermitteln. Aktionen - ob friedlich oder militant - müssen immer vermittelbar sein.

Das hat aber euern bewaffneten Kampf nicht ausgeschlossen?

Nein, denn ich meine auch, daß Spaß ohne Ernst nicht geht. Man kann als ernstdenkender Mensch nicht existieren, wenn man nicht gleichzeitig Spaß haben kann. Lebenslust kann auch im bewaffneten Kampf deutlich gemacht werden.

Das ist ja auch ein Punkt, worin sich die Bewegung 2. Juni von der RAF unterscheidet.

Das gibts einen Unterschied. Obwohl es am Anfang der RAF-Geschichte ähnlich wie bei uns war. Wir hatten die selben Aktionsformen im Kopf, vieles lief parallel, an bestimmten Aktionen haben wir gemeinsam gearbeitet. Die RAF hat sich später dann zu mehr Militanz entwickelt. Das hängt mit Sicherheit mit der Tatsache zusammen, daß viele RAF'ler in Ausbildungslagern in Jemen, Palästina oder Libanon waren, in der Zeit viel Elend gesehen haben und da 'ne gewisse Verhärtung stattgefunden hat. Viele RAF'ler haben sich danach als verlängerter Arm der Dritten Welt verstanden, also der Befreiungsbewegungen in den Metropolen. Das haben wir nie so gesehen.

Wir sind ja hier in Deutschland groß geworden, haben selbst viel Mist erlebt. Unsere Devise war: Man kann den Imperialismus nur von innen heraus zerstören. Wir haben die RAF mal kritisiert, weil sie bei jeder Aktion den militärischen Einsatz gesteigert, aber keine politische Analyse erstellt hat. Wir haben immer gesagt: Wir haben ein politisches Ziel und das bestimmt unser Handeln. Und bei der RAF war es so, daß nach jeder Niederlage der militärische Einsatz erhöht wurde.

Ponto wurde erschossen, und es war ein politischer Rückschlag. Die Aktion brachte politisch nicht weiter. Dann kam Schleyer. Gegenüber Ponto wurde der militärische Einsatz erhöht, ohne die politischen Veränderungen zu analysieren. Der gleiche Fehler wurde innerhalb der Schleyer-Aktion noch wiederholt. Vier

Leibwächter Schleyers wurden erschossen. Allein dadurch bekam die Aktion einen anderen politischen Stellenwert, was aber von der RAF nicht erkannt wurde. Auf vier Tote reagiert ein System anders als auf eine Entführung. Anstatt aber nun innerhalb der Aktion neue politische Überlegungen anzustellen, wurde der militärische Einsatz in Form einer Flugzeugentführung wieder erhöht. Die politische Katastrophe war damit perfekt. Für uns war der militärische Einsatz immer nur ein Mittel zum Zweck und wurde vom politischen Ziel bestimmt. Das schließt bestimmte Aktionsformen von vornherein aus.

Ralf - vielen Dank, daß du dir für dieses Gespräch Zeit genommen hast.

6. Leserbriefe: betr.: Lob des KB und PDS-Arbeit des KB

Rubrik: Leserbriefe · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:43

Liebe Freunde vom "AK",

als interessierter Leser linken Zeitungen und Zeitschriften und als Abonnet des AK seit ca. einem Jahr mal was Positives: Für mich ist Euer Blatt neben der "Konkret" so ziemlich das brauchbarste und informativste im Lande. Ich fände es schade, wenn die Gegensätze im KB euer Zeitungsprojekt gefährden würde. Ich fand gerade Eure Dokumentation kontroverser bis gegensätzlicher Standpunkte interessant. Und sich ausgerechnet an der PDS-Frage spalten oder ein Projekt aufgeben? Ich plädiere für Geduld. Mal sehen wie das Ding (la cosa) sich entwickelt.

In diesem Sinne Dietrich M.

PS: Scheck als Spende folgt im Dezember. In der Frankfurter Rundschau-Leserbriefspalte gibts 'ne interessante Diskussion zum Tode Willi Münzenbergs. Vielleicht könnt Ihr dazu mal was schreiben!?

Liebe Ulla! Hallo GenossInnen vom KB!

Nun sind die Wahlen vorbei. Geschafft! Und nun, wie weiter? Wir haben ein "paar" von Euch kennengelernt. (...) Wir haben uns oft gewundert, daß die vom KB immer schnell zu erkennen sind ... Wir müssen Euch mal ein Kompliment machen. Ich seid ziemlich sympathisch, unaufdringlich, besonders interessiert und kommt hierher nicht mit fertigen Meinungen, ziemlich integrativ Euer "Benehmen". Ist Euch eigentlich klar, daß Ihr ob dieser "Auffälligkeiten" eine besondere Verantwortung habt?

Der Dialog Ost/West-Linke steht am Anfang. Ein paar von uns haben sich nun bei Euch mal sehen lassen. Wir haben uns ein bißchen kennengelernt. Interessiert hörte man/frau (!) zu. Ob wir uns schon verstehen?

Uschi Goldenbaum erzählte, daß sie, nachdem Ihr sie mit Infos über den aktuellen Diskussionsstand "angereichert" habt, sie bei ihren Wahlauftritten in ... sogar bei der Frage "Haschischverbot oder nicht" richtig antworten konnte. Ist Euch klar, wieviele Diskussionen (ohne belehrende Zeigefinger!) Ihr noch vor Euch habt? Na, da habt ihr Euch was den Hals geholt!

Uschi erzählte auch, daß ihr (die gesamte verkrachte Westlinke) richtig nett und produktiv streiten könnt, wenn da ein Ossi mit integrierender Ausstrahlung irgendwo vorn am Podium sitzt. Nun müssen wir wohl immer zu Euch kommen, damit das so produktiv weitergehen kann? Vielleicht kriegt die Westlinke das auch alleine hin?

Christiane Reymann hat erzählt, daß die Hamburger "Kopfgeburt" um ihren Tisch und ihren Kopftopf herum gewachsen ist. Sie betonte, wie wichtig solche sozialen und kulturellen Elemente sind, da hat sie ja auch wirklich recht. Bei all dem Streß geht der Mensch ganz kaputt. Es wäre echt toll, wenn sie mal ein Essen für die verzagte Westlinke kochen würde. Weil Ihr ja sowieso keine einheitliche Meinung zum Essen hättet, sollte es mehrere Gänge geben. Das wäre toll! Vielleicht klappt es im Sommer? Hinterher gehen wir baden, dann wandern und singen wir Heimatlieder! Wir würden uns schon einig werden. Vielleicht machen wir ein Reitturnier mit Ebermanns Pferdchen. Den machen wir richtig voll ...! Ach ja, Ihr singt ja keine Heimatlieder! Also, erst richtig essen, dann sehen wir weiter, Hauptsache wir können uns gut leiden. Gibt es eigentlich so große Töpfe? Wer kann mal Christiane fragen?

Ihr (die West-Linke) sollt Euch ja immer so gekloppt und gespalten haben, daß die Gräben und Wunden tief sind. Wir brauchen Euch aber, kommt doch mal und diskutiert bei uns mit. Woher sollen wir denn das kennen, was Ihr schon oft "besser" wißt? Wenn Ihr Euch son bißchen um die PDS kümmert, dann habt Ihr was zu tun, könnt wirksam werden und braucht nicht immer so schrecklich rumzutheoretisieren. Ja, so ein großes Fest mit Musik und gutem Essen wäre toll! Hoffentlich kommt uns nicht dieser verdammte Golfkrieg dazwischen - wobei wir bei der Realität sind!

Ja, Ulla, das wollten wir Dir sagen: Dein ND-Interview war wohl ziemlich auf die schnelle gemacht! Warum wir das meinen? Na, wir finden, es gibt ganz dringende Probleme und Du schlägst vor, über die traditionellen Westthemen zu kommen. Da soll sich die PDS einschalten. Ulla, wie soll das gehen? Das können wir doch gar

nicht. Für einen Neuanfang sind die aktuellen auch besser. Überall brennt es: Golf, die Betriebe machen hier zu, Millionen arbeitslos wie '33, alle Verhältnisse neu, so als ob man nie wieder nach Hause kommt. Ihr lebt ja drüben wie immer. Klar ist ja alles bei Alten!(?)

Mensch, wir müssen was machen. Auch Ihr im Parlament haut hoffentlich richtig los. Nun sind die Westgrünen auch nicht drin, das ist schlimm. Kann man da was von Stiftungen und BAGs retten?

Ihr solltet als Fraktion schnell zusammenkommen und ein Arbeitsprogramm der Linken in Ost und West zur Diskussion stellen. "Was tun? Opposition in Deutschland" oder so. Dann machen wir einen offenen linken Kongreß, wo viele hinkommen sollen. Wir überlegen uns, was wir machen, fordern, mobilisieren, aktivieren, plakatieren, initiieren, damit sich was bewegt.

Ja, Ulla, dann hast Du gesagt, daß Ihr schnell die PDS aufbauen wollt. Geht denn das? Sind denn schon alle Fragen klar, mit vielen diskutiert? Da kommen doch zuerst die, die eine neue Kirche für ihren Glauben suchen. Paßt bloß auf, daß sich nicht Funktionärstypen vorne anstellen. Dann glauben wir, wird es wohl schwer sein, daß sich die West-Linke in Bezug auf eine ostdominierte Programmatik eigenständig formiert. Denn bei Euch ist ja trotzdem alles anders! Das müßt Ihr doch wirklich selbst machen. Macht es die PDS Euch nicht zu einfach? Man, man, man, ... paßt bloß auf.

Ulla, haben denn die PDS im Westen nur deshalb sowenig gewählt, weil "bei den Linken Schmalhans Küchenmeister" ist? Wir kennen uns ja nicht so gut aus. Warum sind denn die linken Gewerkschafter und interessierten Sozialdemokraten wieder weggegangen? Für eine sozialistische Partei brauchen wir doch den sozialen Bezug. Ihr schimpft immer auf die, von wegen alles mögliche mitgemacht und so. Schippt doch endlich Eure Gräben zu! In der SED haben wir uns auch immer Illusionen gemacht. Eine sozialistische, undogmatische, linke Partei konnte es ja auch früher wirklich nicht geben, dank Schalcks DKP-Finanzierung und den ganzen Ostblock-Sozialismus. Kompromisse hin, Kompromisse her. Vorbei, vielleicht nicht vergessen! Wichtig ist der Neubeginn!

Die linken Gewerkschafter müßt Ihr hüten. Die wissen, was die "Leute" kümmert. Schließlich müssen wir Politik in Bezug auf "Leute" machen. Die linken Sozis und linken Grünen, die jetzt die Vollmer/Weiß-Fraktion vergraulen will, die brauchen wir auch. Vor allem aber die ganz Jungen, die SchülerInnen und Studierenden. Empfangt sie mit offenen Armen. Macht Eure Strukturen nicht zu, besetzt nicht alle Parteiposten, laßt Platz in den Vorständen und Raum für die neuen, die jungen, für eine sich neu formierende Linke.

Wir haben da tolle Erfahrungen mit den Arbeitsgemeinschaften LISA, Junge GenossInnen, Entrüstung, Altes Erbe - Neues Denken, Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, Menschen mit Behinderungen, Schwulen und Lesbenpolitik. Vielleicht kommt Ihr mit so einem Herangehen auch weiter und "baut" an den aktuellen Themen entlang arbeitenden Strukturen auf.

Mit vielen sozialistischen Grüßen

Euere Kerstin Handau von der AG Schwulen-und Lesbenpolitik & Jan Bloch von AG Junge GenossInnen

Achso: Wir sollten uns öfter besuchen und schreiben, damit wir uns kennenlernen. Ja, dann solltet Ihr nicht gleich Größenwahn-sinnlich werden, weil wir den KB immer so loben. Immer schön bescheiden bleiben.

Auch Grüße von Katrin, die studieren muß! Haut ran!

7. Auf der Blechseite des Knastes Hungerstreik im Celler Knast

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:14

Gegen seine jahrelange Isolierung im Celler Knast begann Dieter Essmann am 8.11. einen Hungerstreik. Ein zweiter Gefangener, Ivan Jelninic, schloß sich am 22.11. dem Hungerstreik gegen die Sonderhaftbedingungen im Celler Knast an. Am 27.11. wurde Essmann in das Justizvollzugskrankenhaus verlegt.

Nachdem jetzt seine Forderungen weitgehend erfüllt worden sind, brach er den Hungerstreik ab.

Dieter Essmann ist seit 7.1.87 im Knast, seit dem 14.1.87 befindet er sich auf der Station "2. Zellengang/Westseite" im Celler Knast, kurz die "Blechseite" genannt. Die "Blechseite" ist eine zusätzlich gesicherte Station des Knastes, die sowohl als Aufnahme-, Normal- und Sicherheitsstation dient. Von der Anstaltsleitung wird seine Unterbringung in diesem Teil des Knastes damit begründet, daß er versucht hätte, mit anderen Gefangenen gegen die Anstaltsleitung zu hetzen.

Der Versuch, im September 89 mit dem Mittel der Arbeitsverweigerung seine Verlegung aus der Sicherheitsstation zu erzwingen und damit auch nicht mehr den Sonderhaftbedingungen zu unterliegen wie: kein Aufschluß, geschlossene Zellen auch während des Essens und der Saubermachens, keine Teilnahme am Sport nach 17 Uhr, scheiterte. Die Anstaltsleitung reagierte mit weiteren Verschärfungen wie: keine Teilnahme am Wochenendsport, zeitweise keine Teilnahme am Haussport, keine Aufnahme in den Realschulkurs, Einkaufssperre, Verweigerung eines Tauchsieders. Das bedeutete 21 Stunden Einschluß.

Gegen diese Isolationsmaßnahme und für die Abschaffung der "Blechseite" richtete sich der Hungerstreik.

Rot-Grüne-Sprechblasen

Trotz des Koalitionsvertrages zwischen der SPD und den Grünen, die die Justizministerin Heidi Alm-Merk verpflichtet, auch im geschlossenen Vollzug neue Wohn-, Arbeits- und Lebensformen zu verwirklichen, gab es ein halbes Jahr nach dem Regierungswechsel in Hannover im Celler Knast neben dem Normalvollzug drei Isolierstationen:

- den Hochsicherheitstrakt für die Gefangenen aus der RAF

- die sogenannte Blechseite mit Zwangsarbeit, aber ohne Freizeit und Feierabend

- die S-Station, auf der die Gefangenen die Zelle täglich für eine Stunde verlassen dürfen - wahlweise für die Teilnahme am Hofgang oder am Sport.

Jetzt wurde auf die Forderung, die Isolierstationen vollständig aufzuheben, mit dem Hinweis reagiert, daß das abgestufte System von Sonderbehandlungen im Celler Gefängnis zur Zeit gerade von einer Kommission überprüft werde. Es sei eine grundlegende Neuorganisation des Celler Vollzuges geplant.

ga.

8. Das Ende einer Zeitung Brief der Monatszeitung vom 23.10.1990

Rubrik: Medien; Österreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:09

Wien, den 23.10.1990

Donnerschlag! Wir von der MOZ-Redaktion waren uns schon längere Zeit über bewußt, daß das Projekt "MONATSZEITUNG" eine finanzielle Gratwanderung ist. Die letzte Budgetsitzung mit unseren arabischen Freunden von der Geschäftsführung allerdings hat unsere Befürchtungen noch übertroffen.

Die MONATSZEITUNG, so der Kern der Sache, wird mit Anfang 1991 eingestellt. Kein Geld, kein Druckwerk.

Die Gründe: Eine sichtbare Steigerung des Verkaufs während des letzten Jahres blieb aus - da hat uns auch die leicht steigende Abonnent/inn/enzahl nicht herausgerissen. An der Inseratenfront herrschte im vergangenen Jahr das reine Desaster. Außer schwach bezahlten Solidaritätsaktionen und Austauschinseraten fielen nicht einmal Krümel aus der Werbewirtschaft in unseren Topf. Das Geld zum Stopfen dieser Löcher reichte schlußendlich nicht aus.

Daß die Zeiten für Alternative und Linke härter werden, das hast Du und wir alle immer wieder - warnend - in Artikel- und Kommentarform gefaßt. Eine nur folgerichtige materielle Ausprägung ist, daß aufwendig gemachte fundamentale Gesellschaftskritik unbezahlbar wird. Das müssen wir von der Redaktion - traurig, aber wahr - zur Kenntnis nehmen. Und darüber wollten wir Dich mit diesem Brief in Kenntnis setzen.

Ob es noch irgendeine andere Form des Weitermachens gibt, wird zur Zeit zwar auf sogenannten Krisensitzungen diskutiert, ist jedoch fraglich.

Anfang Dezember, so haben wir uns gedacht, sollten alle engeren Mitarbeiter/innen der MONATSZEITUNG nochmals zusammenkommen. Weniger, um den Versuch zu starten, Tote aufzuwecken, als vielmehr nach dem Motto: "Wenn schon Leiche, dann schöne Leiche".

Herzliche Grüße und vielen, vielen Dank für Deine Arbeit in der MOZ

Die Redaktion

9. KSZE-Konferenz in Paris: Ein "neues Zeitalter" - wohin?

Rubrik: Osteuropa, Osteuropapolitik; Rüstungskontrollverhandlungen; Golfkrieg · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:13

Mit der Verabschiedung der "Charta für ein neues Europa" auf dem zweiten Gipfel der "Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" (KSZE) in Paris besiegelten die Staatschefs aus 34 europäischen Ländern (Ausnahme: Albanien), den USA, Kanada und der Sowjetunion das Ende der Nachkriegsordnung, nahmen die deutsche Einheit mit "großer Genugtuung" zur Kenntnis und bekundeten ihre Absicht, eine "neue Ära der Demokratie, des Friedens und der Zusammenarbeit in Europa" einzuleiten.

Alle beteiligten Staaten schrieben die westliche bürgerliche Demokratie "als einzige Regierungsform" fest und bekannten sich in feierlichem Rahmen zu Marktwirtschaft und Menschenrechten. Die KSZE beschloß einige institutionelle Einrichtungen wie die eines "ständigen Sekretariats" in Prag, eines "Konfliktverhütungszentrums" in Wien und eines "Büros für freie Wahlen" in Budapest - freilich ohne Kompetenzen.

Im Juni nächsten Jahres tagt erstmals die jährlich stattfindende KSZE-Außenministerkonferenz in Berlin, und auf dem dritten KSZE-Gipfel in zwei Jahren sollen in Helsinki weitergehende Beschlüsse über eine Institutionalisierung der KSZE als Dach des "europäischen Hauses" folgen. Ein weiteres wichtiges Ergebnis war die Absegnung des VKSE-Rüstungskontrollabkommens (siehe weiter unten).

Präsident Mitterand verglich die Pariser KSZE mit dem Wiener Kongreß von 1815, ohne daß es dieses Mal Sieger und Besiegte gegeben habe. Das ist gleich in doppelter Hinsicht falsch: die Verlierer des Kalten Krieges sind die Sowjetunion und die übrigen osteuropäischen Staaten, und der große Sieger des Zusammenbruchs des realsozialistischen Experiments ist die BRD, die sich nicht nur die DDR einverleibte, sondern nun endgültig zur europäischen Führungs- und damit Weltmacht aufstieg.

Den historischen Rang dieses KSZE- Gipfels macht ihm die Geschichte selbst streitig. Ursprünglich sollte die KSZE die deutsche Einheit feierlich besiegeln, nunmehr geriet diese Frage eher an den Rand.

Das atemberaubende Tempo der Veränderungen vor allem in Osteuropa und in der Sowjetunion läßt die Bekenntnisse zu Freizügigkeit, Menschenrechten, Marktwirtschaft und Zusammenarbeit hinter sich.

Zum einen wird sich hinter verschlossenen Türen über die künftige Rolle der Nato und der Stellung des deutschen Imperialismus gestritten. Henry Kissinger etwa argwöhnt eine Erosion des westlichen Zusammenhalts und befürchtet die Ersetzung der Nato durch die KSZE. Er beklagt die Statistenrolle der ehemaligen drei westlichen Siegermächte, die diese beim bilateralen Übereinkommen zwischen Kohl und Gorbatschow in Sachen deutsche Einheit spielten. Dem Westen fehle eine "intelligente Langzeitplanung", die der "dominanten Rolle Deutschlands" Rechnung trage.

Innerhalb der Nato wird über eine Transformation in eine multinationale Streitmacht mehr als nachgedacht, um gegebenenfalls nicht nur im Nahen Osten, sondern in Osteuropa in der Pose einer Friedenstruppe Ordnungs- und Machtfaktor zu spielen.

Der ehemalige US-Sicherheitsberater unter Präsident Carter, Zbigniew Brzezinski, sieht die Sowjetunion als einen Hexenkessel mit gewaltsamen Eruptionen, die letztlich in einer großrussisch-nationalistischen Diktatur endeten. In Osteuropa lägen die Dinge kaum anders. "Diese postkommunistische Region ist von Chaos und Instabilität bedroht, während sie sich nach einem westeuropäischen Lebensstil und nach institutionellen Einrichtungen westlicher Prägung sehnt ... Ihre politische Kultur ist durchdrungen von einem starken Nationalismus, der durch die Erfahrungen mit dem Kommunismus verstärkt wurde. Die Gefahr nationalistischer und territorialer Konflikte überschattet ihre innenpolitischen Probleme". Brzezinski befürchtet einen "rechten Autoritarismus" in Osteuropa und zwischen EG einerseits sowie der Sowjetunion andererseits ein "gefährliches geopolitisches Machtvakuum". Wer dieses Vakuum ausfüllen könnte, liegt für ihn auf der Hand: der BRD, so umschreibt er diplomatisch, käme eine "Schlüsselrolle" in dieser Region zu (1).

Diese Szenarien sind nicht so einfach von der Hand zu weisen; die Sowjetunion und Jugoslawien befinden sich am Rande des Abgrunds. Im ersteren Fall sucht Gorbatschow den Zusammenbruch der Sowjetunion mit

der Errichtung einer Präsidialdiktatur aufzuhalten, und der Einsatz der Roten Armee scheint unausweichlich. Jugoslawien driftet auseinander, womöglich mit bewaffneten Konflikten, denn der wiedererstarkte großserbische Nationalismus und Chauvinismus wird sich nicht mit den bestehenden Grenzen der Teilrepubliken zufrieden geben. In Bulgarien und Rumänien sind bürgerlich-demokratische Regimes fremd; nach den Monarchien und reaktionären Diktaturen zwischen den beiden Weltkriegen scheint an diese Traditionen wieder angeknüpft zu werden. Auch in Polen stehen die Zeichen zugunsten Lech Walesas und somit einer autoritären Lösung der Krise.

Der neue Ost-West-Konflikt

Eigentliches Thema auf dem KSZE-Gipfel war neben dem Golfkonflikt das west-östliche Wohlstandsgefälle, ein neuer "Eiserner Vorhang", der sich von Skandinavien über Großdeutschland, Österreich und Italien erstreckt. Kanzler Kohl mahnte, die "überwundenen Gräben der Ideologie dürfen nicht durch soziales Gefälle neu aufgerissen werden". Die Präsidenten Ungarns, Polens, Jugoslawiens und der CSFR beschworen die westlichen Staaten um Hilfen, um einem "A-Klassen- und B-Klassen-Europa" (Mazowiecki) vorzubeugen. Doch der Westen machte sich rar und machte keinerlei verbindliche Zusagen. Im Gegenteil: nach den jüngsten Statistiken der "Bank für Internationalen Zahlungsausgleich" (BIZ) und einer Studie der OECD drehten die westlichen Privatbanken den Kredithahn so gut wie zu. Die Sowjetunion, einst als guter Schuldner eingestuft, gilt als Risiko ersten Ranges, gefolgt von den übrigen osteuropäischen Staaten. Wenn überhaupt, gibt es das begehrte fresh money nur mit staatlichen Bürgschaften.

Als ein zweites Problem sprachen die osteuropäischen Regierungschefs von den brodelnden ethnischen und nationalen Konflikten - die CSFR und Ungarn wollen nicht nur in die EG, sondern auch in die Nato, vorerst zumindest als assoziierte Mitglieder. Beide Länder akzeptieren die Nato als künftiges Element einer europäischen Sicherheitsordnung.

Das West-Ost-Gefälle bereitet den westeuropäischen Staaten erhebliches Kopfzerbrechen, denn nach der Aufhebung der Reisebeschränkungen für Menschen aus Osteuropa und der Sowjetunion - einst unter dem Stichwort Freizügigkeit von den Nato-Staaten auf dem ersten KSZE-Gipfel vor 15 Jahren massiv eingeklagt und durchgesetzt - befürchten die westlichen Länder eine Fluchtbewegung derjenigen, die vor Hunger, Not oder ethnischer Unterdrückung fliehen müssen. Die Schätzungen gehen in die Millionen, die in Westeuropa Zuflucht suchen könnten.

Die EG-Länder und Österreich lehnten eine kooperative Lösung des Flüchtlingsproblems, wie von Vaclav Havel vorgeschlagen, brüsk ab.

Statt dessen basteln die zuständigen EG-Gremien und Innenministerien an einer Quotenregelung zur eng begrenzten Aufnahme von osteuropäischen und sowjetischen Flüchtlingen einerseits und der Errichtung von neuen Einreisebeschränkungen andererseits, um es von vornherein gar nicht erst zu Verhältnissen wie an der US-amerikanisch-mexikanischen Grenze kommen zu lassen.

VKSE: Abrüstung in Europa

Gleich zum Auftakt der KSZE wurde der "bedeutendste Rüstungskontrollvertrag aller Zeiten" (Christoph Bertram in der "Zeit" Nr. 48-1990) unterzeichnet. In diesem "Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa" (VKSE) wurden nicht nur gemeinsame Höchstgrenzen für definierte Waffensysteme festgelegt, sondern auch regionale Zonen mit wiederum unterschiedlichen Obergrenzen für bestimmte Waffengattungen in den jeweiligen Bündnissen Nato und - bereits Makulatur geworden - Warschauer Pakt.

Die Abrüstungsmaßnahmen werden durch ein Verifikationsregime ergänzt, mit dem die getroffenen Vereinbarungen jederzeit überwacht und kontrolliert werden können. Die Sowjetunion muß nach diesem Vertrag erheblich abspecken: fast 12.000 Panzer, über 5.000 Geschütze, über 12.000 Schützenpanzer und 3.000 Kampfflugzeuge hat sie auszumustern, während die Nato auf ganze 2.100 Kampfpanzer zu verzichten hat.

Das Zonenkonzept beinhaltet eine höhere Ausdünnung in Mitteleuropa (Groß- BRD, Polen, CSFR und Ungarn), die nach Osten hin abnimmt. Damit war beabsichtigt, die hohen Waffenkonzentrationen der Sowjetunion an der Grenze zur Nato zu minimieren. Inzwischen braucht sich an dieser Stelle nicht mehr mit den Nato-Rechnungen und angeblichen konventionellen Bedrohungspotentialen beschäftigt zu werden,

nachdem der Kalte Krieg ad acta gelegt wurde und die Sowjetunion ihrerseits erklärte, all ihre Truppen und Waffen aus Osteuropa abzuziehen - einschließlich ihrer Truppen in der einstigen DDR, die bis 1994 zurückbeordert werden. Damit ist diese Bestimmung der VKSE-Vereinbarung bereits durch die aktuellen Entwicklungen in Osteuropa und der Sowjetunion überholt, die Nato somit auf konventionellem Gebiet alsbald haushoch überlegen.

Nicht Makulatur geworden ist eine Bestimmung des Vertrages, nach dem kein Land mehr als 30% der Gesamtzahl schwerer Waffensysteme, die im gesamten Europa disloziert sind, besitzen darf. Auch diese Bestimmung ist eine "lex sowjetica", denn nicht ein einzelner Staat des Warschauer Paktes ist bestimmten Waffenobergrenzen unterworfen, sondern die in einem Land befindlichen Waffengattungen aller Warschauer-Pakt-Staaten. Dies hat zur Folge, daß die Sowjetunion verpflichtet ist, mit den jeweiligen Staaten Osteuropas einen entsprechenden "Waffenmix" auszuhandeln. Auch dieser Bestandteil des Abkommens wird spätestens dann obsolet, wenn die Sowjetunion ihre Truppenverbände aus Osteuropa abzieht, zumal von einem militärischen Bündnis namens Warschauer Pakt ohnehin nicht mehr die Rede sein kann.

Nun muß die Sowjetunion nicht alles, was sie aus ihrem ehemaligen osteuropäischen Glacis abzuziehen hat, verschrotten; ihr wurde zugestanden, einen Teil ihrer Waffensysteme weit hinter dem Ural einzumotten. Ursprünglicher Sinn des ganzen war, daß der Sowjetunion die potentielle Fähigkeit eines Überraschungsangriffs gegen die Nato genommen werden sollte, sofern das angesichts der modernen Satellitenüberwachung überhaupt noch möglich wäre, und ganz abgesehen davon, daß die Sowjetunion damit der Bedrohungslüge der Nato Rechnung trägt.

Was von dem Vertrag in der Substanz bleibt, ist das umfassende Kommunikations- und Verifikationssystem. So ist jeder Vertragsstaat verpflichtet, seine vereinbarten Stückzahlen in den verschiedenen Waffenkategorien, die jeweiligen Standorte, Streitkräftestrukturen, Dislozierungen usw. transparent zu machen - bis hin zu den technischen Details der betreffenden Waffensysteme.

Detailliert aufgelistet sind auch die Phasen, wann und wo welches Waffensystem wie zu verschrotten ist, bis binnen 40 Monaten die vereinbarten Obergrenzen der jeweiligen Waffensysteme erreicht sind. Die Abrüstungskontrolle erfolgt durch ein ausgeklügeltes System von zahlreichen Inspektionen, derer es einige hundert gibt. Bei etwaigen Unstimmigkeiten tritt ein "ständiger Beratungsausschuß" zusammen, der eventuelle Regelverletzungen des Abkommens überprüft und ausschalten soll.

Alles in allem wird die Sowjetunion bis 1993 ihre Truppen um rund zwei Drittel reduziert haben. Während die Nato ihre Waffenbestände um ca. 4% reduzieren muß, wird der Warschauer Pakt zu 39% zur Verschrottung gebeten, woran die Sowjetunion wiederum mit rund zwei Dritteln beteiligt ist.

Auf ausdrücklichen Wunsch der Nato wurden die Luftstreitkräfte und die auf europäischen Gewässern dislozierten Seestreitkräfte weitgehend aus dem VKSE- Vertrag ausgeklammert. Das sichert der Nato nicht nur ihre Überlegenheit gegenüber dem Osten, sondern - das ist der weitaus wichtigere Aspekt - eine hohe Flexibilität für den Einsatz dieser Streitkräfte außerhalb des alten Bedrohungsbildes. Stichwort hierzu: der Nahe Osten.

Und was der VKSE-Vertrag überhaupt noch nicht berücksichtigte, ist die deutsche Einheit. Großdeutschland sicherte vertraglich eine Obergrenze von 370.000 Soldaten zu - kein klassisches Bedrohungspotential mehr für den sich auflösenden Warschauer Pakt, aber ein erhebliches Potential für Schnelle Eingreif- und Ordnungstruppen, die für die "Dritte Welt" vor der Haustür Westeuropas auf ihre Einsätze vorbereitet werden, denn genau darauf zielen die neuesten Nato-"Modernisierungen" ab (2).

Deutsche Soldaten nicht als Kriegs-, sondern Friedensmacht irgendwo im Balkan - dies könnte schon bald zur europäischen Realität gehören, wenn diesen Plänen nicht noch ein Strich durch die Rechnung gemacht wird.

D./Westberlin

Anmerkungen:

1) Z. Brzezinski in: "Europäische Rundschau" 3- 1990

2) Daß dies keineswegs ein Hirngespinst ist, beweisen Äußerungen führender jugoslawischer Regierungspolitiker, die sich die BRD als Konfliktvermittler angesichts eines auseinanderbrechenden jugoslawischen Staates herbeiwünschen.

10. Ehrenmänner und Patrioten Gladio und der schwarze Terror in Italien

Rubrik: Geheimdienste; Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:07

Alle italienischen Regierungschefs seit den fünfziger Jahren und etliche Minister haben es gewußt: in ihrem Land operieren unter der Chiffre "Gladio" (das römische Kurzschwert, eine tödliche Nahkampfwaffe) bewaffnete und mit Sprengstoff ausgerüstete Antiguerilla-Einheiten, die vom Nachrichtendienst der Streitkräfte befehligt werden. In einem getarnten Ausbildungslager auf Sardinien, aber auch auf dem italienischen Festland probten mindestens 622 - möglicherweise aber auch weitaus mehr - Zellenanführer mit bis zu 10.000 "Rekruten" jahrzehntelang den Ernstfall Sabotageaktionen im Falle einer "sowjetischen Invasion" und militärische Schläge gegen kommunistische "Subversion". Ob die vorzugsweise aus rechtsgerichteten Elitesoldaten - Gebirgsjägern, Fallschirmspringern - aber auch aus "patriotischen" Zivilisten rekrutierten Kämpfer auch bei den diversen Putschversuchen und Bombenanschlägen zwischen 1960 und heute selbst mit Hand angelegt haben, wird derzeit untersucht. Seit Mitte Oktober ist die von der CIA aufgebaute und mit dem NATO-Hauptquartier in Belgien koordinierte Struktur "eingefroren".

Das demokratische Italien hat einen neuen Helden: Felice Casson, 37, Ermittlungsrichter aus Venedig, "einer aus jener kleinen Minderheit aufrechter, prinzipientreuer, hartnäckig der Gerechtigkeit dienenden Richter und Staatsanwälte in der italienischen Justiz, die für das Recht ihr Leben riskieren" ("Der Spiegel" 48/1990), hat wesentlich zur Aufdeckung der Gladio-Strukturen beigetragen. Cassons Enthüllungen sind Begleitprodukt seiner Ermittlungen zu dem dreifachen Carabinieri-Mord von Peteano im Jahre 1972, die - 14 Jahre nach der Tat - zur rechtskräftigen Verurteilung von drei Neofaschisten führten.

Italiens Staatsmänner gaben dagegen - zumindest vorübergehend - ziemlich komische Figuren ab. Fast niemand wollte von etwas gewußt haben - eine reichlich lächerliche Ausrede, die das an der Aufdeckung von Gladio maßgeblich beteiligte Wochenmagazin "Panorama" mit der Überschrift karikierte "Se c'ero dormivo" - "Falls ich dabei war, habe ich geschlafen". Ministerpräsident Giulio Andreotti, "der Fuchs", der Mittäterschaft an allen größeren Skandalen der vergangenen Jahrzehnte verdächtig, aber bisher immer ungeschoren davongekommen, erkannte als einer der ersten, daß Leugnen auf Dauer wenig Sinn haben würde. Seine Version: bei Gladio sei alles hundertprozentig legal zugegangen, nur Patrioten mit lupenrein weißer Weste seien beteiligt gewesen. Das ist eine kühne Behauptung: von den bis zu 10.000 Kämpfern sollen ihrer vorgesetzten Dienststelle, dem militärischen Geheimdienst SISMI, nur 622 namentlich bekannt sein.

"Kreuzzug in Europa" (Eisenhower)

Das vorläufige Bild der Operation Gladio/Sektion Italien sieht, grob vereinfacht, so aus: Die US-Geheimdienste OSS und CIA begannen gleich nach Kriegsende mit dem Aufbau eines geheimen Netzes antikommunistischer Kämpfer in Europa: Ihre Aufgabe: "stay behind", Kampf hinter den feindlichen Linien im Falle eines sowjetischen Angriffs, aber nicht nur das. "Operation demagnetize" hieß das Unternehmen im CIA-Jargon: Entmagnetisierung, Minderung der politischen Anziehungskraft des realsozialistischen Lagers durch Zurückdrängung und Ausschaltung kommunistischer und anderer linker Kräfte. Italien, seit 1949 NATO-Mitglied, das von der US-Regierung als "weicher Bauch" der kapitalistischen Welt angesehen wurde, kam dabei besondere Bedeutung zu. Koordiniert wurden die konspirativen Aktionen von der US-Botschaft in Rom. Botschafterin war zu dieser Zeit die glühende Antikommunistin Boothe Luce, die im März 1954 für das Folgejahr den Bürgerkrieg in Italien voraussagte. Ihre wichtigsten Mitarbeiter hießen Gerald Miller und William Colby, von 1973-76 CIA- Chef. Vor seiner Mission in Italien war Colby maßgeblich am Aufbau einer skandinavischen "stay behind"-Organisation beteiligt.

Daß es von Anfang an auch um massive Einmischung in inneritalienische Angelegenheiten ging, gibt der offizielle Historiker des State Department, James Miller, zumindest für die Amtszeit der Präsidenten Truman (1945-1953) und Eisenhower (1953-1961) offen zu: "In Washington fürchtete man einen bewaffneten Aufstand ... Schon 1947 wurde von den vereinigten amerikanischen Generalstäben eine Liste von Personen zusammengestellt, die im Falle eines Bürgerkriegs in Italien aktiviert werden sollten". Die hier genannte Jahreszahl widerlegt auch die Behauptung des "Spiegel" (19.11.90), "Stay behind" sei erst 1951, "mitten im

Koreakrieg, dem klassischen Beispiel für skrupellose kommunistische Expansion bei mangelnder Gegenwehr" als "Idee" entstanden.

Ein formeller Geheimvertrag zwischen CIA und SIFAR, dem Nachrichtendienst der italienischen Streitkräfte, wurde allerdings erst am 26.11.1956 geschlossen. Unterzeichner auf italienischer Seite war General Giovanni De Lorenzo, von dem noch zu reden sein wird. In einem SIFAR-Dokument aus dem Jahre 1959 heißt es zu "Zweck, Tendenz und Zielen" des "geheimen Netzes", es solle "im Falle einer Besetzung nationalen Territoriums durch militärische Invasion und im Falle inneren Umsturzes" in Aktion treten. An anderer Stelle desselben Papiers wird der "geheimen Struktur" die Aufgabe zugewiesen, "nicht nur bei objektiven Daten wie einer Invasion, sondern auch im Falle innerer Subversion oder anläßlich von Angriffen auf die legitime Integrität des Staates" loszuschlagen. Die Schwammigkeit der Formulierung dürfte ebenso beabsichtigt sein wie das Fehlen klar zugewiesener Entscheidungskompetenzen. Blankovollmachten für den Bürgerkrieg von oben werden nun mal nicht im Parlament erörtert, sondern - "zum gegebenen Zeitpunkt" - auf der Straße präsentiert.

Obwohl die Echtheit des zitierten Dokuments außer Zweifel steht, versucht Andreotti ebenso wie Admiral Fulvio Martini (Direktor des militärischen Geheimdienstes DISMI/Nachfolgeorganisation des SIFAR (1)) auch weiterhin, Gladio als reine Anti-Invasions-Truppe hinzustellen. Andreotti vor dem Senat: Gladio sei "eine Organisation, vorbehalten und gegründet für die Hypothese einer feindlichen Invasion unseres Territoriums". Und Martini während seiner siebenstündigen Befragung durch die parlamentarische "Massaker-Kommission" ("commissione stragi"): "Dieses Instrument war im Falle innerer Subversion zu nichts nütze".

Dem widersprechen selbst einige der durch die Veröffentlichung ihres Namens in der Zeitschrift "L'Europeo" bekanntgewordenen Gladiatoren, denen die Reporter derzeit die Tür einrennen. Während die meisten der Befragten ihr illegales Treiben weitmöglichst bagatellisieren möchten, steht z.B. Gladio-Veteran Mattia Passadetti, 70, zu seinen nationalen Taten, für die er die Bezüge eines Offiziers erhalten habe: "Ich war immer Nationalist. Ein Rechter. Und die Mehrheit dachte wie ich". Nächtliche Sabotageaktionen, der Umgang mit Waffen und Sprengstoff seien eingeübt worden. Neben Überlebenstraining stand auch theoretische Schulung auf dem Lehrgangsprogramm. Zentrale Frage: wie würde im Falle einer sowjetischen Invasion die Zusammenarbeit der Invasoren mit den italienischen Kommunisten aussehen? Daß in diesem Zusammenhang auch die "vorbeugende Ausschaltung" für gefährlich gehaltener Linker erörtert worden ist, mag natürlich keiner der Beteiligten bestätigen. Durch die Aussage des SISMI-Generals Gerardo Serravalle ist aber verbürgt, daß zumindest Teile der Gladio-Truppen im Jahre 1972 die Stunde der Entscheidung für gekommen hielten. "Die Dinge drohten aus der Hand zu gleiten" (Serravalle) - eine nicht näher genannte Zahl von Gladiatoren habe den "Guerillakrieg" gegen die Kommunistische Partei eröffnen wollen und sei entwaffnet worden.

Die unterirdischen Waffenlager, Nasco genannt, blieben aber erhalten. Einige wurden aus praktischen Gründen - wegen Wartungs- und Zugangsproblemen - in grenznahe Carabinieri-Kasernen verlegt - bei genauerer Betrachtung ein weiteres Indiz für den fortbestehenden innenpolitischen Einsatzauftrag von Gladio: "Wenn die Gladiatoren wirklich in Aktion hätten treten müssen, um einer Invasion aus dem Osten zu begegnen, wie hätten sie die Waffen aus den Carabinieri-Kasernen an der Grenze, einem natürlichen Ziel der feindlichen Macht, holen können? Ist das nicht ein Beweis dafür, daß Gladio auch in Angelegenheiten der Innenpolitik einsatzbereit war?" fragt "Panorama".

"Staatsmassaker" vor der Aufklärung?

Es wäre zweifellos übertrieben zu behaupten, nach der Entdeckung von Gladio müsse die italienische Nachkriegsgeschichte neu geschrieben werden. Aber eine Reihe von Ereignissen, die allesamt zu den düstersten Kapiteln der vergangenen 45 Jahre zählen, können heute neu interpretiert werden. Bisher beruhen diese Interpretationen allerdings weitgehend auf Spekulationen, nicht auf gesicherten Tatsachen. Die Unbefangenheit, mit der in der italienischen Öffentlichkeit über mögliche staatliche Verwicklungen in Putschversuche, Morde und Bombenanschläge diskutiert wird, ist für deutsche ZeitungsleserInnen ungewohnt und verblüffend. (Die ein paar Wochen lang durch die Gazetten geisternden "Stasi-Killer" kommen als per se böse Agenten eines "Unrechtsstaates" nicht in die Wertung.) Offenbar trauen nicht nur linksradikale ItalienerInnen "ihrem" Staat jede Schlechtigkeit zu. Hierzulande grenzt schon der Zweifel - etwa an den Stammheim-"Selbstmorden" - an Hochverrat. Hätte sich ein ähnliches Blutbad auf italienischem Boden

abgespielt, dann wäre heute aus Sicht großer Teile der Öffentlichkeit die Urheberschaft zweifelsfrei erwiesen: Liquidation politischer Gefangener? Ein Fall für Gladio!

Wenden wir uns den Dingen zu, die sich in Italien tatsächlich abgespielt haben:

Die Tambroni-Krise. Im März 1960 wurde Fernando Tambroni (Democrazia cristiana) mit den Stimmen der Monarchisten und des neofaschistischen MSI Ministerpräsident eines Ein-Parteien-Minderheitskabinetts. Dauerhaft aber war die "alternativa di destra" ("rechte Alternative") "nur um den Preis eines Staatsstreichs zu verwirklichen" (Friederike Hausmann). Die antifaschistische Massenbewegung verhinderte nicht nur den in provokatorischer Absicht ins rote Genua einberufenen MSI-Parteitag, sondern stürzte durch einen Generalstreik auch die Regierung Tambroni. "Panorama"-Kolumnist Giorgio Galli fragt in Erinnerung an die Tambroni-Krise, ob vielleicht der "Supergeheimdienst" Tambroni beeinflußt haben könnte, "seine schwache Position zu festigen, indem er unter antikommunistischem Vorzeichen eine Auseinandersetzung auf der Straße provozierte und gewann". Daß Tambroni die Schlacht verlor - trotz des Einsatzes von Panzern in Genua - spricht nicht gegen diese Hypothese.

Der "Piano Solo". Dieser klassische Putschplan des SIFAR-, dann Carabinieri-Generals Giovanni De Lorenzo (s.o.) wurde 1964 durch das Wochenmagazin "L'Espresso" enthüllt. Schon damals stellte sich die Frage: "Konnte diese mittelmäßige Charge wirklich der Drahtzieher eines Umsturzes sein, oder war er vielmehr nur der Strohmann, wenn ja, aber für wen?" (Friederike Hausmann). Eugenio Scalfari, Herausgeber und graue Eminenz der Tageszeitung "La Repubblica" erinnert anläßlich der Entstehung von Gladio in einem Kommentar mit der Überschrift "Unser Komplott ..." daran, daß "die nach dem Plan Solo zu verhaftenden 731 Persönlichkeiten der Linken" sich auf einer Liste finden, die vom SIFAR zusammengestellt und im Juni 1964 den Divisionskommandos der Carabinieri übermittelt worden war. (Die Karriere des Giovanni De Lorenzo verweist im übrigen auf allerhöchste Protektion: Als SIFAR-Chef nicht mehr tragbar, wurde er schon 1962, zwei Jahre vor den Enthüllungen von "L'Espresso", Carabinieri-General. 1966 wurde er sogar zum Generalstabschef des Heeres befördert. Erst 1967 wurde er entlassen. Von 1972 bis zu seinem Tode im Jahre 1973 saß er - nein, nicht im Gefängnis - sondern als neofaschistischer Abgeordneter im Parlament).

Der Borghese-Putschversuch wurde im Dezember 1970 von seinem Initiator, dem Fürsten Junio Valerio Borghese, einem Altfaschisten und hundertfachen Partisanenmörder, auf halbem Wege gestoppt. Borgheses Anhänger waren zu diesem Zeitpunkt bereits in das Innenministerium eingedrungen und hatten die dort gelagerten Waffen requiriert. Der Abbruch der schon angelaufenen Aktion könnte auch mit Schwierigkeiten bei der Mobilisierung der Gladio-Kämpfer zu erklären sein. Borghese hatte nicht nur mit Armeegenerälen und Kapitalisten, sondern auch mit dem SID-General Vito Miceli in engstem Kontakt gestanden.

"La strategia della tensione - die Strategie der Spannung". So dilettantisch die verschiedenen Putschversuche organisiert waren, auf einem Gebiet haben die Rechtsterroristen höchst effektiv gearbeitet. Die ab 1969 verübten faschistischen Bombenanschläge, bei denen mehr als 150 Menschen ums Leben kamen, sind bis heute nicht gerichtlich aufgeklärt worden. Daß die Geheimdienste an der Vernichtung von Beweismitteln und am Legen falscher Spuren beteiligt waren, ist aktenkundig. Ihre aktive Beteiligung an den Massakern wird durch die Enthüllungen über Gladio zunehmend wahrscheinlich. Das Verschieben von Sprengstoff, das gewöhnlich von den Carabinieri geschützt und abgeschirmt wurde, ist für die Gladiatoren eine der leichtesten Übungen. Fehlbestände gehören zum System. Zwölf der 139 Waffenlager sind laut Andreotti heute "unzugänglich". Die dort gehorteten "leichten Waffen", "Explosivstoffe" und "verschiedenes Material" werden als "fehlend" verbucht.

Das "Chile-Syndrom" des PCI

In neuem Licht erscheint heute auch das "Chile-Syndrom" des PCI. Enrico Berlinguer hatte 1973 den "historischen Kompromiß" wesentlich mit den Erfahrungen des chilenischen Rechtsputsches begründet. Nur in einer großen Koalition könnten der PCI und die übrigen "Fortschrittskräfte" "die konservativen und reaktionären Gruppen isolieren und besiegen" und so den Bürgerkrieg verhindern. Heute wird offen darüber spekuliert, ob der PCI in dieser Zeit Hinweise auf die Existenz von Gladio und ähnlicher weißer Garden erhalten haben könnte. Dafür spricht, daß sich ab 1975 hohe PCI-Funktionäre, darunter der damalige "Schatteninnenminister" und heutige Vorsitzende der Senatsfraktion, Ugo Pecchioli, mehrfach mit Vertretern der Geheimdienste

getroffen haben. Sollte in diesen Gesprächen die Nicht-Einmischung der Geheimdienste im Falle eines damals unmittelbar angestrebten PCI-Regierungseintritts ausgehandelt werden?

Auch Berlinguers Aussage von 1976, er fühle sich in der NATO sicherer als außerhalb, könnte einen makabren doppelten Sinn haben. Vielleicht wollte er - in Kenntnis ihrer bis an die Zähne bewaffneten Einheiten zur Aufstandsbekämpfung - davor warnen, sich die NATO zum Feind zu machen, da man ihr ebensowenig entfliehen könne wie der Mafia-Aussteiger den auf ihn angesetzten Killern?!

Die Stimme aus dem Jenseits

Eine Schlüsselrolle in der Gladio-Affäre könnte der vor zwölf Jahren von den Roten Brigaden entführte und - von wem auch immer - ermordete Parteivorsitzende der Democrazia Cristiana, Aldo Moro, spielen. Zufall oder Regie: fast zeitgleich mit Andreottis Eingeständnis, es existiere ein "Informationsnetz zum Schutze Italiens vor feindlichen Angriffen", nämlich Gladio, wurden in einer schon 1978 enttarnten konspirativen Wohnung in der Via Monte Nevoso in Mailand 419 Seiten Kopien bisher unbekannter Notizen und Briefe Moros gefunden. In seinem "memoriale" (Denkschrift) hatte Moro "in der ihm eigenen kryptischen Sprache" ("Panorama") geschrieben: "Seitdem ich als Außenminister eine gewisse Kenntnis der alliierten militärischen Organisation hatte, wurde kein besonderer Nachdruck auf die Anti-Guerilla-Aktivität gelegt, welche die NATO unter gewissen Umständen hätte entfalten können". Ist diese Schrift, wie viele seiner Briefe, von den Roten Brigaden noch zu seinen Lebzeiten an ihre Adressaten (DC, Presse etc.) weitergeleitet worden? Mit welcher Absicht machte Moro diese Andeutung? Andere Anspielungen in seinen Briefen aus dem "Volksgefängnis" werden als Hinweise auf eventuelle Mitbeteiligte der Entführung, etwa den israelischen Geheimdienst Mossad, interpretiert. Oder ist es nur die Rache eines Verzweifelten, der sich von seinen eigenen Partei"freunden" zum Tode verurteilt sieht? Liest mensch die Enthüllung einer geheimen NATO-Guerilla-Truppe im Zusammenhang mit Passagen, in denen Moro seinen schweren Konflikt mit Henry Kissinger beschreibt - Kissinger sah in Moro zumindest um 1974 fälscherlicherweise einen Kommunistenfreund - dann ergibt sich eine andere Interpretation: "Vielleicht wollte Moro nahelegen, daß seine Entführer weniger die Interessen der von den Roten Brigaden angerufenen Proletarier als vielmehr die jener ‚imperialistischen Kräfte' betrieben, die von der terroristischen Organisation in Worten so angegriffen wurden? (...) Der Staatsmann, der schon angekündigt hatte, er werde sich von seiner Partei trennen, und der seine christdemokratischen Freunde angeklagt hatte, hätte den Roten Brigaden lebend eher als tot ein politisch ansehnliches Ergebnis geboten" ("Panorama").

Daß Moro seine 55 Tage dauernde Entführung dennoch nicht überlebte, wäre in dieser Logik ein Indiz für fremde Verstrickungen. Eine Infiltration der Roten Brigaden durch die Geheimdienste wird schon länger behauptet und von dem Gladio-Militanten Roberto Cavallaro bestätigt.

Die Hintermänner

Welchem der großen "Skandale" der italienischen Nachkriegsgeschichte mensch sich auch zuwendet, die als Hintermänner und Drahtzieher gehandelten Personen und Gruppen sind stets dieselben. Exakte Hierarchien - wer gab wem den Auftrag? - sind nicht rekonstruierbar. Wohl aber die Interessenten und Profiteure. Dazu zählen:

- die CIA, die ab Anfang der siebziger Jahre ihre paramilitärischen Aktivitäten reduziert hat zugunsten gezielter Korruption und der Gewinnung von "Einflußagenten" in Parteien und Medien;

- die Geheimloge P2, die nach Enthüllungen des Ex-CIA-Agenten Dick Brenneke in engem Kontakt mit der CIA stand und von ihr finanziert wurde. Die P2 hat einen ähnlichen Kurswechsel vollzogen: von Staatsstreichvorbereitungen hin zur Stabilisierung der herrschenden Macht. Licio Gellis "Plan zur demokratischen Wiedergeburt", der u.a. eine Präsidialrepublik und Kontrolle über die Presse vorsah, wird von den Regierungsparteien in geringfügig modifizierter Form und "ganz legal" weiterbetrieben. Daß auch die vergleichsweise "sanfte", nicht auf einen Putsch, sondern auf Durchdringung des Staatsapparates und der Medien gerichtete Strategie stets militärisch abgesichert bleibt, wird durch die fortdauernde Existenz von Gladio bewiesen.

Fast alle Chefs der Geheimdienste, unter denen Gladio gearbeitet hat, waren Mitglieder der P2. Daß nach deren Auffliegen eine andere, übergeordnete Loge (P1?) weiterbesteht, deren Führungscrew mehr Format besitzt als der Matratzenfabrikant aus Arezzo, Licio Gelli, wird schon lange vermutet.

Vorläufig letzte Meldung: Der Verdacht erhärtet sich

Bei der Sichtung alter und neuer Akten stoßen Ermittlungsbehörden und Journalisten nahezu täglich auf bisher unbekannte Details. Jede neue Nummer von "Panorama" bringt eine weitere spannende Folge des Fortsetzungskrimis, dessen Ende noch nicht abzusehen ist. Neu ist u.a., daß Gladio weitaus mehr Kämpfer organisiert hat als bisher zugegeben wurde. Allein die Gladio-Unterabteilung "Stella Alpina" ("Edelweiß") soll "1.000 Personen für den sofortigen Einsatz und weitere 1.000 Mobilisierbare" umfassen ("Panorama", 2.12.). Kaum zu glauben, daß die vollständige Mobilisierung dieses ausgedehnten Agentennetzes während der Moro-Entführung zu keinerlei Ergebnissen geführt haben soll.

Die Vermutung, daß Gladio faschistische Bombenleger mit Sprengstoff versorgt hat, ist im Fall Peteano fast zur Gewißheit geworden. Bei den Ermittlungen in dieser Sache hat Felice Casson aber auch noch eine weitere brisante Entdeckung gemacht. In einer Carabinieri-Kaserne stieß er auf eine interne Anweisung des Generalkommandos der Carabinieri aus dem Jahre 1972. Nach den faschistischen Anschlägen von Mailand (1969: 16 Tote) und Peteano (1972: drei Tote) kommt dieses Papier zu dem Schluß: "Keine Gruppe der extremen Rechten gehört zu den Vereinigungen militärischen Charakters" und: "Nur der Apparat der Kommunistischen Partei in seiner Gesamtheit kann als ein Organismus angesehen werden, der im eigentlichen Sinne militärische Eigenschaften in sich vereinigt, die in kurzer Zeit eine Mobilisierung von Kadern und Massen erlauben, welche für die Belange der inneren Sicherheit entscheidend sind". Der Kampf gegen den inneren Feind, der links steht, vereint die Staatsschützer aller Waffengattungen unter der Parole: halblegal, illegal - scheißegal. Für "Panorama", das die zitierten Sätze veröffentlicht hat, stellt sich angesichts dieser antilinken Arbeitsteilung die Frage: "Wenn ein vertrauliches Dokument der Carabinieri so eindeutig ist, was wird man dann erst in den Papieren von Gladio finden?"

Js., Hamburg

Anmerkung

1) "SID, Servizio Informazioni della Difesa. Nachrichtendienst der Verteidigung, hatte 1966 den SIFAR (Servizio Informazioni Forze Armate, Nachrichtendienst der Streitkräfte) nach dessen ungeklärter Beteiligung an einem geplanten Staatsstreich abgelöst, wurde dann selbst aus ähnlichen Gründen 1977 durch den SISMI (Servizio per le Informazioni e la Sicurezza Militare, Nachrichtendienst für die militärische Sicherheit) ersetzt" (Carmine Chiellino: Kleines Italien-Lexikon)

Quellen

"Panorama" Nr. 1275-1285, 23.9.-2.12.1990; "La Repubblica"; Friederike Hausmann: Kleine Geschichte Italiens seit 1943, Berlin (Wagenbach) 1989.

11. Das Schwert des Generals Gehlen Gladio Deutschland

Rubrik: Geheimdienste; Geschichte; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:21

Über Jahrzehnte und bis heute hat in der BRD eine hochgeheime, militärisch ausgebildete und ausgerüstete Spionage- und Sabotage-Truppe existiert. Unter den Fittichen zunächst des amerikanischen CIA, später dann der NATO sollte sie vorgeblich der Ausforschung und Bekämpfung etwaiger Besatzungstruppen dienen. Tatsächlich scheinen die Einheiten mit dem NATO-Codenamen "Stay behind" von ehemaligen Wehrmachts- und SS-Offizieren aufgebaut und gegen den Bolschewismus im Inneren wie im Äußeren ausgerichtet worden zu sein.

Am Ostersonntag des Jahres 1945 wandte sich mit einem eigenen Sender das Hauptquartier der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung "Werwolf" mit einer Proklamation an das deutsche Volk, die "den fanatischen Willen deutscher Männer und Frauen, deutscher Jungen und Mädel in den besetzten Gebieten betont, hinter dem Rücken des Feindes den Kampf für die Freiheit und Ehre unseres Volkes fortzusetzen und dem Feinde blutig heimzuzahlen, was er dem deutschen Volk angetan hat". Jedes Mittel sei recht, um dem Feind zu schaden. Der Werwolf habe seine eigene Gerichtsbarkeit, die "über Leben und Tod des Feindes wie der Verräter an unserem Volke entscheidet". Der Feind solle wissen, "daß ihm auch da, wo die deutsche Wehrmacht nach hartem und schwerem Kampfe deutsche Gebiete hat preisgeben müssen, ein Gegner erwächst, mit dessen Vorhandensein er nicht mehr gerechnet hat, der ihm aber um so gefährlicher werden wird, je weniger er Rücksicht zu nehmen braucht auf veraltete Vorstellungen einer sogenannten bürgerlichen Kampfführung". Tatsächlich war die Werwolf-Organisation zu einigen Mordaktionen (wie etwa an dem von den Alliierten eingesetzten Oberbürgermeister von Aachen) in der Lage - nicht jedoch zum Aufbau von operationsfähigen Guerilla-Strukturen.

War "Gladio" eine Neuauflage dieses gründlich gescheiterten Unternehmens? Für den Fall einer sowjetischen Besetzung der BRD - so die letzte widerwillig eingeräumte offizielle Version - sollten wie in anderen Ländern "stay behind forces" zum einen der NATO Informationen aus den besetzten Gebieten liefern, zum anderen aber Sabotage und Anschläge gegen die Besatzungsmacht organisieren und Partisanenstrukturen aufbauen. "Der Plan sah vor", so der britische Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte Nordeuropa, "ein Netz zu installieren, das Widerstandskämpfer aus der Zivilbevölkerung bewaffnen sollte, während die regulären Streitkräfte anderweitig im Einsatz sind." (Spiegel, 19.11.)

Chronik der Vertuschung

Schon Mitte/Ende Oktober war die italienische Presse voll mit Berichten und Andeutungen über die Existenz "Gladio"- ähnlicher Organisationen in anderen europäischen Ländern. Am 9. November packte dann der belgische sozialistische Verteidigungsminister Coeme aus: das für die unter dem NATO-Code "Stay behind" zuständige "alliierte Geheimkomitee" habe zuletzt Ende Oktober getagt. "Mitglieder des Komitees sind, wie auch Andreotti erklärte, seit den fünfziger Jahren Belgien, die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Holland, Italien, Luxemburg und die USA." (SZ, 10.11.) Am 12. nötigte sich Bundesverteidigungsminister Stoltenberg schließlich die Aussage ab, die Bundesregierung "prüfe, ob auch auf deutschem Boden eine geheime Untergrundtruppe der NATO mit dem Namen ‚Gladio` existiert oder existiert hat". (Welt, 13.11.) Die Hardthöhe erklärte, man "habe keine Hinweise auf Aktivitäten einer solchen Organisation". (HA, 13.11.) Wieder zwei Tage später verbreitete Regierungssprecher Klein die Version, es gebe keine geheime Truppe, sondern lediglich "Vorkehrungen zur nachrichtendienstlichen Informationsbeschaffung im mutmaßlichen Konfliktgebiet". Nähere Informationen werde die Bundesregierung ausschließlich der zur Geheimhaltung verpflichteten und ausschließlich mit Vertrauensleuten der bürgerlichen Parteien besetzten Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) vorlegen.

Schon am 23.11. durfte dann Staatsminister Lutz Stavenhagen (als Koordinator der bundesdeutschen Geheimdienste eine Zentralfigur bei der Steuerung auch von Gladio) die Ergebnisse der "vollständig abgeschlossenen" Untersuchung bekanntgeben: es habe sich bei "stay behind" um eine "ganz normale nachrichtendienstliche Einheit" gehandelt. Die Organisation solle bis April 90 aufgelöst werden. Natürlich

konnte Stavenhagen feststellen, zu rechtsextremistischen Gruppierungen habe die bundesdeutsche "stay behind"-Organisation "niemals" Verbindungen gehabt, und sie habe "zu keiner Zeit innenpolitische Aktivitäten entfaltet". (taz, 23.11.) Auch die Parlamentarische Kontrollkommission sei bereits unterrichtet worden und habe sich "völlig befriedigt" gezeigt. (FR, 24.11.)

Eine klassisch-unrühmliche Rolle bei der Vertuschung der Affäre spielte die SPD. Ihre Marschrichtung für die Öffentlichkeitsarbeit steckte ein "FR"-Kommentar ab: "Wenn Bonn die Bildung von Legenden vermeiden will, wie sie in Italien und Belgien die Runde machen, dann muß sie die Öffentlichkeit umfassend informieren." (17.11.)

Der sozialdemokratische PKK-Vorsitzende Wilfried Penner, zeitweise als Nachfolger von Generalbundesanwalt Rebmann im Gespräch, empörte sich also erst einmal lautstark über die Geheimniskrämerei um Gladio. Während der sozialliberalen Koalition seien "nicht einmal die Spitzen der Regierung" informiert worden. Offenbar ist in der BRD alles ganz anders als überall sonst: während in Italien die Regierungschefs einen Geheimbericht über Gladio abzuzeichnen hatten, während in Holland der Premierminister seinen 30 Ministerkollegen aus der Vergangenheit für ihre Verschwiegenheit über Gladio öffentlich dankte, durfte der deutsche Feldwebel Schmidt nie etwas davon erfahren. Und auch Manfred Schüler, der als Kanzleramtschef zwischen 1974 und 1980 eine Reorganisierung und beispiellose Zentralisierung der deutschen Geheimdiensttätigkeit durchsetzte, kann sich nur ganz dunkel erinnern, daß BND-Chef Wessel ihm mal was erzählt hat - von Mord und Terror sei aber ganz bestimmt nie die Rede gewesen.

Fakten und Versionen

Da die Regierung nicht informieren will und sozialdemokratische Regierungsmitglieder nichts wissen - "wirklich nicht" (O-Ton Horst Ehmke, bis 1974 als Kanzleramtsminister für die Geheimdienste zuständig) - besteht die "Öffentlichkeit" zu dem Fall aus einigen mageren Presseberichten.

Vielfach wird der Ursprung der Truppe auf Anfang der 50er Jahre datiert, aber auch die "unmittelbare Nachkriegszeit" wird genannt. Einigkeit herrscht jedenfalls über alle Parteien hinweg darin, daß die Initiative zur Bildung der deutschen Geheimarmee von den USA ausgegangen sei. US-Geheimdienstspezialisten hätten damals damit gerechnet, daß ein sowjetischer Vorstoß bis an den Rhein möglich sei. Unter Regie des CIA wurden daher - wie in anderen europäischen Staaten - Gladio-Verbände aufgestellt. Ein amerikanisches Regierungsdokument nannte bereits 1948 als Ziele "Subversion in feindlichen Staaten, einschließlich Unterstützung für im Untergrund operierende Widerstandsbewegungen, Guerillakräfte und Gefangenenbefreiungskommandos sowie Unterstützung einheimischer anti-kommunistischer Kräfte in bedrohten Ländern der westlichen Welt". (NSC 10/2)

Für die BRD weiß die "Bild am Sonntag" zu berichten: "Gegründet wurde die mit hochmodernen Funkgeräten und Waffen ausgerüstete und in allen Formen der Sabotage ausgebildete Truppe vom ersten BND-Chef General Gehlen." (18.11.) Funkgeräte, Handfeuerwaffen, Sprengstoff und "sonstiges militärisches Gerät" der Einheiten wurden in Erddepots eingelagert. (Zeit, 23.11.) Die Schulung der Gladio-Terroristen erfolgte noch bis Mai dieses Jahres vor allem auf einer Trainingsbasis auf Sardinien, wo beeindruckende Anlagen zur Ausbildung für Guerilla- und Sabotageakte bereitstehen, aber auch bei den berüchtigten "Green Berets" in Bad Tölz und vermutlich ebenso an der Fernspäh-Schule der Bundeswehr in Weingarten. Das Verteidigungsministerium stellte zu Ausbildungszwecken Hubschrauber und Flugzeuge. (Spiegel 47/90)

Finanziert wird die deutsche "stay behind" aus dem geheimen Etat des BND, unter anderem sollen erst jüngst 854 hochmoderne Agenten-Funkgeräte angeschafft worden sein. Offiziellen Angaben zufolge soll die Truppe (zu einem nicht näher bezeichneten Zeitpunkt) über ein "Quellennetz" von 50 militärischen, 125 allgemeinen und 25 "Schleusungsquellen" verfügt haben. Letztere sollten abgeschossene Piloten, aber auch Politiker, Wissenschaftler und andere "unentbehrliche Führungskräfte" dem Zugriff der Besatzungsmacht entziehen - oder auch abgesetzte Fallschirmjäger mit Sabotageaufträgen unterstützen. In der Pullacher BND-Zentrale gab es zudem 75 Planstellen für die "Steuerungsorganisation". Derzeit seien noch 35 BND-Mitarbeiter in dieser Steuerungsorganisation tätig. Die bundesdeutschen Sabotageeinheiten gibt es nach Regierungsangaben nicht mehr. Allerdings seien sie erst 1983 aufgelöst worden; die nachrichtendienstliche Organisation besteht unbestritten bis heute fort.

Hochinteressant ist die Erwähnung von derzeit angeblich noch 104 Gladio-Mitstreitern, die nicht dem BND angehören, sondern sich für den Ernstfall zur Verfügung gestellt hätten. Offenbar ist die bundesdeutsche Gladio-Truppe ebenso wie die in anderen Ländern in einer Zellenstruktur organisiert, wo die Führer der Einheiten direkt dem Geheimdienst angehören, die von ihnen geleiteten Untergliederung aber durch kleine Gruppen von jeglicher Kontrolle entzogenen "Kämpfern gegen den Kommunismus" gebildet werden.

Die von der CIA in den einzelnen europäischen Ländern aufgebauten (und zunächst auch finanzierten) Einheiten werden von SHAPE, dem obersten militärischen NATO-Hauptquartier in Europa, koordiniert, "fachlich betreut" und trainiert. Seit 1954 heißt die dafür bei SHAPE zuständige Abteilung "Allied Coordination Comitte" (ACC) oder - nach anderen Quellen - "Allied Clandestine Comittee". Mindestens einmal jährlich kommen dort die Chefs der nationalen Gladio- Zweige zusammen.

Von "Fremde Heere Ost" zum deutschen Nachkriegsgeheimdienst

Ausgeklammert aus der öffentlichen Berichterstattung bleibt die mit Gladio eng verwobene Geschichte und Vorgeschichte des Bundesnachrichtendienstes. Sie macht die Unterstellung, der bundesdeutsche Gladio sei erst in der Hochphase des Kalten Krieges und allein auf amerikanisches Drängen gebildet worden, zumindest sehr unwahrscheinlich.

Eine Zentralfigur dieser Nachkriegsgeschichte deutscher Geheimdienste ist der Wehrmachtsgeneral und Chef der Abteilung "Fremde Heere Ost" im Generalstab, Reinhard Gehlen. Er leitete die Auswertung aller Informationen über die Sowjetunion und andere Länder im Bereich der Ostfront. Eines seiner frühen Projekte war der Aufbau der antikommunistischen nationalrussischen "Wlassow-Armee"; weitergeführt in dem Versuch, zusammen mit dem Führer der SS-Jagdverbände Otto Skorzeny im sowjetischen Hinterland (unter Ausnutzung nationaler Widersprüche in der SU) Partisanenorganisationen aufzubauen, die zugleich einen geschlossenen Agentenapparat für die deutsche Wehrmacht und SS bilden sollten. In dieser Zeit also entwickelte Gehlen das Konzept der Agenten-Partisanen-Armee, das später die Grundlage für Gladio bilden sollte. Seine Zusammenarbeit mit dem Reichssicherheitshauptamt und dem Sicherheitsdienst der SS wurde entlang dieser Projekte und Aktivitäten so eng, daß Hitler selbst Gehlen (zusammen mit den SS-Führern Skorzeny und Prützmann) an der militärischen Leitung der "Werwolf"-Organisation beteiligte.

Gehlen seinerseits war insgeheim schon früh zu der Erkenntnis gelangt, daß der Krieg nicht zu gewinnen war, und eruierte mögliche Überlebensstrategien für Armee und Verwaltung im Fall einer feindlichen Besetzung. Dazu beauftragte er zynischerweise ein Frontaufklärungskommando mit der Untersuchung der Geschichte der national-polnischen Untergrundarmee und des Warschauer Aufstandes.

In der konkreten Situation entschied er sich statt des aussichtslosen Werwolf-Abenteuers dafür, lieber den von ihm frühzeitig als Sieger des Weltkriegs analysierten USA seine Kenntnisse und seinen Apparat anzubieten, um weiter effektiv gegen die Sowjetunion arbeiten zu können. Rechtzeitig ließ er alle Karteien und Unterlagen seiner Abteilung kopieren und unter verschiedenen Vorwänden in Verstecke nach Bayern schaffen, wo er dann die US-Truppen erwartete. Seine Rechnung ging auf: Schon wenige Wochen nach der Kapitulation des Deutschen Reiches konnte Gehlen seine Mitarbeiter, darunter seinen FHO-Stellvertreter (und späteren BND-Nachfolger) Wessel, aus verschiedenen Kriegsgefangenenlagern zusammenklauben und erste Expertisen über die "sowjetische Gefahr" erstellen - unter Protektion von US-Geheimdienstoffizieren und vorbei an US-Oberbefehlshaber Eisenhower, der jede Fraternisierung mit dem faschistischen Armee- und Geheimdienstapparat verboten hatte.

Die genauen Einzelheiten des Deals, den Gehlen und das US-Kriegsministerium schlossen, sind nach wie vor nicht bekannt. Als Grundsätze der Zusammenarbeit konnten er und sein Stab durchsetzen: "Keine Hilfsarbeit für den amerikanischen Geheimdienst, sondern rein deutsche Organisation unter ausschließlicher Leitung Gehlens, Kontakt lediglich über einen Verbindungsstab. Einsatz der Organisation nur zur Beschaffung von Nachrichten, die sich mit den Ostblockstaaten befassen. Die Organisation ist im Augenblick der Bildung einer souveränen deutschen Regierung unter Aufhebung aller bisherigen Vereinbarungen sofort nur noch dieser verantwortlich. Keinerlei Auftrag und Beschaffung von Material, das sich gegen die deutschen Interessen richtet." (1) Die deutsche Seite konnte - aus der Position des Besiegten heraus - mit solchen Bedingungen auftrumpfen, weil die US-Militärs und -Geheimdienste selbst kaum über Kenntnisse der SU verfügten, die sie für ihren geplanten antikommunistischen Feldzug aber dringend benötigten. Die "Organisation Gehlen", wie die

sehr rasch und ziemlich vollständig wieder zusammengeführte FHO- Truppe sich nannte, prägte dadurch in der ersten Nachkriegszeit bestimmend das Bild der US-Regierung über die Sowjetunion und die "kommunistische Gefahr". Ihr Status war der eines anerkannten und unabhängigen deutschen Verbandes innerhalb der CIA. Daß Gehlen wenig später, beim Aufbau von Gladio, die Rolle eines bloßen Handlangers der Amerikaner gespielt hätte, soll vor diesem Hintergrund glauben, wer will.

"Organisation Gehlen" und BND - Auffangbecken für SS und Nazipolizisten

Neben dem Aufbau eines Spionagenetzes in der sowjetischen Besatzungszone und in der SU selbst beschäftigte sich die Organisation Gehlen praktisch von Anfang an mit der Bespitzelung von Kommunisten, linken Pazifisten und Neutralisten. In großem Umfang wurden Protagonisten des faschistischen Terrorapparats in die "Org" aufgenommen, der einstige Zögling der NS-Führerschule Bernau und Landesgruppenleiter der NSDAP, Ribbentrops damaliger Abteilungsleiter Hans Schröder wurde zum Personalchef ernannt. Ungezählte Gestapo- und SD-Männer konnten praktisch bruchlos ihre frühere Tätigkeit fortsetzen, mancher nutzte die Möglichkeit, sich in der Anonymität der Geheimdienstarbeit einer Verfolgung als Kriegsverbrecher zu entziehen. Bis 1954 sollen sich in der Organisation Gehlen 4000 ehemalige SS-Offiziere und SD-Agenten zusammengefunden haben, dazu viele frühere hohe Wehrmachtsoffiziere. Über kommunistische Werftarbeiter wurden ebenso Dossiers geführt wie über linke Rechtsanwälte, "Russenfreunde" oder Journalisten des "Spiegel". Auch ganze Organisationen, Firmen, Parteien, und Gesellschaften wurden überwacht. Das Ausforschungsinteresse ging so weit, daß Gehlen während des Korea-Krieges 1950 befahl, "die ‚unzuverlässigen Elemente` in Westdeutschland ausfindig zu machen und sie zu registrieren, um sie im Ernstfall von der Polizei in Vorbeugehaft nehmen zu lassen". (Zolling/Höhne) Auf den Org-Listen hätten auch sozialdemokratische Politiker wie Herbert Wehner oder Erich Ollenhauer gestanden. Die Übereinstimmung mit den "Todeslisten" der rechtsradikalen Gladio-Tarnorganisation "Bund deutscher Jugend" (siehe nebenstehenden Artikel) dürfte nicht zufällig sein.

Schon früh hatte Gehlen Kontakte zu Adenauer und zum Kanzleramt geknüpft, insbesondere zu dessen Leiter, dem ehemaligen Referenten für Staatsangehörigkeitsfragen im Reichsinnenministerium, Hans Maria Globke, der sich als Kommentator der Nürnberger Rassengesetze einen Namen gemacht hatte. Auch mit führenden Sozialdemokraten wie Kurt Schuhmacher und Fritz Erler unterhielt Gehlen rege Kontakte - die bis zur Überprüfung von Parteimitgliedern für den Parteivorstand gingen. Als 1955 die Finanzierung der Organisation Gehlen durch den CIA auslief, wurde sie als Bundesnachrichtendienst in den BRD-Staat eingegliedert und unmittelbar dem Kanzleramt - in Person des Dr. Globke - unterstellt. Die Achse Adenauer - Globke - Gehlen wurde für die bundesdeutsche Politik der nächsten 20 Jahre zu einem wichtigen Faktor.

Die Gründung von Gladio in der BRD lag zu dieser Zeit schon mehrere Jahre zurück. Rekrutierung, Ausbildung und Bewaffnung der Truppe dürften damals über die Organisation Gehlen oder formal unabhängige faschistische Gruppierungen abgeschlossen gewesen sein. CIA und US-Army stellten die materiellen Ressourcen. "Welt"-Schreiberling Herbert Kremp erinnert sich - offenbar aus eigener Anschauung - an "seltsame Turnübungen" und an Übungszentren in der amerikanischen Besatzungszone im Odenwald und im Bayrischen Wald. Die Bürgerkriegs- und Putschtruppe existierte wohlgemerkt in völliger Illegalität parallel zu den offiziellen Staatsapparaten der neugebildeten BRD. Erst 1959 wurde (nach der aktuellen Regierungsversion) der deutsche Gladio-Zweig in den BND integriert. Grundlage soll ein von Adenauer unterzeichnetes geheimes Zusatzprotokoll zum NATO-Vertrag sein, das aber bisher nicht amtlich bestätigt, geschweige denn veröffentlicht wurde.

Am Charakter der Einheiten änderte sich dadurch kaum etwas: sie standen der Regierungspolitik als stramm rechtsradikale und zu allem bereite Truppen "zur besonderen Verwendung" zur Verfügung. Wozu sie in den folgenden 40 Jahren eingesetzt wurden, darüber läßt sich nur spekulieren. Ein dichter Schleier der regierungamtlichen Geheimhaltung liegt nach wie vor über allen mit Gladio zusammenhängenden Vorgängen. Aus der Zeit von der Gründung der Organisation bis 1977 existiere, so allen Ernstes Stavenhagen bei der Unterrichtung der parlamentarischen Kontrollkommission, keine einzige Akte.

Die genauen Verbindungen zwischen der Nazi-Terrortruppe "Bund deutscher Jugend", dem BND und Gladio sind nie geklärt worden. Offen bleibt auch, ob diese Gruppe die einzige Gladio-Tarnorganisation war, oder ob auch andere Nazi-Banden in Wirklichkeit Gladio-Einheiten waren - etwa die bekanntermaßen CIA-abhängige

und mit Gehlens "Org" zusammenarbeitende "Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit", die eine größere Zahl von Sprengstoffanschlägen in der DDR verübte.

Eine weitere interessante Frage wäre, wie weit Gehlens Organisation am Aufbau von Gladio-Einheiten in anderen europäischen Staaten beteiligt war, wie weit in diesem Sinne Verbindungen der alten Nazi-Geheimdienste reaktiviert und alte Netze für die neuen Herren in Bonn und Washington neu geknüpft wurden.

Offen blieb die Rolle von Gladio in der Kommunistenverfolgung der 50er und 60er Jahre, offen blieb der genaue Umfang, ungeklärt, was aus den Waffenlagern geworden ist. Die personelle Zusammensetzung - insbesondere der zivilen Bestandteile - wurde sorgfältig ausgeklammert. Offen blieb auch die Verwicklung in die rechtsradikale Terrorszene und die Beteiligung an entsprechenden Anschlägen. Im völligen Gegensatz zur öffentlichen Diskussion in Italien und anderen westeuropäischen Staaten wurden solche Fragen weder gestellt noch beantwortet, an eine Offenlegung etwa der Namen der Gladio-Angehörigen - in Italien längst offiziell erfolgt - wird nicht im Traum gedacht. Aus der wortgewaltigen sozialdemokratischen Forderung nach Öffentlichkeit folgte - nichts. Zur Veröffentlichung der Namen der Agenten sah PKK- Chef Penner "keinen Anlaß", zu Nachforschungen im eigenen Kreise ganz offenkundig schon gar nicht. Seit zwei Wochen herrscht seitens der SPD völlige Funkstille. Das Kartell des Schweigens funktioniert wieder.

anti-rep/KB Hamburg

Anmerkung

1) Das Zitat, wie auch die meisten sonstigen Informationen zu Gehlen und zum BND, nach Hermann Zolling und Heinz Höhne: Pullach intern. General Gehlen und die Geschichte des Bundesnachrichtendienstes, Hamburg 1971, sowie Thomas Walde: ND-Report. Die Rolle der Geheimen Nachrichtendienste im Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, München 1971

12. Nazi-Attentäter: "Einzeltäter" im Auftrag

Rubrik: Staat, Innere Sicherheit; Geheimdienste; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:22

Spätestens seit 1949 - so das TV-Magazin "Stern-TV" - existierte auch auf dem Boden der BRD eine rechtsradikale Terrorgruppe im Rahmen des später so genannten "Stay Behind"-Konzeptes der Nato. Seit damals, so das Magazin, wurden aus den Reihen des offen rechtsradikalen und militanten "Bund Deutscher Jugend" bis zu 1.500 Aktivisten - meist ehemalige SS- und Waffen-SS-Offiziere - für diese Organisation nach "Werwolf"-Muster rekrutiert. Für die Gruppe wurden aus CIA-Geldern größere Geldbeträge für Ausbildungsstätten und Gehälter etc. zur Verfügung gestellt, wie einer der Anführer, Dieter von Glahn, ein ehemaliger Abwehroffizier der Nazi-Wehrmacht (Spiegel 26.9.90), berichtet.

Aufgabe dieser im sogenannten "Technischen Dienst" des BDJ organisierten Nazis sollte es sein, im Falle "X" auf dem Gebiet der BRD bestimmte Terroranschläge vorzunehmen, Personen, die sie zuvor auf "schwarzen Listen" gesammelt hatten, "aus dem Verkehr zu ziehen". Da in offizieller Lesart der Fall X in der Eroberung der BRD durch Truppen des Warschauer Paktes bestanden hätte, bleibt eigentlich nur die Variante der Ermordung übrig; angeblich - so später in einem Verfahren gegen Angehörige des "Technischen Dienstes" - sei aber "nur" die Internierung beispielsweise von Herbert Wehner oder dem Bremer Bürgermeister Wilhelm Kaisen und anderer Linker geplant gewesen. So gesehen deuten diese "Schwarzen Listen" eindeutig in die Richtung des Staatsstreiches von Rechts, wie er in Italien im Zusammenhang mit Gladio-Strukturen in den 60er und Anfang der 70er Jahre mehrfach aufgedeckt wurde.

Der Bund Deutscher Jugend wurde 1953 als verfassungsfeindlich verboten, der "Technische Dienst" angeblich schon 1952 aufgelöst, nachdem der damalige hessische Ministerpräsident August Zinn (SPD) diese Organisation ausgehoben hatte. Ob damit aber die geheimdienstlichen Strukturen des "Technischen Dienstes" aufgelöst worden sind, scheint mehr als fraglich, zu sehr stimmt dieses Bild mit dem überein, was sich für die Gründung des Bundesnachrichtendienstes BND aus der ehemaligen Abteilung "Fremde Heere Ost" des Nazi-Generals und späteren BND-Chefs Reinhard Gehlen ergibt.

Mit dem Verbot des Bund Deutscher Jugend ist nach offizieller Lesart auch jede Verbindung zwischen Gladio-Strukturen und rechtsradikaler Terrorszene abgebrochen. Da hilft es auch nichts, daß mittlerweile in einer Vielzahl von Fällen die Beteiligung des Verfassungsschutzes und verwandter Dienststellen an Nazi-Umtrieben erwiesen ist. Angesichts der Enthüllungen über Gladio und ähnliche Strukturen speziell in Italien scheint es sinnvoll, noch einmal an mehrere bislang nur äußerst unbefriedigend "aufgeklärte" Vorfälle im rechtsterroristischen Umfeld zu erinnern.

Der mysteriöse Tod des Forstmeisters Lembke

Am 1. 11. 1981 wurde der Neonazi Heinz Lembke in seiner Zelle in der JVA Lüneburg erhängt aufgefunden. Die näheren Umstände seines Todes - offizielle Lesart: Selbstmord - waren einigermaßen mysteriös. Am merkwürdigsten aber war die Ankündigung Lembkes, am 2.11.81 gegenüber einem Beamten des Bundeskriminalamtes näheres über die Waffen auszusagen, die er im Wald seines Forstreviers vergraben hatte. Das Arsenal, das dort fachgerecht verpackt und fein säuberlich aufgelistet in 88 Behältern an 31 verschiedenen Stellen versteckt lagerte, hatte es in sich. Im einzelnen handelte es sich um:

- 156 kg Sprengstoff;

- 230 Sprengkörper;

- 211 Zündschnüre und elektrische Zünder

- 146 Meter Sprengschnur;

- 2005 Sprengkapseln einschließlich elektrischer Sprengkapseln;

- 51 Minenzünder;

- 17 Handflammpatronen;

- 23 Treibladungen;

- 26 Abfeuereinrichtungen;

- 50 Panzerfäuste;

- 70 Panzerfausttreibladungen;

- 18 Zünder;

- 258 Blend-, Brand-, Tränengas- und Nebelhandgranaten;

- 13.520 Schuß Munition der verschiedenen Kaliber für Handfeuerwaffen;

- 3 Pistolen;

- 2 Jagdkarabiner;

- 2 Kleinkalibergewehre;

- 1 Gewehr G3;

- 1 Karabiner 88;

- 2 Doppelflinten;

- 1 Maschinenpistole;

- 2 G3-Manöverpatronengeräte;

- 1 Signalpistole;

- Zubehör wie Schall- und Mündungsdämpfer, 30 Stück Leuchtmunition, 111 Stück Signalmunition und Rauchkörper, 3 ABC-Schutzanzüge;

- 0,5 kg Quecksilber;

- 1 Liter Schwefelsäure;

- 1,9 kg Phosphor;

- 0,05 kg Zyankali;

- 19 Gramm Arsen;

- 9 Gramm Strychnin;

- 500 Gramm Äther;

- 1 kg Schwefelkohlenstoffe.

- Außerdem enthielten die gefundenen Kisten diverse Bundeswehrschriften und Unterlagen über Sprengen, Minenlegen, Panzerabwehr und ähnliche militärische Übungen sowie entsprechende polizeiliche Schriften.

Der damalige niedersächsische Innenminister Möcklinghoff (CDU) meinte am 2. November 1981 "mit Blick auf das Ausmaß der Funde, die Waffen könnten nicht aus Diebstählen bei der Bundeswehr stammen, sondern müßten regelrecht angeliefert worden sein". "Überhaupt kein Verständnis" hatte Möcklinghoff dafür, daß die Bundesanwaltschaft "nach über einer Woche erfolgreicher Ermittlungsarbeit" plötzlich die ursprüngliche Ermittlungsmannschaft ablöste und die Ermittlungen an sich zog: die Motive dafür seien "kaum in der Sache begründet". (SZ, 20.11.90)

Oder eben doch: die Herkunft der Waffen blieb offiziell ungeklärt. Angeblich stammten sie nicht aus Bundeswehrbeständen; die große Anzahl der gefundenen Panzerfäuste paßt auch in keiner Weise zu der Zahl der in den Jahren zuvor als "gestohlen" verzeichneten (zuletzt 17 im Jahre 1978).

Nun war Lembke 1981 wahrlich kein Unbekannter. Spätestens seit Ende der 50er Jahre war er als neofaschistischer Aktivist polizeibekannt. Und nicht nur das: In der Nazi-Szene galt er - und das mit Wissen der Polizei - als "für Waffen zuständig". Unmittelbar nach dem Attentat auf das Münchner Oktoberfest wurde Lembkes Haus durchsucht, aufgrund eines Hinweises, der in München verwendete Sprengstoff stamme von

Lembke. Außer einem Gewehrmagazin und Pistolenkugeln wurde damals bei Lembke nichts gefunden. Dem Hinweis auf den Sprengstofflieferanten Lembke ist nach den Waffenfunden im Wald unseres Wissens nach auch nicht weiter nachgegangen worden; der größte Teil der gefundenen Behälter war nach dem Auffinden sowieso ungeöffnet an die Bundeswehr übergeben worden.

Nur wenige Wochen nach dem Münchner Attentat wurde der Nazi-Terrorist Manfred Roeder verhaftet; Forstmeister Lembke verweigerte die Aussage und wanderte dafür von März bis Oktober 1981 in Beugehaft wegen Aussageverweigerung. Nur wenige Tage nach seiner Freilassung wurde er dann beim Waffenbuddeln "erwischt" und "verstarb", bevor er seine angekündigte Aussage hatte machen können. Diese Aussage hätte damals einiges Licht in die Zusammenhänge der verschiedensten Nazi-Aktivitäten und ihrer Verbindungen zu verschiedenen Einrichtungen des Staatsapparates, VS, BND und Bundeswehr, werfen können.

Zu den Nazi-Banden in Lembkes Umkreis gehörten auch die Wehrsportgruppe um Uwe Rohwer und Michael Kühnen (1978), die "Nottechnische Übungs- und Bereitschaftsstaffel TENO" des Arztes Uwe Jürgens (Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre); in Prozessen gegen Mitglieder der WSG Hoffmann war von Übungen "in der Heide" die Rede gewesen. Bei diversen Razzien waren immer wieder "Schwarze Listen" nach Vorbild des "Bund Deutscher Jugend" gefunden worden.

In AK 212 vom 9.11.1981 hatten wir zum Fall Lembke geschrieben: "Besonders brisant an diesem Fall ist die Tatsache, daß sich mit der Frage nach der Herkunft, der ungestörten Sammelmöglichkeit und dem evtl. Gebrauch der Waffen zugleich die Frage stellt, wie weit der Nazi-Terrorismus heute direkt mit Teilen des Staatsapparats zusammenhängt und mit welchen".

Das Oktoberfest-Attentat

Ebenso wie im Fall Lembke wurde trotz dieser vielfältigen Indizien letzlich von den staatlichen Ermittlungsbehörden die These vom "Einzeltäter" strapaziert, der zwar in seiner "rechtsradikalen Gruppierung" nicht allein gewesen sei, wohl aber bei seinen Waffen-Sammlereien. So sind auch die Ermittlungen im Falle des Anschlags auf das Münchner Oktoberfest vom 26.9.1980 über diese Schiene des "Einzeltäters" Gundolf Köhler ad acta gelegt worden.

Mensch erinnert sich: Am 26.9.1980, mitten im Bundestagswahlkampf, explodierte eine Bombe am Ausgang des Oktoberfestes, 13 Menschen - darunter der mutmaßliche Bombenleger Gundolf Köhler - starben, über 200 wurden verletzt. Wenige Stunden nach dem Anschlag wurde Köhler als Sympathisant der Wehrsportgruppe Hoffmann identifiziert, dieselbe an der Grenze nach Österreich festgenommen, aber mangels Tatverdacht und wegen eines Alibis wieder auf freien Fuß gesetzt. In der Öffentlichkeit wird seitdem die Version der offiziellen Ermittlungen gehandelt, derzufolge der mutmaßliche Attentäter Köhler ein wirrer junger Mann gewesen sein soll, der zwar Kontakt zur rechtsradikalen Szene (WSG Hoffmann und Hochschulring Tübinger Studenten) gehabt haben soll, dessen Tat aber von ihm allein begangen worden sei.

Wie in einem mehrere Jahre nach dem Attentat herausgegebenen Buch (Wolfgang Chaussy: Oktoberfest - ein Attentat) belegt wurde, kam dieses Ermittlungsergebnis nur zustande, indem systematisch alle Spuren mißachtet wurden, die der These vom Einzeltäter widersprachen:

- So wurde Köhler eine Woche vor dem Attentat in München mit mehreren Männern zusammen gesehen;

- Unmittelbar vor dem Anschlag wurde Köhler zusammen mit mehreren jungen Männern im Gespräch gesehen;

- Köhler selbst hatte Bekannten gegenüber, als er von möglichen Attentaten gesprochen hatte, darauf hingewiesen, daß dies nur von 2 Personen ausgeführt werden könne;

- Ein Koffer, der von mehreren Zeugen gesehen worden war, fehlte nach der Tat; er könnte den Zündmechanismus enthalten haben, der von dem zweiten Mann hätte bedient werden müssen;

- Ein Mann soll am Tatort fassungslos gerufen haben: "I kann nicht mehr! I wollt's nicht! I kann nichts dafür! Helft's ma!";

- der Nazi Stefan Wagner aus Hessen, ebenfalls Mitglied der WSG Hoffmann, klagte sich während seines Amoklaufes, bei dem er selbst zu Tode kam (angeblich durch einen Schuß aus der eigenen Waffe) selbst der Beteiligung an dem Münchner Attentat an.

Die Liste der Ungereimtheiten im Falle der Ermittlungen zum Anschlag auf dem Oktoberfest ließe sich noch beliebig verlängern. Und in diese Ungereimtheiten paßt es auch, daß der leitende Beamte des bayrischen Landeskriminalamtes, Langemann, seine Doktorarbeit eben zu dem Thema "Das Attentat" geschrieben hat; dort kommt er ganz zielstrebig zur Figur des "vorgeschobenen Einzeltäters", hinter dem politische Interessen stünden. Fragt sich halt nur, wessen Interessen.

Mensch darf gespannt sein, ob angesichts der Gladio-Enthüllungen in unseren Nachbarstaaten nun auch in der BRD noch weitere Einzelheiten in diese Richtung zu Tage kommen. Ungeklärtes gäbe es ja genug.

E., Antifa-Kommission

KB Gruppe Hamburg

13. Gladiolen aus den Niederlanden

Rubrik: Geheimdienste; Niederlande · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/58.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:58

Grundlegende Fakten über die niederländische Aufgabe des Gladio-Netzes konnte man bereits 1980 im AK finden, die sich auf Veröffentlichungen in den niederländischen Medien stützten (s. AK 183, S. 27 - "Geheimes Waffenarsenal entdeckt"). Im April 1980 hatten niederländische "Schatzsucher" auf einem Landgut bei Heythuizen, das lange für die Öffentlichkeit nicht zugänglich war, 20 Kisten mit Pistolen, Maschinengewehren und Sprengstoff gefunden. Limburgs "Dagblad" meldete schon damals, daß nach Meinung aus Insiderkreisen "mit den Waffen nötigenfalls (...) nach einer raschen Besetzung durch einen möglichen Aggressor Guerilla- und Partisaneneinheiten bewaffnet oder Aufstände niedergeschlagen werden sollten, wenn das Heer dafür nicht mehr einsetzbar sei". Das eine wie das andere habe mit "Aktivitäten in- und ausländischer Geheimdienste" zu tun.

Einen weiteren Waffenfund gab es 1983 in den Wäldern nordöstlich von Arnhem. Ein Versteck mit Handgranaten, Pistolen und Maschinengewehren war hier von Schülern entdeckt worden. Nachdem diese Jugendlichen die Toilette der (zu dieser Zeit nicht besetzten) Polizeistation mit einer Handgranate lädiert hatten, leitete die Polizei eine Untersuchung ein. Die Täter wurden aufgespürt und zeigten den Platz im Wald, wo sie die Waffen gefunden hatten. Nun mußte der Verteidigungsminister schamrot bekennen - sein Vorgänger hatte 1980 sein Schweigen noch mit einem "Staatsinteresse" begründet -, daß für die Einlagerung von Waffen das Verteidigungsministerium verantwortlich sei: "... zu dem Zweck, sie (die Waffen) nötigenfalls in einer bestimmten Phase eines möglichen Krieges zu benutzen. (...) Diese Art des Lagerung wird jetzt beendet." (AMOK 1989/2)

Bemerkenswert ist noch, daß ein Teil des Arnheimer Waffenfundes westdeutscher Herkunft ist. Die oben erwähnte Handgranate war vom Sprengstoffräumkommando des Heeres und durch ein Gerichtslaboratorium untersucht worden, wobei sich herausstellte, daß es sich um eine Granate vom Typ DM 51 handelte, der von der Firma Diehl in Nürnberg hergestellt und damals vom bundesdeutschen Heer verwendet worden war (Reformatorisch Dagblad, 23.9.83). Die "Volkskrant" (23.9.83) meldete zusätzlich, daß diese Art geheimer Lagerplätze "auch in größerem Umfang in der Bundesrepublik" existierten: "Ein geheimes Waffenlager steht in Kriegszeiten (...) ebenso dem westdeutschen Widerstand zur Verfügung."

Auch die "Dienste", die im Kriegsfall diese Waffenverstecke benutzen sollten, waren in den Niederlanden im Prinzip bekannt. Schon 1985 beschrieb der "Haagsche Courant" in einem gut recherchierten Artikel zwei der bis dahin unbekannten Organisationen, die Dienste "O" und "I", die der Marine bzw. den Landstreitkräften unterstellt sind. Der O-Dienst (Operationen) sollte im Kriegsfall Sabotageakte durchführen, der I-Dienst (Informationen) ein Informationsnetz aufbauen. Die Dienste sollten zusammen ein sogenanntes Stay-behind-Netzwerk bilden, das von der Zeitung als eine "Art zukünftige Untergrund-NATO" bezeichnet wurde (Haagsche Courant, 30.3.85).

Obwohl in diesem Jahr beim niederländischen Parlament ein Gesetz zu den Informations- und Sicherheitsdiensten beraten wurde, in dem die geheimen Organisationen aber nicht erwähnt wurden, brachte fast kein Presseorgan oder Parlamentsmitglied die überraschend detaillierten Enthüllungen, die bisher in der Presse erschienen waren, in die Debatte ein. Der Dornröschenschlaf der Parlamentarier und Journalisten wurde erst gestört, als der italienische Premierminister Andreotti im November diesen Jahres die Niederlande als eines der Länder nannte, in dem kurz nach dem Krieg Spezialeinheiten eingerichtet wurden, um bei einer eventuellen Besetzung oder einer unerwünschten Machtübernahme im Land selbst aktiv zu werden.

"Erschütterte" Parlamentsmitglieder der Regierungsparteien fragten beunruhigt nach. Daraufhin berief Premierminister Lubbers eine Versammlung der (geheimen) Parlamentskommission ein, die die Geheimdienste kontrollieren soll, und sandte gleichzeitig einen Brief an die Zweite Kammer (entspricht etwa dem Bundestag, Anm. ak). Daraus ergab sich das folgende Bild:

- Es existiere in den Niederlanden keine Organisation, die im Kriegsfall in großem Umfang Sabotageakte unternehme.

- Es sei tatsächlich in den 50er Jahren eine Organisation gegründet worden, die im Fall einer Besetzung die niederländische Exilregierung mit den nötigen Informationen über die Situation im besetzten Land versehen

sollte. Ein weiteres Ziel sei die "Stärkung der geistigen Wehrbarkeit der Bevölkerung im Kriegsfall" gewesen (Brief von Lubbers in: NRC Handelsblad, 14.11.90).

- Die Organisation habe einen gemischt zivil-militärischen Charakter.

- Die Organisation unterstehe dem Premier- und dem Verteidigungsminister. Von NATO-Aufsicht sei nie die Rede gewesen.

- Die Organisation werde aus dem Geheimtopf des Verteidigungsetats finanziert und durch den Präsidenten des Allgemeinen Rechnungshofs kontrolliert. In diesem Jahr betrage der Posten "Geheime Ausgaben" 7,5 Millionen Dollar.

- Der Umfang des Dienstes sei vor einigen Monaten kritisch beleuchtet worden, und zwar mit dem Ergebnis, daß es "absolut notwendig" sei, ihn aufrechtzuerhalten.

Aufgrund dieses Briefes forderte die Oppositionsfraktion Groen Links (grün- linkes Parteienbündnis im niederländischen Parlament, Anm. ak) eine öffentliche Parlamentsdebatte, die am 21.11. stattfand. Bis dahin hatten die Zeitungen Gelegenheit, weitere Fakten zu sammeln. Die wichtigsten davon waren:

- Der von Lubbers beschriebene Dienst ist identisch mit den oben genannten Organisationen.

- Der Dienst wird zum Teil von Privatpersonen, insbesondere von "Topmanagern aus der Wirtschaft" finanziert (Utrechts Nieuwsblad, 15.11.90).

- Die Rekrutierung von Personen für diesen Dienst geschah ohne ihr Mitwissen durch den Binnenlandse Veiligheidsdienst (BVD, entspricht in etwa dem Verfassungsschutz der BRD, Anm. ak). Wurde die Person (meist ältere Männer, "gute Niederländer", wie Premier Lubbers es später ausdrücken sollte) für geeignet befunden, wurde sie an das Ministerie van Algemene Zaken weitergegeben.

- Die Sektion Information der Organisation hat seine Niederlassung in Wassenaar beim Inlichtingendienst Buitenland (entspricht in etwa dem Bundesnachrichtendienst der BRD, Anm. ak) und der Sektion Operationen in Rotterdam im Marineinfanteriemuseum (!) (Vrij Nederland, 16.11.90).

- Der Konkakt zwischen den verantwortlichen Politikern und der Geheimorganisation wird über eine Gruppe hoher Beamter und Militärs hergestellt. Wenn eine Besetzung drohte, sollte diese Gruppe unmittelbar evakuiert werden, damit niemand die Existenz der frischgebackenen Widerstandszellen verraten könne (Vrij Nederland, 24.11.90).

- Ein Waffendepot im Scheveninger Wald bei Den Haag war augenscheinlich ausgeraubt, als man es 1983 kontrollierte. Zum Schein war der Inhalt (40 Kisten mit Feuerwaffen und Sprengstoff) durch Schrott ersetzt worden. Der Diebstahl wurde seinerzeit geheimgehalten.

Während der Parlamentsdebatte konnte Premier Lubbers geschickt allen Fragen ausweichen, ohne mehr zu sagen, als ohnehin schon bekannt war. Er suggerierte aufs neue, daß Gladio-Niederlande eine rein nationale Angelegenheit wäre. Seitens der NATO sei zwar Druck ausgeübt worden, das Netz durch die NATO kontrollieren zu lassen, die Niederlande hätten dies allerdings stets abgelehnt. Einzig und allein an NATO-Koordinierungstreffen hätten die niederländischen "Gladiolen" teilgenommen. Dabei sei beispielsweise über die gemeinsame Beschaffung von Funkeinrichtungen gesprochen worden. Die Vorräte an Waffen und Sprengstoff hätten - laut Lubbers - nicht für Sabotageakte in größerem Umfang ausgereicht. Sie hätten höchstens den Zweck haben können, Informationen zu beschaffen. Mit den vorhandenen Mengen hätte man an das Aufbrechen von Safes (!) gedacht haben können. Nur bezüglich der finanziellen Unterstützung durch die Privatwirtschaft zögerte der Premierminister. Das könnte möglicherweise in der Vergangenheit der Fall gewesen sein, und er wolle dies weiter untersuchen.

Die anfangs recht kritische Regierungsfraktion der Partij van de Arbeid (PvdA - Sozialdemokraten, Anm. ak) war mit dieser Antwort völlig zufriedengestellt. Allerhöchstens - war ihre Meinung - könne noch einmal überlegt werden, inwiefern eine derartige Organisation noch vonnöten sei. Diese Überprüfung sagte der Premierminister gern zu. Anträge von Groen Links, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß zu bilden und die niederländische Abteilung von Gladio sofort aufzulösen, bekamen keine Unterstützung der Regierungspartei.

Eine zweite Debatte ist vage in Aussicht gestellt worden, sobald die Untersuchung über das weitere Fortbestehen der Organisation abgeschlossen sei. So könnte Gladio-Niederlande einen stillen Tod sterben. Nur mit neuen Enthüllungen oder Meinungsverschiedenheiten über die Aufrechterhaltung der Geheimorganisation kann die Sache wieder aufgebrochen werden.

Kees Kalkman, Mitarbeiter des Antimilitaristischen Forschungskollektivs AMOK (Utrecht)

14. Zwischen Spitzbergen und Sizilien: Geheimarmeen gegen den Kommunismus

Rubrik: Geheimdienste; Türkei; Griechenland; Schweiz · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:23

Ein großer Teil der aktuellen Enthüllungen über Gladio-Strukturen in nahezu allen westeuropäischen Ländern bezieht sich auf längst Bekanntes. Aber erst im internationalen Überblick wird die Dimension des von der CIA initiierten "Netzwerks" deutlich. Dem alliierten Geheimkomitee, das die nationalen Aktivitäten zur vorbeugenden "counterinsurgency" (Aufstandsbekämpfung) koordiniert, gehören Vertreter der Geheimdienste aus acht Ländern an: Großbritannien, Frankreich, Belgien, der Bundesrepublik, Luxemburg, den Niederlanden, Italien und den USA. Im folgenden Stichworte zu ausgewählten Sektionen der internationalen antikommunistischen Bürgerkriegsarmee.

Schweden

Maßgeblich beteiligt am Aufbau einer skandinavischen Gladio-Sektion war der spätere CIA-Direktor William Colby. Von der US-Botschaft in Stockholm aus sei es ihm zwischen 1951 und 1953 gelungen, "in allen vier Ländern Basisorganisationen für künftige Widerstandsgruppen unter Führung der CIA" aufzubauen, schreibt Colby in seinen Memoiren "Honorable Men". In dem nach außen strikt auf Neutralität haltenden Schweden war die rechtsextreme "Waffenbrüderschaft Sveaborg" organisatorischer Kern der Bürgerkriegsarmee. Jede ihrer 1200 Kontaktpersonen befehligte eine eigenständig agierende Guerillatruppe. 1953 ließ die schwedische Polizei die Geheimarmee, an der hunderte regulärer Armeeangehöriger beteiligt gewesen sein sollen, auffliegen. Der Gründer der "Waffenbrüderschaft", Otto Hallberg, wurde angeklagt und in einem Geheimverfahren, dessen Akten 50 Jahre lang unter Verschluß bleiben, freigesprochen. "Auf dieses Geheimnis wurde bisher nur eine den Gesetzen der Logik genügende Antwort gefunden: Es muß Verbindungen zwischen Sveaborg und der Regierung oder Armee gegeben haben, die noch für Jahrzehnte als staatsgefährdend eingestuft werden." ("taz", 15.11.)

Belgien

Abgesehen von Italien gibt es am ehesten noch in Belgien breitere Empörung über die Beteiligung des Landes an der geheimen NATO-Struktur. Das Fortbestehen der Organisation mit Namen "Glaive" (Schwert) weit über das Ende des Kalten Krieges hinaus macht die Menschen mißtrauisch: "Wie in Italien wird diese Geheimtruppe mit dem in den achtziger Jahren grassierenden Terrorismus in Beziehung gebracht. Ernsthafte Recherchierer stellten damals die Hypothese auf, die nie erwischte ‚Bande von Brabant', welche ein paarmal Supermärkte mit tödlichen Schießereien terrorisierte, sei von irgendeiner ‚höheren Hand' gesteuert; das Ziel wäre gewesen, mit Terror-Atmosphäre eine autoritäre Regierung ans Ruder zu bringen." ("Basler Zeitung", 13.11.)

Niederlande

Nicht so ganz glaubwürdig klingt die Beteuerung von Ministerpräsident Ruud Lubbers, das niederländische Gladio-Pendent "O. en I." ("Operation und Aufklärung") habe "zu keinem Zeitpunkt unter ausländischer oder NATO-Aufsicht gestanden". Die Geheimorganisation von "gemischt bürgerlich-militärischem Charakter", bestehend aus lauter "anständigen Niederländern", sollte Lubbers zu Folge lediglich "die geistige Streitbarkeit der Bevölkerung in Kriegszeiten verstärken, für den Schutz des Königshauses sorgen und einer niederländischen Exilregierung Informationen aus der Heimat liefern" (Süddeutsche Zeitung, 16.11.). An dem harmlos-friedfertigen Charakter der Geheimtruppe sind allerdings Zweifel angebracht. Inzwischen hat Lubbers eingestanden, daß die seit 1980 immer wieder entdeckten Waffenlager "O. en I." gehörten. Die Zeitung "Limburgs Dagblad" hatte schon im April 1980 den Verdacht geäußert, die versteckten Arsenale seien eingerichtet worden, "um nach einer schnellen Besetzung durch einen eventuellen Angreifer Guerilla- oder Partisaneneinheiten bewaffnen zu können oder um Aufstände unterdrücken zu können, wenn das Heer hierfür nicht mehr erreichbar ist". (SammlerInnen können hierzu genaueres nachlesen in AK 183 vom 25.8.1980. Dort wird auch eine Verbindung zu geheimen Waffenlagern in Norwegen und den Aktivitäten des Herrn Colby Anfang der fünfziger Jahre hergestellt ...!)

Frankreich

Andreottis Teilgeständnis in Sachen Gladio veranlaßte Frankreichs Staatspräsidenten Mitterand zu schnellem Handeln. Er verfügte die sofortige Auflösung der französischen Gladio-Sektion mit dem Namen "Windrose". Noch Ende Oktober hatte an den Sitzungen des NATO-Koordinierungsgremiums in Brüssel auch ein hoher französischer Vertreter teilgenommen. Verteidigungsminister Chevenement bescheinigte den "Windrose"-Kämpfern eine lupenrein weiße Weste. Die Organisation habe nur eine "Schläferrolle" gehabt. Ihre Ursprünge sind allerdings die gleichen wie die ihrer Schwesterorganisationen in der NATO. Das vermutlich schon 1947/48 aufgebaute Netz von Elitekämpfern sollte die Kommunistische Partei, damals mit fast einer Million Mitgliedern stärkste Partei des Landes, in Schach halten. Auch nach Frankreichs NATO-Austritt blieb die Organisation in die alliierten Strukturen eingebunden.

Spanien

In der Gladio-Struktur nimmt Spanien eine gewisse Sonderstellung ein. Der Abgeordnete der Izquierda Unida, Antonio Romero, weist in einem Interview der "taz" (9.11.) darauf hin, daß "Gladio sonst in Europa geheim operierte, während es in Spanien am hellichten Tag mit Unterstützung einer faschistischen Diktatur agierte, die seine antikommunistischen Ziele teilte". Für Waffen- und Munitionsdepots standen die regulären Garnisonen zur Verfügung. Franco hätte keine Geheimorganisation nötig gehabt. "Doch umgekehrt", so Romero, "brauchte Gladio das spanische Regime für seine Infrastruktur, für logistische Unterstützung und Mitarbeit bei seinen Plänen auf europäischer Ebene". Die spanischen Geheimdienste pflegten besondere Beziehungen zu italienischen Rechtsterroristen, die Spanien als Rückzugsgebiet nutzten. Für die Übergangszeit vom Francismus zur Demokratie dürfen direkte Interventionen von Gladio vermutet werden. Das Atocha-Massaker in Madrid, bei dem fünf kommunistische Anwälte ermordet wurden, vergleicht Romero mit den faschistische Anschlägen im Rahmen der "Strategie der Spannung" der italienischen Rechten.

Griechenland

"Griechenlands geheime Guerillaeinheiten für den Fall eines kommunistischen Putsches oder einer Invasion durch Armeen des Warschauer Paktes waren besser ausgerüstet und verfügten über mehr Personal als ihre Kameraden in anderen Ländern der Allianz" ("Der Spiegel", 48/1990). Über 800 Waffenverstecke standen ihnen zur Verfügung. Die Truppe mit dem Namen "Sheep skin" (Schafsfell) zählte 1.500 Mann - vor allem Offiziere von Spezialeinheiten und Gebirgsjägerreservisten - und sollte im Ernstfall auf 3500 Mann aufgestockt werden. Ebenso wie der militärische "Zentrale Informationsdienst" (KYP) wurde sie mit massiver CIA-Unterstützung aufgebaut. Die rechten Obristen um Papadopoulos brauchten 1967 bei ihrem Putsch "nur einen Plan zu realisieren, der schon 1950 in Zusammenwirken mit der NATO für den Fall eines kommunistischen Angriffs erarbeitet worden war" (ebd.). Darüberhinaus wird vermutet, daß "Sheep skin" oder andere bewaffnete Banden ehemaliger Soldaten und Militärpolizisten in ihrem Umfeld an mindestens drei blutigen Bombenanschlägen beteiligt waren. Das letzte Attentat dieser Art liegt gerade ein Jahr zurück: "Im Oktober 1989 zerriß auf der Insel Lesbos ein Sprengsatz das Stadttheater, kurz bevor der damalige Oppositionsführer und heutige Ministerpräsident Konstantin Mitsokakis seine Rede beginnen konnte. Einziges Opfer war der Bombenleger selbst, ein Unteroffizier der Luftwaffe und Geheimagent namens Michalis Pavlis" (ebd.).

Türkei

In der Türkei hat Gladio unter dem Namen "Amt für Spezialkrieg" oder kürzer "Kontra-Guerilla" spätestens seit den frühen siebziger Jahren durch inszenierte Bürgerkriegsaktionen und Mordanschläge gegen Linke das politische Klima entscheidend mitgeprägt. Veröffentlichungen im Zuge der Gladio-Diskussion belegen etwa die Drahtzieherfunktion des "Amtes für besondere Kriegsführung" bei dem blutigen Massaker am 1. Mai 1977, wo Scharfschützen auf die größte Kundgebung in der Geschichte der Türkei das Feuer eröffneten und über 30 Menschen töteten. Die Täter wurden nie zur Rechenschaft gezogen. Auch die Massaker in Karamanmaras, Corum und Malatya, weitere Meilensteine auf dem Weg zum Militärputsch von 1980, werden der Kontra-Guerilla angelastet. Ein großer Teil der türkischen Gladio-Mordbanden waren damals zugleich Mitglieder der faschistischen Nationalen Heilspartei (MHP) und ging arbeitsteilig mit zivilen Kommandos der "Grauen Wölfe" vor.

Militärjunta-Chef Evren, der schon in den siebziger Jahren das Amt entgegen einer Auflösungsverfügung der sozialdemokratischen Regierung weitergeführt hatte, soll sich seiner nach öffentlichen Äußerungen von

Politikern und Generälen auch unmittelbar bei der Durchführung des Putsches bedient haben. In der Folgezeit bis heute führten Einheiten der Kontra-Guerilla außerhalb der normalen Armee-Kommandostrukturen, unter direkter Regie des Generalstabes, einen schmutzigen Krieg in Kurdistan. Dazu gehören Überfälle auf Dörfer, Vergewaltigungen und inszenierte Massaker gegen Dorfbewohner, die unter der Flagge der PKK begangen werden.

Während sich die wirtschaftliche Situation für die türkische Bevölkerung immer katastrophaler entwickelt und die Regierung sich nur durch exzessive Manipulationen am Wahlrecht im Amt halten konnte, dient in jüngster Zeit wieder eine Serie von politischen Morden zur Verschärfung des innenpolitischen Klimas und zur Beförderung von Putschgerüchten. Zu ihren Opfern zählen prominente Journalisten ebenso wie zuletzt die führende Sozialdemokratin und bekannte Gegnerin des islamischen Fundamentalismus, Bayriye Ücök. Auch hier wird die Beteiligung von Gladio vermutet.

Schweiz

Daß auch die 1950 gegründete eidgenössische Geheimarmee P-26 eine Kreatur der NATO sein könnte, ist ein naheliegender, aber bislang nicht zu beweisender Verdacht. Der Züricher "Tagesanzeiger" hält das für möglich und verweist auf die Skandinavien-Mission des Gladio-Mitbegründers William Colby. Zwei der Länder, in denen er nach eigenem Bekunden tätig war, "Schweden und Finnland, sind ebenso neutral wie die Schweiz" ("Tagesanzeiger", 21.11.). Der belgische Geheimdienstmann André Moyen behauptet darüberhinaus, daß die Betreiber der schweizerischen Untergrundarmee von ähnlichen Motiven geleitet wurden wie ihre Kollegen in den NATO-Staaten: "Ich traf zu Beginn der fünfziger Jahre mehrere hohe Schweizer Offiziere an der Kasernenstraße in Bern. Sie versicherten mir, sie seien daran, ein ähnliches ‚Gladio' aufzubauen, wie es in Italien schon seit 1946 existierte" (ebd.).

Unumstritten ist, daß seit den siebziger Jahren "insgesamt an die 2.000 Männer in unserem Land als geheime Killerkommandos und Sabotagetrupps ausgebildet und beübt wurden" (ebd.). Nach Ermittlungen der Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) wurden Schweizer Elitekämpfer "in einem nicht näher bezeichneten westeuropäischen NATO-Land" (ebd.) ausgebildet. Ein weiterhin Indiz für die enge Zusammenarbeit mit der NATO: Noch 1985 wurde ein NATO-kompatibles Nachrichtensystem des bundesdeutschen Fabrikats "Harpoon" beschafft. Zu dem von der PUK ermittelten "erheblichen Zerstörungspotential" der P-26 gehören u.a.: "einige hundert Maschinenpistolen, Spezialgewehre, die ein präzises und lautloses Schießen erlauben, Pistolen, Hohlpanzerraketen und Sprengstoff" ("Tagesanzeiger", 24.11.). Die Kommission kam bei ihren Untersuchungen über Verwicklungen des Verteidigungsministeriums auch zu dem Ergebnis, daß der militärische Geheimdienst umfangreiche Spitzeldienste geleistet und z.B. "Listen von Bürgern, denen man subversive Handlungen zutraute" (FAZ, 24.11.) zusammengestellt hat.

Ende November beschloß die Berner Regierung die Auflösung der P-26.

Js.

Gladio Türkei

In der Türkei hat Gladio unter dem Namen "Amt für Spezialkrieg" oder kürzer "Kontra-Guerilla" spätestens seit den frühen 70er Jahren durch inszenierte Bürgerkriegsaktionen und Mordanschläge gegen Linke das politische Klima entscheidend mitgeprägt. Veröffentlichungen im Zuge der Gladio-Diskussion belegen etwa die Drahtzieherfunktion des "Amtes für besondere Kriegsführung" bei dem blutigen Massaker am 1. Mai 1977, wo Scharfschützen auf die größte Kundgebung in der Geschichte der Türkei das Feuer eröffneten und über 30 Menschen töteten. Die Täter wurden nie zur Rechenschaft gezogen. Auch die Massaker in Karamanmaras, Corum und Malatya, weitere Meilensteine auf dem Weg zum Militärputsch von 1980, werden der Kontra-Guerilla angelastet. Ein großer Teil der türkischen Gladio-Mordbanden waren damals zugleich Mitglieder der faschistischen Nationalen Heilspartei (MHP) und ging arbeitsteilig mit zivilen Kommandos der "Grauen Wölfe" vor.

Militärjunta-Chef Evren, der schon in den 70er Jahren das Amt entgegen einer Auflösungsverfügung der sozialdemokratischen Regierung weitergeführt hatte, soll sich seiner nach öffentlichen Äußerungen von Politikern und Generälen auch unmittelbar bei der Durchführung des Putsches bedient haben. In der Folgezeit bis heute führten Einheiten der Kontra-Guerilla außerhalb der normalen Armee-Kommandostrukturen, unter

direkter Regie des Generalstabes, einen schmutzigen Krieg in Kurdistan. Dazu gehören Überfälle auf Dörfer, Vergewaltigungen und inszenierte Massaker gegen Dorfbewohner, die unter der Flagge der PKK begangen werden.

Während wirtschaftliche Situation für die türkische Bevölkerung sich immer katastrophaler entwickelt und die Regierung sich nur durch exzessive Manipulationen am Wahlrecht im Amt halten konnte, dient in jüngster Zeit wieder eine Serie von politischen Morden zur Verschärfung des innenpolitischen Klimas und zur Beförderung von Putschgerüchten. Zu ihren Opfern zählen prominente Journalisten ebenso wie zuletzt die führende Sozialdemokratin und bekannte Gegnerin des islamischen Fundamentalismus, Bayriye Ücök. Auch hier wird die Beteiligung von Gladio vermutet.

15. Chronik eines angekündigten Krieges: Zum Hintergrund des Konflikts Irak - Kuweit, von Peter Billing und Bernhard J. Trautner

Zum Hintergrund des Konflikts Irak - Kuwait

Rubrik: Golfkrieg; Irak; Kuweit · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:18

Der Einmarsch irakischer Truppen in Kuwait am 2. August 1990 und die anschließende Annexion des Scheichtums weitet einen seit der Unabhängigkeit Kuwaits schwelenden Konflikt angesichts der wirtschaftlich eminent wichtigen Bedeutung der Region und ihrer Erdölressourcen auf die internationale Ebene aus und eskaliert bis an die Schwelle des Krieges.

Obwohl die jüngste Eskalation des Konfliktes zwischen dem Irak und Kuwait für alle Beteiligten überraschend kam, ist der eigentliche Konflikt für informierte Beobachter keineswegs neu. Bereits dreimal - 1961, 1973 und 1975 - kam es zu einer krisenhaften Zuspitzung der Beziehungen zwischen beiden Staaten. Der vorliegende Aufsatz analysiert diese bislang wenig beachtete Vorgeschichte des aktuellen Konflikts bis zur Besetzung des Emirats durch irakische Streitkräfte am 2. August 1990.

Mit seinen gerade 17.818 qkm, nur (geschätzten) 1.967.000 Einwohnern und einem Bruttosozialprodukt von 13.680 Dollar pro Einwohner gilt der Staat Daulat al-Kuwait als eines der reichsten Länder der Erde. Der Export beschränkt sich fast ausschließlich auf Erdöl und dessen Verarbeitungsprodukte. Seit 1982 übersteigen jedoch die Rückflüsse aus den großen Auslandsinvestitionen und Kapitalbeteiligungen vor allem in den USA, aber auch in der Bundesrepublik (1986 z.B. 25% Beteiligung an Hoechst, 14% an Daimler-Benz) die Einnahmen aus dem Exportgeschäft. Von den knapp 2 Mio. Einwohnern sind 1,12 Mio. Ausländer (20% Palästinenser, 6% Ägypter, 5% Iraker). 85% der Bevölkerung sind Araber, davon aber nur 45% kuwaitische Staatsbürger. Die "Kuwaitis" im eigentlichen Sinne, d.h. der Beduinenadel, machen gar nur 100.000 Menschen aus.

Während im Nachbarstaat Irak (al-Dschumhurija al-Iraq) mit einer Fläche von 438.466 qkm und einer etwas homogeneren Bevölkerung (77% arabischsprachige Iraker, 19% Kurden) die schiitische Glaubensrichtung des Islam mit bis zu 60% überwiegt, folgen in Kuwait mindestens 70% der Bevölkerung der Mehrheitsrichtung des Islam, der Sunna. Der Irak ist in noch weit stärkerem Maße vom Erdölexport (bis 97% des Außenhandels) abhängig.

Historischer Hintergrund des Konfliktes

Trotz seiner geringen Größe verstanden es die Herrscher Kuwaits, dem Land über die Jahrhunderte hinweg eine gewisse Autonomie zu erhalten. Die heutige Herrscherdynastie mit Emir Dschaber al Ahmad al-Dschaber as-Sabah an der Spitze des Staates läßt sich bis ins 18. Jahrhundert zurückverfolgen. Im 19. Jahrhundert wurde Kuwait als Teil der osmanischen Provinz Basra verwaltet, obgleich die Hohe Pforte das Gebiet weder eroberte noch die volle Souveränität darüber ausübte. Nachdem Scheich Mubarak seinen protürkischen Halbbruder Scheich Muhammad ermordet hatte, übernahm er die Herrschaft in Kuwait und erreichte die Unabhängigkeit von Konstantinopel. Um diese Souveränität langfristig gegen die türkische Großmacht zu sichern, erbat Scheich Mubarak britische Protektion. Im Tausch gegen den Schutz durch Großbritannien trat Kuwait 1899 die Wahrnehmung seiner Außenpolitik an die britische Krone ab. In der anglotürkischen Konvention vom 29. Juli 1913 erreichte Großbritannien von den Osmanen die Anerkennung der kuwaitischen Autonomie für ein Gebiet im Umkreis von 64 km um Kuwait-Stadt; der Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 verhinderte jedoch die Ratifizierung des Abkommens. Als Belohnung für die Kooperation Kuwaits bei der Rückeroberung Basras von den Türken wurde Scheich Mubarak die Anerkennung als unabhängige Regierung unter britischer Protektion versprochen; diesen Status behielt Kuwait bis zur völligen Unabhängigkeit 1961 bei.

Der Irak bestand in osmanischer Zeit aus den mesopotamischen Provinzen (welajat) Bagdad, Mossul und Basra. Die für deren Verwaltung ernannten Gouverneure (Paschas) waren dem Sultan in Konstantinopel verantwortlich. Nach dem Zerfall des Osmanischen Reichs 1918 beschlossen die Großmächte, daß dessen mesopotamische Provinzen einen unabhängigen Staat bilden sollten. Bis zu seiner vollständigen Souveränität

erteilte der Völkerbund am 20. Oktober 1920 Großbritannien das Mandat für den Irak. Im Abkommen von Uquair 1922 wurde darüber hinaus zwischen Saudi-Arabien, der britischen Mandatsmacht im Irak und dem Emir von Kuwait die Festlegung der Grenzen vereinbart. Um einen Kompromiß der widerstreitenden Ansprüche von Saudi-Arabien und Irak zu ermöglichen, mußte Kuwait zwei Drittel seines Gebietes an Saudi-Arabien abtreten. Außerdem wurde zwischen Kuwait und Saudi-Arabien eine neutrale Zone vereinbart, die erst 1969 zu gleichen Teilen zwischen beiden Ländern aufgeteilt wurde. Im Vertrag von Lausanne vom 24. Juli 1924 mußte die Türkei alle Ansprüche auf Gebiete außerhalb ihrer jetzigen Grenzen zurücknehmen, somit auch auf Kuwait als Teil der osmanischen Provinz Basra. Großbritannien gab das Mandat über den Irak am 28. Januar 1932 auf; am 3. Oktober 1932 wurde der Irak als formal unabhängiger Staat Mitglied im Völkerbund.

Die Grenze zwischen beiden Staaten wurde erstmals 1932 in einem Briefwechsel zwischen dem Scheich von Kuwait und dem britischen Hochkommissar für den Irak festgelegt. In einem weiteren Briefwechsel im Juli/August (dann mit dem irakischen Premierminister Nuri as- Said) wurde diese Grenze bestätigt; ausdrücklich wurden darin die später umstrittenen Inseln Bubijan und Warba Kuwait zugeschlagen. In der Folge wird diese Grenzdemarkierung von irakischer Seite mit dem Argument für ungültig erklärt, der Irak sei zum Zeitpunkt der Festlegung nicht unabhängig gewesen.

Die Krise von 1961

Am 19. Juni 1961 entläßt Großbritannien Kuwait aus dem seit 1899 gültigen Protektoratsstatus in die Unabhängigkeit. Kuwait verfügt zu diesem Zeitpunkt über die weitaus größten bekannten Erdölvorkommen in jener Region, sieht sich aber nicht in der Lage, diesen enormen Reichtum vor einem eventuellen Zugriff durch seine Nachbarstaaten wirkungsvoll zu schützen, so daß Kuwait London weiterhin Mitwirkungsrechte an der Aufrechterhaltung seiner äußeren Sicherheit einräumt.

Am 25. Juni 1961 erklärt der irakische Premierminister Kassem, Kuwait sei integraler Bestandteil des Irak und droht mit der gewaltsamen "Befreiung" des Gebiets, woraufhin am 1. Juli 1961 britische und saudische Streitkräfte in Kuwait stationiert werden und Kuwait mit britischer Unterstützung den UN-Sicherheitsrat anruft. Am nächsten Tag ruft auch der Irak die UNO an mit der Behauptung, er werde vom britischen Militär bedroht. Auf der Sitzung des Sicherheitsrats am 2. Juli ergreift die UdSSR Partei für den Irak, die USA für Kuwait. Die Haltung der arabischen Führungsmacht Ägypten in diesem Konflikt ist zwiespältig. Der Sicherheitsrat verabschiedet keine Resolution, den Konfliktparteien gelingt es jedoch, ihre Standpunkte zu klären: Großbritannien verdeutlicht den defensiven Charakter der Stationierung seiner Truppen. Der Irak gibt die Absicht bekannt, den Streit friedlich beizulegen. Die Sitzung des Sicherheitsrates erweist sich als Katalysator für die Aktivierung der Arabischen Liga (AL). Obwohl die Kandidatur für eine Mitgliedschaft Kuwaits in der AL von Saudi-Arabien unterstützt wird, ist der neue Staat zu jenem Zeitpunkt noch nicht Mitglied der Organisation. Die übrigen Liga-Mitglieder befürchten für den Fall der Aufnahme Kuwaits, daß der Irak die Organisation verlassen könnte. Das Resultat wäre eine verstärkte Dominanz Ägyptens innerhalb der Liga. Dennoch stimmen die Liga-Mitglieder für einen britischen Abzug.

Der AL-Generalsekretär Hassounah versucht ab 1. Juli 1961 durch Reisen in die betreffenden Staaten eine Lösung zu finden. Als der Rat der Arabischen Liga am 12./13. Juli zusammenkommt, bietet Kuwait dem ägyptischen Staatschef Nasser für die Unterstützung der kuwaitischen Position eine Teilhabe am Öleinkommen des Scheichtums an. Zu diesem Zeitpunkt haben die Spannungen nachgelassen und Großbritannien zieht drei Bataillone ab. Die restlichen Streitkräfte sollen jedoch bis zum Einlenken Iraks im Lande verbleiben. Nach einwöchigen Verhandlungen ohne Anzeichen, daß der Irak seine Ansprüche aufgeben würde, kommt der Rat der Liga zu der Auffassung, der Austritt des Irak müsse riskiert werden, um die regionale Einheit wiederherzustellen. Gegen heftige Einwände des Irak wird Kuwait in die Organisation aufgenommen. Die Resolution überläßt es dem UN-Generalsekretär, die nötigen Schritte zu unternehmen, um die britischen Truppen durch Kräfte der Arabischen Liga zu ersetzen.

Am 10. September 1961 erreichen die ersten Einheiten der Arabischen Liga Kuwait. Obwohl Hassounah alle Mitglieder aufgefordert hat, Militär für die Friedenstruppen bereitzustellen, beteiligen sich lediglich fünf Staaten an der Aktion. Am 19. Oktober sind alle britischen Einheiten abgezogen. Da im folgenden Monat Kassem seine Ansprüche nicht erneuert, beschließt die Liga am 6. Dezember, ihre Truppen bis auf einen symbolischen Kern von 300 Mann abzuziehen. Eben jetzt kommt der Irak auf seine Forderungen zurück. Großbritannien bereitet sich wieder auf ein Eingreifen vor. Die Arabische Liga droht jedoch für den Fall einer erneuten britischen

Intervention mit dem Abzug ihrer Truppen. Da eine weitere Eskalation ausbleibt, ziehen die Unterhaltsstaaten ihre Truppen bis zum Februar 1962 aus Kuwait ab, doch die Bedrohung für Kuwait schwindet erst mit der Machtübernahme der Baath-Partei unter Oberst Aref im Irak am 8. Februar 1963. Der Irak erkennt die Unabhängigkeit Kuwaits am 4. Oktober 1963 an und zieht seine Ansprüche nunmehr zurück. Der Grenzverlauf zwischen den beiden Staaten wird jedoch nicht demarkiert.

Die Krise von 1973

Der neuen Konfliktphase von 1973 gehen Verhandlungen Iraks und Kuwaits um Wasserlieferungen einerseits und die Vergabe eines bedeutenden Kredit Kuwaits an den Irak andererseits voraus. Das durch die Ölförderung außerordentlich reiche, jedoch unter Süßwassermangel leidende Kuwait strebt die Erhöhung der Frischwasser-Lieferungen aus dem Irak an. Die Vergabe des vom Irak geforderten Kredits lehnt Kuwait im Dezember 1972 ab. Auch kleinere irakische Manöver im Grenzgebiet ändern Kuwaits ablehnende Haltung nicht.

Die Verhandlungen werden unterbrochen, als der Irak die Absicht erklärt, seine zuletzt 1961/62 erhobenen Gebietsforderungen gegenüber Kuwait endgültig durchzusetzen. Der Irak nutzt sein überlegenes Militärpotential und die fehlende Grenzdemarkation, um Kuwait zur Aufgabe insbesondere der beiden Golfinseln Warba und Bubijan zu drängen, die für den Irak von besonderem Interesse als Basis für Ölexplorationen und militärische Operationen im Persischen Golf sind. Sie würden ferner den Zugang zum neuen, mit sowjetischer Hilfe in Umm Qasr gebauten irakischen Hafen sichern. Um die Fahrrinne zu vertiefen, müßte ein Teil der Insel Warba weggebaggert werden. Die UdSSR unterstützt die irakische Forderung in der Hoffnung, auf den Inseln Marinebasen errichten zu können. Auch in der Auseinandersetzung mit dem Iran um den Grenzfluß Schatt al-Arab würde der Besitz der Inseln die irakische Position stärken; außerdem ließen sich irakische Besitzansprüche auf Ölquellen im Golf mit ihnen verbinden.

Am 20. März 1973 überschreiten irakische Truppen die ca. 160 km lange Grenze zu Kuwait. Die sofort eingesetzten kuwaitischen Truppen unterliegen. Da Kuwait bereits zuvor auf eine Demarkation der Grenze gedrängt hatte, wird das irakische Vorgehen als Versuch gewertet, vor der endgültigen Regelung so viel wie möglich vom umstrittenen Gebiet zu annektieren. Der Irak besetzt den zum Schutz Umm Qasrs strategisch wichtigen kuwaitischen Außenposten Samatah. Um seinem Anspruch Gewicht zu verleihen, beginnt der Irak mit dem Aufbau von Wohnhütten bei Samatah. Kuwait beschuldigt der Irak der Zusammenziehung beträchtlicher Truppenteile in diesem Gebiet und versucht selbst, sein Militär zu verstärken, zeigt aber gleichzeitig Bereitschaft zu Verhandlungen. Von der Überlegung geleitet, daß der Irak eine Kritik durch die öffentliche Meinung in der islamischen Welt nicht riskieren werde, umringt Kuwait die vom Irak errichteten Hütten mit einem "Schutzgürtel" von Moscheen und kreist damit erfolgreich die irakischen Streitkräfte ein.

Schon am 21. März 1973 hatten arabische Vermittlungsversuche begonnen. Syrien entsendet einen hohen Repräsentanten in beide Hauptstädte. Der Generalsekretär der Arabischen Liga Riad (1972- 1979), fordert Kuwait zur Annahme der Vermittlungsvorschläge auf. Libanon signalisiert ebenfalls Vermittlungsbereitschaft. Als Vorbedingung für Verhandlungen verlangt Kuwait den Abzug der irakischen Truppen. Doch weder ist Kuwait zur Aufgabe seiner Vorbedingung, noch der Irak zum Rückzug bereit. Iran und Saudi-Arabien zeigen sich vom irakischen Vorgehen besonders betroffen, da sie für den Fall eines irakischen Sieges eine Ausdehnung des sowjetischen Machtbereichs befürchten. (Im April 1972 hatte der Irak mit der Sowjetunion einen Freundschaftsvertrag über Wirtschafts- und Militärhilfe abgeschlossen.) Irans Militärhilfeangebot lehnt Kuwait am 24. März 1973 ab. Von Saudi-Arabien jedoch nimmt Kuwait Unterstützung an: es wird über die Verlegung von 15.000 Soldaten innerhalb weniger Tage berichtet.

Aus ungeklärten Gründen zieht nun der Irak seine Truppen ab. Am 6. April 1973 kommt es zu einem Treffen der Außenminister Iraks und Kuwaits, die sich auf den Führer der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), Arafat, als Vermittler einigen. Die Verhandlungen beginnen bald, doch rückt keine der Seiten von ihrer Hauptforderung ab. Der Irak besteht auf der Kontrolle beider Inseln, Kuwait verweigert dies wie auch einen Pachtvertrag für die fraglichen Gebiete.

Am 7. April bietet Kuwait als Ausgleich an, in irakische Entwicklungsprojekte zu investieren und irakischen Staatsbürgern in Kuwait eine Vorzugsbehandlung zukommen zu lassen. Informationen über den Fortgang der Gespräche sind allerdings bruchstückhaft.

Am 8. Juni 1973 erreichen beide Seiten ein Übereinkommen über die erhöhte Liefermenge irakischen Frischwassers aus dem Schatt al-Arab an Kuwait; in der Territorialfrage werden jedoch keine Konzessionen gemacht. In der Folge rüsten beide Konfliktgegner verstärkt militärisch auf. Kuwait und Saudi-Arabien beziehen Waffen von den USA, die UdSSR liefert Waffen an Irak.

Iranisch-Irakischer Krieg und Kuwait-Konflikt

Mit dem Vertrag von Algier vom 6. März 1975 kommt es zwischen Iran und Irak zu einer überraschenden Einigung in der Frage der Grenzfestlegung und zum Problem der iranischen Unterstützung für die aufständischen Kurden im Irak. Dadurch von zwei Bedrohungen befreit, okkupiert der Irak mit 4.000 Soldaten bald darauf von neuem die umstrittene irakisch-kuwaitische Grenzregion. Wieder wendet Kuwait die "Moscheen-Strategie" an, auf die der Irak mit dem Bau weiterer Hütten reagiert. Am 12. März ist die Situation durch Verhandlungen stabilisiert. Kuwait bietet dem Irak im Gegenzug für eine definitive Grenzdemarkation den Pachtvertrag für Warba mit 99jähriger Laufzeit an. Eine Kompromißlösung bahnt sich dahingehend an, daß Kuwait die bevölkerten Gebiete der Grenzregion kontrollieren und der Irak Erdbewegungen auf Warba vornehmen darf. Zunächst kommt es jedoch zu keinem formellen Abkommen.

Der weitere Konfliktverlauf ist unklar, in der Folge des Algier-Abkommens scheint der Irak seinen revolutionären Aktivismus eingeschränkt zu haben. 1978 bilden Irak und Kuwait ein gemeinsames Komitee der Innenminister, um alle ungelösten Probleme, insbesondere das Grenzproblem, zu behandeln und zu lösen.

Der Ausbruch des Golfkriegs zwischen Iran und Irak führt zu einer Erneuerung der irakischen Ansprüche auf Warba und Bubijan im Juli 1981; wiederum verlangt der Irak einen Pachtvertrag für die Inseln.

Am 4. Februar 1981 gründen Kuwait, Bahrain, Oman, Katar und Saudi-Arabien als Reaktion auf den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan und auf den Sturz des Schah von Persien, insbesondere aber in Sorge um die Aufrechterhaltung der Sicherheit angesichts des fortdauernden Golfkriegs, den Golf-Kooperationsrat (GCC). Der GCC hat die Zusammenarbeit der Mitglieder in den Bereichen Außenpolitik, Wirtschaft und Verteidigung zum Ziel; dabei ist, entgegen dem Gründungsprotokoll, nach Meinung des saudischen Königs Fahd, der militärische Aspekt, die Abwehr äußerer Aggression, der wichtigste. Die Aufnahme weiterer Mitglieder, etwa des Irak, wird weitgehend ausgeschlossen.

Aus iranischen Quellen wird bekannt, daß Kuwait anläßlich des Staatsbesuchs seines Oberhaupts in Bagdad Mitte November 1984 Irak die Nutzung Bubijans und zweier weiterer Inseln im Golf überlassen will. Kuwaits Situation im Golfkrieg ist aufgrund seiner geographischen Lage prekär. Da es aus Sorge vor einem Überschwappen des islamischen Fundamentalismus vom Iran in andere arabische Staaten seinen mächtigen Nachbarn Irak mit Milliardenbeträgen unterstützt, droht es, in den Konflikt verwickelt zu werden. Im Verlauf des "Tankerkrieges" bedrohen iranische Flugzeuge kuwaitische Tanker. Nach einem Hilfeersuchen der Regierung werden kuwaitische Schiffe von US-Flotteneinheiten beschützt.

Vom latenten Konflikt zur Konfrontation: Die Besetzung Kuwaits

Nach dem Ende des Golfkriegs im Juli 1988 versucht der Irak allmählich seine Vormachtstellung in der Region, insbesondere als Führungsmacht der arabischen Welt gegen Israel, zu etablieren. Als sich nach einem Verhandlungsstillstand im Konflikt mit Iran 1990 eine politische Lösung (Beibehaltung des Status quo), zumindest aber Gesprächsbereitschaft abzeichnet, hat Iraks Präsident Saddam Hussein den Rücken frei.

Noch im Frühjahr 1990 bot Scheich Dschaber as-Sabah dem Irak die umstrittenen Inseln Bubijan und Warba unter nomineller kuwaitischer Souveränität für einen unbefristeten Zeitraum zur Pacht an. Als Gegenleistung forderte Dschaber die Beglaubigung eines von Saddam Husseins Vorgänger Hassan al-Bakr 1963 unterzeichneten Dokuments durch die UNO, in dem die Unabhängigkeit Kuwaits durch den Irak anerkannt worden war. Der Irak lehnt dies ab. Die unter Vermittlung des jordanischen Königs Hussein und Jassir Arafats stattfindenden Ver- handlungen scheitern im März 1990. Der Konflikt eskaliert weiter, als der Irak Kuwait und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) am 27. Juni 1990 vorwirft, die von der Organisation Erdölexportierender Staaten (OPEC) festgelegten Förderquoten für Rohöl zu überschreiten und damit den Weltmarktpreis zu drücken. Jene beiden Staaten verzeichneten zusammen mit Saudi-Arabien in den Jahren 1987 bis 1989 die stärksten Produktionserweiterungen unter den OPEC-Mitgliedstaaten. Als Mitte des Jahres 1990 die Überschußproduktion Saudi-Arabiens stark zurückfiel, ging der Großteil des Überschusses allein auf

die beiden OPEC-Mitgliedglieder mit dem ohnehin höchsten Pro-Kopf-Einkommen, Kuwait und die VAE, zurück. Der Irak, der sich während des Golfkrieges bei seinen arabischen Nachbarstaaten hoch verschuldet hat, ist aufgrund des wirtschaftlichen Wiederaufbaubedarfs und der insgesamt 45 Mrd. Dollar Auslandsschulden auf einen hohen Ölpreis und damit auf die Quotendisziplin aller Kartellmitglieder angewiesen. Saddam Hussein behauptet, durch die Überproduktion der beiden Länder sei ihm ein Schaden von 14 Mrd. Dollar entstanden; er verlangt den Erlaß aller Schulden aus der Zeit des Golfkriegs, da der Irak seinerzeit auch Kuwait geschützt habe. Der Irak wirft Kuwait darüber hinaus vor, auf dem Öl-Fördergebiet Rumaila, welches sich über die zwischen beiden Staaten umstrittene Grenze hinaus erstreckt, seit 1980 irakisches Öl gestohlen zu haben; dessen Wert von 2,4 Mrd. Dollar verlangt der Irak zurück. Kuwait wendet sich an die Arabische Liga, seinerseits mit der Behauptung, der Irak fördere unrechtmäßig kuwaitisches Öl. Die Vermittlungsversuche des AL-Generalsekretärs Schadli Klibi und des jordanischen König Hussein scheitern; Irak droht Kuwait daraufhin mit dem Einsatz militärischer Gewalt. Der ägyptische Staatspräsident Hosni Mubarak schaltet sich in die Vermittlung ein. Noch Ende Juli 1990 lassen die USA durch ihre Botschafterin in Bagdad die irakische Führung wissen, daß die amerikanische Regierung den Grenzdisput zwischen beiden Staaten neutral sehe. Der Irak interpretiert dies offenbar dahingehend, daß die USA auch ein eventuelles militärisches Vorgehen gegen Kuwait tolerieren würden. Auf amerikanischer Seite rechnete man umgekehrt zwar möglicherweise mit einer Strafaktion gegen Kuwait (etwa nach dem Muster von 1973), um den Emir zur OPEC-Disziplin zu bewegen, nicht jedoch mit einer Annexion des Landes durch Irak. Auf beiden Seiten ist also eine folgenschwere Fehlinterpretation der Absichten und Ziele des Gegners festzustellen. Auch die arabischen Nachbarn scheinen offensichtlich vom Ausmaß der irakischen Intervention überrascht worden zu sein, sonst hätten sie sich möglicherweise wie in den zwei vorangegangenen Krisen 1961 und 1973 zu einer Intervention mit arabischen Friedenstruppen entschlossen. Fraglich ist zudem, ob Saddam Hussein von vorneherein tatsächlich die Annexion des gesamten Territoriums von Kuwait geplant hat, oder ob er - überrascht von dem geringen Widerstand, den ihm kuwaitische Truppen entgegenbrachten, und der zunächst abwartenden Haltung seiner arabischen Nachbarn - erst im Zuge der Strafaktion gegen Kuwait den Entschluß faßte, das Territorium auf Dauer dem Irak einzuverleiben.

Am 24. Juli mobilisiert Saddam Hussein seine Truppen und verlegt 30.000 Elitesoldaten an die Grenze zu Kuwait. Zunächst wird dies jedoch nur als Drohung vor dem Hintergrund der in dieser Woche beginnenden OPEC-Konferenz angesehen, um Kuwait und die VAE zu einer Drosselung ihrer Überproduktion zu bewegen. Hussein strebt durch einen Appell an die 13 OPEC-Mitglieder die Einhaltung der festgelegten Förderquoten an, um über eine Angebotsverknappung den Weltmarktpreis für Rohöl auf 25 Dollar pro Barrel anzuheben, da der Irak nur auf diesem Wege in der Lage ist, seine Staatseinnahmen zu halten bzw. zu erhöhen. Anders als Kuwait, welches die Einnahmen aus dem Rohölverkauf in vorzugsweise nicht-arabischen Ländern reinvestierte - die Einnahmen aus diesen Investitionen übersteigen, wie eingangs erwähnt, inzwischen jene aus dem Ölexport, ist die irakische Wirtschaft fast ausschließlich auf den Verkauf von Erdöl angewiesen, gleichzeitig jedoch nicht in der Lage, die Förderung kurzfristig zu steigern.

Parallel zu militärischen Drohgebärden akzeptiert der Irak zunächst die arabischen, insbesondere ägyptischen Vermittlungsbemühungen, welche jedoch keine Erfolge zeitigen. Angesichts der steigenden Spannungen sagen die USA Kuwait Unterstützung zu; Kuwait spricht sich jedoch gegen eine Internationalisierung der Krise aus. Die Situation entspannt sich kurzzeitig, als sich abzeichnet, daß die irakische Hauptforderung nach Erhöhung des Rohölpreises durchsetzbar ist. Zusammen mit dem ehemaligen Kriegsgegner Iran gelingt es Irak auf der OPEC-Konferenz vom 27. Juli 1990 tatsächlich, den offiziellen Richtpreis für Rohöl von 18 auf 21 Dollar pro Faß zu steigern; noch im Juni lag der tatsächliche Weltmarktpreis bei 14 Dollar. Während der Beschluß als größter Erfolg der Organisation seit mehreren Jahren, als Wendepunkt der OPEC gefeiert wird, betonen Kuwait und die VAE die Vorläufigkeit der Festlegung, die sie als ungerecht bezeichnen. Am 1. August scheitern im saudi-arabischen Dschidda die Versöhnungsgespräche zwischen Irak und Kuwait, ohne daß neue Verhandlungen vereinbart werden.

Am frühen Morgen des 2. August 1990 marschieren irakische Truppen mit Unterstützung von Panzern und Flugzeugen in Kuwait ein, besetzen den Palast des Emirs, den Flughafen, die Zentralbank sowie in der Folge das gesamte Territorium des Scheichtums. Bei der Invasion werden 200-700 Personen getötet, der Emir kann mit seiner Familie nach Saudi-Arabien flüchten. Die Grenzen und Häfen des Landes werden gesperrt.

Literatur:

Abdul-Reda Assiri, Kuwait's political survival in the 1980s and beyond: small-nation response to regional pressure, in: "American-Arab Affairs", 30 (Fall 1989), S. 27-35.

Ders., Kuwait's Foreign Policy: City State in World Politics, Boulder 1990.

M. Brecher/J. Wilkenfeld/S. Moser, Crises in the Twentieth Century. Vol. I: Handbook of International Crises, Oxford/New York 1988.

R.L. Butterworth, Managing Interstate Conflict, 1945-1974, Pittsburgh 1976.

M. Farouk-Sluglett/P. Sluglett, Iraq since 1958. From Revolution to Dictatorship, London 1987.

G. Goodhind/H. W. Degenhardt, Iraq-Kuwait, in: Alan J. Day (ed.), Border and Territorial Disputes. Harlow/Essex 1987, 2. Auflage, S. 244-247

Edmund Ghareeb, Iraq in the Gulf, in: Frederick W. Axelgard (ed.), Iraq in Transition. Boulder/London 1986, S. 59-83.

Michael H. Haltzel, Die Vereinigten Staaten, Europa und die Golf-Krise, in:"Europa-Archiv", 18/1990, S. 533-542.

Samir al-Khali, Republic of Fear. The Politics of Modern Iraq, Berkeley 1989.

Bahman Nirumand (Hrsg.), Sturm im Golf. Die Irak-Krise und das Pulverfaß Nahost, Reinbek 1990.

(Nachdruck aus: "Blätter für Deutsche und internationale Politik", Dez. 1990; mit freundlicher Genehmigung des Verlages)

16. Chronologie des Golfkonfliktes Vom Überfall auf Kuwait zum Ultimatum für einen Golfkrieg

Rubrik: Golfkrieg · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/59.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:59

16.7. In einem Schreiben an die Arabische Liga beschuldigt der Irak Kuwait, Militärposten auf irakischen Boden errichtet zu haben. Kuwait habe seit zehn Jahren das irakische Ölfeld Rumaila ausgebeutet. Dafür verlange der Irak 2,4 Mrd. Dollar Schadenersatz. Erneut beschuldigt der Irak Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate, die OPEC-Förderquoten zu überschreiten.

31.7. In Dschidda in Saudi-Arabien kommt es über die erhobenen Vorwürfe zu Gesprächen zwischen Vertretern Kuwaits und des Irak. Der Irak will außerdem den Verzicht Kuwaits auf die Milliarden-Kredite während des Golfkrieges. Die Gespräche werden am folgenden Tage ergebnislos abgebrochen. Die Grenze zwischen beiden Staaten wird geschlossen.

2.8. Der Irak überfällt und besetzt Kuwait. Es soll je nach Version zwischen 700 und 4.000 Tote gegeben haben. Die kuwaitische Armee und der Emir fliehen nach Saudi-Arabien.

Der UN-Sicherheitsrat verurteilt einstimmig den Überfall "als Bruch des internationalen Friedens" und fordert den bedingungslosen Abzug (Resolution 660).

5.8. Die USA und Frankreich erklären, sich militärische Aktionen vorzubehalten.

6.8. Der Sicherheitsrat beschließt ein obligatorisches Embargo gegenüber dem Irak. (Enthaltungen von Kuba und Jemen)

Die ersten F-111 US-Bomber werden von Großbritannien in die Türkei verlegt. Israel droht dem Irak mit einem Angriff, falls er in Jordanien einmarschiere. Hussein erklärt das UN-Embargo für "null und nichtig".

300 Ausländer aus Kuwait werden in den Irak gebracht.

7.8. Saudi-Arabien erklärt sein Einverständnis zur Stationierung von US- und britischen Truppen.

Hussein erklärt Kuwait zum Bestandteil des Irak.

8.8. Zu einer "ausschließlich defensiven Mission" und um den Irak von einem Angriff auf Saudi-Arabien abzuschrecken, kommt Bush der "Hilfsbitte" Saudi-Arabiens nach. Das Pentagon teilt mit, daß 54 Kriegsschiffe im Golf stationiert würden und Flugzeuge und Truppen nach Saudi-Arabien verlegt werden.

Die Bundesregierung gibt die uneingeschränkte Nutzung der US-Stützpunkte für den Aufmarsch am Golf frei.

9.8. Saddam Hussein erklärt, er werde Saudi-Arabien nicht angreifen.

Der Sicherheitsrat erklärt die Annexion Kuwaits für "null und nichtig", auch Kuba und der Jemen stimmen zu (15:0).

10.8. Saddam Hussein fordert zum "Heiligen Krieg" gegen den Aufmarsch der USA und ihrer Verbündeten auf und verfügt die Schließung der Botschaften in Kuwait.

12 der 21 Mitglieder der arabischen Liga stimmen für eine Entsendung von Truppen nach Saudi-Arabien.

11.8. Erste ägyptische und marokkanische Einheiten landen in Saudi-Arabien; Syrien stellt Truppen in Aussicht.

13.8. Die USA verkünden, das Embargo mit militärischen Mitteln durchzusetzen.

16.8. Ein Bundeswehrmarineverband läuft in Richtung Mittelmeer aus. "Der Einsatz wird sich nach Entwicklung der Lage richten", heißt es.

18.8. Bürger von Staaten, die den Irak bedrohen, werden auf strategisch wichtige Punkte verteilt.

Der Sicherheitsrat fordert vom Irak, sämtliche Ausländer sofort ausreisen zu lassen.

21.8. Die BRD stellt den USA Spezialgerät für den Golfkrieg zur Verfügung. Vor der WEU wird erklärt, daß die BRD erst nach einer Grundgesetzänderung Truppenverbände in den Golf schicken könne.

22.8. Treffen zwischen den Ministerpräsidenten der Sowjetunion, Ryschkow und des Irak, Hammadi.

Die USA beruft Reservisten für den Golfeinsatz ein.

24.8. Ablauf des Ultimatum zur Schließung der Botschaften in Kuwait. 25 Staaten verweigern die Schließung.

25.8. Der Sicherheitsrat erlaubt 12 Tage nach dem US-Beschluß mit 13 Stimmen (Enthaltung von Kuba und Jemen) die Stationierung von Seestreitkräften und zur Durchsetzung des Embargos, "den spezifischen Umständen entsprechende Maßnahmen zu ergreifen." (Resolution 665)

29.8. Die OPEC erhöht die Ölfördermengen, die die Ausfälle kompensieren sollen. Die Ölpreise sind bis zu 50% gestiegen.

30.8. US-Präsident Bush fordert die internationale Kostenkoordination für den Aufmarsch bzw. für Länder, die durch das Embargo besonders hart getroffen sind, insbesondere Ägypten, Jordanien und die Türkei.

1.9. Die USA erwarten von der BRD 600 Mio. Dollar jährlich für einen Wirtschaftsfond und 480 Mio. für den Truppenaufmarsch am Golf. Nach Verhandlungen werden rund 3.3 Mrd. DM zugesagt, darunter die Lieferung von NVA-Ausrüstung für die USA und die Türkei.

2.9. Der sowjetische Außenminister Schewardnadse schlägt eine internationale Nahostkonferenz vor. Israel lehnt eine Verknüpfung der Kuwait- mit der Palästinenser-Frage ab.

10.9. Bush und Gorbatschow warnen zum Abschluß ihres Treffens in Helsinki: "Falls die gegenwärtigen Schritte nicht zum Erfolg führen, sind wir bereit weitere Schritte (...) zu erwägen. Wir müssen zweifelsfrei zeigen, daß sich Aggression nicht auszahlen kann.

13.9. Der UN-Sicherheitsrat beschließt Bedingungen für humanitäre Lebensmittellieferungen an den Irak.

14.9. Aus der französischen Botschaft in Kuwait werden vorübergehend mehrere Personen, darunter der Militärattache verschleppt. Die EG-Staaten weisen am

17.9. als Reaktion die irakischen Militärattaches aus. Der Sicherheitsrat verurteilt am 16.9. die Übergriffe auf die Botschaften in Kuwait.

18.9. Der Irak droht im Fall des Angriffs mit der Zerstörung der Ölfelder der Region und einem Angriff auf Israel.

19.9. Die USA haben nach eigenen Angaben 125.000 Soldaten, 400 Panzer und 1.000 Kampfflugzeuge nach Saudi-Arabien in die Golfregion gebracht. Der Irak soll 360.000 Mann und 2.800 Panzer nach Kuwait gebracht haben.

24.9. Präsident Mitterand aus Frankreich macht vor der UN-Vollversammlung den Vorschlag, daß nach einem Rückzug Iraks und der Freilassung der Geiseln auch alle anderen Streitpunkte im Nahen Osten verhandelt und beigelegt werden könnten.

25.9. Der UN-Sicherheitsrat fordert gegen die Stimmen Kubas die Einstellung des Flugverkehrs mit dem Irak und die Einfrierung irakischer Guthaben im Ausland.

28.10. Die Reise des sowjetischen Botschafter Primakows nach Bagdad bleibt ohne sichtliches Ergebnis.

30.10. US-Präsident Bush droht dem Irak mit Anwendung militärischer Gewalt. Gorbatschow hält eine militärische Lösung für unannehmbar.

Der UN-Sicherheitsrat fordert vom Irak Reparationen für alle durch den Überfall entstandenen Schäden. (Voraussetzung für die Entschädigung aus den eingefrorenen irakischen Guthaben.)

8.11. US-Präsident Bush kündigt an, seine Truppen am Golf auf "Kampfstärke" zu bringen, zwei weitere Panzereinheiten und etwa 100.000 Mann aus Europa sollen an den Golf verlegt werden. Weitere 100.000 Mann im Januar.

11.11. In Vorbereitung einer UN-Resolution für den Einsatz militärischer Mittel hat US-Außenminister sieben Länder besucht. Nach seiner Bilanz schließe niemand "die Option der Gewalt" aus, Uneinigkeit bestehe darin, wielange noch auf ein Nachgeben des Irak gewartet werden solle.

13.11. China kündigt an, auf eine Veto gegen eine UN-Resolution verzichten, die die Gewaltanwendung gegen den Irak billigt.

21.11. Während der KSZE-Gipfelkonferenz kündigt der Irak nach schrittweise Ausreisegenehmigung die Freilassung sämtlicher deutschen Bürger an.

29.11. Mit 12 gegen 2 Stimmen verabschiedet der UN-Sicherheitsrat die elfte Resolution gegen den Irak. Bis zum 15.1. müsse sich der Irak aus Kuwait zurückziehen, sonst sei die "Anwendung aller notwendigen Mittel" nicht mehr auszuschließen. China enthält sich der Stimme.

17. Fahnenflucht! Fahnenflucht?

Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/56.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:56

"Wenn ihr den Befehl bekommt, in einen Krieg irgendwo auf der Welt zu ziehen, dann SAGT NEIN und BEGEHT FAHNENFLUCHT!", heißt es in dem grünen Aufruf an die Soldaten und Rekruten der Bundeswehr. Prägnanter kann die unzweideutige Ablehnung deutscher Kriegseinsätze kaum auf den Punkt gebracht werden. Aufrufe zur Desertation treffen hierzulande immer ins Schwarze.

Hitlers Ausspruch "Soldaten können sterben, Deserteure müssen sterben" wurde bis in die letzten Stunden des Weltkriegs mit äußerster Konsequenz befolgt. Die Militärrichter der Wehrmacht hatten mehr als 25.000 Todesurteile wegen Fahnenflucht gefällt; mindestens 15.000 wurden vollstreckt. Dennoch werden bis heute die Opfer der Wehrmachtsjustiz als Verfolgte des Nationalsozialismus nicht anerkannt. Vom Bundesgerichtshof wurde die Rechtsprechung der faschistischen Kriegsjustiz, der es darum gegangen sei, die Wehrkraft zu erhalten, ausdrücklich anerkannt. Jedes andere Urteil hätte, so der 1942 desertierte Antifaschist Ludwig Baumann, weitreichende Folgen: "Wenn wir Deserteure Recht bekommen, dann muß sich die ganze Kriegsgeneration ins Unrecht gesetzt fühlen. Bis heute wird der Soldaten gedacht, die auf dem Felde der Ehre gefallen sind, obwohl sie in Wirklichkeit ganz elend - und noch für eine verbrecherische Sache - verendet sind. Damit die Wahrheit nicht wahr wird und die Mehrheit Recht behalten kann, müssen wir im Unrecht bleiben."(Freitag, 7.12.90) Mit der Deserteurs-Kampagne der Grünen wird insofern nicht nur die deutsche Kardinaltugend "Gehorsam" aufs Korn genommen; sie könnte, sofern die Forderungen der Deserteure des Zweiten Weltkrieges hierin Eingang finden, auch eine antifaschistische Dimension und eine zusätzliche Herleitung erhalten. (Über die Forderungen der Deserteure hatten wir in AK 324 berichtet.)

Dennoch sollte die Begrenztheit jener Fahnenflucht-Kampagne nicht aus dem Auge verloren werden:

Erstens ist das große Wort von der Fahnenflucht sehr viel leichter ausgesprochen als praktiziert, zumal weder der Grünen noch irgendein Promi den Rekruten die illegale Struktur zusichern könnte, die sie vor der angedrohten Knaststrafe von fünf Jahren tatsächlich schützt. Jenseits aller Fahnenfluch-"Romantik" kommt es heute jedoch darauf an, eine Zersetzung in der Bundeswehr real zu befördern und die massenhafte Ausnutzung aller Möglichkeiten der Kriegsdienstverweigerung zu propagieren. Im Bereich der Legalität stehen hierfür zwei Instrumente zur Verfügung: Jeder Bundeswehrsoldat kann beantragen, vom Dienst mit der Waffe ab sofort entbunden zu werden. Der zuständige Vorgesetzte kann dem stattgeben; er muß es allerdings nicht. Zweitens kann jeder Soldat und Reservist den Kriegsdienst verweigern. Über den Antrag muß eine Kommission (den Vorsitz führt ein/e VertreterIn des Familienministeriums) binnen sechs Wochen entscheiden. (1)

Zweitens ist es einigermaßen fatal, wenn in dem grünen Aufruf zur Fahnenflucht an die nationale Gesinnung der Soldaten appelliert wird, der bei einem Kriegseinsatz am Golf angeblich nicht Rechnung getragen wird. ("Laßt Euch nicht zum Kanonenfutter für eine verfehlte und nicht dem Frieden und der Unabhängigkeit unseres Landes dienenden Politik machen", so der - leider auch von der VSP und dem BWK diesbezüglich kommentarlos dokumentierte - Aufruf der Grünen.) Soll man sich demnach an die Front begeben, wenn Deutschland abhängig zu werden droht? Und waren es nicht gerade die Länder der Ölregion, die "unser Land" angeblich wiederholt in Abhängigkeit zu bringen suchten? Es gibt kein taktisches Argument, daß derartige Formulierungen rechtfertigen könnte - der fortschrittlich gedachte Rückgriff auf die nationale Kategorie ist in der Vergangenheit für die Linke immer zum Bumerang geworden. Im Gegenteil stehen derartige Formeln in der schlechtesten Tradition einer Friedensbewegung, die nicht die Solidarität mit den Opfern des Imperialismus, sondern den Nabel der eigenen Nation zum Bezugspunkt ihrer Politik zu machen pflegt.

Drittens konnte bisher durch Verweigerung oder Fahnenflucht ein Krieg weder beendet noch in seiner schrecklichen Wirkung gemildert werden. "Stell' dir mal vor, es gibt Krieg und 1 Prozent der Soldaten haut ab" - für die Opfer jenes Krieges würde sich hierdurch rein gar nichts verbessern. Der auch von Stoltenberg forcierte Trend zielt auf die Herausbildung ausgezeichnet bezahlter und ideologisch verhetzter Kadereinheiten. Geprüft wird derzeit die Möglichkeit, auf der Basis von Freiwilligkeit Bundeswehr-Sonderverbände zusammenzustellen, um diese schon vor der geplanten Änderung der Verfassung in den Krieg zu schicken. (FR, 23.11.90) Insofern wird sich an der Kriegsführung der NATO auch dann noch nichts ändern, wenn es gelingen sollte, für

Deserteure einen gesellschaftlichen Resonanzboden (von Messner bis Meysel) zu schaffen. (Schon bei Etablierung der - im zeitlichen Kontext der Wiedervereinigung kreierten - Kampagne "Bundesrepublik ohne Armee" waren die Grünen einer grandiosen Fehleinschätzung der gesellschaftlichen Rahmenbedingung aufgesessen: Heute rüstet die Hardthöhe weiter auf und die Grünen verlassen den Bundestag!)

Fazit: Eine Kampagne zur Zersetzung der Bundeswehr ist zu unterstützen, sofern man sich über ihre Begrenzheit keine Illusionen macht.

Ohnehin wird die wohl entscheidende Auseinandersetzung der kommenden Wochen nicht in den Kasernen entschieden, sondern im Bundestag. Man muß wahrhaftig kein Freund der Verfassung sein, um zu erkennen, daß die für Mitte Januar anvisierte Änderung des Grundgesetzes zur Beförderung einer weltweiten Kriegsführungsoption mit allen Mitteln bekämpft gehört. Nichts würde auch der Fahnenflucht-Kampagne verheerender in den Rücken fallen, als eine von gesellschaftlichen Widerständen unbehelligte Verabschiedung jener GG-Änderung durch eine Zweidrittel-Mehrheit (= 441 Abgeordnete) des Bundestages. Die Unionsparteien verfügen dort über 319 Stimmen, die FDP über 79. Die Bundesregierung benötigt somit mindestens 43 Stimmen der insgesamt 239-köpfigen SPD-Fraktion, um jenes Vorhaben zu realisieren. Bisher haben jedoch nur 40 SPD-Abgeordnete erklärt, dagegen zu sein. Eine Gegenstrategie hätte sich in der noch verbleibenden Zeit auf die Meinungsbildung in der SPD zu konzentrieren, zu deren Beförderung vor Besetzungsaktionen (etwa in Kirchen), "Besuchen" in SPD-Büros und sonstigen Aktivitäten der noch aktionsbereiten Potentiale freilich nicht zurückgeschreckt werden darf.

max.

Anmerkung:

1) Alle Einzelheiten, Kniffs und Finessen enthält die Broschüre "Wenn Soldaten und Reservisten den Kriegsdienst verweigern"; Herausgegeben und erhältlich von der "Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen", Dammweg 18-20, 2800 Bremen, Tel.:0421/340025

18. Bundeswehreinheiten weiter im Kriegseinsatz

Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; Golfkrieg; Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:47

Mehrere hundert Soldaten der Bundeswehr befinden sich zur Zeit unter dem Deckmantel der Manövertätigkeit im türkisch-irakischen Grenzgebiet. Durchgesickert und bestätigt ist mittlerweile der Einsatz von Einheiten aus der Fallschirmjäger-Brigade 251 in Calw und dem Fallschirmjäger-Batallion 252 in Nagold. Ihr Aufenthalt in Kurdistan dient einerseits der Unterstützung der türkischen Armee, die im Schatten der Golfkrise ihren antikurdischen Terror potenziert. Er dient andrerseits der unmittelbaren Vorbereitung eines heißen Krieges gegen den Irak, an dem die Bundeswehr unter dem Vorwand der gegenüber dem NATO-Partner in Ankara zu erfüllenden Bündnisverpflichtungen sich zu beteiligen gedenkt. Über all dies in den Medien der Bundesrepublik kein Wort. Die Informationspolitik von Bundesregierung und Bundeswehr entspricht schon heute einer Kriegssituation, in der dem äußeren (und inneren!) Feind nicht die geringste Information über den Aufmarsch der eigenen Armee zu Ohren kommen soll. In den Kasernen ist die Nachrichtensperre total, zur Berichterstattung zugelassen sind bestenfalls jene ausgesuchten Kriegsschreiberlinge, die über unsere Jungs in Kreta Stimmungsberichte machen und in der Bürgerpresse abzusetzen pflegen. Umso wichtiger sind die Informationen kritischer Soldaten aus der Bundeswehr. So hatte Ende November ein Berufsschullehrer über einen ehemaligen Schüler, der heute in der Calwer NATO-Eliteeinheit 251 seinen Dienst schiebt, die folgenden Informationen übermittelt:

"Seit zwei Monaten wird nicht nur über den Kriegseinsatz von Bundeswehreinheiten im Bataillon diskutiert, sondern es laufen verschiedene Vorbereitungen für den Kriegseinsatz:

- so nimmt der dritte Zug seiner Luftlandebatterie bereits jetzt an dem raumgreifenden Großmanöver der Türkei in Kurdistan (an der irakischen Grenze) teil. Dieses Großmanöver dient der unmittelbaren Einsatzvorbereitung im Krieg gegen den Irak (Panzervorstöße, Luftlandeübungen zur Einnahme strategisch wichtiger Punkte etc.).

- in Sanitätskursen sind ausführlich die Folgen des Einsatzes chemischer Waffen, wie sie von hiesigen Firmen im Irak produziert werden, behandelt worden. Dabei wurde gegenüber den Soldaten klargestellt, daß es für die kämpfende Truppe keinen Schutz gegen die heutigen chemischen Kampfstoffe gibt, weil oft nicht bekannte Mischungen von Kampfgasen eingesetzt werden. Wer in ein chemisches Kampffeld kommt, hat keine Überlebenschance. Um einen qualvollen Tod zu vermeiden, sei es am besten, sich zu erschießen.

- die Vorgesetzten rechnen mit dem Beginn des Krieges nach Weihnachten bis Februar 91. Im Kriegsfalle würde über die Verwicklung der Türkei der Bündnisfall eintreten und seine Einheit zusammen mit französischen und belgischen Luftlandetruppen unmittelbar ins Kriegsgebiet geflogen und dort zum Einsatz kommen.

- etwa ein Drittel der Soldaten seiner Einheit ist ganz geil auf einen solchen Einsatz und stellt sich diesen als Abenteuer und willkommene Abwechselung vor. Er selbst rechnet damit, daß vielleicht 60% der Soldaten, falls der Befehl zum Abflug in den Krieg kommt, sich verweigern würden." (Aus einem uns vorliegenden Bericht jenes Lehrers "über den Anruf eines Soldaten betr. Bundeswehreinsatz im Golfkrieg".)

Weitere Informationen von Antimil-Experten der Grünen:

- Seit Oktober flattern ehemaligen Bundeswehrsoldaten, darunter vielen, die vor 6 oder 8 Jahren Dienst geschoben hatten, Einberufungsbescheide zur Reservemobilisierung, bzw. Papiere zur Vorbereitung von Einberufungen ins Haus. Besonders häufig betroffen sind Reservisten, die seinerzeit in ABC-Einheiten gedient hatten. Einige dieser Briefe enthalten Codewörter (z.B. "Gelber Hahn" oder "Schwarzer Tiger"). Die Nennung jener Chiffren in den Medien ist das Signal, unverzüglich in die vorab zugewiesenen Kasernen einzurücken.

- An das Luftwaffen-Geschwader "Boelcke" in Nörvenich erging die Order, sich zwischen dem 3. und 15. Dezember für die Verlegung zweier Tornado-Staffeln in die Osttürkei bereitzuhalten.

- Von den sieben Kampfbomber-Staffeln des Typs "Alpha-Jet", die im Zuge der Vereinbarungen über die konventionelle Abrüstung in Europa seitens der Bundeswehr abgebaut werden müssen, sollen drei Staffeln der NATO-Eingreiftruppe (Allied Mobil Force) und die restlichen vier der türkischen Armee überlassen werden. Als

Gegenleistung will Ankara für die Bundeswehr einen Stützpunkt zur Wartung von Kampfflugzeugen der Bundeswehr in Bandira (Osttürkei) zur Verfügung stellen.

- Über die aus Nagold entsandten Bundeswehreinheiten wird berichtet, daß ihr Einsatz auch die Durchführung bzw. Flankierung der Vertreibung von Kurden umfasst.

In der Tat hatte schon am 30. September 1990 der türkische Menschenrechtsverein (IHD) darüber berichtet, daß seit Beginn der Golfkrise vor allem die Deportation ganzer Dörfer speziell in der an den Irak angrenzenden gebirgigen Region Botan beschleunigt wurde. Etwa 120 Dörfer wurden bis dahin geleert, rund 100.000 Menschen in größere Städte deportiert. Gleichzeitig wurden Hunderte von Quadratkilometern Wald abgebrannt, Ernten zerstört, Vieh erschossen und verbrannt. Der Zweck dieser Politik bestehe darin, "den Teich auszutrocknen, im dem der Fisch schwimmt", d.h. die soziale und natürliche Umwelt zu zerstören, in der die Guerilla der "Nationalen Befreiungsarmee Kurdistans" (ARGK) seit August 1984 mit wachsendem Erfolg operiert.

"Diese Politik", so die Erklärung der IHD, "zielt darauf ab, eine menschenleere Region ohne Bäume und Häuser zu schaffen, in der weit und breit keine Kühe muhen, keine Honigbienen summen, in der die nackten Berge aus den verbrannten Wäldern hervorragen, in der keine Kinderstimmen zu hören sind ... Diejenigen, die Vermögen hatten, sind in Slums in Bezirken wie Adana, Mersin migriert, die Armen sind zu Flüchtlingen im eigenen Land geworden. Unter den Bedingungen des herannahenden Winters sind alleine Hunderte Kinder aus der mittleren Altersgruppe gezwungen, mit Krankheiten am Straßenrand, in den Bezirksvorstadtsiedlungen entlang der Straße Siirt-Sirnak in improvisierten Ziegenhaarzelten Unterschlupf zu suchen." (nach: SOZ Nr.23/90)

max.

19. Kampagne gegen "Out of Area"-Einsatz der Bundeswehr

Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; Grüne (und Vorläufer); Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:08

Bundesarbeitsgemeinschaft Frieden der GRÜNEN (BAG Frieden), Bonn, d. 12.11.1990

Betrifft: Von der Bundesregierung beabsichtigte Grundgesetzänderung für "Out of Area"-Einsätze der Bundeswehr

An alle hier angeschriebenen Organisationen, Gruppen und Menschen aus Friedensbewegung, politischen Organisationen und Grüner Partei!

Die BAG Frieden der Grünen ergreift hiermit die Initiative zu einem bundesweiten Beratungstreffen der Friedensbewegung und der ihr verbundenen politischen Organisationen wegen der von der Bundesregierung beabsichtigten Änderung bzw. Anpassung des Grundgesetzes für weltweiten Kriegseinsatz der Bundeswehr.

Wir laden Euch herzlich ein, am Freitag den 14.12.90 ab 19.00 Uhr zu dieser Konferenz in unser Tagungshaus Wittgenstein in der Nähe von Bonn in Bornheim-Roisdorf zu kommen.

Wir halten die Situation für ernst und sehr dringlich, gerade vor dem Hintergrund eines möglichen Krieges am Golf und sehr schnell über die Türkei-Frontlage auch ohne GG-Änderung verwickelter und schon dort befindlicher Bundeswehrverbände. Was weiteren Druck in Richtung GG-Änderung auslösen wird.

Herr Kohl hat vorige Woche in einem Fernseh-Interview seine Absicht erklärt, schon 6 Wochen nach dem Wahltermin, also in der ersten Sitzungswoche des neuen Gesamtdeutschen Bundestages Anfang Januar nächsten Jahres diese GG-Änderung oder wie er sagt "Anpassung" im Rahmen der mit der Ex-DDR im 2. Staatsvertrag und den hinzukommenden neuen Bundesländern vereinbarten sowieso vorgesehenen Verfassungsänderungen in einem Aufwasch abzuwickeln.

Es gilt einen militaristischen Anschlag auf die Verfassung, eine Verschlimmbesserung zu verhindern!

Bisher ist die Bundeswehr auf den Geltungsbereich des GG und die Beistandsvereinbarungen im Rahmen des NATO-Vertrages für den Kriegsfalls beschränkt. (Womit nicht unsererseits ein Kriegseinsatz in dieser Gemengelage befürwortet oder hingenommen werden soll).

Jetzt soll - im Windschatten der Golf-Krise und des neuen "weltverantwortlich" wieder großen Deutschland - dies in Richtung unbeschränkter weltweiter Kriegseinsatz-Fähigkeit der Bundeswehr geändert werden.

Wobei die "Minenhunde" der Hardt-Höhe mal davon sprechen, daß dies "mit der UNO leichter zu verkaufen" sei (Möschel, Oberst im Generalstabsdienst und Dozent für Militärstrategie an der Bundeswehrhochschule), ein anderes mal ein's drauf legen und für weltweite Einsatzfähigkeit ohne die "enge Fessel" von UNO-Truppen eintreten (Wellershof, Generalinspekteur der Bundeswehr).

Es gilt jetzt so schnell als möglich zu versuchen, eine breite friedenspolitische Kampagne gegen dieses Projekt auf die Beine zu stellen, innenpolitisch die Durchsetzung dieser Verfassungsänderung unmöglich zu machen.

Wir hoffen, daß Ihr die Dringlichkeit ebenso seht wie wir und wir Euch am 14.12. in Haus Wittgenstein begrüßen können, um dies gemeinsam zu beraten.

Mit herzlichen und solidarischen Grüßen

i.A. der BAG Frieden

Martin Gräbener, Abrüstungsbeauftragter des Bundesvorstandes

20. "Wir sprachen von einen Ägäis-Poesie" Zum Tode von Jannis Ritsos

Rubrik: Kultur; Griechenland · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:20

Vor wenigen Tagen starb Jannis Ritsos in Athen. Ein Dichter, dessen Werk u.a. Pablo Neruda und Nazim Hikmet schon früh würdigten und den Louis Aragon vor dreißig Jahren als den größten Lyriker des 20. Jahrhunderts bezeichnete. Die Vertonung seiner Gedichte durch Theodorakis machte ihn über Griechenland hinaus weltbekannt. Dennoch - in Deutschland sind die Gedichte von Jannis Ritsos nur wenigen bekannt.

Jannis Ritsos gehörte mit Samarakis, Anagnostakis, Lundemis, Korovesis und Vassilikos zur liberalen bzw. dem Kommunismus nahestehenden Intelligenz, die sich seit den dreißiger Jahren gegen die repressiven gesellschaftlichen Verhältnisse in Griechenland engagierten und ihren Widerstand mit z.T. jahrelanger Haft in Konzentrationslagern bezahlten mußte. Sein Leben ist geprägt von dem teils latent, teils offen geführten Bürgerkrieg der Jahre 1920 bis 1974.

In diesen Jahren konnte sich die herrschende Klasse Griechenlands nur durch Militärdiktaturen bzw. parlamentarische Demokratien (Papagos und Karamanlis 1952-63), die sich kaum von den Militärdiktaturen unterschieden, gegen den Widerstand behaupten. Die permanente Verschärfung der politischen Widersprüche hatte ihre Ursache in einem sozialen Patt: Der zahlenmäßig kleinen herrschenden Klasse standen fast zwei Drittel der griechischen Bevölkerung gegenüber, die ihren Lebensunterhalt in der Landwirtschaft nur notdürftig fristen konnten. Zudem beschränkte sich das zahlenmäßig sehr geringe Industrieproletariat auf Städte wie Athen und Saloniki.

1936 konnte Metaxas den Widerstand noch durch Einsatz des eigenen Militärs niederschlagen. Ohne die Interventionen der Engländer 1944-1947 und der USA in den folgenden Jahren hätte die herrschende Klasse Griechenlands allerdings ihre Stellung verloren.

"Wann war das, als ich marxistische Bücher zu lesen begann?"

1909 in Monemvasia (Peloponnes) als Sohn eines Großgrundbesitzers geboren, erlebte Jannis Ritsos den finanziellen Ruin seiner Familie. Die Mutter und ein Bruder starben völlig verarmt an TBC. Eine Schwester endete in der Nervenheilanstalt. Auch Ritsos mußte einige Jahre seines Lebens in Lungenheilanstalten verbringen. Anstalten, in denen die Kranken unter grauenhaften Bedingungen leben mußten. In einem Interview beschrieb er Jahre später eines dieser "Sanatorien" als "ein Asyl für Tbc-Kranke, ... in dem es drinnen genauso wie draußen regnete und wo die Patienten wie die Fliegen starben". Hier lernte er als Zwanzigjähriger das erstemal Kommunisten kennen. "Wann war das, als ich marxistische Bücher zu lesen begann? Ich glaube, mit sechsundzwanzigeinhalb Jahren, als ich tuberkulosekrank war und vollkommen mittellos in einem Block des ‚Sotira`-Sanatoriums, den sogenannten militärischen, eingewiesen wurde. Ich mußte auf dem Flur liegen, weil es keine anderen Betten gab. Dort traf ich zum erstenmal Kommunisten. Einen, der später während der Okkupation umkam, und ein paar andere Leute." "Von da", so schrieb Ritsos, "nahm das, was in in mir war, was ich liebte, was ich wußte ... Gestalt an. Es handelte sich nicht mehr nur um Gefühle, Stimmungen, Vermutungen, Sehnsüchte, Wünsche, sondern um Realität, die auf meinen bereits gewonnenen Eindrücken beruhte ..." Es sind Eindrücke aus der Kindheit, Erinnerungen an die Volksfeste der Bauern, die er mit seiner Mutter besuchte und die ersten Zusammenstöße mit dem Vater, der die Bauern arrogant behandelte. In diesen frühen Erlebnissen sah Ritsos auch den Ursprung "der bereits in Umrissen existierenden volksverbundenen Ästhetik", "die ich aus erster Hand gelernt hatte, nicht aus Büchern. Die Bücher bestätigten, verdeutlichten, legalisierten dann nur bestimmte Vorstellungen und Gefühle. So begann ich, Marxismus zu studieren."

In den folgenden Jahren arbeitete er als Schauspieler und Regisseur beim Athener Arbeiterverein. 1936 wurde er zum erstenmal vom Metaxas-Regime als "gefährlicher Kommunist" eingestuft. Das Regime verbot die Veröffentlichung des Gedicht-Zyklas "Epitaphios", den Ritsos nach der brutalen Niederschlagung des Tabakarbeiteraufstandes 1936 in Thessaloniki geschrieben hatte.

Als die Hitler-Armee 1941 in Griechenland einfiel, kollaborierten Teile der Metaxas-Diktatur und der griechischen Bourgeoisie, die mit Deutschland wirtschaftliche Beziehungen unterhielten, mit

Hitler-Deutschland. Nur halbherzig bereit zum Kriegseintritt gegen Hitler-Deutschland, unterschrieb der griechische General Tsolakoglou die Kapitulation, als große Truppenteile noch weiterkämpfen wollten. Auf Initiative der KPG wurde wenig später die "Nationale Befreiungsfront" (EAM) gegründet, und ein Jahr später schlossen sich die Guerillaeinheiten, die bis dahin einzeln deutsche Außenposten und Transporte überfallen hatten, zur Nationalen Befreiungsarmee ELAS zusammen. Jannis Ritsos trat 1942 der ELAS bei und arbeitete in deren Kulturabteilung.

Die ELAS wurde indes der britischen Regierung zu mächtig. Bereits 1943 war es ihr gelungen, große Teile Griechenlands von den Hitler-Truppen zurückzuerobern. Um sich die britische Herrschaft über das Nachkriegsgriechenland zu sichern, stellte Churchill ab 1943 die Weichen, die 1945 zur Niederlage der ELAS führen sollten. Die Interessenssphären wurden abgesteckt: Im Abkommen mit Stalin erreichte Churchill, daß die UdSSR eine militärische Intervention Großbritanniens in Griechenland dulden würde. Die militärische Intervention der britischen Armee, verstärkt durch die Truppen des griechischen Oberst Zervas, gelang nicht zuletzt deswegen, weil der größte Teil der KPG-Führung glaubte, daß er die Engländer zur Einhaltung "demokratischer Spielregeln" bewegen könnte.

Jannis Ritsos zog sich mit den Truppen der ELAS nach Mazedonien zurück. Als der Widerstand - bedingt durch Wahlfälschungen, Verhaftung Oppositioneller und massive Einschränkung der Pressefreiheit - 1946 unter "Kapetanios" Aris Velouchiotis wieder aufflammte, griffen die Amerikaner ein, da das Empire seine finanzielle und militärische "Hilfe" für Griechenland nicht mehr steigern konnte. Die US-Regierung investierte ab 1947 797 Millionen Dollar in Griechenland. Nicht zum "Schutz der Demokratie", wie es in der Truman-Doktrin stand, sondern um im beginnenden Kalten Krieg die Ölreserven des Nahen Ostens militärisch abzusichern. 1949 wurden die Partisanen der ELAS besiegt. Die Hoffnung auf einen Sieg der Volksfrontbewegung (EAM), der zum Greifen nahe schien, hatte sich zerschlagen. Dreißigtausend Kommunisten und Demokraten wurden auf die Inseln Makronissos, Jaros, Limnos und Aji Stratij deportiert. Unter ihnen Jannis Ritsos, der trotz seiner Lungenkrankheit, Zwangsarbeit und Folter auf den Konzentrationslagerinseln Makronissos und Aji Stratij überlebte.

1952 wurde er entlassen - und blieb den Herrschenden verdächtig. In den Gedichten, wie z.B. den "Makronissiotika", beschreibt er nicht nur das KZ-Leben. Die Gedichte - zum Teil heimlich auf Makronissos geschrieben und in Flaschen vergraben - sind Dokumente des Widerstands:

"wir reden nicht. / Gestern hat ein Kamerad seine Zunge geschluckt / um nichts zu verraten, / ein anderer amputierte seine Hand, / um nicht zu unterschreiben, / gestern führten sie noch 14 / vor das Militärgericht. / Nachts denke ich an Worte / die ohne Zunge gesprochen werden, / an Worte, die mit amputierter Hand geschrieben werden."

Als am 21. April 1967 der Militärputsch nach dem NATO-Plan "Prometheus" abläuft, wird Ritsos wieder als einer der ersten verhaftet. Er wird auf die Ägäisinsel Leros transportiert und später in Karlovassi auf Samos unter Hausarrest gestellt - da die Junta wegen des bekannten Dichters die Reaktion der Weltöffentlichkeit fürchtet. In einem Interview erinnert sich Jannis Ritsos: "Ein Imker hatte es gewagt, mich zu besuchen und mir einen Topf Honig zu bringen, woraufhin er vorgeladen und zusammengeprügelt wurde."

Als Ritsos in dieser Zeit zu einem Schriftstellerkongreß in England, u.a. mit Pablo Neruda, eingeladen wurde, gibt General Pattakos zunächst seine Zustimmung. Als der Dichter in einem Gespräch mit Pattakos dessen Forderung, sich dem Regime gegenüber loyal zu verhalten, ablehnt, zieht Pattakos die Zustimmung zurück. Er setzt ein Schreiben auf, in dem - so Jannis Ritsos - "er darauf hinwies, daß es Herr Ritsos ablehne, zu seinen Kollegen zu reisen, und es vorziehe, seine antidiktatorische, kommunistische Propaganda fortzusetzen. ‚Es ist bedauerlich, daß ein Mann, der solches Ansehen genießt, es ablehnt, am Kongreß teilzunehmen, um sich weiterhin lieber mit diesen persönlichen Dingen zu beschäftigen`".

"Wir sprachen von einer Ägäispoesie"

Die Auswirkungen der stagnierenden gesellschaftlichen Verhältnisse der griechischen Gesellschaft zeigten sich in der literarischen Produktion, insbesondere in der Lyrik, in der Verherrlichung der antiken Vergangenheit und der "zeitlosen" Schönheit der griechischen Landschaft. Der aus der Zeit der Befreiungskriege stammende Philhellenismus, der stark von der europäischen Romantik und der Begeisterung vieler europäischer Intellektueller für den Befreiungskampf des griechischen Volkes gegen die türkische Herrschaft geprägt war -

dieser Mythos "eines Griechenland als Symbol der Menschheit, eines zeitlosen Griechentum, das man ‚mit der Seele suchte`, (wurde) schließlich zum bloßen ‚Surrogat für das unterdrückte nationale Freiheitsstreben`". Er bestimmte mit der Vorstellung "einer ungebrochenen Kontinuität mit der großen antiken Vergangenheit, der rassischen Reinheit der Griechen, dem zeitlosen Bestand und der klassischen Schönheit der griechischen Landschaft, unverändert seit den Tagen Homers" (1) in großem Maße die herrschende Kultur und damit auch die literarische Produktion. Für den griechischen Nobelpreisträger Seferis z.B. war "politische Lyrik ... eines der scheußlichsten Dinge auf Erden".

Auch in Ritsos Gedichten erscheinen an vielen Stellen Gestalten der griechischen Mythologie. Sie werden allerdings - wie Aragon schrieb - verwandelt "zum bitteren Bild der Gegenwart". Die Schönheit der Ägäis, durchkreuzt von der amerikanischen Flotte. In dem Gedicht "A.B.C", das Ritsos während seiner Haftzeit auf Makronissos schrieb, heißt es:

"Wir sprachen von einer Ägäis Poesie, ja, ja / MAKRONISSOS / MAKRONISSOS - MAKRONISSOS / Und das Meer ist immer noch blau wie zu allen Zeiten und die amerikanische Flotte fährt durch die Ägäis ruhig, ruhig schön / und die Sterne zünden jeden Abend kleine Feuer an (...) / Und unter den Sternen fahren / Schiffsladungen mit Deportierten / Säcke mit abgehackten Beinen / Säcke mit abgehackten Händen / und das Hochwasser spült bei Lavrion an Land / Säcke mit Toten".

Griechische Landschaft ist für Ritsos nicht - wie bei dem griechischen Nobelpreisträger Seferis - die der "Marmorbilder und tragischen Säulen", sondern die Landschaft in den rückständigen Berggebieten, in denen die Bauern um das nackte Überleben kämpfen. In dem Gedicht mit dem Titel "Griechenland" heißt es: "Abgeknickte Weinranken, Steine, Dornensträucher und ein Krug. / Das schmale Feld verwüstet. Das Haus seit Jahren schon verschlossen. / Vangelis kam seit damals nie zurück. Hinter dem Stall / schimmert ein Stück Meer, von tiefem Blau. (...)"

Und noch ein Beispiel: Bei Seferis wird Geschichte zum Mythos, zu einem immer wiederkehrenden Alptraum, der jede Hoffung auf Veränderung für aussichtslos erklärt:

"Verse wie die von Seferis ‚Unser Land ist umschlossen, nichts als Berge, / die ein niederer Himmel überdacht, Tag und Nacht, / wir haben keine Flüsse, haben keine Brunnen, keine Quellen, / nur wenige Zisternen, und auch diese leer, / die widerhallen und die wir verehren ...` (aus:: Seferis, Mythische Geschichte) sagen alles und nichts, und ihre Melancholie bleibt abstrakt; in den Worten Ritsos', die teilweise sogar dieselben sind, erfahren sie ihre Konkretion und politische Aussage:

‚... diese Landschaft ist hart wie das Schweigen / verbirgt in ihrem Schoß die glühenden Steine / verbirgt im Licht ihre verwaisten Ölbäume und Weinstöcke / preßt die Zähne aufeinander / es gibt kein Wasser, nur Licht / und der Weg verliert sich im Licht / und der Schatten der Umzäunung ist aus Eisen

(...) Es gibt kein Wasser / alle dürsten. Schon jahrelang / (...) und die einen im Gefängnis, die anderen begraben ...` (aus Ritsos, Romiosini)

Diese Zeilen sprechen nicht von einer Landschaft, die von (...) antiken Ruinen bedeckt ist; sie sprechen von einer Landschaft, wie sie die Widerstandskämpfer in den Bergen und die Gefangenen auf den Deportationsinseln vorfanden, unter einer nicht mehr heiteren, sondern nur noch glühenden Sonne." (2)

"Sätze nach dem Vorbild des einfachen Gesprächs"

In den Jahren 1955-1963 schreibt Ritsos eine Reihe von Essays über Dichter, deren Werke er schätzte und denen er sich wesensverwandt fühlte: Nazim Hikmet, Paul Eluard, Ilja Ehrenburg, Louis Aragon und Wladimir Majakowski.

In dem Essay über Majakowski verdeutlicht Ritsos, daß Majakowski in seinen Versen den "revolutionären Inhalt seiner Epoche" traf, auch in seiner "Tendenz zur Gigantisierung". Es paßte zu dem "einzigartigen und unwiederholbaren Majakowski, (war) bei ihm präzis und überzeugend (..) - aber eben nur zu seiner Größe und der Größe seiner Epoche, der Zeit der Revolution und Lenins." (...) ",Ich baue die Sätze nach dem Vorbild der Schreie`, hatte Majakowski gesagt. Die heutigen Dichter könnten sagen, daß sie ihre Sätze nach dem Vorbild des einfachen Gesprächs bauen, des vertraulichen, vielleicht aus Angst, daß das, was sie sagen, gehört oder -

je nachdem - nicht gehört wird. Auf die Gefahr hin, literarisch zu klingen, würde ich sagen, daß er seine Sätze nach dem Modell des Schweigens baut."

Seit Majakowski - so Jannis Ritsos - hätte sich so viel ereignet: die Niederlage des demokratischen Spanien, der zweite Weltkrieg, die Kernspaltung, Hiroshima, Nagasaki, die Abrechnung mit Stalin, daß ein derartiges Pathos in einem heutigen Gedicht völlig unpassend wäre. "Wir haben gelernt, wie schwer es ist, die Macht, die uns im Namen des höchsten Ideals der Freiheit zuwuchs, nicht zu mißbrauchen, wie schwer es ist, im Namen des Kampfes gegen den Individualismus nicht dem Eigenlob zu erliegen oder im Namen der anonymen anspruchslosen Massen nicht in die Behauptung einer persönlichen Überlegenheit zu verfallen."

Wenn Ritsos gegen die unkritische Verehrung Majakowskis argumentiert, wendet er sich zugleich entschieden gegen die Literaturpolitik in den sozialistischen Ländern, avantgardistische Strömungen als "formalistisch" und "dekadent" zu verketzern und die Auseinandersetzung mit ihnen zu unterbinden. "Zweifellos werden sowohl die kurzsichtigen als auch die gutgläubigen Kritiker - die nicht aus dem Schaden klug geworden sind, der durch Dogmatismus, formale Anbetung des Positiven und emphatischen Pseudoheroismus der Kunst zugefügt worden ist - jetzt die zeitgenössische Kunst, wie ehemals Majakowski, der ‚Dunkelheit`, ‚Unverständlichkeit`, der ‚fehlenden Volksverbundenheit` und ‚Dekadenz` bezichtigen. (...) Lernen wir alle, vor allem seine alten Kritiker, die sich heute vor seinem Oeuvre verneigen, vom Werk, Leben und Tod Majakowskis, damit sich die Fehler, die zur falschen Beurteilung seiner avantgardistischen Kunst führten, nicht im Urteil über zeitgenössische Kunst wiederholen, und benutzen wir seine Person nicht als abgeschlossenes ästhetisches Dogma, das der Suche nach neuen Formen im Wege steht, die den Widersprüchen unserer Epoche entsprechen und die nur durch diese Widersprüche von innen heraus hervorgebracht und durchgesetzt werden können."

Diese Passage aus dem Essay über Majakowski ließe sich auch als Antwort lesen auf Kritiken, die aus den Reihen der KPG gegen seine literarische Arbeit vorgetragen wurden. In seinen poetischen Erinnerungen "Das ungeheure Meisterwerk" gab Ritsos 1977 eine weitere Antwort - mit einer ironischen Anspielung auf den realsozialistischen Literaturpapst Shdanow und einem Bekenntnis zur verfemten Dichterin Anna Achmatova:

"natürlich bewahrte ich mir (...) / jenen getippten Beschluß der illegalen Parteisitzung / wo die Genossen mit brüderlicher Sorge die / Beschwerde formulierten / daß meine neuen Gedichte von gewissen / metaphysischen Tendenzen umrankt werden / und ich antwortete mit weit metaphysischeren / Gedichten eines weit tieferen Realismus / ungefähr wie der von Shdanow aber zusammen auch / mit den verurteilten Katzen der Achmatowa / ich glaube es waren schwarze sie saßen hungrig / hinter dem Fenster / und sahen auf die eisigen Fluten der Newa oder der / Moskwa ich erinnere mich nicht genau / mit zwei weiten Augen wie zwei erfrorene / Jahrhunderte."

ge., Hamburg

Anmerkungen:

1) Armin Kerker, Homer und Papadopoulos, in: A.K., Aus den Körpern an die Tafel. Essays, Raith-Verlag München, 1976, S. 94

2) ebenda, S. 120f.

Außerdem: Das Nachwort von Armin Kerker zum Gedichtband: Jannis Ritsos, Steine Wiederholungen Gitter. Gedichte Rotbuch-Verlag Berlin, 1980 und diverse Artikel des Autors aus der "Frankfurter Rundschau" und der "Zeit", ferner das Argument-Heft Nr. 57 (Mai 1970) "Revolution und Konterrevolution in Griechenland" und "Jannis Ritsos. Essays und Interviews", Verlag G. Kiepenheuer, Leipzig und Weimar 1989

21. Bundestagswahlen 1990: Rechts gewinnt, weil links zu schwach ist

Bundestagswahl 1990:

Rubrik: Wahlen; Grüne (und Vorläufer); PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/61.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:61

Zwei Überraschungen hatte diese Wahl: Erstens das Scheitern der GRÜNEN an der 5%-Hürde und zweitens die Wahlbeteiligung. Die Deutschen, sonst ein treues Wahlvolk, verweigerten diesmal zu fast einem Viertel den Gang zur Urne. In einer ersten INFAS-Untersuchung heißt es: "Angesichts der historischen Bedeutung dieser ersten gesamtdeutschen Wahl mutet es merkwürdig an, daß die Wahlbeteiligung (mit 77,8% für Gesamtdeutschland, 74,7% im Osten und 78,6% im Westen) kaum höher war als bei den Landtagswahlen und daß jedenfalls im westlichen Teil dramatische Bewegungen ausblieben. Kaum je hatte ein großes Ereignis auf den ersten Blick so wenig sichtbare Folgen. Im Gebiet der (ehemaligen, Anm. ak) Bundesrepublik lagen die Veränderungen gegenüber der letzten Bundestagswahl vom Januar 1987 im Bereich zwischen 0,1% (für die CDU/CSU) und 3,5% (für die Grünen/AL)." Nach 1949, den ersten Wahlen in der BRD, lag die Wahlbeteiligung bei einer Bundestagswahl nicht mehr so niedrig. Die von vielen zur historischen Stunde hochstilisierten Wahlen zum ersten Parlament des wiedervereinigten Deutschlands sind somit zu einem mittelmäßigen Ereignis geworden.

Eine konservative Restauration?

Eindeutiger Sieger dieser Wahlen ist das konservative Lager. CDU/CSU und FDP holten zusammen eine sichere Mehrheit von 55%. Aber es lohnt sich, bevor allzu schnell Schlüsse in Richtung einer Rechtswende gezogen werden, ein genauer Blick auf die Ergebnisse und die Entwicklung der letzten Jahre. Erstens ist festzuhalten, daß die CDU/CSU einschließlich der DSU in den westlichen Bundesländern weniger Menschen mobilisieren konnte als bei den Wahlen 1987. Der in den Wochen vor den Wahlen oft prognostizierte Durchbruch der Union ist vollständig ausgeblieben. Mit einem Ergebnis von 44,1% der Stimmen hat sie sogar das schlechteste Ergebnis seit 1949 erreicht. Dennoch ist das Gesamtergebnis selbstverständlich eine Stärkung und Stabilisierung der konservativen Kräfte, dies allerdings im wesentlichen durch eine Stärkung der FDP. Diese konnte als einzige trotz gefallener Wahlbeteiligung ihren absoluten Stimmenanteil erhöhen, und zwar in beiden Zählgebieten (dies ist insbesondere für die Länder der ehemaligen DDR erstaunlich, weil bei den Wahlen zur Volkskammer die Wahlbeteiligung extrem hoch war). Die FDP erreichte mit 11% insgesamt ihr drittbestes Ergebnis seit 1949 und ist gleichzeitig auf der Höhe ihrer besten Ergebnisse.

Wenn man sich ansieht, wofür die FDP in der Gesellschaft steht, für eine radikal an marktwirtschaftlichen Kriterien orientierte Wirtschafts- und Sozialpolitik und eine liberale Außenpolitik, dann muß die Schlußfolgerung aus der Stärkung dieses Elements der Regierungspolitik eine doppelte sein: Es gibt eine Zustimmung zur Deutschlandpolitik dieser Regierung, aber in der Außenpolitik werden nicht die aggressiv nationalistischen Töne, sondern die liberal nationalistischen eines Hans-Dietrich Genscher bevorzugt. Die andere Seite ist die Wirtschaftspolitik. Obwohl die letzten Monate, auch die Wochen nach der Vereinigung, gezeigt haben, daß mit dem Einzug der Marktwirtschaft und dem ungebremsten Kräftewalten dieser Ordnung die wirtschaftlichen Verhältnisse in der ehemaligen DDR zerstört werden, die materielle Basis der Menschen schlechter denn je ist, traut dennoch eine Mehrheit von 58% der Menschen in diesen Ländern diesen Parteien eine Wirtschaftspolitik (auch) zugunsten der abhängig Beschäftigten zu.

Der Hauptverlierer: Die SPD

Der hauptsächliche Verlierer dieser Wahlen ist die SPD. Sie erreichte mit 33,5% ein Ergebnis auf dem Niveau der 50er Jahre, damals jedoch in aufsteigender Linie, jetzt in abfallender. Seite 1972 gibt es einen stetigen Abfall in der Wählergunst von 48,6% (1972) auf jetzt 33,5%, mit einer kurzen Unterbrechung der Linie im Jahr der Straußwahl (1980). Dies deutet darauf hin, daß alle Schlußfolgerungen, die den Kanzlerkandidaten oder die Haltung zur deutschen Einheit verantwortlich für das Wahlergebnis machen, untauglich sind. Die SPD hat es mehr als alle anderen Parteien nicht geschafft, ihre Anhänger zu den Wahlen zu mobilisieren. Sie verlor weit mehr als die anderen Parteien an das Lager der Nichtwähler (lt. INFAS über 500.000). Von der SPD wurde schon vor den Wahlen behauptet, sie habe die Wahlen verloren gegeben. Dies spiegelt sich auf der

Wählerebene wider, denn der Hauptzug scheint nicht die bewußte Abwendung, sondern die Resignation zu sein. Eine Ursache dürfte die mangelnde Alternative zur Regierungskoalition sein. Ihren Aufstieg verdankte sie in den 60er und Anfang der 70er Jahre der Alternative in der Außenpolitik, Völkerverständigung statt Kalter Krieg, und der Alternative in der Innenpolitik, mehr Demokratie wagen und Ausbau des Sozialstaats. Die Monate des Vereinigungsprozesses haben gezeigt, daß die SPD auf keinem Gebiet heute eine solche Alternative anzubieten hat, die Menschen mobilisieren könnte. Zwar weist sie auf die Gefahren in der Wirtschafts- und Sozialpolitik in den DDR-Ländern hin, aber weder hat sie ein anderes Politikkonzept, noch glaubt ihr irgendwer, daß unter einer SPD-Regierung eine andere Politik betrieben würde. Dies hat sie in der großen Koalition in der DDR gezeigt und in der letztlich bedingungslosen Zustimmung zu den "Einigungsverträgen" im Bundestag.

Die SPD hat mit Oskar Lafontaine einen Kanzlerkandidaten präsentiert, der für die "moderne" westdeutsche Gesellschaft steht. Der Vereinigungsprozeß hat ihr in dieser Hinsicht einen dicken Strich durch die Rechnung gemacht. Weder konnte angesichts der absehbaren Kosten der Einheit das Image einer ohne Sorgen voranschreitenden Gesellschaft hier verfangen, schon gar nicht konnte diese Haltung im Ostteil greifen, wo jeder weiß, daß ein Großteil der Bevölkerung zu den Verlierern zählen wird, und nicht zu den modernen Citoyens, die vom Typus her von Lafontaine repräsentiert werden.

Alle Äußerungen nach den Wahlen deuten darauf hin, daß die SPD weit davon entfernt ist, aus diesem Debakel Schlußfolgerungen in Richtung einer nicht nur dem Namen nach sozialen und demokratischen Politik zu ziehen. Der Versuch, in Berlin durch Demonstration von Polizeistaatsmethoden das rechte Wählerpotential anzusprechen, schlug zwar fehl, wies jedoch schon den weiteren Weg, der schon einen Tag nach der Wahl zu einer Übereinkunft mit der CDU zur großen Koalition führte.

Die GRÜNEN: Es muß nicht das Ende sein

Zwar waren die GRÜNEN durch die Meinungsumfragen gewarnt, aber ein solches Ergebnis hatte niemand erwartet. Insgesamt verloren sie in den Westländern 3,5%, in absoluten Stimmen gegenüber 1987 1,4 Mio. Auffallend ist dabei, daß es bei den Verlusten kaum regionale und damit auch keine politischen Unterschiede gibt. In der linken Hochburg Hamburg wurde genauso verloren wie in dem Realoland Hessen. Zwar wurde in den Hochburgen überdurchschnittlich hoch verloren, aber auch hier in den politisch unterschiedlichen Richtungen wie Hamburg und Bremen gleichermaßen (5,3% bzw. 6,2%). Nach der ersten INFAS-Untersuchung soll der größte Teil der 87er Wähler zur SPD gegangen sein (600.000), der zweitgrößere Teil ins Lager der Nichtwähler (270.000), nur ein kleiner Teil zur PDS. Die Schlußfolgerungen, die bei den GRÜNEN jetzt gezogen werden (siehe gesonderten Artikel in diesem AK), haben eigentlich wenig mit dem Ausgang der Wahlen zu tun, sondern standen schon vorher fest. Die Realos und der Aufbruch fordern eine ökologische Bürgerrechtspartei und werden in dieser Hinsicht durch den Zusammenschluß mit den Ostgrünen sicherlich Unterstützung erhalten. Die verbliebene Linke fordert die Rückbesinnung auf die Bewegung. Auf der Ebene der reinen Wahlarithmetik lägen die Realos sicherlich richtiger, denn es scheint so, als liefen die Wähler den GRÜNEN zu den Bürgerlichen hin weg. Damit ist aber noch nicht die Frage beantwortet, ob diese sich mit einer Änderung der grünen Politik in vollständiger Anpassung an das bürgerliche Lager zurückholen lassen würden.

Klaus Hartung, Chefkommentator der TAZ und Lafontaine-Anhänger, hat in einem recht, wenn er schreibt: "Wer gegen die Einheit die Klimakatastrophe ausspielt, gegen die radikalen Gesellschaftsumbrüche ans Ozonloch denkt, will nicht Politik machen, sondern recht behalten." (TAZ, 3.12.) Recht hat er darin, daß die GRÜNEN in den vergangenen Monaten in der Öffentlichkeit keine handelnde Kraft mehr gewesen sind. Weder richtig für noch richtig gegen die Einheit. Als Ausweg das alte Thema Ökologie, an das aber selbst die Wähler der GRÜNEN in diesen Tagen weniger dachten. Falsch wäre daraus zu schlußfolgern, die GRÜNEN hätten auf wahlpolitischer Ebene nur eine Chance in der Anpassung. Hierzu schreibt Günter Bannas in der FAZ (5.12.), daß die GRÜNEN sich mit der deutschen Vereinigung schwer taten, "was aus ihrer Sicht immerhin auch eine Chance der Unterscheidung hätte sein können".

Diejenigen, die nach jeder Wahlniederlage noch mehr Anpassung fordern, müßten erstens darüber nachdenken, daß diese Partei in der radikalen Kritik der Verhältnisse entstanden und groß geworden ist. Zweitens hat das Westberliner Ergebnis gezeigt, daß die Orientierung auf die Rolle als Koalitionspartner der SPD in zweifacher Hinsicht gefährlich ist: Erstens schlachtet die SPD das rot-grüne Bündnis brutal, wenn sie

meint, rechts Stimmen holen zu müssen. Zweitens wird hierfür auch die AL verantwortlich gemacht, die offensichtlich nicht in der Lage ist, ihre Partner von einer solchen Demonstration von Polizeistaatsmethoden abzuhalten. So wie die SPD in den bisherigen Koalitionen mit den GRÜNEN umgegangen ist, hat sie sich nie gegenüber der FDP verhalten. Und solange die auf Koalition setzenden Teile der GRÜNEN nicht dafür stehen, daß sie ihren Koalitionspartner in extremen Situationen in Schach halten können, werden sie aus diesen Koalitionen als Verlierer hervorgehen.

Mit dem Ausscheiden der Westgrünen aus dem Bundestag geht diesen ein wesentlicher Teil ihrer Infrastruktur verloren. Nicht nur die 44 Abgeordneten und 260 Mitarbeiter in Bonn, die den eigentlichen Braintrust dieser Partei bildeten, sondern auch viele regionale Strukturen sind in Gefahr, da sie über die Bundestagsfraktion finanziert wurden (regionale Abgeordnetenbüros). Darüber hinaus sind die Ökofonds in Gefahr, die durch Spenden aus den Diäten gespeist wurden, allerdings in kraß abfallender Linie. Noch nicht klar ist, ob die parteinahen Stiftungen (Heinrich-Böll-Stiftung, Frauenanstiftung und Buntstift) aus dem Bundeshaushalt weiter finanziert werden. Sollte hier insgesamt der Geldhahn zugedreht werden, träfe das den professionalisierten Teil unterschiedlichster Bewegungen hart, denn diese Fonds und Stiftungen sind wesentliche Geldgeber für viele Dritte-Welt-Projekte, Bildungsstätten u.ä.

Die PDS ist noch eine Regionalpartei

Das Verhältnis des Stimmenergebnisses in Ost und West spricht für die PDS Bände: 9,9% zu 0,3%. Die PDS hat in diesen Wahlen ihren Charakter als Regionalpartei auch nicht ansatzweise überwinden können.

9,9% in den Ostländern und noch einmal 9,7% in Gesamtberlin sind für die PDS ein nach den schweren Angriffen und inneren Auseinandersetzungen der letzten Wochen unerwartet gutes Ergebnis. Dennoch muß auch festgestellt werden, daß die PDS bei gestiegener Wahlbeteiligung gegenüber den Landtagswahlen in allen Ländern außer Mecklenburg nicht nur prozentual, sondern auch in absoluten Stimmen verloren hat. Bei insgesamt 100.581 mehr gültigen Stimmen verlor die PDS 61.346, also im Saldo ca. 70.000. (Vergleiche mit der Volkskammerwahl werden hier nicht angestellt, da sich bei den Landtags- und den jetzigen Bundestagswahlen repräsentativer abzeichnet, wie es um die politische Bewußtseinslage der Bevölkerung in der ehemaligen DDR bestellt ist.) Genausowenig wie in der Frage der Mitgliedschaft der PDS lassen sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt gesicherte Aussagen darüber machen, inwieweit dies ein Grundstock für eine Stammwählerschaft der PDS sein könnte. Die PDS hat in der ehemaligen DDR einen Wahlkampf gegen die Kosten der Einheit geführt, sowohl in Hinsicht der sozialen Folgen als auch der politisch-psychologischen. Sicher ist aber, daß die Hauptbetroffenen des wirtschaftlichen Crash- Kurses kein Wählerklientel der PDS sind. Nach INFAS wählen fast 90% der traditionellen Arbeiterschaft CDU/CSU, SPD oder FDP, im Gebiet der ehemaligen DDR sogar überwiegend CDU/CSU und FDP. D.h. umgekehrt, daß die PDS neben den "Traditionalisten" hauptsächlich von Menschen gewählt wird, die den würdelosen Übergang von einer in die andere Gesellschaft nicht mitmachen wollen. Insofern ist auch nachvollziehbar, daß die Wählerschaft der PDS auch in der ehemaligen DDR hauptsächlich in den jüngeren Jahrgängen zu finden ist (lt. INFAS). Dies steht im Gegensatz zur sozialen und altersmäßigen Struktur der Partei selbst.

Das Ergebnis in den Westländern ist von den erreichten Zahlen her indiskutabel. Für diese Stimmenanzahl hätte kein Wahlkampf betrieben werden müssen, es hätte gereicht, einen Sandsack aufzustellen. Das 0,3%-Ergebnis zeigt zweierlei: Die PDS ist im Westen keine linke Alternative, und die Westlinken, einschließlich meiner eigenen Person, die versucht haben, der PDS über diesen Wahlkampf einen Weg in die BRD-Gesellschaft und die BRD-Linken zu ebnen, sind an dieser Aufgabe (für diese Wahl) gescheitert.

Dennoch ist es sinnvoll, auch auf die erreichten Ergebnisse einen kurzen Blick zu werfen. 0,3% verleiten dazu, die Stimmen auf die alten DKP-Wähler zu schieben. Dies läßt sich dort nicht halten, wo die PDS/Linke Liste überdurchschnittlich "gut" abgeschnitten hat wie in Hamburg, Bremen und Berlin (mit jeweils ca. 1%). Andre Brie (stellvertretender Parteivorsitzender der PDS und Wahlkampfleiter) führt dies auf einen intensiver geführten Basiswahlkampf zurück. Nun ist es schwer, bei diesen Größenordnungen einen unmittelbaren Bezug zwischen geführtem Wahlkampf und dem Ergebnis herzustellen. Sieht man sich die Ergebnisse genauer an, so weisen diese auf etwas anderes hin. In Hamburg hat die PDS überall dort besonders gut abgeschnitten, wo auch die Hochburgen der GAL lagen und liegen. Dort, wo diese besonders viel verloren hat, hat die PDS/Linke Liste besonders viel gewonnen (in Hamburg Mitte mit St. Pauli und dem Schanzenviertel erreichte die PDS/Linke Liste 1,7%, die GAL verlor 5,9; im Wahlbezirk um die Hafenstraße gewann die

PDS/Linke Liste 12%, die GAL fiel von 30% auf 12%). Für Hamburg gilt gleichzeitig noch, daß die PDS in den Wahlkreisen mit überdurchschnittlichen Ergebnissen der Friedensliste (zu den letzten Europawahlen) keine besonderen Ergebnisse erzielt hat. Dies zusammen weist darauf hin, daß GRÜNE und PDS/Linke Liste im großstädtischen Bereich im Kern ein gleiches Wählerpotential haben.

Noch ein weiteres Indiz spricht gegen die Annahme, mit einem flächendeckenden, "basisorientierten" Wahlkampf hätten bessere Ergebnisse erzielt werden können. In Westberlin hat das Bündnis 90 ohne Wahlkampf ein besseres Ergebnis erzielt als die PDS. Im gesamten Bundesgebiet haben die Grauen ohne Wahlkampf ein besseres Ergebnis erzielt als die PDS/Linke Liste. Das Ergebnis muß also etwas mit einer mangelnden Akzeptanz zu tun haben, dies allerdings sowohl in Richtung der PDS als auch derjenigen, die die PDS/Linke Liste im Westen repräsentieren.

Die Hoffnung, mit dem Projekt Linke Liste/PDS und der dann erfolgten Umwandlung in Landesverbände der PDS als PDS/Linke Liste einen nennenswerten Zuspruch aus dem Protestwählerbereich zu erlangen, hat sich nicht erfüllt. Auch die Annahme, daß aus dem linkssozialdemokratischen Bereich Wähler hätten gewonnen werden können, die sich aus Protest gegen den Anschlußkurs der SPD für die PDS entscheiden, ist nicht eingetroffen. Vielfach wird dies allein als Folge des Bundesverfassungsgerichtsurteils gesehen. Danach konnte die PDS fast gesichert in den Bundestag einziehen, ohne auf Stimmen aus dem Westen angewiesen zu sein. Wenn dies stimmt, dann weist es auf einen für die Zukunft eklatanten Mangel der PDS und der PDS/Linken Liste hin: Die PDS hat für die oppositionellen Kräfte in der ehemaligen BRD keine Ausstrahlung als Oppositionskraft, und die BRD-Linken, die sich mit ihr verbündet haben, haben es ebensowenig geschafft, ein eigenes Projekt auf die Beine zu stellen, das mit dem Hinweis auf Erfolgschance (über das PDS-Ergebnis im Osten war man sicher im Bundestag) einen nennenswerten Teil der linken Oppositionskräfte binden konnte. Insbesondere fällt hier auf, daß von den GRÜNEN fast dreimal so viele Wähler von 1987 nicht gewählt haben, als es überhaupt Stimmen für die PDS/Linke Liste gegeben hat. Dieses Verhältnis ist nur in den großstädtischen Bereichen etwas anders.

Daraus ergeben sich zwei mögliche Schlußfolgerungen. Zum einen die Konzipierung einer gesamtdeutschen Partei, die die linke und intellektuelle Kritik an der herrschenden Politik aufnimmt und versucht zu artikulieren und zu organisieren. Dafür müßte die PDS an inhaltlicher Schärfe der Kritik der gesellschaftlichen Zustände gewinnen. Oder die PDS versucht den Weg, Anhänger vor allem über die soziale Frage zu gewinnen, also einen Einbruch in das sozialdemokratische Spektrum zu erlangen. Dies liegt von der Struktur und dem Denken der Partei her nahe, scheint mir jedoch insofern nicht erfolgversprechend, als eine solche Basis in der bisherigen DDR nicht besteht und erfahrungsgemäß im Westen der Ablösungsprozeß des lohnabhängigen Teils von der Sozialdemokratie das politisch schwerste Unterfangen ist. Die INFAS-Analysen der Wahl weisen darauf hin, daß in der ehemaligen DDR die traditionelle Bindung der Arbeiterschaft an linke Parteien (hier einschließlich der Sozialdemokratie) gebrochen ist. Sie zu reorganisieren dürfte eine, wenn überhaupt schaffbare, nur langfristig zu lösende Aufgabe sein. Im Westteil gibt es diese traditionelle Bindung noch, aber mit der politisch wichtigen Einschränkung, daß dieser Bevölkerungsteil in gesellschaftspolitischen Fragen eher konservativ und in außenpolitischen Fragen eher reaktionär denkt.

Die Aufgaben einer linken Opposition in den kommenden Tagen

Mit dem Wegfall der Westgrünenfraktion aus dem Bundestag wird unwillkürlich der PDS eine besondere Rolle für die linke Opposition in Gesamtdeutschland zufallen, soweit sich diese parlamentarisch äußern will. Die erste Prüfung wird schon in den kommenden Wochen auf die PDS zukommen, wenn es um die von der Regierungskoalition angekündigte Grundgesetzänderung zur Beteiligung der Bundeswehr am drohenden Golfkrieg geht. Die PDS hat bisher eine Politik zur vollständigen Entmilitarisierung der BRD vorgeschlagen und sich eindeutig gegen die mögliche Beteiligung am Golfkrieg ausgesprochen. Eine unmittelbar anliegende Aufgabe wäre, eine parlamentarische Sperrminderheit zu organisieren, die eine Grundgesetzänderung verhindern kann. Dies ist über den Bundestag allein nicht zu schaffen, da die SPD fast geschlossen gegen eine solche Änderung stimmen müßte. Darüber hinaus kommt die PDS in die Herausforderung, sich kritisch mit der Politik der UdSSR und der KPdSU auseinanderzusetzen, die dem Kriegskurs der USA und der NATO in der UNO und dem Weltsicherheitsrat bisher nicht nur keine Steine in den Weg legen, sondern diesen durch Zustimmung zu den entsprechenden Resolutionen noch mit abgesichert haben. Wichtiger noch als die parlamentarische Aktion der PDS-Gruppe im Bundestag wäre insofern, ob sich die PDS als neue linke Kraft im Gesamtdeutschland an einer außerparlamentarischen Bewegung gegen die Kriegsabsichten am Golf beteiligt.

Weitere Themen der zu organisierenden Opposition werden sein: die sozialen Folgen des Anschlußkurses in der DDR, die Chance einer neuen Mobilisierung gegen den §218, die Neuauflage der Berufsverbotepraxis in der ehemaligen DDR, die Ausweitung der Polizeistaatsmethoden gegen soziale Bewegungen (beispielsweise Häuserkampf).

he.

22. Nach der Wahlniederlage: Grüne Realos mischen auf

Rubrik: Wahlen; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/49.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:49

4,7 % für die West-Grünen - über die taz-Schlagzeile "Außerparlamentarisches Standbein der Grünen gestärkt" konnten nicht einmal linke Grüne lachen. Einen "sehr schmerzhaften Denkzettel" nennt Bundesvorstandssprecher Stroebele das Wahlergebnis; andere, vornehmlich aus dem Realo-Lager, sind weniger zurückhaltend. Kleinert, Fischer und Schlauch sprechen von "Debakel", "Desaster" und "Katastrophe". Die Schuldzuweisungen an die Linken begannen schon am Wahlabend mit Hubert Kleinerts spontanen (?) Äußerungen vor laufenden Fernsehkameras. Am Dienstag danach war mit der gemeinsamen Pressekonferenz von Antje Vollmer und Joschka Fischer der Streit voll entbrannt. Die Linken schlugen sogleich zurück: "Totengräber der Grünen" seien Fischer und Vollmer, findet Bundesvorstandsmitglied Manon Tuckfeld. Ein Kompromiß zwischen den verfeindeten Lagern ist derzeit schwer vorstellbar.

Die Partei aufbauen!

Dieser Anschlag muß von langer Hand vorbereitet gewesen sein. Die von Fischer und Vollmer keine 48 Stunden nach Schließung der Wahllokale medienwirksam geforderte "Strukturreform" ist so weitreichend, daß ihre Umsetzung in der Tat den "Geburtsvorgang der neuen Grünen" (A.V.) bedeuten würde. Fischer und Vollmer fordern u.a.: Abschaffung der Rotation; Aufhebung der Trennung von Amt und Mandat: eine "klare Vorsitzendenstruktur"; ein Vorschlagsrecht des Vorsitzenden bei der Benennung des Bundesgeschäftsführers; Umstrukturierung des Bundeshauptausschusses zu einer Art erweitertem Bundesvorstand, in dem auch parteilose Künstler und Intellektuelle Sitz und Stimme haben sollen; Abschaffung der themenorientierten Bundesarbeitsgemeinschaften, für Joschka Fischer "machtpolitische Parzellen". Zum Zwecke der notwendigen "Entideologisierung" soll eine Eintrittswelle in die Grünen organisiert werden (wenn Linke Vergleichbares betreiben, handelt es sich um "Majorisierung" und "Stalinismus"). Sämtliche Parteitagsdelegierten müßten neu gewählt und eine "Urabstimmung über ein Bündnis mit den Bürgerbewegungen" durchgeführt werden.

Herauskommen soll - keiner formuliert das so anschaulich wie der frühere Fraktionsclown Udo Knapp - "eine Partei als schlagkräftiges und eingreiffähiges mehrheitspokerndes von allen leidenschaftlichen und spannenden Individuen der Republik genutztes Instrument, um auf der öffentlichen Bühne lustvoll und dramenreich den Ausweg aus dem unausweichlich scheinenden ökologischen Desaster zu suchen". Und dann rein in die "Ampelkoalition" 1994, die natürlich nur der Einstieg in nie endendes Rot-Grün ist. Der olle Lambsdorff wird doch wohl "lustvoll und dramenreich" auszutricksen sein!

So weit die Vision dieses "spannenden Individuums", die in ihrem politischen Gehalt von Antje Vollmer geteilt wird. Zu erwarten ist allerdings, daß die NeugründerInnen der Grünen schon an der ersten Hürde ins Straucheln geraten, der für Februar einberufenen Bundesdelegiertenkonferenz. Erst Ende April haben Fischer, Vollmer, Knapp u.a. schon einmal die kurz bevorstehende "Entscheidungsschlacht" angekündigt.

Nach der für die siegesgewissen "Aufbruch"-Gruppe nur teilweise erfolgreich verlaufenden Bundesversammlung in Hagen sollte für den folgenden Parteitag der "Durchbruch" organisiert werden. Der Dortmunder Delegiertenkonferenz sollten ultimativ ein "ökologisches Manifest" und ein "Personalpaket" für den Bundesvorstand präsentiert werden. Bei Ablehnung, so ließen neben Antje Vollmer und ihrem Mitarbeiter Bernd Ulrich auch Joschka Fischer und Udo Knapp durchblicken, wäre die Spaltung unvermeidlich. Diese Erpressung wurde dann klammheimlich zurückgenommen.

Zwischenzeitlich hatte das Wahlvolk den Grünen bei den Landtagswahlen in Niedersachsen und NRW Erfolge beschert, mit denen die "Aufbruch"-Strategen offensichtlich nicht gerechnet hatten. Ohne den erstmaligen Einzug der Grünen in den Düsseldorfer Landtag, ohne die Bildung der rosa-grünen Koalition in Hannover hätte der Erpressungsversuch gelingen können.

Wenn die Grünen bei den bevorstehenden Landtagswahlen in Hessen (20.1.91) erfolgreich abschneiden - und einiges spricht dafür, nicht zuletzt der zu erwartende "Mitleidseffekt" - könnte sich das Spielchen wiederholen. Zwar wird sich Joschka Fischer diesen Erfolg als Ergebnis seiner genialen Politik an die Brust heften; ob er

und seine Mitstreiter aber in einem Klima allgemeiner Erleichterung, daß es nun doch wieder aufwärtsgeht, eine Parteitagsmehrheit für die Spaltung erhalten, ist mehr als zweifelhaft.

Halbheiten

Wahrscheinlicher ist, daß auf der Bundesversammlung im Februar Beschlüsse herauskommen, die für die Verfechter einer "Erneuerung an Haupt und Gliedern" nur Halbherzigkeiten darstellen, für die Radikalökologen aber nicht mehr tragbar sind. Die Rotation dürfte mit einiger Sicherheit demnächst der Geschichte angehören. Antje Vollmers Lamento über die sich darin manifestierende "Mißtrauenskultur" der Grünen und die "Inhumanität" der mediokren (mittelmäßigen, d.Red.) Neider gegenüber den Prominenten hat sich fast die gesamte Presse zu eigen gemacht. So behauptet z.B. Martin Winter in der Frankfurter Rundschau, vor allem "die ewigen kleinkarierten Streitigkeiten zwischen den Flügeln, der brutale und menschenfeindliche Ton (...), das oft mit Haß besetzte Mißtrauen gegen alle, die über den Grünen-Durchschnitt hinausragen" habe massenhaft ehemalige Wähler verschreckt. Der wie immer gut informierte Grünen-Experte der FAZ, Günter Bannas, weist dagegen völlig zu Recht darauf hin, die Partei habe "vor ihrem gegenwärtigen Debakel vergleichsweise ein Bild der Ruhe und des Burgfriedens" geboten. Allerdings kommt Bannas mit einer anderen Beweisführung zum selben Ergebnis: ohne Personalisierung geht es nicht. Die Wähler der Grünen, "von der formalen Ausbildung her hochqualifiziert und in einigen Berufssparten in der Karriere erfolgreich, scheinen es nun leid zu sein, sich mit dem blassen Abzug von Fischer, Antje Vollmer und auch Jutta Ditfurth abgeben zu müssen".

Die Linken zwischen Anpassung und Austritt

Dem Linken Forum leuchtet diese Analyse offenbar ein. Eine tabulose "Straffung und Rationalisierung der Parteigremien" sei notwendig, verkündete Forumssprecher Ludger Volmer - "eine Professionalisierung der Partei müsse nicht zwangsläufig zu etablierten Strukturen führen". Bundesvorstandsmitglied Jürgen Maier möchte die Rotationsfrage "entdogmatisieren" und "bejaht politische Führung".

Irritierender als diese Anpassung an das vermutlich Unvermeidliche ist die neue Bündnispolitik des Linken Forums. Die taz berichtete: Ludger Volmer "verzichte darauf, nach links einen Trennungsstrich zu definieren, stufte lediglich die Radikalökologen um Jutta Ditfurth als unbedeutende Minderheit ein. An einen Rausschmiß von bestimmten Teilen der Partei sei nicht gedacht; wer allerdings den festgelegten Kurs nicht akzeptiere, müsse künftig mit Konsequenzen rechnen." Die Einheitspartei lebt: "Das Prinzip der Grünen, viele unterschiedliche Strömungen unter ihrem Dach zu vereinigen, habe sich zwar in der Anfangszeit der Partei bewährt, sei aber kein Rezept für ihre weitere Zukunft", ergänzt Jürgen Maier. Ziemlich schäbig ist dieses demonstrative Abrücken von Jutta Ditfurth. Immerhin machen Forum und Radikalökologen Antje Vollmer übereinstimmend den Vorwurf, durch ihr "Weltmachtgequatsche" über Großdeutschlands neue Rolle "Wähler verprellt" zu haben. Ludger Volmer und Jürgen Maier stehen zu dieser Kritik, leiten aus ihr aber eine besonders extravagante Bündnispolitik ab: ohne Antje Vollmer, aber mit den "vernünftigen Realos" inclusive Joschka Fischer. Und das zwei Tage, nachdem beide gemeinsam ihr "Neugründungs"projekt vorgestellt haben!

Wohin und warum verlieren die Grünen?

Wenn Jutta Ditfurth nach der Pressekonferenz von Fischer und Vollmer ankündigt, ihre Strömung werde "diese Kampfansage aufnehmen", dann steht der Ausgang dieses letzten Gefechts heute schon fest. Immerhin haben die Radikalökologen sich vorgenommen, ihren Platz nicht kampflos zu räumen, sondern der Umwandlung der Grünen in eine "rechte, angepaßte, spießige Partei unter dem Etikett ‚Bürgerrechtspartei'" (M. Tuckfeld) Widerstand zu leisten. Das verdient Respekt, kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die radikalökologische Wahlanalyse doch etwas einseitig ausgefallen ist.

"Die Wähler, deren Verlust jetzt beklagt wird, sind ja die, die eine linke, konfliktfreudige Partei gesucht haben", behauptet Jutta Ditfurth, und das ist bestenfalls ein Teil der Wahrheit. Für einen schwer zu ermittelnden Prozentsatz der 270.000 bisherigen Grünen-WählerInnen (diese und alle folgenden Zahlen nach Infas), die bei dieser Wahl zu Hause geblieben sind, mag das zutreffen. Ebenso für die WählerInnen der PDS, die z.B. in Hamburg und Bremen "von dem Zusammenbruch des links-alternativen Wählermilieus" (taz) profitierte. Ein Teil der Enthaltungen dürfte dagegen auf das Konto der von FAZ-Redakteur Friedrich Karl Fromme so

genannten "Realo-Fundamentalisten" gehen: das sind Menschen, für die es - nach dem absehbaren Scheitern ihrer rosa-grünen Hoffnungen - "keinen erkennbaren Grund (gab), zur Wahl zu gehen".

Die gravierenden Verluste der Grünen nach rechts sind mit Jutta Ditfurths Formel nicht zu erklären. Die SPD hat im Austausch mit den Grünen 600.000 Stimmen gewonnen, die CDU immerhin noch 140.000 (grüne Verluste an die FDP gab es ebenfalls, die genaue Zahl nennt Infas nicht). Am größten sind die Einbußen der Grünen im Saarland, wo die Stimmenzahl 7,1% auf ganze 2,3% zusammenschrumpfte. Das dürfte nicht nur mit regional-patriotischem Stolz auf den sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten ("ei- ner von uns") zusammenhängen. Es zeigt auch, wie sehr sich große Teile der Grünen-WählerInnen an ihre rosa-grünen Träume klammern und sich dann bei der Stimmabgabe von dem alten CDU-Slogan leiten lassen: "Auf den Kanzler kommt es an!"

"Rot-grün" auslaufendes Modell?

Der harte Kern der hessischen Realos hat die Niederlage vom 2. Dezember sogleich zum Ausgangspunkt ihrer Kampagne "Hessen 91 - Schicksalswahl für die Grünen" gemacht. Für Fischer-Freund Klaus-Peter Klingelschmitt von der taz gibt es am 20. Januar, dem Tag der hessischen Landtagswahlen, für die Grünen nur zwei Alternativen: "Ab in die Bedeutungslosigkeit oder Aufbruch zu neuen Ufern". Die "neuen Ufer" wären demnach die Wiederaufnahme einer Regierungskoalition mit der SPD. Was Momper für ein "auslaufendes Modell" erklärt und Schröder in Niedersachsen eher lustlos fortführt, könnte in Hessen nur bei massiven Wählerumschichtungen gelingen. Ausgehend von den Zahlen der Bundestagswahl haben CDU (41,3%) und FDP (10,9%) einen deutlichen Vorsprung vor SPD (38%) und Grünen (5,6%). Die nähere Zukunft dürfte den Grünen weder das Ende noch den Durchbruch bringen. Ein respektables Ergebnis in Hessen wird die Realos weiter stärken, die Partei aber noch lange nicht auf Fischers, Vollmers und Knapps Einheitslinie bringen, auch wenn die Radikalökologen rausgeekelt sind. Der schon zitierte FAZ-Experte Günter Bannas gibt den Grünen den dringenden Rat, auch künftig nicht auf linke Akzente zu verzichten. Beispielhaft nennt er den Desertionsaufruf an die Soldaten, die in den Krieg ums Öl geschickt werden sollen. Hier ist nach Ansicht Bannas politisch mehr drin gewesen: "Der ironisch gemeinte Hinweis, der Bonner Staatsanwalt sei wegen der Durchsuchung der Geschäftsstelle der beste Helfer der Grünen gewesen, ist falsch; vor vier Jahren aber noch hätten die Grünen ihn zum besten Helfer gemacht."

js.

23. Die Linke und die Bundestagswahlen: Alle Zeichen stehen auf außerparlamentarisch

Rubrik: Wahlen; Grüne (und Vorläufer); PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:41

Es war der absehbar glänzende Wahlsieg für Großdeutschland, die Wiedervereinigung und die DDR-Annexion. "Eine Volksabstimmung über die Einheit", wie bürgerliche Medien zufrieden resümieren, eine nachträgliche Bestätigung bereits vollzogener politischer Entscheidungen. Nichts anderes stand 1990 zur Wahl.

Die stark gesunkene Wahlbeteiligung drückt vermutlich eher die reale Bedeutungslosigkeit dieser Wahlen als das Maß an Unzufriedenheit aus. Das prozentual gemessene Wählerstimmenpotential hat sich erheblich nach rechts verschoben. Hatten alle rechten Parteien 1987 noch zusammen 54,2% (CDU, CSU, FDP, ÖDP und NPD, 1983 waren es 56%) erreicht, so sind es bei der ersten Reichstagswahl nach der Vereinigung 58,2% (CDU, CSU, FDP, Republikaner, NPD, ÖDP und diverse Kleinparteien), die rechts bzw. nationalliberal gewählt haben. Entsprechend sackte das "linke" Stimmpotential von 45,3% 1987 (SPD und Grüne) auf 41,8% (SPD, Grüne, PDS, Bündnis 90, Die Grauen - wobei mit einigem Recht die Wählerpotentiale der beiden letzten eher "gemischt" einzuschätzen sind) und ist damit fast auf den Stand von Mitte der sechziger Jahre, die Zeit der beginnenden außerparlamentarischen Opposition, zurückgefallen. Gleiche Zahlenrelationen gelten im übrigen auch für das alte Bundesgebiet. Dennoch ist der starke Ruck nach rechts ausgeblieben. Zwar sind die Republikaner mit 2,1% alles andere als abzuschreiben, doch drückt das hohe Stimmergebnis von 11% für die FDP den Wunsch nach einem starken außen- und rechtspolitischen Korrektiv zu Kohl und der CDU/CSU aus.

Deutsche Vereinigungsfragen, internationale "Versöhnung", DM-Wohlstand für alle, Angst vor dem "Irren vom Golf", Angst vor dem Zuzug von ImmigrantInnen, Sinti und Roma sowie das PDS-Parteivermögen waren die dominierenden Wahlkampfthemen. "Der Optimismus hat gesiegt", beschrieb Noelle-Neumann die vorherrschende Wahlstimmung. Demgegenüber waren "Pessimismus", Skepsis gegenüber den inneren wie internationalen Folgen der Vereinigung weit unterlegen, Widerstand stand sowieso nicht zur Wahl.

Damit ist bereits einiges über die Opposition gesagt, die - mit Ausnahme des Sonderfalls PDS - kräftig geschröpft wurde. Ihre Verarbeitung der Wahlniederlage sagt noch mehr über den Zustand parlamentarischer Opposition aus, als ihre Selbstdarstellung zur Wahl.

Deutsche Selbstkritiken

Die SPD betreibt ihre "Fehlersuche" im wesentlichen auf nationalem Gebiet. Der Begriff des Nationalstaats sei in der Partei unklar geblieben, der Kanzlerkandidat habe die nationale Identifizierung der Partei zu wenig rübergebracht, lautet die partei-blockübergreifende Selbstkritik, die mit unterschiedlicher Schärfe von Brandt, Eppler, Däubler-Gmelin und von Dohnanyi vorgetragen wurde. Damit wird nachträglich die Kritik Helmut Schmidts und Karl Schillers an der mangelnden Unterstützung der SPD für Kohls außen- wie innenpolitischen Deutschlandkurs legitimiert.

Deutsch auch die Selbstkritik bei den Grünen. Ihre bayerischen Sprecher bemängeln, daß die Kritik "am Weg der Wiedervereinigung" als "Nein zur Einheit" verstanden worden sei. Beigetragen hätte dazu die "Verweigerungshaltung" gegen Deutschland, wie sie insbesondere Jutta Ditfurth vertreten habe. Dabei müßten, so der ehemalige Abgeordnete Häfner, die Grünen "für etwas" stehen, "mir müssen die Menschen und das Land wichtig sein". Das Nationale hat diese Partei bis tief in ihre ureigenen Themen durchdrungen. Konnte das Absingen der Nationalhymne nach der Maueröffnung noch der Bundestagsfraktion zugeschoben werden, so waren die nachfolgenden Anpassungen Erscheinungen der ganzen Partei, der ihr kleiner linker Flügel keinen hörbaren Protest entgegensetzte. Die grüne Anzeige "No Germans to the front" im August argumentierte zwar gegen ein militärisches Eingreifen im Golf, plädierte aber für die imperialistischen Interessen in der Region: "Der hochverschuldete Irak muß durch ein konsequentes und allumfassendes Embargo in die Knie gezwungen werden", hieß es. Und selbst das einzig Oppositionelle, was im Wahlkampf von den Grünen rüberkam, die Aufforderung zur Desertion im November, konnte nicht auf Deutsches verzichten: "Laßt Euch nicht zum Kanonenfutter für eine verfehlte und nicht dem Frieden und der Unabhängigkeit unseres Landes dienenden Politik machen", wurde an die jungen Soldaten appelliert, als

könnte es in diesem Deutschland einen ernsthaften Dienst für die "Unabhängigkeit unseres Landes" geben. Schließlich ist es auch kein Zufall, daß wenige Tage vor der Reichstagswahl die Grünen im ausländerfeindlichen Konzert mitspielten und mehrheitlich über begrenzte Einwanderung ("Kontingentierung") diskutierten.

Von links (Ströbele) bis rechts (Fischer, Vollmer) herrscht Einigkeit bei den Grünen, daß die Parteistrukturen und die mangelnde Hervorhebung von Persönlichkeiten (die bunte, antagonistische Personalpalette von Otto Schily, Thea Bock, Antje Vollmer, Petra Kelly und Joschka Fischer wird dabei am häufigsten genannt) den Niedergang der Grünen herbeigeführt haben. Das ist möglicherweise ebenso falsch, wie die Einschätzung von Jutta Ditfurth, daß die Preisgabe linker Themen die Grünen wahlpolitisch bergab geführt habe. Auffällig ist, daß die Westgrünen überall - ohne Ausnahme - im Abwärtstrend zwischen minus 2,9% im rot-grünen Niedersachsen und minus 6,2% im realpolitischen Bremen (Hessen: -3,8%) lagen.

Das Ende des Reformprojekts rot-grün

Warum nicht einen Augenblick innehalten und darüber nachdenken, daß es gesellschaftspolitische Situationen geben kann, in denen fortschrittliche Politik unterliegen muß? SPD wie Grüne schlußfolgern aus dem Wahlergebnis, man hätte statt Nein zur Einheit noch deutlicher das Ja zur besseren Einheit vertreten sollen. Sie realisieren nicht, daß der nationale Einigungsprozeß per se ein rechter sein mußte, da ihm eine deutsch-völkische (nationalistische), großmachtpolitische, aus ökonomischer Überlegenheit gespeiste politische Entwicklung zugrundelag, die nicht - wie auch immer geartet - links zu besetzen ist. Insofern ist - SPD-immanent gedacht - nicht auszumachen, ob Lafontaine mit seinem Jein- Kurs nicht mehr herausgeholt hat, als es Schmidt, Schiller und auch Willy Brandt mit ihrem Ja zum Kohl-Kurs nahelegen. Warum sollten die Leute in einer solchen Konstellation nicht das regierende Original statt die zustimmende Opposition wählen?

Und die Grünen? Jutta Ditfurth hat zwar recht, wenn sie die Grünen der Preisgabe linker Themen anklagt. Doch gibt es kaum Anhaltspunkte, daß damit die Wahlniederlage zu erklären sei. Linksgrün ist spätestens 1986 mit und in dieser Partei zu Grabe getragen worden. Seither lebte die Partei immer weniger von politischer Eigenständigkeit, die Voraussetzung dafür war, daß sie rot-grünen Reformdruck entfalten konnte, sondern immer mehr von der Hoffnung auf rot-grüne Mehrheitsbeschaffung. Die Niedersachsen-Koalition dieses Jahres steht ebenso für ausschließlich grüne Mehrheitsbeschaffung, wie die der AL in Westberlin dafür stand. Der Bruch der Berliner Koalition war erklärtermaßen nur wahltaktisch zur Wiederherstellung der alten Koalitionsverhältnisse (fehl)gedacht. Die Reichstagswahl beendet sowohl die linksgrüne Ära formal - weder gibt es in der Partei, noch gesellschaftlich dafür eine Trägerschaft -, als auch die rot-grünen Hoffnungen der achtziger Jahre. Mehr als eine halbe Million ehemaliger Rot-grün-WählerInnen hat die Grünen Richtung SPD verlassen, weil es für sie 1990 keine grüne Wahl gab, da rot-grüne Mehrheitsbildung in weiter Ferne lag. Das war das Dilemma der grünen Realos! Und die linken Grün-WählerInnen? Sie dürften sich gedrittelt haben, ein Rest ist der Partei treu geblieben, ein Teil hat PDS oder die Grauen gewählt und ein großer Teil dürfte unter den mehr als 270.000 NichtwählerInnen zu finden sein.

Sind deswegen die Grünen am Ende? Das muß nicht sein. So schnell verschwindet das grüne 5%-Potential nicht, es hätte mit einiger Sicherheit auch diesmal noch gereicht, wäre den Grünen-AnhängerInnen die Gefährdung der Partei bewußt gewesen. Und: immer noch ist die SPD zu wenig attraktiv, als daß sie das grüne Potential aufsaugen könnte. Deshalb ist in den Ländern eine grüne Rekonstruktion als Öko-FDP für die fällige Mehrheitsbeschaffung, bzw. als SPD-Korrektiv durchaus noch möglich. Die innergrünen Weichen sind allerdings gegen die Illusionen der verbliebenen Linken gestellt. Sowohl durch das gesellschaftliche Umfeld, das auf der parlamentarischen Ebene keine Reformhoffnungen aufkommen läßt, als auch durch die derzeitige parlamentarische Vertretung der Grünen-DDR/Bündnis 90, deren Vertreter wie Konrad Weiß, ein "gleichsam radikaldemokratischer Realo mit nationaler Gesinnung" (Die Zeit), eher einen angepaßten Kurs garantieren, für die "ökologische Marktwirtschaft" nicht Streitthema, sondern Essential ist. Sie werden das Bündnis mit "Aufbruch" und Realos suchen, um die Grünen rechts vom bisherigen Profil auszurichten.

PDS: Eine Regionalpartei ohne Perspektive

Die Wählerrelationen in Ost und West sind fast identisch. Zwar macht die PDS dabei eine Ausnahme, doch zählt man ihr DDR-Wählerpotential und das der Ost- SPD zusammen, liegt man mit 35,4% nahe am SPD-Westergebnis von 35,7%. Darf man so zählen? Man darf, denn außer wenigen DDR-Spezifika steht die

PDS in der Summe ihrer Politik des "demokratischen Sozialismus" für biedere, nicht einmal kämpferische soziale, demokratische und Abrüstungs-Forderungen, die durchaus Platz in der Sozialdemokratie haben. Gleiches gilt allemal für ihre sicherheitspolitischen und Europa-Vorstellungen. Lokale und regionale Besonderheiten aus der DDR-Region prägen im übrigen durchaus auch die DDR-Filialen der Westparteien. Sie sagen für die Zukunft wenig über die politische Eigenständigkeit der PDS aus. Das Besondere an der PDS ist in erster Linie ihre Herkunft aus der ehemaligen SED. Daran und an dem Feuerwerk an Angriffen wegen der Parteifinanzen im Wahlkampf gemessen, hat die PDS auf DDR- und Ostberlin-Gebiet erstaunlich gut abgeschnitten. Den stetigen Abwärtstrend seit den ersten Wahlen hat sie aufhalten können und etwa die gleiche Stimmenzahl wie bei den Landtagswahlen im Oktober erreicht. Mit 1.020.000 Wählerstimmen liegt sie allerdings um 870.000 Stimmen unter ihrem Volkskammerwahlergebnis vom März.

Worin liegen mögliche Entwicklungsperspektiven der PDS als eigenständige Partei? Bislang trat sie als Anwalt der DDR-Bevölkerung auf, als solcher will sie auch im Bundestag wirken. In der realen Politik verkörperte sie aber nicht den Widerstand gegen die Annexion - weder gegen die nationalistische Übernahme, noch gegen die sozialen Folgen -, sondern allein den gegen die Zerstörung der eigenen Partei. Entsprechend hat sie in diesem Jahr ihre Anhängerschaft fast ausschließlich gegen Angriffe auf die Partei und für Wahlkämpfe mobilisiert/mobilisieren können, nicht aber für breiter getragenen sozialen Widerstand in der DDR. Es mag paradox klingen, aber noch verdankt die PDS ihr Überleben gerade diesen Angriffen, die sie und ihre benachteiligte Anhängerschaft zwar auch reduziert, mehr aber noch zusammengeschweißt haben. Partei des sozialen Widerstands konnte die PDS sicherlich zum einen wegen der gesellschaftlichen Isolierung nicht sein. Zum anderen bewegte sie sich im Teufelskreis ihrer eigenen ökonomischen Konstruktivität, die außerparlamentarischen sozialen Widerstand ausschließt: auf Kohls 10-Punkte- Plan setzte sie Modrows Konföderation, auf Kohls Wirtschafts- und Währungsunion setzte sie die Währungs- ergänzt um die Sozialunion. Wer wie die PDS in ihrem Wirtschaftsprogramm vom April den eigenen Leuten einredete, die DM und die "Währungsunion bietet für die DDR und ihre Bevölkerung bedeutende Chancen und Möglichkeiten. Sie enthält jedoch zugleich für unser Land und die Bürger auch beträchtliche Risiken und Unwägbarkeiten", braucht sich nicht wundern, daß Selbstentwaffnung gegenüber der DM der BRD und Hoffnungslosigkeit sich zunächst einmal auf die vermeintlichen Chancen orientiert und die Risiken lieber verdrängt, zumal es keine Alternative als Auslieferung an die BRD mehr gab. Der Kurs manchmal fast lächerlich wirkender verbal-"sozialer Begleitung" der BRD-Annexion, den die Modernisierer und Erneuerer um Gysi durchgesetzt haben, wird nicht mehr lange zu halten sein. Die PDS ist ein beachtenswerter Restbestand einer untergehenden Gesellschaftsordnung, deren Linke in kurzer Zeit vor den gleichen Problemen linker Politikentwicklung stehen wird, wie die westlichen Linken. Nach der Bundestagswahl wird die Normalität die PDS einholen, ihr Auseinanderbrechen in den Modernisierer-Flügel und den der "Alten" (fast ein Drittel der Mitglieder soll sich mittlerweile zur "Kommunistischen Plattform" bekennen) sowie weitere Abgänge sind nicht auszuschließen. Denkbar wäre eine eher traditionelle Partei, die sich mit der DKP zusammenschließen könnte, über kurz aber zu ähnlicher gesellschaftlicher Bedeutungslosigkeit verurteilt sein dürfte wie diese, von der Verlaufsform ein ähnlicher, allerdings vermutlich schneller verlaufender Prozeß als der der KPD nach 1945. Was aber machen die Erneuerer? Inhaltlich streben sie eigentlich zu den Grünen bzw. zur modernisierten Sozialdemokratie, die sie bislang nicht wollen, aber wollen könnten, wenn der traditionelle "Ballast" abgeworfen wäre.

Linke Liste/PDS in der BRD: "Sekten"niveau

Der Hoffnungsträger trug nicht. Die politische Unvernunft derjenigen Westlinken, die gegen alle Einschätzungen der gesellschaftlichen Realität auf Parlamentshuckepack via PDS der DDR gesetzt haben, um aus der gesellschaftlichen Isolation herauszukommen, ist von den WählerInnen mit 0,3% in der BRD grausamer bestraft worden, als es die ärgsten Pessimisten erwartet haben. Das ist gut so, weil es das Abdriften radikaler Linker - ausgelöst durch ein kurzes Spätsommerhoch für die PDS, das der Übertritt einiger weniger grüner Altlinker bewirkt hat - auf reformistische Positionen bremsen könnte. Es hat sich gezeigt, daß es für das Projekt einer sozialistischen Parlamentspartei in der BRD keine gesellschaftliche Basis gibt. Das Maximum an finanziellem Input (mehrere Millionen DM) - wohl der teuerste Wahlkampf pro Wählerstimme, der je auf bundesdeutschem Boden geführt wurde - hat ein Minimum an Stimmen gebracht.Der PDS wäre mit der Alleinkandidatur in der DDR mehr genutzt worden, als daß man sie hierzulande auf dem Niveau einer "Sekte", um ein Lieblingsschmähwort der BRD-PDSler zu benutzen, einführt.

Statt auf gesellschaftliche Verankerung ist auf WählerInnenübertritte von den Grünen und der SPD gesetzt worden. Die Finanzen dienten dabei zur Aufführung eines personality-Wahlkampfs ausgerichtet auf "die goldene Mitte zwischen Marx und Marlboro" (Spiegel). Linkes feeling dominierte den opportunistischen Versuch, die PDS als flottes Gysi-Projekt zu verkaufen. "Die Linke braucht kein Vaterland" wurde nur in Richtung BRD-Linker angeboten, in der DDR blieb davon nur die vaterländische Unterzeile: "Die PDS: das andere Deutschland".

Von der VSP-Zeitung SOZ, die mit ihrem Aufruf "Keine Stimme den Anschlußparteien" selbst die Wahl der SPD offenließ, über die PROWO, die "trotz alledem" zur PDS-Wahl aufrief, nachdem sie noch drei Monate zuvor ganz realitätsnah von einer "feministischen USPD mit revolutionärem Flügel" geträumt hatte, bis hin zur KB-Mehrheit, wurde diese Wahl, besonders die der Linken Liste/PDS als bedeutsam für die Massenorientierung der Linken eingeschätzt und der Nichtwahlaufruf als "sektiererisch". Im KB hat der "Mehrheits"flügel die strategischen Differenzen in der Frage der Neuformierung der Linken auf reformistischer Schiene zum Anlaß für die Spaltung des KB genommen. "Der Minderheitsflügel hat sich von wesentlichen Elementen der bündnispolitischen Strategie-Bildung des KB definitiv verabschiedet" und sei "zum extremen Exponenten eines irreal herumschwadronierenden Sektierertums geworden, das sich nicht mehr an praktischen Erfordernissen, sondern sich nur noch an der eigenen radikalen Pose erfreut", hieß es dazu in einem internen Papier. Es ist angesichts KB-interner Erfahrungen vermutlich zuviel verlangt, daß zumindest ein Teil der Einschätzung von der "bündnispolitischen Strategiebildung" und den "praktischen Erfordernissen" selbstkritisch überprüft wird.

Nichtwahl, Wahlboykott - und was dann?

Dennoch sei die Differenz erläutert: angesichts des Niedergangs linker und linksgrüner Politik ist m.E. nicht Bündnispolitik sondern linke Erneuerung, nicht Massenpolitik, sondern theoretische, strategische und schließlich auch organisatorische Neuformierung der Linken angesagt. Die KB-Politik der siebziger Jahre, speziell ihre Bündnispolitik gegenüber reformistischer und sozialdemokratischer Linker und den Grünen ist im Ergebnis gesellschaftlicher Veränderungsmöglichkeiten mit der Friedensbewegung und der Entwicklung der grünen Partei gescheitert. Ihre bloße Wiederholung übertragen auf die PDS zeugt davon, daß die Veränderung von Massenbewußtsein und politischen Konstellationen nicht nachvollzogen wurde. Die zentrale strategische Differenz im KB kreist daher um eine leere Hülse. Ihre vermeintliche inhaltliche Neuauflage ist unter dem Gesichtspunkt der Notwendigkeit, gescheiterte Politik aufzuarbeiten, abzulehnen. Dies gilt nicht nur für den vorliegenden Fall der offenkundigen quantitativen Erfolglosigkeit solcher Politik. Die Kritik an der PDS-Option von Teilen der Linken hatte nicht quantitative Voraussetzungen (im Gegenteil, mein unrealistischer Wahltip lag mit 1% für die PDS in der BRD um ein dreifaches neben der Realität), - sondern in dieser Zeitung mehrfach dargelegte - inhaltliche.

Die deutsche Entwicklung hat die niedergehende Linke noch weiter geschwächt, der nationale Konsens deutscher Selbstbestimmung hat die parlamentarische Opposition zunächst vollständig integriert (Grüne) oder paralysiert (PDS) und bei dieser Reichstagswahl marginalisiert. Es gab keine reale linke Opposition zu wählen, es gibt derzeit keine gesellschaftliche Gegenbewegung, obwohl die innen- wie außenpolitischen Konfliktpotentiale zunehmen. Gesellschaftlich ist die Linke in der größeren BRD vermutlich auf den Stand der sechziger Jahre zurückgeworfen. Die alte APO und ihre Nachfolgerbewegungen haben ihre Kraft zur Veränderung verloren, sind integriert, zerschlagen oder zerfallen. Mit unserem Wahlboykott und der ihm zugrundeliegenden Einschätzung über den derzeitigen gesellschaftlichen Stand der Linken waren wir "Sektierer" allemal realistischer, als die vermeintlich nichtsektiererischen Linken - PDSler, Grünen oder irgendwie parlamentarisch orientierten -, die in einigen Parlamentssitzen mehr oder weniger zentrale Fragen für die Linke erblicken. Um so besser die jetzige Ernüchterung, sie hält uns den Spiegel unserer eigenen Einflußlosigkeit gegenüber dem gesellschaftlichen Prozeß vor. Je weniger dies derzeit durch neue parlamentarische Hoffnungen verwässert wird, umso besser. Die Rekonstruktion linker Politik und einer neuen revolutionären Strömung kann m.E. nur außerparlamentarisch erfolgen.

hr.

24. APO-Konferenz in Hamburg

Rubrik: Radikale Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/apo.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:apo

Wie die meisten nicht-parlamentarischen Aktivitäten dieses Jahres hielt sich die Mobilisierung zum Wahlboykott bzw. zur Initiative "Keine Stimme für Deutschland - Reichstagswahlen - ohne uns" in bescheidenen Mobilisierungsrenzen. Am Wahltag beteiligten sich in Bielefeld, Frankfurt, Freiburg, Hamburg und Stuttgart zwischen 200 und 1.000 Menschen an antinationalen, antifaschistischen Demonstration gegen die Reichstagswahlen. Im Vorfeld der Wahlen fanden zahlreiche, zumeist von örtlichen Radikalen Linken bzw. linken Bündnissen organisierte Diskussionsveranstaltungen um die Wahlen statt, meist in der Besetzung Grüne, LiLi/PDS und Radikale Linke bzw. Wahlboykott. An mehr als zwanzig solcher zum Teil gut besuchten Diskussionsveranstaltungen beteiligten sich zwischen 20 und 500 Besuchern.

Am 30.11. folgten knapp 600 Besucher der Eröffnungsveranstaltung der Konferenz "Außerparlamentarische Opposition gegen Deutschland" in Hamburg, auf der kontrovers über Wählen/Nichtwählen in Großdeutschland diskutiert wurde. In fast zwölfstündiger Veranstaltung beteiligten sich am 1. Dezember 450 Teilnehmer an vier großen Diskussionsplena und acht Arbeitsgruppen sowie einem abendlichen Gesamtplenum. Autonome, Libertäre, Kommunisten und Radikale Linke stellten in zum Teil sehr intensiven, kontroversen inhaltlichen Debatten ihre unterschiedlichen Diskussionsansätze und Einschätzungen zur Bewertung des deutschen Nationalismus, der deutschtümelnden Linken, der Krise des linken Antifaschismus, zu ihren Schwierigkeiten in der antirassistischen Arbeit, zur Entwicklung der Klassen- und Integrationspotentiale im neuen Großdeutschland sowie den antiinstitutionellen, nicht-parlamentarischen Perspektiven vor. Übereinstimmung bestand, daß ein solcher intensiver Austausch fortgesetzt werden soll und daß die Erarbeitungen für diese Konferenz schriftlich festgehalten werden sollen. Die Abschlußveranstaltung am Wahltag mit 250 Teilnehmern offenbarte die Kluft zwischen gestiegener Diskussionsbereitschaft und realen außerparlamentarischen Perspektiven. Die Einschätzungen schwankten zwischen weiterem Niedergang gesellschaftlicher Wirkung der Linken und der Hoffnung auf eine mittelfristige Perspektive der Nichtintegrierbarkeit der sozialen Konfliktpotentiale, die Großdeutschland hervorbringen werde. Wiederholt wurde die Forderung nach verstärkter Zusammenarbeit und "Vernetzung" unterschiedlicher radikaler linker Zusammenhänge erhoben. Die Forderung, angesichts zunehmend repressiver Flüchtlingspolitik Flüchtlinge zu verstecken, fand zwar Zustimmung, blieb aber praktisch folgenlos. Ausführlicher Diskussionspunkt war die Kriegsvorbereitung im Golf und die Notwendigkeit der Gegenmobilisierung. Diskussionsredner wiesen darauf hin, daß die Fehler der Friedensbewegung gegen die Nachrüstung und der APO gegen den Vietnamkrieg, überwiegend oder ausschließlich antiamerikanisch zu agieren, angesichts deutscher Weltmachtinteressen nicht wiederholt werden dürften und darüber in Bündnissen die Auseinandersetzung geführt werden soll. Große Zustimmung fand die Aufforderung an die Radikale Linke, schnellstmöglich eine Massenflugschrift zur Lage im Golf herauszubringen.

25. Nix Aufregendes: Kommentar von Georg Fülberth zum Ausgang der Bundestagswahlen

Rubrik: Wahlen; PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:44

Die Reichstagswahl vom 2. Dezember 1990 ist kaum einen Kommentar wert. Niemals zuvor war so deutlich, daß politische Entscheidungen nicht mit dem Stimmzettel getroffen werden. Zusammenbruch des realen Sozialismus, Anschluß der DDR, Aufstieg des vereinigten Deutschland zur Weltmacht - all das war seit August 1989 schon passiert, und der Urnengang konnte daran nichts mehr ändern, noch nicht einmal eine nachträgliche Affirmation war nötig.

Die niedrige Wahlbeteiligung zeigt, daß immerhin zählbare Teile des Volkes dies begriffen haben. Die recht vielen Nichtwähler(innen) haben mit ihrer Stimm-Faulheit mehrheitlich wohl noch nicht einmal die herrschende Politik mißbilligt. Im Gegenteil: soweit sie mit ihr zufrieden waren, sind sie zu der Ansicht gekommen, auch ohne sie werde Kohl Kanzler bleiben und seine Sache gut machen. Niedrige Wahlbeteiligungen sind oft eher Ausdruck von Zufriedenheit als von Protest.

Tatsächlich war das schließlich zustandegekommene Ergebnis, mit einer Ausnahme, prognostizierbar. Das Bundesverfassungsgericht hat sogar die Zusammensetzung des Parlaments vorab in großen Zügen festgelegt. Dieses Gremium, welches 1956 die KPD illegalisiert und 1975 die Berufsverbote genehmigt hat, verfügte, daß die PDS diesmal noch nicht guillotiniert werden darf.

Die einzige Überraschung, das Ausscheiden der Grünen, ist - dies allerdings erst im nachhinein - wohl als Resultat der Belanglosigkeit dieses Wahlgangs interpretierbar. Die Klientel dieser Partei ist nach wie vor besonders gut informiert und helle, und ihr war vor allen anderen Gruppen klar, daß ihr Stimmkreuz ohne jede Bedeutung bleiben mußte. Das ging diesmal bis zur Gleichgültigkeit gegenüber der eigenen Partei: schließlich hatte sie ja auch nichts an den Ereignissen, welche von einem guten Teil ihrer Wähler(innen) mißbilligt wurden, ändern können (und am Ende wollte sie es gar nicht mehr). Jetzt werden die Realos die Macht ergreifen. Den Linken, die dabei entsorgt werden, mag die Partei des Demokratischen Sozialismus offenstehen. Über sie wurde aber am 2. Dezember das Todesurteil, vollstreckbar in vier Jahren, gesprochen. In den Westzonen erhielt sie 0,3 Prozent der Stimmen - genau so viel wie die DKP 1972. Eine reichsweite Fünfprozentklausel hätte nicht nur für die Westgrünen, sondern auch für die Ostgrünen und die PDS schon jetzt das Aus bedeutet. "Links" von der SPD ist Platz allenfalls für eine einzige Partei (und auch das nur mit Krampf), nicht zwei. Es wird deshalb jetzt zu einem Vernichtungskampf zwischen Grünen und PDS kommen, den die Grünen, unterstützt von der SPD, gewinnen werden. In Deutschland gibt es gegenwärtig und in absehbarer Zeit keine Grundlage für eine linke Parlamentspolitik.

Georg Fülberth

26. Deutsche Klassenverhältnisse Kommentar zum Wahlausgang von Joachim Bischoff

Rubrik: Wahlen; PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:48

Der Ausgang der Bundestagswahlen bot keine Überraschungen. Das bürgerliche Lager konnte im Zuge des raschen Zerfallsprozesses des "Realsozialismus" ihre bedrohliche Hegemoniekrise (zur Erinnerung: es gab eine Serie von Niederlagen bei Landtagswahlen, Wechsel des Generalsekretärs der CDU etc.) überwinden, die Koalitionsregierung von FDP, CDU und CSU hat eine solide Mehrheit erhalten.

Für die künftigen politischen Auseinandersetzungen sind die Gewichtsverschiebungen innerhalb des Regierungslagers bestimmend. Die FDP hat ihren Stimmenzuwachs sicherlich eher der außenpolitischen Kompetenz zu verdanken und nicht ihrem wirtschaftsliberalen Regierungsprogramm. Parteichef Lambsdorff kann sich zurecht den Spott über das Kurzzeitgedächtnis der Wähler erlauben: die von den Liberalen zu Beginn der letzten Legislaturperiode durchgesetzten Spar- und Deregulierungsmaßnahmen hatten keinerlei Auswirkungen auf das Wahlverhalten.

Dieser Vorgang soll wiederholt werden. Hinter dem Streit um das "Niedrigsteuergebiet" stehen eine Reihe konkreter Maßnahmen zur Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums und zur weiteren Auflösung sozialstaatlicher Regulierungen. Der Arbeitsmarkt habe infolge bestimmter Auflagen schon längst seine Elastizität verloren. Die FDP möchte daher einschneidende Änderungen durchsetzen:

- Tarifverträge sollen nicht mehr allgemeinverbindlich sein;

- es soll die Möglichkeit untertariflicher Leistungen eröffnet werden;

- Befristung von Arbeitsverträgen soll wieder grundsätzlich möglich sein;

- angestrebt wir eine Aufhebung der Sozialplanpflicht, etc., etc.

Es ist eindeutig, wohin die Reise geht. Die soziale Stellung der Klassen zueinander wird nach wie vor mehr durch den proportionalen Arbeitslohn als durch den Reallohn bestimmt, insofern wird man sich auf eine erneute Verschiebung des asymmetrischen Klassenkompromisses zu ungunsten der Lohnabhängigen einstellen müssen. Durch die auseinanderlaufenden Zuwachsraten beim Einkommen der abhängig Beschäftigten gegenüber den Einkünften aus "Unternehmertätigkeit" und Vermögen wird die Lohnquote weiter in den Keller gedrückt.

Allerdings muß vor der Hypothese gewarnt werden, wir stünden vor einer Periode stabiler Vorherrschaft der neokonservativen Parteien. Die beabsichtigte weitere Redimensionierung des Sozialstaates - soziale Leistungen nur für die ganz Bedürftigen - wird politisch nur gelingen, wenn die erweiterte Bundesrepublik wirklich von den Auswirkungen der internationalen Rezession verschont bleibt. Die neokonservativen Parteien konnten ihre Hegemonie stabilisieren und ausbauen, weil ihnen große Teile der Wahlbevölkerung Kompetenz in Sachen Wirtschaft und Finanzen zuschreiben. Die deutlichen Symptome einer internationalen Wirtschaftsabschwächung, die die britischen Konservativen zu einer raschen Neugruppierung ihres Führungspersonals zwangen, blieben für die Bundesrepublik bislang folgenlos; der hausgemachte Boom im Westteil infolge des raschen Anschlusses der DDR beförderte die Illusionen, nach kurzem Abstieg auf die Talsohle würde sich auch in den neuen Bundesländern ein Investitions- und Beschäftigungsboom zeigen. Das politische Kalkül der Neokonservativen, den Anschluß der DDR zu einer weiteren Verbesserung des Kapitalstandortes BRD zu nutzen (Steuerumverteilung und Flexiblisierung des Arbeitsmarktes), kann aber nur aufgehen, wenn die internationalen Rahmenbedingungen stabil bleiben; d.h. nur kurzfristige Abkühlung der Konjunktur, erfolgreiches Schuldenmanagement gegenüber den unterentwickelt gehaltenen Ländern, Ausweitung des Freihandels durch drastischen Abbau vor allem der Agrarsubventionen, Stabilisierung des Weltwährungs- und internationalen Finanzsystems.

Aber auch unabhängig von der Problematik dieser durch den Kapitalismus als Weltmarktsystem gesetzten Rahmenbedingungen wird die soziale Basis des neokonservativen Projektes brüchiger werden. Der Versuch, dem eigenen Nationalkapital Wettbewerbsvorteile zu sichern, verschärft die grundlegenden Widersprüche:

- die Metropolen produzieren immer mehr gesellschaftlichen Reichtum und müssen zugleich eine drastische Verschärfung sozialer Ungleichheiten in Kauf nehmen;

- der Kurs auf exponentielles Wirtschaftswachstum und wachsenden Ressourcenverzehr macht sowohl den ökologischen Umbau der Wirtschaft als auch die Beseitigung der massiven Unterentwicklung von Ländern an der Peripherie zur bloßen Phrase;

- an der wachsenden Armutsimmigration verzahnen sich die Problemzonen; mit Einwanderungskontingenten und Manipulationen am Asyl- und Ausländerrecht ist dem Problemstau nicht beizukommen.

Die regional beachtlichen Stimmergebnisse für die Republikaner verweisen darauf, daß die Gefahr der Herausbildung einer rechtspopulistischen Partei nach wie vor aktuell ist, die mit rassistischen und fremdenfeindlichen Parolen die Krise der neokonservativen Politik ausnutzen will.

Die politische Linke kann der neokonservativen Hegemonie - auch wenn diese von der Erosion in den offenen Krisenzustand übergeht - und den rechtsradikalen Nachlaßverwaltern nur beikommen, wenn sie die Kompetenz in Sachen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zurückgewinnt. Dies ist angesichts des offenkundigen Scheiterns der staatssozialistischen Alternative keine einfache Aufgabe. Auch die erneute Niederlage der Sozialdemokratie war daher keine Überraschung. Der von Lafontaine repräsentierte sozialökologische Reformkurs ist in der Partei stets umstritten geblieben und der rasche Verzicht des Kanzlerkandidaten auf die entscheidende Führungsfunktion ist nur konsequent. Die politisch rechten Strömungen (Seeheimer Kreis) verlangten bereits vor und dezidierter jetzt nach der Wahl eine sichtbare Kurskorrektur im Hinblick auf Programm und Personen. Sie fordern die "Renaissance des Sozialstaates". Aber die brüchig gewordenen Verflechtungen zwischen SPD und Gewerkschaften sind so ohne weiteres nicht wieder zu festigen; und die wirtschaftlichen und sozialen Probleme können mit diesen alten Konzeptionen einer Politik der gesamtwirtschaftlichen Steuerung nicht gelöst werden.

Sicherlich sind gesamtwirtschaftliche Steuerung, Struktur- und Arbeitsmarktpolitik wesentliche Regulierungsinstrumente; auch sozialstaatliche Transfers zur Gestaltung von Lebensverhältnissen bleiben angesichts der wachsenden Probleme unverzichtbar. Eine einfache Wiederauflage der Politik, die vor der neokonservativen Revitalisierung der Produktionsverhältnisse praktiziert wurde, wird jedoch binnen kurzem erneut scheitern. Erst wenn es gelingt, sowohl die tendenziell abnehmende Zahl von Werktätigen als auch die große Zahl von nicht in die Produktion eingebundenen sozialen Schichten gleichermaßen am gesellschaftlichen Reichtum zu beteiligen, kann eine Alternative zum exponentiellen Wirtschaftswachstum und bewußtlosen Umgang mit natürlichen Ressourcen praktisch wahr werden.

Die Grünen sind als Konsequenz einer zunehmenden Verengung ihrer Wählerbasis aus dem Bundestag hinausgewählt worden. Nicht die wenigen Stimmen für die PDS/Linke Liste haben hier den Ausschlag gegeben. Die Eigenkandidatur der "Grauen" hatte weitaus größeren Einfluß, ähnlich wie die Rückwanderung von Funktionsträgern und Wählern zur Sozialdemokratie. Der Hinauswurf aus dem Bonner Parlament muß nicht das politische Ende dieser Partei bedeuten; die jetzt anstehende innerparteiliche Verständigung der verschiedenen Strömungen müßte allerdings die Perspektive zur Erweiterung der Wählerschichten eröffnen; es sind jedoch erhebliche Zweifel angebracht, ob die verschiedenen StrömungsvertreterInnen sich zu einem solchen konfliktuellen Konsens durchringen können.

Die PDS hat in den alten Bundesländern schlechter abgeschnitten, als zu erwarten war. Insgesamt jedoch ist das Gesamtergebnis eine gute Ausgangsbasis, um auch in 4 Jahren über die 5%-Sperrklausel hinwegzukommen. Denn die Chancen für die gesellschaftliche Durchsetzung einer modernen sozialistischen Partei sind günstig: die offene Krise der Sozialdemokratie wird durch schnelle Auswechslung des Führungspersonals vielleicht wieder verdeckt werden können; in den sich abzeichnenden sozialen Auseinandersetzungen und Verteilungskonflikten wird ihre grundlegende Schwäche jedoch stets erneut durchschlagen. Ob die PDS sich über eine Kritik an der Sozialdemokratie als eine moderne linke Kraft, die deutliche Kompetenz in Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zum Ausdruck bringt, profilieren will, ist innerparteilich auch noch längst nicht ausgemacht. Die sozialistische Linke teilt die Schwäche der politischen Ökologiebewegung: angesichts der unverzichtbaren Vielfalt und Pluralität von Strömungen dennoch eine Professionalität in Öffentlichkeit und Politik sicherzustellen, ist offensichtlich schwierig.

Joachim Bischoff ist Redakteur der marxistischen Monatszeitschrift SOZIALISMUS.

27. PDS/Linke Liste: Erste Überlegungen zur Bilanz

Rubrik: Wahlen; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/60.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:60

Nach dem Wahlausgang und vor der notwendigen ausführlichen Bilanzierung des Projektes PDS/Linke Liste, lassen sich anhand der im letzten halben Jahr in dieser Zeitung angestellten Vorüberlegungen schon einige Aussagen treffen und Fragen formulieren.

1. Gegen die Annexion

"Gerade in der BRD könnte die PDS bei den ersten gemeinsamen Wahl viele Stimmen holen, die nicht unbedingt als Stimmen für einen Sozialismus, sondern in erster Linie als Stimmen gegen die Annexion der DDR, gegen das ‚Projekt Großdeutschland` usw. gemeint sind" schrieb Kt. in ak 319 Ende Mai. In jener Zeit gab es eine Reihe von Unmutsäußerungen aus dem Umfeld von SPD und Gewerkschaften, in denen das kritiklose Anhängen an den Annexionskurs des Kapitals kritisiert wurde. Walter Jens und Günter Grass gingen öffentlich auf Distanz zur SPD. In der DDR fanden Proteste der Bäuerinnen und Bauern und die StudentInnenstreiks statt; eine Bewegung gegen den Anschlußkurs war zu erwarten.

Eine solche Bewegung hat es nicht gegeben, nicht gegen die Annexion, schon gar nicht gegen die Wiedervereinigung und nicht mal gegen die Begleiterscheinungen des Anschlusses. Im Wahlkampf hat das alles keine Rolle mehr gespielt. Die sozialen Auseinandersetzungen in den östlichen Bundesländern nehmen heute nicht mehr Bezug auf die Vereinigung. Damit war der Entstehung einer "linkspluralen Bewegung" (he. in ak 321) die subjektive Grundlage entzogen.

2. PDS als Katalysator im Umgruppierungsprozeß

"Die PDS (...) muß nüchtern und sachlich als zentraler Teil einer zu eröffnenden breiten Debatte um inhaltliche Neubestimmung und organisatorische Umgruppierung der Linken im künftigen imperialistischen Deutschland begriffen und angesprochen werden" hieß es in der Arbeitsgrundlage des LG vom 10.6.90. Dazu ist (vorläufig) zweierlei anzumerken:

Erstens hat die PDS sich selber nicht als die ausstrahlungskräftige Partnerin für die Westlinke präsentiert. Eine eigene Initiative zur Zusammenarbeit, eine eigene Bündnispolitik mit unterschiedlichen Gruppierungen der Westlinken hat es praktisch nicht gegeben. Zunehmend verstrickte sich die PDS in eigene Problematiken wie Finanzkrise und Strukturfragen, die mehr oder weniger hausgemacht sind, und die Flexibilität und Handlungsfähigkeit lahmlegten. Der unbestreitbar stattgefundene Veränderungsprozeß der PDS ist durch den Druck des Wahlbündnisses beschleunigt worden.

Zweitens hat sich das Spektrum derjenigen, die seitens der Westlinken auf die PDS zugegangen sind, nicht über das Umfeld der PDS/Linken Liste erweitert. Die Haltung etwa seitens der ErneuerInnen gegenüber der PDS ist nach wie vor von Skepsis und Resignation gezeichnet, im linkssozialdemokratischen Lager bewegte sich entgegen anfänglichen Hoffnungen so gut wie nichts. Ausnahmen sind die Initiativen einzelner Autonomengruppen, die mancherorts im Antifa-Bereich vorbehaltlos und selbstbewußt die Diskussion mit der gesamten Ostlinken suchen.

PDS als Katalysator hat sich nicht zwingend aus der konkreten Auseinandersetzung angeboten, sondern ist eine abstrakte Option geblieben (und existiert als solche noch weiter).

3. Solidarität mit der PDS

Bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts am 29.9.90 war das Engagement für die PDS geprägt von der Überlegung, daß es den Herrschenden nicht gelingen sollte, die PDS und damit überhaupt eine Partei, die an die Existenz der DDR erinnert, aus dem Bundestag herauszuhalten. Hauptsächliche Betreiberin der Ausgrenzung war die SPD, die sich sowohl für die Beibehaltung der 5%-Klausel als auch für die Enteignung der PDS einsetzte; selbst in der Wahlnacht nannte Vogel als befriedigendstes Ergebnis der Wahl das schlechte Abschneiden von Republikanern und PDS in einem Atemzug. Die Hetz- und Lügenkampagne gegen die PDS forderte die Solidarität der Linken. Es sei auch unsere Aufgabe, "einem solchen gesellschaftlichen Klima, das den Spielraum linker Politik repressiv einengen soll, Widerstand zu leisten" formulierte A. in ak 320 und nahm Bezug auf den "Deutschen Herbst". "(...) von dem reaktionären Wind, (...) der einer Linken hier im

Wahlkampf ins Gesicht wehen wird" war im November schon erheblich weniger zu spüren. Es gelang die sachlich begründete Diffamierung der PDS durch den Finanzskandal, bei dem die PDS sich kaum zu wehren wußte (u.a. weil sie ihn selber auf ihre mangelnde Erneuerungsfähigkeit bezog, statt eine offensive Aufklärung zu betreiben, vgl. ak 324), ebensowenig übrigens, wie die Westlinke auf diese Schmutzkampagne zu reagieren wußte. Gleichzeitig wurden die PDS-VertreterInnen im Wahlkampf nicht repressiv ausgegrenzt (wer hätte vor einem halben Jahr schon mit Gysi in der Elefantenrunde gerechnet) und ansonsten mit Nicht-Berichterstattung in den Medien bedacht.

"Die kommenden gesamtdeutschen Wahlen werden die PDS schneller und härter mit den Bedingungen eines imperialistischen Landes vertraut machen als ihr vielleicht lieb ist" hieß es in ak 321 (Über Ängste und Vorbehalte). Das ist ganz anders geschehen, als es sich auch nur Teile aus der PDS (nämlich z.B. diejenigen, die sich auf Kampfpartei und Illegalität vorzubereiten trachteten) vorstellten.

4. Opposition für die Schwachen

"Was zur Zeit passiert, führt den Betroffenen im Grunde tagtäglich ihre eigenen Ohnmacht vor, mit den neuen Verhältnissen klarzukommen.(...) Ist das eine Situation guter Bedingungen für linke Politik?" wurde in ak 321 (Keine Zeit zum Träumen) gefragt. Es ist keine. Die starke Ausrichtung auf die Situation in der DDR zur Begründung des Bündnisses war eher von der Hoffnung auf "den Rest von Widerspruchsgeist", wie er von Gysi verkörpert wird, getragen und darauf gerichtet, daß die sozialen Konflikte in der PDS das politische Bewußtsein darüber schärfen, sich als Subjekte der Politik zu begreifen. Zur Zeit sieht es mehr so aus, daß die PDS an der Basis Solidarität in Form von konkreter Betreuung und Hilfe im kapitalistischen Alltag betreibt, als daß sie Unmut und Protest organisiert (was nicht voreilig bewertet werden soll). Die Entwicklung sozialer Proteste in den östlichen Bundesländern (z.B. Eisenbahnerstreik) müßte differenziert untersucht werden, ebenso die Ausbreitung von Rechtsextremismus. Da reicht es z.B. nicht, wie Th. Ebermann in "Konkret" die Flüchtlingsfeindlichkeit in den Gemeinden zu konstatieren und die Menschen dann in ihrer Eigenschaft als "widerliches Pack" zu kritisieren. Die Bedingungen für (linke) Politik in den neuen Bundesländern sind durch uns nur unzureichend erforscht.

5. Linkes Profil

Die Herauskehrung des Solidaritätsmotivs für die PDS und die Menschen in der DDR einerseits, die Betonung des Projektcharakters mit den Stichworten "Umgruppierung", "sozialistische Sammlungsbewegung" andrerseits haben nicht ausgereicht. Spätestens seit die Parlamentsvertretung der PDS gesichert war, ließ der Druck zur Auseinandersetzung mit der PDS nach. Die PDS/Linke Liste selber hat es nicht geschafft, sich als notwendige Oppositionskraft praktisch zu beweisen. Dazu war die Parlamentsfraktion der PDS nicht angetan, die Ausrichtung des Wahlkampfes im Westen setzte auf eine Stimmung, die so nicht existiert und das Wahlbündnis machte an keinem Punkt inhaltliche Vorgaben sondern lediglich vage Versprechungen auf Diskussion spannender Fragen. Aus der Logik des Entstehungsprozesses ist das richtig gewesen: An der Opposition gegen den Annexionskurs "gilt es für die Linke anzusetzen, das eigene Profil zu stärken und damit dazu beizutragen, dem von vielen befürchteten Rechtstrend entgegenzuwirken. Das bedingt aber für die Linke, nicht nur und nicht in erster Linie auf die Herauskehrung der so eigenen Identität zu pochen, sondern einen Prozeß einer linkspluralen Bewegung einzuleiten" (he. in ak 321). Der "starken linken Opposition" hat es an Identität gemangelt - nicht an der Identität, die sich durch die Wiederholung linker Altersweisheiten definiert, sondern an der Identität die in "ostdeutsch" gern "Positionierung" genannt wird, zum Golfkrieg z.B., zum Bleiberecht für Flüchtlinge und zum §218. Zu all diesen Themen gibt es programmatische Aussagen und Kompetenz, die sich als provokante und offensive Politikangebote erst beweisen und für sich werben müssen. Das wird die Aufgabe der nächsten vier Jahre sein.

Cl.

28. Ein Nachruf

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/57.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:57

Nach der Bundestagswahl 90 (B-Wahl) scheint für die KB-Mehrheitsfraktion die Welt in Ordnung zu sein. Klare 10% im Osten, Startschwierigkeiten mit 0,3% im Westen. Und jetzt nach der Wahl kann mit der PDS die Massenpolitik beginnen, während die KB-Minderheitssektierer sich auf Wahlboykottveranstaltungen mit versprengten Linken herumstreiten. Doch spielt man mit dem Taschenrechner rum, ergibt sich für die PDS ein düsteres Bild. Meine Zahlen beziehen sich vorerst auf die fünf neuen Bundesländer. Großberlin stelle ich außerhalb der Analysen. Das liegt daran, daß ich für Großberlin über keine vernünftigen Zahlen verfüge. Aber Berlin liegt im allgemeinen Trend. Auch habe ich nur die Zweitstimmen ausgewertet (Logisch, oder?). Bei der Volkskammerwahl 90 (V-Wahl) lag die Wahlbeteiligung bei etwa 93%, es wurden etwa 10,631 Mio. Stimmen abgegeben. (Bei der B-Wahl etwa 73,4% oder 8,302 Mio. Stimmen.) Für die PDS bedeutet dies, daß sie über 1,621 Mio. Stimmen bekam, oder 15,3%. Über Kommunal- und Landtagswahlen zur B-Wahl schrumpften die PDS-Wählerstimmen auf 0,823 Mio. oder 9,9% der gültigen Stimmen (alle Zahlen ohne Berlin). Das heißt, sie verlor fast die Hälfte ihrer Wähler! Dazu einige Vergleiche mit den anderen Ost-Parteien. Die CDU errang bei der V-Wahl über 4,536 Mio. Stimmen, bei der B-Wahl noch 3,190 Mio. Stimmen. Die CDU verlor "nur" 30% ihrer Wähler. Die SPD holte bei der V-Wahl 2,214 Mio. Stimmen, bei der B-Wahl über 1,963 Mio., nur 11% Verlust. Bündnis90/Grüne errangen bei der V-Wahl über 0,482 Mio. und steigerten zur B-Wahl auf über 0,493 Mio. Stimmen. Der PDS steht dem Verlust von 800.000 Wählern ein Gewinn von 108.000 Stimmen in den zehn alten Bundesländern gegenüber (0,3%). Was sagen einem die trockenen Zahlen. Bevor die Massenpolitik mit oder über PDS läuft, wenden sich die Massen im Osten von der PDS ab. Und im Westen? Das Wahlergebnis zeigt hier, daß die PDS kein "Gravitationsfeld" für West-Linke ist. Und es zeigt, daß im Westen über die PDS keine Massenpolitik gemacht werden kann. Auch die Zukunft sieht für die PDS düster aus. Im ND vom 5.12.90 wird die eigene Tagesauflage von 210.000 Exemplaren angegeben. Also nur jeder fünfte PDS-Wähler könnte demnach das PDS nahestehende Blatt lesen. Die restlichen Wähler informieren sich über andere, vermutlich bürgerliche, Zeitungen. Dies dürfte in Zukunft die politische Entscheidungen der PDS stark beeinflussen. Wird die PDS in den bürgerlichen Medien kritisiert, droht ihr der Verlust von Wählerstimmen. Also wird sie sich weiter nach rechts entwickeln und trotzdem an Boden verlieren. Dem könnte nur eine hochaktive Mitgliedschaft entgegenwirken (regelmäßiges Flugblattverteilen, Stadtzeitungen, Mitarbeit in Bürgerinitiativen, usw.). Doch dem steht das Parteiprogramm entgegen. Weshalb sollten Umweltschützer mit der PDS arbeiten, solange ganze PDS-Landesverbände für den Ausbau von AKW sind. Was soll ein linker Gewerkschafter vom Bekenntnis zur freien Marktwirtschaft (natürlich bei strengem Antikapitalismus) halten? Der Antifaschist zum Bekenntnis der Gewaltfreiheit bis zur gewaltfreien Strafanzeige gegen das Antifa-Telefon durch die PDS-Lichtenberg. Weder Wahlplakate noch das das Parteiprogramm noch die politische Praxis lassen Begeisterung aufkommen, wie es lange bei den Grünen der Fall war. Keine klare Aussagen, außer daß die PDS lieb und ehrlich ist und fest auf dem Boden des GG steht.

Und die Grünen? In den fünf neuen Bundesländern konnten sie trotz erheblich geringerer Wahlbeteiligung 11.000 Stimmen hinzugewinnen. Womit bewiesen wäre, daß eine Partei, die nicht nur staatsmännisch Verantwortung tragen will, wie PDS und West-Grüne, sich gut halten kann. (Ob die Ost-Grünen einen anderen Weg beschreiten werden, als die West-Grünen, ist spekulativ.) Für die West-Grünen in den zehn alten Bundesländern gab es dagegen eine deftige Niederlage. So errangen sie bei der B-Wahl 87 über 3,128 Mio. von 37,867 Mio. gültigen Stimmen. Bei der B-Wahl 90 nur 1,707 Mio. von 36,131 Mio. gültigen Stimmen (alle Zahlen, wie immer, ohne Berlin). Das bedeutet, daß ihr fast 45% der alten Wähler den Rücken gekehrt haben.

Diese Zahlen müssen interpretiert werden. Obwohl der 2. Dez. 90 eine historische Wahl ist, ist die Wahlbeteiligung in Ost und West sehr gering. Selbst die B- Wahl 87 galt vielen Menschen als wichtiger!! Das zeigt erstmal, daß die "Masse" keiner Partei zutraut, die Probleme lösen zu können. Die extrem hohen Verluste für die PDS und West-Grüne zeigen auch, daß die Behauptung falsch ist, daß viele Linke das Parlament "als letzte Chance" sehen, wie von der RL behauptet wurde. In der Linken scheint der "nationale Taumel" nie richtig Fuß gefaßt zu haben, eher der Opportunismus wie bei der KB-Mehrheit. Und noch etwas ist erstaunlich. Die sehr großen Wahlverluste der linken Parteien zeigen, daß deren Wähler die Lüge von der positiven Gestaltbarkeit der Wiedervereinigung, wenn nur die Richtigen regieren würden, nicht geglaubt haben. Diese Wahl läßt die parlamentarische Linke in eine Krise schlittern. Die Wahl deutet aber nicht auf eine erneute

Rechtsverschiebung des "politischen Koordinatensystem" hin. Aus dem Mißtrauen vieler Menschen gegenüber linker Parlamentsarbeit darf nicht abgeleitet werden, die radikalen Linken könnten hierdurch eine Massenbasis finden. Also ist das Wahlergebnis kein Grund zur Freude, nur zur Schadenfreude. Ich wünsche der KB-Mehrheitsfraktion noch viel Spaß mit ihrer PDS-Option.

woffi, ex-KB,

Sympi der Minderheitenfraktion

29. DDR-Zeitungen zwischen Wende und Absturz

Rubrik: Medien; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:46

Fast alle DDR-Zeitungen sind seit dem Ende der staatlichen Gleichschaltung nicht einfach nur in Abhängigkeit vom Markt geraten, sondern haben bereits neue Zensoren, sogenannte Herausgeber. Die Verlagsriesen Springer, Bauer, Burda und Gruner + Jahr, deren BRD-Marktanteil bei 70% liegt, haben sich gemeinsam mit FAZ, WAZ und anderen sowie dem britischen Kollegen Maxwell die DDR aufgeteilt. Ihre Zeitungen waren seit dem Frühjahr 1:3, dann für DM zu kaufen, sie erreichten über Postzeitungsvertrieb und Grossisten im Gegensatz zu linken Publikationen auch die entlegendsten Kioske. Durch die Annexionspolitik wurden alle etablierten DDR-Zeitungen vor kaum lösbare Probleme gestellt: Mit total veralteter Technik, ohne Subventionen und DM, aber auch völlig unbedarft in kritischem Journalismus konnten sie dem politischen Beschluß der Volkskammer von Anfang Februar über Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit, sowie der Abschaffung jeglicher Zensur, genauso wenig gerecht werden wie die unzähligen neugegründeten Zeitungen, die größtenteils ganz unprofessionell endlich die eigene Meinung schreiben und drucken wollten. Für die Entwicklung einer wirklich freien Presse gab es zu keinem Zeitpunkt eine reale Chance (siehe auch ak 321: Das Ende demokratischer Illusionen). Unter Marktbedingungen und im rechtsfreien Raum der Übergangs-DDR, die kein Mediengesetz, sondern nur einen Medienkontrollrat des Runden Tisches ohne Exekutivgewalt hatte, kauften die West-Verlage im Handumdrehen fast alles auf, denn das ist billiger, als Neues zu gründen. Keine der 28 Regionalzeitungen hat ihre Unabhängigkeit behaupten können.

Vollständig übernommen hat der Heinrich-Bauer-Verlag sechs überwiegend nordostdeutsche Blätter mit einer Gesamtauflage von über einer Million Exemplaren, darunter als größtes die Magdeburger Volksstimme. Daneben besteht ein Joint Venture mit dem Verlag Junge Welt zwecks Herausgabe von Kinder- und Jugendzeitschriften. Über die Tageszeitung Junge Welt (ehemals Zentralorgan der FDJ, Auflage früher 1,5 Millionen, heute bei 240.000) wird mit Gruner + Jahr (G+J) verhandelt. Bereits dementierte Gerüchte über die drohende Pleite zum Jahresende sowie Spannungen zwischen Verlag und Redaktion geben leider nicht gerade Hoffnungen, daß sich die relativ kritischen JW-Redakteure mit ihrem Konzept einer linken unabhängigen Jugendzeitung gegen G+J-Boulevard und Verlagsinteressen durchsetzen können.

G+J hat bisher am gründlichsten zugeschlagen. Erst in Sachsen mit Beteiligung u.a. an der Sächsischen Zeitung (Auflage ca. eine halbe Million) sowie der Gründung der Dresdener und Chemnitzer Morgenpost als zweitem Standbein, dann in Berlin. Seit Oktober gehört der Berliner Verlag GmbH bei Übernahme der 1.150 Mitarbeiter zu einem Preis von rund 270 Millionen Mark je zur Hälfte G+J und Robert Maxwell. Letzterer hält sich im Hintergrund und läßt G+J frei agieren beim Umkrempeln der Zeitungen und Zeitschriften des größten DDR-Verlages. Das betrifft neben der Berliner Zeitung (BZ), die mit einer inzwischen stabilen Auflage von 420.000 Exemplaren die größte Ostberliner Tageszeitung ist, das Boulevardblatt BZ am Abend, die Frauenzeitschrift Für Dich, das Programmheft FF dabei, Wochenpost, Neue Berliner Illustrierte, Freie Welt und Horizont.

Neuer Herausgeber der BZ wurde der langjährige Spiegel-Chefredakteur Erich Böhme, dessen Ziel eine "liberale Hauptstadtzeitung" ist, die nicht nur dem Westberliner Tagesspiegel und Springer Konkurrenz machen, sondern berlingemäß sich überregional ausbreiten soll. (vgl. Die Zeit, 19.10.90) Damit dürfte die wöchentliche Podium-Seite, eine Einrichtung aus der Zeit des Runden Tisches, die in Eigenverantwortlichkeit von Vertretern der Bürgerbewegungen erstellt wird, bald dasselbe Schicksal ereilen wie alle anderen Relikte aus dieser Zeit.

Beim Verkauf des Berliner Verlages wurde eigentlich eine Beschäftigungsgarantie von drei Jahren sowie die Weiterführung der bestehenden Titel ausgehandelt. Wie das zu verstehen ist, wurde jedoch umgehend an der Frauenzeitschrift als Exempel statuiert. Mühsam hatte sich die DDR-spießige, linientreue Für Dich zu einem sozialkritischen Magazin gewandelt - was jedoch nicht im Interesse der neuen Herren lag. Zwecks Verdreifachung der Auflage wurden vollendete Tatsachen geschaffen. Die ehemalige Tina- Chefredakteurin brachte als neue "stellvertretende" Chefredakteurin ihr Konzept als Paket mit: das altbekannte Einheitsblatt - diesmal kapitalistisch - mit schöngefärbtem Frauenbild, G+J hat schließlich Erfahrungen. Für Dich ist nicht wiederzuerkennen: statt Reportagen über reale Probleme rundum "Schöner Leben". Die Redakteurinnen, denen es zu bunt wurde, stiegen selber aus.

Die zweite Gleichschaltung wurde mit Wirkung zum 3.12.90 an der Berliner Zeitung am Abend (BZA) vollzogen. Das einzige "linke" Boulevardblatt heißt nun Berliner Kurier am Abend. Dieser "BKA" wird sicher seinem Namen durch Jagd auf Linke Ehre machen. Im Vergleich mit Springer ist er dezent reißerisch, aber anti-PDS-Kurs und Möchte-gern-Porno- Fotos sind bereits in der Nullnummer unübersehbar. Der Kurier wirbt offen, er habe "keine Altlasten mitzuschleppen", die Redaktion sei neu zusammengesetzt worden. Chefredakteur Wieland Sandmann, der auch schon im Springerverlag tätig war, hat für G+J die Dresdener und Chemnitzer Morgenpost mit aufgebaut und wird seine Erfahrungen mit Ost-Lesebedürfnissen in die spezifische Berliner Marktsituation einzubringen wissen. Die Zerschlagung der BZA sollte nicht unterschätzt werden. Diese einzige Nachmittagszeitung wurde massenhaft nach Feierabend gelesen, vor allem in der S- Bahn. Der politische Informationsgehalt trotz aller Kürze sowie die relativ linken Positionen gingen an den Rand dessen, was so ein Blättchen hierzulande schreiben kann. Anknüpfend an den Gewohnheiten der Menschen hätte sich die BZA mit ihren täglich 140.000 Auflage-Exemplaren bei wieder steigender Tendenz durchaus selbständig halten können; der Verlag hat also auch eine politische Entscheidung gefällt. Eine ähnliche Zeitung wird es so schnell nicht wieder geben können.

In Westberlin beherrscht Springer knapp 80% des Zeitungsmarktes, hat allerdings keinen besonders geeigneten Ausgangspunkt für eine überregionale seriöse Hauptstadtzeitung. Dafür wird Bild millionenfach in der DDR vertrieben. Springer ist über den Ullstein-Verlag beim ehemaligen LDPD-Zentralorgan Der Morgen eingestiegen, nachdem dieses mit der Berliner Allgemeine, früher Nationalzeitung (NDPD), fusioniert hatte. Die Zeitung steht dennoch vor der Pleite. An die ebenfalls bedrohte Neue Zeit der CDU hat sich die FAZ rangemacht. Für Springer könnte sich vor allem die 50-prozentige Beteiligung am Sportverlag lukrativ entwickeln. Dort erscheinen mit der Tageszeitung Deutsches Sportecho und der Fußballwoche die beiden wichtigsten DDR-Sportpublikationen.

Der galoppierenden Pressekonzentration wird von den etablierten Tages- und Wochenzeitungen voraussichtlich nur das Neue Deutschland entgehen, da dieser Titel sich wirklich nicht zum Aufkaufen eignet.

Von den überregionalen Tageszeitungen existiert auch noch die Tribüne, Ex-FDGB-Organ, die allerdings am ehesten IG-Chemie-kompatibel zu sein scheint. Beispielsweise kommentierte sie den Eisenbahnerstreik auf der Titelseite so: niemand streike gegen wirtschaftliche Vernunft, es gehe um Interessenausgleich; statt Kampfkraft lauter Entschuldigungen. Und zwei Wochen nach den harten Häuserkämpfen brachte die Tribüne eine aalglatte Reportage über die "einheitliche Polizei" in Berlin, Bullenalltag in Ost und West. Zugute halten könnte man den Redakteuren lediglich, daß sie ganz einfach die Stimmung im Land widerspiegeln: ducken, brav sein, statt Zweifel und Angst Zuversicht zeigen und auf kohldicken Wirtschaftswunder-Einheitssegen warten.

Gemessen an den anderen Zeitungen ist das ND, abgesehen von der noch nicht geschluckten Jungen Welt, nahezu radikal. Eigentlich ist es voller Pannen, Lücken, Parteitreue und Biederkeit, im Westen also nur für DDR-Fans und Spezialisten lesbar - vorausgesetzt, sie bekommen es überhaupt irgendwo. Trotzdem ist festzustellen, daß sich das ND langsam verbessert. Einen deutlichen Lerneffekt brachten die Ereignisse um die Mainzer Straße. Gerade die scharfen Artikel wurden von den meisten LeserInnen positiv aufgenommen und zeigten im Ansatz, daß sich das ND durchaus mehr trauen kann. Auch ist die abstrakte Einsicht, sich abheben zu müssen von den anderen, um bestehen zu können, sich also nach links profilieren und gleichzeitig mehr öffnen zu müssen, was nicht ohne Einbeziehung von westlinken Perspektiven gehen wird, in der Redaktion schon vorhanden. Dies ist allerdings sicher nicht unumstritten. Für die Einmischung mit kontroversen Standpunkten ist zunächst einmal die Forum-Seite am Wochenende vorgesehen. Außerdem soll ein Netz von freien Mitarbeitern aus Westdeutschland aufgebaut werden.

Wenn aus dem ND eine stabile "sozialistische Tageszeitung", wie der Untertitel lautet, werden soll, wäre noch einiges zu tun. Es ist kein Geheimnis, daß das ND in einer ziemlich großen Klemme steckt. Die Grabrede des Spiegel-Redakteurs vom 3.12.90 ist allerdings nicht nur verfrüht sondern auch schlecht recherchiert. Die ND-Chefs Spickermann und Oschmann bringen gemeinsam im ND vom 5.12.90 eine Erwiderung in eigener Sache. Noch ist das ND nicht gescheitert, es könnte sogar zur einzigen überlebenden DDR-Zeitung werden.

Seit Zentralorgans-Zeiten sank die Auflage von 1,1 Millionen auf heute 214.000. Zwar waren die letzten Wochen stabiler, aber weitere Einbrüche u.a. wegen des Finanzskandals sind nicht unwahrscheinlich. Aus ökonomischen Gründen sollen zum 31.3.91 von den derzeit 140 Journalisten ca. 50 entlassen werden.

Das ND wird nicht von der PDS finanziert, die Partei ist jedoch alleiniger Gesellschafter. Die Parteigremien reden nicht mehr rein, wichtige Entscheidungen werden direkt in der Redaktionsleitung getroffen. Übermäßige Parteitreue resultiert also schon lange nicht mehr aus dem Druck der Hierarchie, sondern aus Gewohnheit. Wenn man bedenkt, daß im wesentlichen Journalisten das ND vollschreiben, die länger als ein Jahr dabei sind, wird der notwendige Lernprozeß deutlich. Der Weg vom formelhaften Sprachrohr der Herrschenden zur linken Oppositionszeitung, zu Kritik, Unangepaßtheit und Widerstand ist ziemlich weit und nicht jedermanns Sache. Früher konnten alle Bequemlichkeiten damit entschuldigt werden, nicht anders zu dürfen. Inzwischen müssen etliche Genossen laufend über ihren eigenen Schatten springen. Kein Wunder also, daß das ND allzu träge wirkt, und daß von den vermutlich heißen internen Diskussionen wenig nach außen dringt.

Zunehmend langweilig wirken die exemplarischen Beweise aus der Westlinken über die Schlechtigkeit der PDS und des ND. Sie folgen immer dem selben Stickmuster, das plakativ auf Reproduktion von Vorurteilen, nicht jedoch auf differenzierte und widersprüchliche Lernprozesse setzt. Es wäre ein Leichtes, die verbalradikalen Besserwisser mit einem Berg haarsträubender Beispiele aus "linken" DDR-Publikationen zu versorgen, aber wem nützt das alles? Der Feindbild-Journalismus von Konkret und anderen geht, dem Spiegel vergleichbar, stur an der DDR-Realität vorbei.

Was Ost- und Westzeitungen immer noch gleichermaßen vermissen lassen, ist der konstruktive Streit miteinander - Kommunikation statt Kommentare. Die jeweiligen Leser hätten sich dann mit einigen ungewohnten Äußerungen auseinanderzusetzen. Ob das Neue Deutschland oder die Wessis träger sind?

ma., Berlin

30. Berlin, Die Mainzer Straße - Chronologie der Ereignisse vom 12.-14. November

Rubrik: Staat, Innere Sicherheit; Aktionen / Veranstaltungen; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:37

12. November

7.00 Uhr: Die Bullen räumen die besetzten Häuser in der Pfarrstraße 110 und 112 und Cortheniusstraße 16.

Eine vorherige Räumungsaufforderung wurde den BesetzerInnen nicht mitgeteilt.

11.00 Uhr: Die BesetzerInnen der Mainzer Straße brechen zu einer kurzen Solidaritätskundgebung auf der Frankfurter Allee auf, wobei zum Schutz vor aufgebrachten Autofahrern zwei kleine Baustellengitter auf die Straße gestellt werden. Unter dem Motto "Räumt die Knäste, nicht die Häuser" zogen wir ca. 15 Minuten durch den Friedrichshainer Kiez. Als wir zurückkamen, standen vor der Mainzer auf der Frankfurter Allee zwei Hundertschaften Bullen und ein Wasserwerfer. Die Straßenabsperrungen hatten sie schnell wieder abgebaut. Da wir ca. 50 Leute waren, zogen wir uns angesichts des Bullenaufgebots wieder in unsere Häuser zurück.

12.00 Uhr: In die nun fast leere Straße drangen ca. 20 Bullen ein, schossen Tränengas, ein Wasserwerfer folgte und beschoß wahllos rechts und links die Wohnungen. Bereits bei diesem ersten Angriff schossen die Bullen in das Kinderzimmer einer "normal" gemieteten Bürgerwohnung, wo ein einjähriges Kind mit 40°C Fieber im Bett lag. Mittlerweile war der Bezirksbürgermeister von Friedrichshain, Helios Mendiburu eingetroffen, um mit uns zu verhandeln, nachdem er bereits mit den Bullen verhandelt hatte. Diese hatten ihm zugesichert, sich zurückzuziehen. Als er wieder aus der Straße raus wollte, wurde er mit Tränengas und Wasser beschossen.

15.00 Uhr: Die Bullen zogen sich zurück. Wir begannen nun, kleine Straßenabsperrungen zu bauen, um die Häuser vor weiteren Wasser- und Tränengasangriffen zu schützen.

17.00 Uhr: Pressekonferenz im Antiquariat in der Mainzer. Wir betonten unsere Verhandlungsbereitschaft und, daß wir die Barrikaden abbauen werden, wenn die Bullen aus dem Kiez verschwinden und wir eine schriftliche Nichträumungsgarantie bekommen.

20.00 Uhr: Ein neuer Angriff der Bullen erfolgt ohne Warnung. Niemand wurde aufgefordert, die Straße oder die Häuser zu verlassen. Mendiburu, der wiederum zwischen Einsatzleitung und BesetzerInnen zu vermitteln suchte, wurde abermals vom Wasserwerfer getroffen. Ein Initiativkreis von Abgeordneten der Bezirksverordnetenversammlung (BVV), Prominenten (Bärbel Bohley) und AnwohnerInnen hatte sich gebildet, um für eine friedliche Lösung einzutreten.

Den ganzen Abend über wurde die Mainzer Straße (...) mit Tränengas, Kotzgas (CN/CS), Blendschockgranaten und Wasserwerfern beschossen. Es gelang den Bullen jedoch nicht, in die Mainzer einzudringen - zur Verteidigung wurden Steine und Mollis geworfen.

Mendiburu spricht mit dem Einsatzleiter, der ihm sagt, daß er hier nichts mehr zu melden habe.

23.00 Uhr: Auf der Frankfurter Allee bilden sich zwischen Barrikaden und Bullen eine Abgeordnetenkette, um gegen den massiven Polizeieinsatz zu protestieren und eine friedliche Lösung des Konflikts zu erreichen. Die Promikette (...) wurde von einem Wasserwerfer gesprengt. Doch immer wieder zog die Promikette schützend vor den Barrikaden auf.

13. November

3.00 Uhr: (...) Da in der Mainzer und den umliegenden Straßen ca. 1500 Menschen solidarisch mit den BesetzerInnen kämpften bzw. sich vor die Bullen stellten, drangen diese nicht in die Mainzer (...) vor.

Erst jetzt erreicht Bärbel Bohley nach endlosen Gesprächen, daß sich die Polizei zurückzieht. Sie bleiben jedoch die ganze Nacht und den ganzen nächsten Tag im Kiez. Nach dem Abzug der Bullen räumten die BesetzerInnen in Zusammenarbeit mit der Straßenreinigung die Frankfurter Allee von den Barrikaden frei. Dies war die Erfüllung des "Waffenstillstands", den Bärbel Bohley erreicht hatte.

7.00 Uhr: Jetzt begannen die Versuche der Aufklärungsarbeit und Unterstützung. Bärbel Bohley meldete sich dauernd bei Pätzold an. Den persönlichen Kontakt mit der Bevölkerung suchten wir in unzähligen Gesprächen und berichteten über Megaphon über die Ereignisse der letzten Nacht und des letzten Tages. Um 11.00 Uhr Straßenplenum, wo einhellig beschlossen wurde, alles Menschenmögliche zu unternehmen, um den bevorstehenden BürgerInnenkrieg und anschließende Räumung zu verhindern. Den ganzen Tag über gaben wir unzählige Interviews, um unsere Verhandlungs- und Gesprächsbereitschaft zu bekunden.

17.00 Uhr: Gegen Einbruch der Dunkelheit erhielten wir die Meldung, daß die Bullen um 5.00 Uhr geweckt werden sollten und BGS, GSG und SEK-Einheiten unterwegs seien. (...) Daraufhin wurde verstärkt der Barrikadenbau fortgesetzt, da offensichtlich mit einer Räumung zu rechnen war, obwohl Pätzold die Nacht vorher noch über Rundfunk verlauten ließ, daß er nicht vorhabe zu räumen.

Super war die Unterstützung von außen. Wer/welche nicht selbst mit uns kämpfen wollte, der/die half uns doch auf mannigfaltige Art und Weise. Ein Architekt erklärte uns, wie die Gräben beschaffen sein müßten, damit kein Räumfahrzeug mehr durchkommt, Bauarbeiter erklärten uns den Gebrauch eines Preßlufthammers und eines Baggers. Ein Bürger stellte einen Lautsprecher in sein Fenster, damit die Nacht des Barrikadenbaus wenigstens von guter Musik begleitet war.

14. November

3.45 Uhr: In der Mainzer Straße 23 (Mietshaus) wurde ein Kellerbrand entdeckt. Der Verantwortung voll bewußt, daß ein Löschzug nicht durch die Barrikaden käme, begannen sofort fieberhafte Löschaktionen mit Sand, Wasser und Feuerlöschern.

Als die Feuerwehr kam, wurde sie natürlich in keinster Weise behindert. Die Vermutung, daß dieser Brand Sabotage war, verfestigte sich immer mehr. Das letzte noch funktionierende Telefon der besetzten Häuser war bei Brandbeginn von außerhalb abgestellt worden. Es funktionierte erst wieder, als der Brand gelöscht war. Ebenso erschienen just im gleichen Moment Dokumentationsteams der Bullen auf den Dächern der Frankfurter Allee gegenüber der Mainzer, um mit Mikros und Kameras die Anzahl der in den Straßen befindlichen Menschen festzuhalten.

6.00 Uhr: Die Bullen stellen sich mit allem, was sie haben, an allen Zugängen zur Mainzer auf. Nun beginnt der BürgerInnenkrieg. CN/CS-Gas wird massiv eingesetzt. Ebenfalls Wasserwerfer, Gummigeschosse (in Berlin verboten - nur in Bayern erlaubt) und - scharfe Munition!!!

Eine Menschenkette, die "Keine Gewalt" und "Keine Räumung" forderte, formierte sich vor den Barrikaden der Boxhagener Straße. Sie wurde von den Bullen abgedrängt, die daraufhin die erste Barrikade abräumten. Daraufhin rückte ein Wasserwerfer und Räumfahrzeug an, um die weiteren Barrikaden abzuräumen. Die Menschenkette wurde dabei vom Wasserwerfer weggespritzt. Einen Durchgang auf dem BürgerInnensteig, den wir für die BürgerInnen freigelassen hatten, nutzten die Bullen, um zu Fuß von der Boxhagener in die Mainzer einzudringen, wo sie von Steinen und Mollis empfangen wurden. Das erste Räumfahrzeug war schon im ersten Graben steckengeblieben und mußte wieder rausgezogen werden. Daher kam über Megaphon der Befehl, zu Fuß in die Mainzer einzudringen. Gegen den nun einsetztenden Steinhagel schützten sich die Bullen mit 2 x 1 Meter großen Schilden. Gleichzeitig stiegen SEK-Einheiten auf die Dächer, um von dort in die Häuser einzudringen. Doch zuvor schossen sie erstmal auf die Menschen, die auf den Dächern standen - mit Gasgranaten und Gummigeschossen, wobei ein Absturz mit Todesfolge billigend in Kauf genommen wurde. Diese SEK-Einheiten waren trotz Vermummungsverbot vermummt mit Haßkappen.

9.00 Uhr: Die letzten Kämpfenden flüchteten, die anderen hatten sich schon vorher in die Häuser zurückgezogen, da sie diese nicht im letzten Moment aufgeben wollten und warteten nun auf ihre Verhaftung.

Von wegen "Mann gegen Mann". Zig Frauen waren unter den ersten Festgenommenen, die jeweils von 5-10 Bullen zusammengeschlagen und dann abgeführt wurden. Gegen die permanenten Angriffe von Neonazis waren die Häuser ganz gut gesichert, so daß die Bullen z.T. mehrere Stunden benötigten, um die Häuser zu erstürmen. Die Menschen in den Häusern kochten sich eine letzte "Henkersmahlzeit", saßen zusammen in den Gemeinschaftsräumen und trösteten sich. Als die Bullen dort eintrafen, wurden die Menschen mit unvorstellbarer Härte und Brutalität behandelt. In zwei Häusern, die, wo SEK-Einheiten die Menschen festnahmen, spielten sich besonders blutige Szenen ab. Alle wurden mit Tritten auf den Kopf zu Boden

gezwungen, Frauen in den Unterleib getreten, so daß ein Milzriß (zwei Tage Intensivstation mit Lebensgefahr), eine Leber-Gallen-Stauchung (Vergiftungserscheinungen mit Lebensgefahr) und schwere Unterleibsblutungen zu verzeichnen waren. Ganz zu schweigen von den Knochenbrüchen und schweren Gehirnerschütterungen, Platzwunden und Prellungen, die den BesetzerInnen und UnterstützerInnen zugefügt wurden, obwohl selbst der Polizeibericht nur in einem Fall von Widerstand redet. Eigentlich wurden alle Festgenommenen verletzt. Dabei blieben die Insassen des Tuntentowers noch halbwegs verschont, da in ihrem Haus viel Prominenz anwesend war, so daß sich die Bullen nicht trauten, ihre Prügelorgie abzuziehen. Von AnwohnerInnen wurde beobachtet, wie Menschen unverletzt in die Häuser gingen und sie schwerverletzt, blutüberströmt wieder verließen. Die Bullen standen in den Häusern Spalier, das die Gefangenen passieren mußten, wobei es zu sexistischen Übergriffen gegen Frauen kam. Ebenso wurden die Gefangenen die Treppe hinuntergestoßen.

Die Verhaftungen dauerten bis ca. 15 Uhr an, währenddessen sangen die Gefangenen "Keine Macht für niemand" und "Der Traum ist aus". Die Bullen dagegen sangen "We are the champions". Außerdem trommelten sie gegen die Rolläden und Plastikschilde, um ihren "Sieg" zu feiern. Tränengas wurde in die Wannen geschossen.

15.00 Uhr: Die Verhafteten sind abgeführt. Die halbe Mainzer wird mit hohen Gittern abgesperrt.

15. November

AnwohnerInnen beobachten in der Nacht die Siegesorgien der Bullen. Sie spielen Fußball, singen Lieder, lachen und geiern, klauen den Sekt aus der Nr. 4 und das Bier aus der Nr. 7 und feiern Feten.

8.00 Uhr: Die Demolierungsmaßnahmen beginnen. Mobiliar, Geschirr, Bücher, Stereoanlagen fliegen aus den Fenstern. Antiquitäten werden mit der Axt zertrümmert und aus dem Fenster geschmissen. Die Bevölkerung zu Plünderungen aufgefordert.

Straßenplenum Mainzer Straße

(Die Chronologie haben wir - leicht gekürzt - der "PROWO" Nr. 8 entnommen.)

31. Ein kalter Herbst in diesem Jahr, von Marion Seelig

Rubrik: Staat, Innere Sicherheit; Aktionen / Veranstaltungen; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:34

Ich stolpere im Dunkeln über ausgehobene Gräben, aber sofort hilft mir ein Schwarzvermummter weiter. Es ist nicht ungefährlich, sich gleich hinter der Barrikade aufzuhalten.

Als wir uns Montag abend im Max-Hölz-Antiquariat für DDR-Literatur in der Mainzer Straße treffen, herrscht Bürgerkrieg. Von dicken Tränengasschwaden eingenebelt, versuchen die Wenigen aus den Bürgerbewegungen, von der PDS und der SPD-Basis Friedrichshain, die hier nach den schweren, von der Polizei provozierten Ausschreitungen vom Nachmittag zusammengekommen sind, noch einmal nach vorne zwischen die Front zu gehen.

Dieser Versuch scheitert, wie auch schon mehrere andere, in Steinhagel, Gas und an der Entschlossenheit der Ordnungskraft, eine gewaltsame Lösung für die besetzten Häuser durchzusetzen. Die Vermittlungsversuche scheitern auch daran, daß sich die Einsatzleitung nicht ohne eine politische Entscheidung zurückziehen kann oder will und daß Innenstadtrat Krüger sich für nicht zuständig erklärt. Der wohl letztlich verantwortliche Innensenator Pätzold ist nicht zu erreichen - die Polizei versucht jetzt von der Frankfurter Allee aus einen Angriff mit Wasserwerfern, der aber an der dort errichteten Barrikade zum Stehen kommt.

Barrikaden, Straßenkampf mitten in Berlin, wo noch vor knapp einem Jahr zig Tausend auf die Straßen gingen, Politbüro und Regierung hinwegfegten ohne daß ein Schuß fiel, ohne daß sich Volkszorn gewaltsam entlud. Aber ein schwacher, zerbröckelnder Staat besitzt auch kaum noch ein Gewaltmonopol - inzwischen hat uns ein starker Staat "heimgeholt", und wir spüren es, wenn wir den Wasserwerfern, Räumpanzern, Kreuzritter-Rüstungen hilflos gegenüber stehen. Hilflos mit unseren Worten, hilflos mit unserem Politikanspruch und unserer Gewaltlosigkeit.

In der Boxhagener Straße brennt es. Neben einem zum Wall gewordenen Straßenbahnzug flammt und rußt ein Trabi - ostdeutsches Symbol - zum Himmel.

"Würden hier nur ein paar tausend Menschen vor unseren Häusern stehen, dann würden wir keine Barrikade brauchen und keinen einzigen Molli", sagt ein Autonomer.

Aber die Menschen vom letzten Herbst sind nicht mehr da. Schon gar nicht für andere, die fremd, bunt und laut sind, wie die Tunten aus dem Forellenhaus, Mainzer 4. Unauffälligkeit, Angepaßtsein an neue Normen, das ist der Zeitgeist. Wenn die Angst um Arbeitsplatz und Wohnung und die Sorge um den Verlust der gewohnten Sicherheit umgehen, dann ist sich jeder selbst der Nächste.

Wir bleiben bis zum Morgen, bis die Auseinandersetzungen eingestellt sind. Der Polizei ist es nicht gelungen, in die Mainzer Straße einzudringen. Doch weiß jeder, daß es letztlich ein ungleicher Kampf ist. Am Dienstag werden die Barrikaden verstärkt, die Gräben tiefer gegraben. Solidarität kommt von vielen Jugendlichen aus der ganzen Stadt und auch von Anwohnern. Kommt es zur gewaltsamen Räumung, dann werden die inzwischen festungsähnlich gesicherten Häuserzeilen vielleicht eine halbe Stunde länger standhalten. Der Jubel über den Rückzug der letzten Nacht ist zu früh.

Die Mainzer Straße war ein Modell. Vielleicht sollte gerade dieser Ansatz zerschlagen werden? Es gab hier im Stadtbezirk Friedrichshain einen Runden Tisch für BesetzerInnen und AnwohnerInnen. Konflikte wurden ausgetragen, dabei lernte man sich gegenseitig kennen. In den besetzten Häusern gab es eine Volksküche, die von vielen alten Leuten genutzt wurde, ein Kinderspielplatz wurde gebaut, es gab ein Café und das Antiquariat mit vielfältigen Veranstaltungen. Während der Straßenschlacht und solange die Wege aufgerissen waren, sollte ein Einkaufsdienst für die Anwohner organisiert werden. Dazu kam es nicht mehr. Vielleicht war es auch von besonderer Bedeutung, daß die Mainzer Straße mit ihrer zentralen Lage an der Frankfurter Allee ein Filetstück für Bodenspekulation und Nobelsanierung darstellt?

Vielleicht war es auch nur ein Wahlkampf-Coup, der im Zweifelsfalle über Leichen geht, mit dem die SPD beweisen wollte, daß sie Law and Order genauso kann wie die Konservativen? Noske läßt grüßen. Die Antworten nutzten nichts mehr.

Nach vielen offiziellen Beteuerungen, daß die Mainzer Straße nicht geräumt werde, die Wohnungsbaugesellschaft wußte noch am Tag zuvor nichts von einer Räumungsklage, die die Polizei zum Eingreifen ermächtigt hätte, wurde in den frühen Morgenstunden des Mittwoch mit einem noch nie gesehenen Aufgebot an Polizei aus dem Westteil der Stadt, aus Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, Faust in Faust mit dem Bundesgrenzschutz und allen nur denkbaren Sondereinheiten, gestürmt.

Die Frankfurter Allee ist in beiden Richtungen gesperrt, die U-Bahn hält nicht mehr in der Samariter Straße. Heulende Einsatzfahrzeuge, Krankenwagen, Räumpanzer, Sperrketten bestimmen im weiten Umkreis das Bild. Schweres Gerät fährt gegen die schwer einnehmbare Barrikade an der Frankfurter Allee. Ein Gerüst, auf dem viele Besetzer stehen, wird damit zusammengerissen. Wasserwerfer sind unterschiedslos auf alle Häuser gerichtet, und Gasgranaten werden auf alles geschossen, was sich im Dunklen und später im Zwielicht bewegt.

Ich stehe irgendwann am Morgen, als Sondereinheiten bereits die ersten Dächer geräumt haben, von der Scharnweberstraße aus kommend, in der verwüsteten Mainzer. Es ist Krieg. Die Polizei nimmt Haus um Haus ein, ohne daß es noch Gegenwehr gibt. Statt Molotow-Cocktails kommen aus den zerschlagenen Türen Wolken von Tränengas. CS - die Lungen ätzend und Übelkeit hervorrufend - steht in der Luft. Die ersten Häuser sind leer. Drei junge schmächtige Männer werden von einem Sturmtrupp herausgetrieben. Mit Knebelketten und auf den Rücken gedrehten Armen werden sie zu den Einsatzfahrzeugen gezerrt. Drinnen im Hausflur hatte man sie vorher die Treppe hinuntergestoßen und geschlagen; wir Journalisten sehen es durch die geborstenen Scheiben der Eingangstüren. Unsere bloße Anwesenheit bietet dem einen oder anderen ein bißchen Schutz. Aber hinein in die Häuser dürfen wir nicht.

Die Besetzer und Besetzerinnen haben sich in einige wenige Häuser zurückgezogen. Vielen ist inzwischen auch die Flucht aus dem Kessel geglückt, fremde Menschen, entsetzt vom Vorgehen des Staates, haben geholfen. Bis auf die schwerbewaffneten Einheiten ist die Straße menschenleer. Eine gespenstische Kulisse, eine eigenartige Stille, in die nach dem Kampfgeschrei der sogenannten Ordnungshüter mit einem mal das Lied von "Ton, Steine, Scherben" aus dem Haus Nr. 4 dringt: "Das ist unser Haus..."

Was wird aus einer Generation, die diese verzweifelt ohnmächtige Erfahrung macht?

Schließlich werden die Häuser gestürmt, in denen sich auf den Böden die restlichen Hausbesetzer und Sympathisanten verbarrikadiert haben. Sie ergeben sich. Doch kaum einer kommt unverletzt aus den Häusern. Spießrutenlauf für halbe Kinder. Ich denke immer wieder, wie gut, daß mein Sohn gerade heute nicht hier ist. Wie wird es beim nächsten Mal sein?

Vor den Einsatzwagen werden die zum Teil unter Schock stehenden Jugendlichen zusammengetrieben. Ein Freund erkennt mich im ersten Moment nicht, ein anderer steht mit gespreizten Beinen an der Wand , und das Blut rinnt von seinem Hinterkopf. Als schließlich Schwerverletze auf Tragen von autonomen Sanitäterinnen durch den Polizeikordon gebracht werden, höre ich immer wieder: "Na, geht's dir jetzt gut?" Meine eigene Verzweiflung kann ich kaum unterdrücken, und nicht nur das Gas reizt mir Augen und Magen. Drinnen wird das Inventar zerschlagen, Kinderspielzeug, Bücher, Kleidung fliegen auf die Straße. Den Bewohnern der besetzen Häuser bleibt nichts, bis auf die Strafverfahren, die voraussichtlich bei den meisten auf Landfriedensbruch lauten werden.

Leute stehen auf der Straße herum, und sagen: "Diese Chaoten sollte man alle vergasen oder wenigstens ins Arbeitslager..."

Die Wahl ist jetzt vorbei, der SPD hat ihr Muskelspiel nichts genutzt. Wenn einer denn Recht und Ordnung will, dann von denen, die schon immer als Konservative dafür zuständig sind. Die Mainzer ist noch abgesperrt, es gab und gibt Demonstrationen, Benefiz-Konzerte, einen Initiativkreis, der sich Strategien zur Rettung der Häuser ausdenkt, Patenschaften für die bedrohten Besetzerinnen und Besetzer. Wirkliche Alternativen aber verschwinden fast ins Reich Utopia.

Es ist ein kalter Herbst in diesem Jahr, es ist wenig geblieben von unserer Hoffnung und unserem Stolz. Die Politik, von der wir dachten, daß wir sie nun in die eigenen Hände nehmen, wird von anderen gemacht. Was bedeutet für die Mächtigen ein kleiner Stadtbezirksbürgermeister oder östlicher Volksvertreter, man hört sie

nicht einmal an. Ihre Erfahrungen von Gewaltlosigkeit werden inzwischen als Anachronismus auf den Haufen der anderen Erfahrungen des Herbstes '89 geworfen.

32. Presseerklärung des Antiquariats für DDR-Literatur, ehemals im Tuntenhaus Forellenhof, Mainzer Straße 4, 0-1035 Berlin

Rubrik: Staat, Innere Sicherheit; DDR-Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:29

Im Rahmen des Bürgerkriegseinsatzes gegen die 13 besetzten Häuser in der Mainzer Straße ist auch das Antiquariat für DDR-Literatur im Tuntenhaus Forellenhof geräumt worden. Aufgrund der Verankerung des Antiquariats im politischen Kampf der besetzten Häuser um menschenwürdigen und bezahlbaren Lebens-, Wohn- und Arbeitsraum und der besonderen Ausrichtung des Antiquariats auf die Bewahrung eines Teils der Literatur und Kultur der DDR war das Antiquariat zwangsläufig auch mit Ziel des polizeistaatlichen Angriffs auf die Straße.

Die Polizeiführung konnte zu einer Zusage bewegt werden, den Bestand des im Laufe der erfolgten Räumung unbeschädigt gebliebenen Antiquariats zu sichern und herauszugeben. Der Beginn des Abtransports wurde für den 15.11.1990 ab 14.00 Uhr verabredet.

In der Nacht zum 15.11. wurde das Antiquariat durch die Polizei vollständig verwüstet und das Bücherlager weitgehend zusammengetrampelt. Dabei entstand erheblicher Sachschaden an den Büchern und Schallplatten, die Bilder wurden von den Wänden geschlagen und der größere Teil des Mobiliars im Rahmen der allgemeinen Polizeiplünderungen des Eigentums der BesetzerInnen gestohlen. Eine Übersicht über den noch vorhandenen Bestand an Büchern, insbesondere aus den Verkaufsräumen und der öffentlichen Arbeitsbibliothek, ist gegenwärtig nicht möglich, da der Abtransport in keiner geordneten Form mehr erfolgen konnte. Diese mutwillige Zerstörung des Antiquariats entspricht den unmittelbar nach der Räumung von einer Vielzahl PolizistInnen vernehmbaren Kommentaren. Das Wüten der Polizei und anschließend der Bautrupps in den 13 geräumten Häusern ist folgerichtiger Ausdruck des erbarmungslosen Vernichtungswillens dieses Staates gegen jede Form des Widerstands und der Opposition, gegen jeden Versuch eines anderen, selbstbestimmten Lebens, das sich gegen die uneingeschränkte Herrschaft von Patriarchat und Kapital richtet.

Dieser gezielte, allen vorherigen Absprachen widersprechende Angriff auf das Antiquariat ist ein weiterer Beleg für den Auslöschungswillen der großdeutschen Invasoren gegen jeden Rest von Literatur und Kultur der DDR. Für uns folgt daraus, daß wir mit allen, mit denen wir bisher zusammengearbeitet haben, und noch viel mehr Menschen, die es betrifft, noch intensiver, noch leidenschaftlicher und noch erbitterter dieser akuten Bedrohung entgegentreten müssen, als wir das bisher getan haben.

Das Antiquariat für DDR-Literatur wird seine begonnene Arbeit fortführen. Wir benötigen für unsere weitere Arbeit dringend Unterstützung. Wir benötigen weiteren Lagerraum und unbedingt neue Verkaufsräume, um umgehend wieder eröffnen zu können. Wir bitten alle, die uns unterstützen wollen, sich mit Vorschlägen und Initiativen bei uns zu melden.

Antiquariat für DDR-Literatur

c/o Römlein

Fritschestraße 58

1000 Berlin 12

Tel.: (849/030) 3125351

Spendenkonten:

Sonderkonto "Häuser", Sparkasse der Stadt Berlin West, BLZ 10050000, Kontonummer 0670008346; Antiquariat für DDR-Literatur, Berliner Bank, BLZ 10020000, Kontonummer 0191562200

33. Wahlen in Berlin: Schwarz/Rot gegen Rot/Grün

Wahl in Berlin:

Rubrik: Wahlen; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:35

Es ist genau so gekommen, wie es kommen mußte, denn schon Wochen vor den Wahlen wurde quer zu allen Parteien von der Großen Koalition gemunkelt. Dietmar Staffelt, SPD-Fraktionsvorsitzender im einstigen Westberliner Abgeordnetenhaus, gab bereits im Oktober in der "Wirtschaftswoche" zum besten, daß die Übereinstimmungen mit der CDU größer seien als mit dem grünen Koalitionsanhängsel. Überraschend war jedoch, wie dicke es für die rot-grüne "Jahrhundertgelegenheit" (Christian Ströbele) kam; im Westteil der Stadt rutschte die SPD unter 30%, die AL von 11,8% auf 6,9%.

Dafür bekam Berlin ihr "Diepchen" wieder, jene Arroganz der Macht, die vor 2 Jahren - damals ebenso unerwartet - in die Opposition verbannt wurde. Der damalige Protest verteilte sich auf Stimmengewinne für die SPD und AL und auf die rechtsradikalen "Republikaner", die mit 7,5% ins Abgeordnetenhaus einzogen, während die FDP aus dem Parlament flog.

Was dann rund 20 Monate lang folgte, war eine rot-grüne Koalition, die sich "streitbar" nannte. Daß ausgerechnet die Westberliner AL, die bei den Grünen als linker Landesverband galt, die Kronzeugin für ein rot-grünes Projekt spielte, beendete die grünen Debatten um Koalition, Tolerierung oder Fundamentalopposition jäh. Diese Frage war ganz praktisch entschieden worden.

Das rot-grüne Koalitionsabkommen selbst entsprach einem Knebelvertrag mit eingebauten Disziplinierungsinstrumenten. Die AL mußte sich zum staatlichen Gewaltmonopol und der Freiheitsrolle der Nato bekennen, durfte ohne SPD-Genehmigung keine parlamentarischen Anträge einbringen, und in einer Art Clearingstelle, genannt Koalitionsausschuß, sollten Streitigkeiten bereinigt werden.

Noch viel entscheidender als das Abverlangen von Bekenntnissen war die praktische Politik dieses rot-grünen Senats; eine großspurig angekündigte, selbstverständlich ökologisch orientierte Arbeitsmarktpolitik fand nicht statt. Stattdessen wurden Krankenhäuser geschlossen bzw. dezimiert, eine Atomstromtrasse von der SPD durchgesetzt, die Bonner Sicherheitsgesetze übernommen.

Die AL ließ es geschehen, daß die SPD diverse Eltern als bezahlte Streikbrecher gegen die streikenden Erzieherinnen in den Kindertagesstätten anheuerte, den vereinbarten Gesetzentwurf zur Einführung des kommunalen AusländerInnenwahlrechts hinauszögerte, bis das Bundesverfassungsgericht dem Unternehmen den Garaus bereitete, die Ansiedlung des Daimler-Konzerns am Potsdamer Platz für'n Appell und 'n Ei sowie die Bewerbung um die Olympiade erfolgen konnte.

Für all das gab es dann einige grüne Furze (AL-Jargon: "Einsprengsel") wie ein paar Busspuren, eine Umweltkarte für den Öffentlichen Personennahverkehr, Tempo 30 sowie die Hinauszögerung der Betriebsgenehmigung für einen atomaren Forschungsreaktor; einige Autobahnen wurden nicht gebaut und die noble "Akademie der Wissenschaften" gegen die CDU-Proteste verhindert.

Spätestens, aber wirklich allerspätestens war die rot-grüne Sollbruchstelle im Sommer dieses Jahres erreicht, denn an den sich anhäufenden Streitpunkten um den Forschungsreaktor, dem kommunalen AusländerInnenwahlrecht, der Daimler-Ansiedlung und der Olympiade hätte sich der Bruch ebenso vermitteln lassen wie die Zustimmung der rot-grünen Koalition zum ersten Staatsvertrag. Zur Erinnerung: wenigstens die rot-grüne Koalition Niedersachsens stimmte dagegen.

Nein, stattdessen beschloß eine AL-Mitgliederversammlung noch Mitte dieses Jahres mit großer Mehrheit, daß es zur Regierungsbeteiligung "keine Alternative" gebe - ein fast schon absolutistisches Verständnis von bürgerlich-parlamentarischer Demokratie.

Nach dem Juni-Freibrief machte die regierende SPD mit den Grünen, was sie wollte: so ignorierte sie die Existenz dreier AL-Senatorinnen, in dem diese im Senat einfach überstimmt wurden, und ebenso nahm die SPD schon mal die Große Koalition vorweg; Olympiade, Daimler, Staatsvertrag passierten das Parlament gegen die Stimmen der AL, aber mit den CDU-Stimmen. Rot-grün quälte sich so dahin, statt Reformpolitik Krisenverwaltung. Diese Koalition, die einst unverhofft ans Regieren kam, erhielt die gesamte Zeit kaum

gesellschaftliche Zustimmung. Sie lag nach allen Umfragen immer um die 25-30%. Dem rechteren Wahlvolk paßten schon die Farben nicht, das rot-grüne WählerInnenpotential biß die Zähne zusammen, verkniff sich das Demonstrieren und folgte der klassischen Logik des "kleineren Übels". In der AL selbst kann mensch die verbliebenen Linken nur noch mit dem Elektronenmikroskop suchen, nachdem nicht nur die Ökosozialisten so nach und nach aus der Partei austraten, sondern auch prominente Mitglieder des "Linken Forums" (heute kritisch-solidarisch mit der PDS) und Linke wie Heidi Bischoff-Pflanz und Dieter Kunzelmann. Die beiden unterzeichneten kurz vor den Wahlen, zusammen mit anderen enttäuschten Igeln, noch einen Aufruf zur Wahl des Ostberliner "Bündnis '90". Was blieb, ist ein Torso einer ausgezehrten, nicht einmal mehr von der Substanz lebenden Partei.

Nach nur 20 Monaten ist das genaue Gegenteil dessen eingetreten, was AL-Parteivorstandsmitglied Willi Brüggen (rechter Rand des "Linken Forums") einst zur Begründung der rot-grünen Koalition anführte: mit der Zeit würde sich die SPD nach links hin transformieren. Nun ist man wohl nicht nur mit dem Latein am Ende.

Huch! Der Bruch der rot-grünen Koalition

Knapp 3 Wochen vor der Wahl dann der überraschende Ausstieg der AL aus der Koalition, als die SPD die besetzten Häuser in der Ostberliner Mainzer Straße mit äußerster Brutalität räumen ließ. Zweifelsohne ein Coup der SPD-Rechten um den Innensenator Pätzold, während Momper gerade in Moskau bei Gorbi weilte.

Nun ist die AL gar nicht gegen das Räumen besetzter Häuser - das hatte sie sogleich kurz nach dem Eintritt in die Regierung vorexerziert. Die AL akzeptiert strikt die "Berliner Linie", nach der besetzte Häuser binnen 24 Stunden zu räumen sind, wenn Strafanzeige seitens der Hausbesitzer gestellt wird.

Der Koalitionsbruch erfolgte also nicht wegen der Räumung und schon gar nicht aus Solidarität mit den BesetzerInnen, sondern aus dem ebenso schlichten wie staatstragenden Grunde, erstens nicht mit den Besetzern verhandelt und zweitens die AL nicht eingeweiht zu haben. Räumen kann die SPD, aber bitte nur mit Beteiligung der AL. Diese tat schwer beleidigt, erklärte den Ausstieg und kartete noch mit einem Mißtrauensantrag gegen den Regierenden Bürgermeister nach, nicht ohne jedoch 24 Stunden später zu versichern, die rot-grüne Koalition fortsetzen zu wollen, um nach 48 Stunden den Mißtrauensantrag gegen Momper wieder zurückzunehmen.

Der Koalitionsbruch, wenn ihn denn überhaupt jemand verstanden hätte, nutzte weder "rot" noch "grün". Der SPD liefen die WählerInnen scharenweise zur CDU über, die brutalen Häuserräumungen brachten ebenso wenig einen Stimmungsumschwung wie die rasche Erteilung der Betriebsgenehmigung für den Reaktor am Hahn-Meitner-Institut.

Die AL verlor nach allen Seiten; der Koalitionsbruch brachte ihr keine Stimmen von links, die längst mit dem bekannten Gorbi-Zitat operierten; und die AL verlor an die SPD, weil ihre rot-grüne Reformklientel das Bruchmanöver nur noch fassungslos hinnehmen mußten.

Große Koalition gegen ...

Die Große Koalition entspricht wohl dem Wunsch der großen Mehrheit der Berliner Bevölkerung. Das "Zusammenwachsen" des Westteils mit der ehemaligen Hauptstadt der DDR ist mit erheblichen Problemen verbunden. Hautnah, mit der U-Bahn jederzeit erreichbar, treffen hier immer noch zwei unterschiedliche Gesellschaften, Kulturen und Welten aufeinander. Die Einkommensunterschiede sind gravierend, die sozialen Probleme wie Arbeitslosigkeit und mangelnder Wohnraum groß. Berlin hängt nach wie vor am Bonner Subventionstropf, über die Hälfte der Haushaltsmittel kommen aus dem Bundesetat. Berlin als neues Bundesland soll nach den Bonner Plänen nicht nur auf diesen Teil der Subventionen verzichten, sondern auch auf die Berlinförderung für Unternehmen, aber auch für die abhängig Beschäftigten, die im Westteil eine 8%e Berlinzulage erhielten.

Die Erwartung, daß eine Große Koalition die genannten Probleme bewältigt, sind groß und zum Teil auch geweckt worden. So warb Diepgen mit der Parole der alten Arbeiterbewegung "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" und versprach eine sehr rasche Nivellierung der Lebensverhältnisse zwischen beiden Stadthälften. Die CDU besorgt das Geld aus Bonn und ködert das Kapital - die SPD sorgt für die soziale Abfederung, auf dieser Basis etwa speist sich die gesellschaftliche Legitimation für die Große Koalition.

... eine neue Oppositionskonstellation?

So richtig spannend wird es dagegen, wie und was sich da an linker Opposition herausbilden wird. Im Gesamtberliner Parlament erhielt die PDS 23 Mandate, die AL 12 und das "Bündnis '90" 11 Sitze. Während die AL, wie bereits gesagt, kräftig Federn lassen mußte - bei den gleichzeitigen Wahlen zum Reichstag erhielt sie übrigens noch weniger als die 6,9%, nämlich nur 5,3% - konnte sich das eher links angesiedelte "Bündnis '90" mit knapp 10% der Stimmen im Osten gut behaupten.

Gemessen an den DDR-Kommunalwahlen vom 6.5.90 ging der Stimmenanteil der PDS erneut zurück und belegt den Abwärtstrend; in Ostberlin verlor die PDS noch einmal 6,4% der Stimmen und wurde hinter der SPD und der CDU nur noch die drittstärkste parlamentarische Kraft. Im Paradebezirk Höhenschönhausen büßte die PDS über 10% ihrer Stimmen ein und kam auf 29,6%.

In Westberlin erzielte die PDS im Schnitt 1,1% der Stimmen - im Bezirk Kreuzberg kam sie auf stolze 4,3%. Harald Wolf, ehemals Mitbegründer der rot-grünen Koalition in Berlin und einst im "Linken Forum", unterbreitete nach den Wahlen - nunmehr als Berliner Abgeordneter der PDS - ein Angebot an das "Bündnis '90" und die AL, in der gemeinsamen Opposition zusammenzuarbeiten.

Dies wird jedoch nur mit einer entsprechenden außerparlamentarischen Unterfütterung und entsprechendem politischen Druck erfolgreich sein - die Voraussetzungen dafür sind in zweierlei Hinsicht nicht schlecht: zum einen liegen die Probleme gewissermaßen auf der Straße, zum anderen entfällt jede Rücksichtnahme auf das kleinere rot-grüne Übel, das sich übrigens hinsichtlich ihrer systemintegrativen Funktionen für die Herrschenden bestens bewährt hat.

Wenn nicht in Berlin, wo dann könnte es zur vielgenannten "Umgruppierung der Linken" kommen, bei der die PDS ganz praktisch mit all den Problemen oppositioneller, antikapitalistischer Politik konfrontiert sein wird?

D./Westberlin

34. Deutsche in Polen: "Brücke" oder "Brückenkopf"

Rubrik: Osteuropa, Osteuropapolitik; Geschichte des Faschismus; Polen · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:42

Mit Erstaunen und, je nach politischem Standort, mit Entsetzen oder Euphorie wurde das Abschneiden deutscher Kandidaten bei den polnischen Kommunalwahlen Ende Mai wahrgenommen: Im oberschlesischen Bezirk Opole gewannen drei Viertel der 500 deutschen Kandidaten ein Mandat. In 36 der 63 Gemeinderäten des Bezirks ist nun die deutsche Minderheit mit insgesamt 380 Abgeordneten präsent. In 25 - nach anderen Angaben lediglich in 18 - dieser Gemeinden erreichten deutsche Kandidaten gar die absolute Mehrheit.

Zum besseren Verständnis dieser Zahlen ist jedoch anzumerken, daß sie für Polen, einschließlich der "ehemaligen deutschen Ostgebiete", alles andere als typisch sind. Oberschlesien, und insbesondere eben der Bezirk Opole, war die einzige Region Polens, in der nach 1945 eine "deutschstämmige" Bevölkerung in erheblicher Anzahl zurückblieb. Der Bezirk hat insgesamt 1,2 Millionen Einwohner, verglichen mit einer Gesamtbevölkerung Polens von über 38 Millionen Menschen.

Über Ergebnisse deutscher Kandidaten außerhalb des Bezirks Opole wurden in der deutschen Presse keine Zahlen bekannt. Ob überhaupt noch weitere Mandate, außer den vielzitierten 380 in Opole, gewonnen wurden, ist zweifelhaft.

Daher macht es wohl Sinn, die aus ganz konträren Interessen künstlich aufgeblasene Zahl 380 zu der Tatsache in Beziehung zu setzen, daß bei den polnischen Kommunalwahlen im Mai insgesamt 52.000 Mandate zu vergeben waren. Hiervon sind höchstwahrscheinlich weniger als 1% an deutsche Kandidaten gegangen. Erschreckte oder frohlockende Spekulationen über einen "wachsenden politischen Einfluß der Deutschen in Polen" sind in diesem Zusammenhang also unbegründet.

Es muß außerdem berücksichtigt werden, daß die deutsche Minderheit im Bezirk Opole vornehmlich auf dem Lande lebt, und daß die Mandate ganz überwiegend in dörflichen Gemeinden gewonnen wurden. In der gleichnamigen Bezirkshauptstadt waren von vornherein überhaupt keine deutschen Kandidaten aufgestellt worden. Da Opole und das gesamte Oberschlesien keine Grenze zu Deutschland hat, ist auch die Schreckensvision wildgewordener Dorfbürgermeister, die ihren "Anschluß" proklamieren, nicht realistisch.

Überdies wäre es falsch, die gewählten deutschen Vertreter pauschal als Polenfeinde einzuordnen, obwohl sich diese am lautesten vernehmbar machen. Viele Deutsche kandidierten, wie damals der Presse zu entnehmen war, auf Grundlage von Wahlabkommen mit den Bürgerkomitees der Solidarnosc. "Um den Wahlen den Charakter eines nationalen Plebiszits zu nehmen, hatten sich die lokalen Gruppen darauf verständigt, der Minderheit von vornherein eine ihrem Bevölkerungsanteil in der jeweiligen Gemeinde entsprechenden Zahl von Ratssitzen nicht streitig zu machen." (FAZ, 6.6.90)

Wieviele sind es denn?

Wie groß ist insgesamt die Zahl der Menschen, die sich zur deutschen Minderheit in Polen rechnen? Nach maximalen Schätzungen, die vor allem von den Vertriebenen-Verbänden gepflegt werden, sollen es 350.000 in Opole sein - also mehr als ein Viertel der Bevölkerung des Bezirks -, 800.000 insgesamt in Schlesien, und 1,1 Millionen in ganz Polen. Das wären 2,9% der Bevölkerung Polens.

Sachliche Grundlagen für diese Zahlen gibt es nicht. Die polnischen Regierungen haben in der Vergangenheit bestritten, daß es überhaupt noch Minderheiten in Polen gibt, und haben dagegen die Propaganda-These von der "einheitlichen Nation" gesetzt. Offizielle Angaben aus Volkszählungen gibt es also zur deutschen Minderheit ebensowenig wie zu anderen Volksgruppen. So bewegen sich beispielsweise die Schätzungen über die Ukrainer in Polen zwischen 100.000 und 500.000.

Die einzige greifbare Behauptung ist, daß sich in eine von den "Deutschen Freundeskreisen" (DFK) in Oberschlesien organisierte Liste 350.000 Menschen als Angehörige der deutschen Volksgruppe eingetragen haben sollen. Die Sammlung für die Liste sei danach eingestellt worden. Für diese Zahl gibt es jedoch keinerlei Kontrolle oder gar amtliche Beglaubigung. Vorstellbar ist beispielsweise, daß "deutschstämmige" Greise ihre längst in der BRD lebenden Enkel eigenhändig auf die Liste setzten. Abgesehen von Mehrfach-Zählungen und

anderen Irrtümern ist auch jede Art von Fälschungen denkbar. Ganz und gar beliebig ist sodann die "Hochrechnung" von 350.000 auf 1,1 Millionen in ganz Polen.

Realer Ausgangspunkt für eine Schätzung könnte die Zahl von 125.000 Stimmen sein, die im Februar bei der Nachwahl zum polnischen Parlament im Bezirk Opole für den deutschen Kandidaten Krol abgegeben wurden. Damit kam er damals in der Stichwahl gegen die von Solidarnosc unterstützte Kandidatin auf 32% der abgegebenen Stimmen, bei einer Wahlbeteiligung von 54%. Da die deutsche Bevölkerung in Polen stark überaltert ist, somit einen höheren Anteil an Wahlberechtigten aufweist, außerdem in diesem Fall wohl eine höhere Wahlbeteiligung als die polnische Mehrheit hatte, scheint die Annahme realistisch, daß in Opole zwischen 20 und 25% sich der deutschen Minderheit zurechnen. Also maximal 300.000 Menschen, wahrscheinlich jedoch weniger. Demnach dürfte die Gesamtzahl der deutschen Minderheit in Polen heute wohl näher bei einer halben als bei einer Million liegen.

Wer ist "deutsch"?

Ich benutze hier durchgängig den Begriff "deutsch" ohne Anführungszeichen und ohne Wertung, ausschließlich der Selbstdefinition der Betroffenen folgend. Daß die Umgangssprache in den frisch entstandenen örtlichen Klubs der Minderheit, den Deutschen Freundschaftskreisen, zumeist polnisch ist, verweist bereits auf die Problematik der Definition. Auch das Wort "deutschstämmig" führt in die Irre, weil die heute noch in Polen lebenden Deutschen zu einem erheblichen Teil von Familien abstammen, deren nationale Zuordnung bereits mehrdeutig war und primär durch wechselnde politische Zwänge und Opportunitäten bestimmt wurde.

Insofern war die vom Präsidenten Jaruzelski 1985 gegebene Auskunft, in Polen existiere keine deutsche Minderheit mehr, nicht absolut aus der Luft gegriffen. Andererseits muß aber die Tatsache, daß seit diesem Statement über eine halbe Million polnische Bürger als "deutsche Aussiedler" in der BRD aufgenommen wurden, als praktische Widerlegung der kategorischen Stellungnahme Jaruzelskis ernstgenommen werten.

In den "ehemaligen deutschen Ostgebieten" (Stand 1937), die 1945 polnisch wurden, hatten etwa 8,4 Millionen Deutsche bzw. vom NS-Staat als Deutsche Deklarierte gelebt, davon 1,7 Mio. in Oberschlesien. Nach Massenflucht und Zwangsaussiedlung gab es um 1950 immer noch mehrere hunderttausend Deutsche oder "Deutschstämmige" in Polen, größtenteils in Oberschlesien, wo sie vor allem wegen ihrer Bedeutung als industrielle Arbeitskräfte geduldet wurden. Eine annähernd genaue Zahl der verbliebenen Deutschen läßt sich nicht geben, zumal die Kriterien der Definition strittig waren und sind. Maximale Schätzungen liegen bei über anderthalb Millionen. Offiziell wurden von der polnischen Regierung ab 1950 rund 250.000 Menschen als Angehörige der deutschen Volksgruppe anerkannt. Ihnen wurden weitgehende Minderheitsrechte gewährt: eigene Grundschulen, eine deutschsprachige Zeitschrift, deutsche Kulturgruppen, eigene Vereine. In den Jahren 1957-58 löste sich diese anerkannte Minderheit durch massenhafte Auswanderung in die BRD völlig auf. Um 1960 waren alle deutschsprachigen Einrichtungen eingestellt.

Seit dieser Zeit gab es nach regierungsamtlichem polnischen Standpunkt keine Deutschen mehr in Polen. Dennoch kamen in den 60er Jahren weitere 100.000 Aussiedler aus Polen in die BRD. Aufgrund einer im Herbst 1975 abgeschlossenen Vereinbarung wurde in der zweiten Hälfte der 70er Jahre ein erheblicher Anstieg der Auswanderung möglich. In den Jahren 1974 bis 1985 - als Jaruzelski verkündete, das Minderheitenproblem habe sich durch die Auswanderung endgültig erledigt - kamen weitere 300.000 "deutsche Aussiedler" in die BRD. Und seither noch einmal über 500.000. Insgesamt sind, seit Verschwinden der anerkannten deutschen Minderheit 1960, bis heute rund eine Million Menschen als Deutsche bzw. "Deutschstämmige" aus Polen in die BRD gekommen.

Die Autochthonen

Wie ist der Widerspruch zu erklären? Erstens ist ein erheblicher Teil der "deutschen Aussiedler" aus Polen ohne persönliche Dokumente oder mit gefälschten Papieren gekommen. Nach einer Pressemeldung von Anfang September sind bislang 4.000 Fälle gefälschter Dokumente aktenkundig. Nach Schätzungen haben sich Zehntausende polnische Einwanderer durch falsche Personalpapiere die Privilegien deutscher "Vertriebener" verschafft. Zweitens ist die Definition, wer denn nun Deutscher ist und wer nicht, umstritten. Die polnische Regierung hat in den ersten Nachkriegsjahren über eine Million ehemalige deutsche Staatsbürger, deren nationale Identität gemischt oder unklar war, zu "Autochtho- nen" umdeklariert. Also zu geborenen

Polen, die durch Nazi-Deutschland zwangsgermanisiert worden seien und nun zu ihrer wahren Abstammung zurückkehrten. Falsch war diese Interpretation wohl in der Mehrzahl der Fälle nicht. Das Nazi- Reich hatte tatsächlich viele Slawen oder Menschen mit gemischter Abstammung zwangsweise eingedeutscht, unter anderem mit Blick auf Rekrutierung zur Armee. - Andererseits verlief die Umdeklarierung nach dem Krieg unter Umständen, die eine freie Entscheidung kaum zuließen, da meist nur zur Wahl stand, sich zum "Autochthonen" erklären zu lassen oder die Zwangsaussiedlung in Kauf zu nehmen.

Aus der großen Gruppe der "Autochthonen" und ihrer Nachkommen, nicht aus der kleineren Gruppe der "anerkannten" Deutschen, die schon Ende der 50er Jahre durch Emigration verschwand, speist sich offenbar der Strom deutscher Aussiedler aus Polen, ebenso wie die seit einigen Monaten hervortretende deutsche Minderheit.

Der jetzt von linksradikaler Seite zu hörende Vorwurf, Polen sei nach 1945 bei der Zwangsaussiedlung "nicht konsequent genug" vorgegangen, verkennt die Sachlage. Hätte der polnische Staat "vorsichtshalber" alle Menschen ohne nachgewiesene 100%ige polnische Abstammung und alle nach 1933 zwangsweise Eingedeutschten vertreiben sollen, und nebenbei die Entvölkerung ganzer Landstriche in Kauf nehmen sollen?

Deutsch-polnische Verhandlungen

Die Minderheitsrechte sind ein zentraler Punkt in den Verhandlungen um ein Nachbarschaftsabkommen zwischen der BRD und Polen. Dieses Abkommen soll bis Februar 1991 unterschriftsreif sein.

Die Vertriebenenverbände hatten ein einheitliches Grenz- und Nachbarschaftsabkommen, d.h. die Regelung beider Probleme in einem einzigen Vertrag, gefordert. Ohne polnische Zugeständnisse in dem einen Punkt kein deutsches "Entgegenkommen" in der anderen Frage. Also, legt man die extremen Ansprüche der Verbände zu beiden Problemkreisen zugrunde, im Endeffekt selbstverständlich überhaupt kein Vertrag. Insofern ein unter den aktuellen Bedingungen von vornherein völlig unernster Vorschlag.

Der in dieser Forderung enthaltene Gedanke eines "Junktim", also einer Koppelung zwischen den beiden ganz unterschiedlichen Themen, wurde auch von CSU-Politikern aufgegriffen. Abgeschwächte Variante: zwar zwei getrennte Verträge, die aber zum gleichen Zeitpunkt unterzeichnet werden. Das "Junktim" zielt darauf ab, daß reale oder unterstellte polnische Abweichungen von der Minderheitenregelung benutzt werden könnten, um das Grenzabkommen in Frage zu stellen. Im Übrigen hätte man, so jedenfalls eine Überlegung, das Hinauszögern des Grenzabkommens benutzen können, um Polen zu Tempo und Zugeständnissen in der Minderheitenfrage zu drängen.

Dagegen sprach, daß die BRD schon im September im "Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland" (2 + 4-Abkommen) völkerrechtlich absolut verbindlich die definitive Anerkennung der polnischen Westgrenze unterschrieben hatte. Die vier Siegermächte habe de facto, auch wenn das im Abkommen nicht explizit so formuliert ist, eine Garantie für diese Grenze übernommen. Außerdem muß eine realistische Politik davon ausgehen, daß ein neuerliches Herumspielen mit der Grenzfrage es der polnischen Regierung erschweren würde, Entgegenkommen in der Minderheitensache innenpolitisch zu rechtfertigen.

Heraus kam ein "Kompromiß", mit dem sich beide Seiten sehr zufrieden erklärten: Der Grenzvertrag wurde von den Außenministern noch in der ersten Novemberhälfte unterzeichnet. Parlamentarisch abgesegnet (ratifiziert) werden soll er jedoch erst ungefähr im April 1991 zusammen mit dem bis dahin auszuhandelnden Nachbarschaftsabkommen.

Schon mit der gemeinsamen Erklärung der Regierungschefs beim Besuch Kohls in Polen im November 1989 war Polen der BRD weit entgegengekommen. Die Formulierung lautet dort: "Beide Seiten ermöglichen es Personen und Bevölkerungsgruppen, die deutscher bzw. polnischer Abstammung sind oder die sich zur Sprache, Kultur oder Tradition der anderen Seite bekennen, ihre kulturelle Identität zu wahren und zu entfalten. (...) Beide Seiten bekräftigen ihre Bereitschaft, allen interessierten Personen verstärkten Zugang zu Sprache und Kultur der anderen Seite zu ermöglichen."

An praktischen Maßnahmen wurde schon damals etliches vereinbart: Publikationen in der jeweils anderen Sprache sollen "frei hergestellt, vertrieben und gelesen werden können". An Schulen und Volkshochschulen soll verstärkt die Sprache des jeweils anderen anderen Landes gelehrt werden.

Die Gründung von Vereinigungen zur "Pflege von Sprache, Kultur und Tradition des jeweils anderen Landes" ist frei zuzulassen. Diese Vereinigungen haben Anspruch auf "gleichberechtigten Zugang zu den Medien ihrer Region" und dürfen "Kontakte zum jeweils anderen Land" unterhalten. Auch die Einrichtung öffentlicher Bibliotheken ist ihnen erlaubt. Praktisch alles das war der deutschen Volksgruppe in Polen bis dahin nicht gestattet worden.

Maßstab des deutsch-polnischen Nachbarschaftsabkommens wird der "Umfassende Vertrag" zwischen BRD und UdSSR sein, der Mitte September abgeschlossen wurde. Die polnische Regierung würde es vermutlich ablehnen, irgendwelche signifikanten Abweichungen von diesem Vertrag zu akzeptieren, die als Diskriminierung Polens empfunden werden könnten. Die Minderheiten-Rechte sind im Artikel 15 des deutsch-sowjetischen Vertrags geregelt, der nebenstehend als Kasten wiedergegeben ist.

Auf zwei Punkte wird jede polnische Regierung großen Wert legen: Erstens hat letzten Endes ausschließlich Polen selbst zu entscheiden, welche Rechte es den Minderheiten des Landes zusichert. Es soll auf jeden Fall gleiche Rechte für alle geben. Also keine Privilegierung der Deutschen gegenüber Ukrainern, Bjelorussen u.a. Zweitens muß sich die Minderheitenpolitik am "internationalen Standard", vor allem in Europa, orientieren. Von Polen darf nichts verlangt werden, was ansonsten nicht inernational üblich ist und was die BRD nicht auch mit anderen Ländern vereinbart hat oder was sie nicht selbst im Gegenzug zu gewähren bereit ist. Also keinerlei Diskriminierung Polens. Unter diesem Aspekt dürfte vor allem das Bonner Begehren, die Polen- Deutschen automatisch als BRD-Bürger zu behandeln und sie mit einer doppelten Staatsbürgerschaft auszustatten, ein schwerer Verhandlungspunkt sein.

Dennoch wäre es falsch, Polen in der Minderheitenfrage nur als Objekt deutschen Drucks zu sehen. Polen selbst ist seit der Ablösung des "realsozialistischen" Systems aktiv daran interessiert, in der Vergangenheit tabuisierte Minderheitenprobleme einvernehmlich zu regeln.

Es ist daran zu erinnern, daß in der UdSSR mindestens 1,2 Millionen Polen leben, wie übrigens auch umgekehrt mehrere Hunderttausend Ukrainer und Bjelorussen in Polen. Die Polen sind, abgesehen von den Juden, die einzige grössere Volksgruppe in der UdSSR, deren Zahl seit Gründung der UdSSR abgenommen hat, und dies, obwohl ja 1939 große Teile Ostpolens an die UdSSR angegliedert wurden. Von allen sowjetischen Volksgruppen sind die Polen außerdem nächst den Juden diejenige, die sprachlich am stärksten assimiliert ist: nur 29,1% der sowjetischen Polen gaben polnisch als ihre Sprache an.

Warschau hat in diesem Jahr mit der Ukraine und mit Litauen Verträge abgeschlossen, die neben der Anerkennung der jeweiligen Grenzen u.a. auch die Minderheitenrechte regeln. Mit Belorußland wird ein entsprechendes Abkommen angestrebt, jedoch bestehen noch Probleme und Animositäten, die offenbar nicht ganz leicht zu beseitigen sind.

Im Übrigen wirken hier auch die schon zitierten "internationalen Standards". Angesichts der in Mittel- und Osteuropa aufgebrochenen alt-neuen Nationalkonflikte ist die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit eines allgemeinen und gleichen Minderheitenrechts schwerlich von der Hand zu weisen. Die KSZE-Konferenz, die im November in Paris stattfand, hat in ihrer "Charta" ein noch sehr allgemeines Bekenntnis zur Verbesserung der Lage der Minderheiten und zum "Schutz der ethnischen, kulturellen, sprachlichen und religiösen Identität nationaler Minderheiten" formuliert. Im Juli 1991 soll eigens zu diesem Thema ein "Expertentreffen" in Genf stattfinden.

Wir sollten die Aufmerksamkeit darauf zu lenken versuchen, daß die Prinzipien der Gleichheit und Gleichberechtigung in der Minderheiten-Politik gewahrt bzw. hergestellt werden müssen. Nicht nur die Sowjetunion und Polen haben Verpflichtungen übernommen, sondern umgekehrt auch die Bundesregierung gegenüber den Polen und den Menschen aus den sowjetischen Völkern, die in diesem Land leben, und damit letztlich natürlich auch gegenüber allen anderen Volksgruppen hierzulande.

Das ist ein Ansatzpunkt, um auf die Politik, die die BRD mit den deutschen Minderheiten zu machen begonnen hat, nicht ausschließlich defensiv und resignativ zu antworten. Warum nicht beispielsweise in Anlehnung an das sowjetische Modell für ein Staatsbürgerschafts-Recht kämpfen, das nicht mehr an deutsche Abstammung oder an Assimilation und Eindeutschung gebunden ist, sondern das ausdrücklich BRD-Bürger türkischer, jugoslawischer oder eben auch deutscher Nationalität anerkennt und gleichstellt?

Oder: warum sollen Polen in der BRD nicht selbstverständlich alle Rechte haben, die Deutsche in Polen beanspruchen, also beispielsweise auch das volle Wahlrecht?

Fünfte Kolonne des Revanchismus?

Kann und wird die deutsche Volksgruppe in Polen eingesetzt werden, um die Grenze im revanchistischen Sinn "offenzuhalten" und irgendwann die "ehemaligen Ostgebiete" an die BRD anzuschließen? Diese Frage kann man, so wie sie von Vertriebenenverbänden einerseits und Linksradikalen andererseits aufgeworfen wird, wohl verneinen. Für eine "Volkstumspolitik" im klassischen Sinn ist die deutsche Minderheit in Polen bei weitem nicht zahlreich genug. Ihr Anteil liegt im Bezirk Opole vermutlich bei 20%, ansonsten erheblich darunter. Das Hauptgebiet der Polen-Deutschen, Oberschlesien, hat keine Grenze zu Deutschland, an der provoziert und herumgerückt werden könnte. Die deutsche Minderheit in Polen ist überaltert und wird durch Auswanderung weiter geschwächt werden. Allein 1989 hat sie so eine Viertel Million Menschen verloren. In diesem Jahr ist die Zahl der Aussiedler aus Polen durch einschneidende Umstellungen der BRD-Gesetze und Aufnahme-Verfahren auf, grob geschätzt, 30.000 reduziert worden. Vielleicht stabilisiert sie sich auf diesem Niveau.

Eine Umkehrung der Bevölkerungsbewegung ist jedoch aufgrund des riesigen wirtschaftlichen Gefälles zwischen beiden Staaten ausgeschlossen. Der Gedanke, daß irgendwann in absehbarer Zukunft die revanchelüsternen Urenkel ehemaliger Vertriebener in Massen nach Schlesien oder Ostpreußen auswandern, um dort deutsche Mehrheiten zu bilden, ist absurd. Auch die Vorstellung, daß sich finanzkräftige Aufkäufer finden und daß sich in Hinterpommern bald ein deutsches Rittergut ans andere reiht, ist nicht realistisch. Abgesehen von einigen Nostalgikern wird kaum ein deutscher Kapitalist in die polnische Landwirtschaft investieren wollen. Auch die Bodenspekulation wird anderswo reizvollere Voraussetzungen finden.

Mit dem Argument des Selbstbestimmungsrechts kann die polnisch-deutsche Grenze auch künftig nicht in Frage gestellt werden, weil dieses wenigstens in einem geschlossenen Gebiet eine Mehrheit voraussetzen würde. Das ist heute nicht der Fall und wird künftig wohl noch weniger der Fall sein, da die Neigung zur Emigration schon aus wirtschaftlichen Gründen nicht nachlassen wird.

Die polnische Grenze könnte also von der BRD nur entweder militärisch angegriffen werden oder im Rahmen einer übernationalen Integration und Verflechtung "durchlässig gemacht werden". - Eine militärische Aktion Deutschlands gegen Polen wäre heute wie 1939 für die westlichen Großmächte der "casus belli", Kriegsgrund. Sie kann beim Stand der Dinge, wenn auch selbstverständlich nicht für alle Zukunft, ausgeschlossen werden. Jedenfalls würde ein deutscher Angriff auf Polen einen Staat vom NS- Typ voraussetzen, der bereit sein müßte, sich "auf Gedeih und Verderb" mit dem Rest der Welt anzulegen.

In absehbarer Zukunft liegt wohl im wirtschaftlichen und technologischen Übergewicht des deutschen Nachbarn die eigentliche Gefahr für die Unabhängigkeit des polnischen Staates. Stichwort: "Der Weg Polens nach Europa führt über Deutschland". Jahrhundertelang führte er über Frankreich, was über die stattgefundenen Wandlungen im internationalen Kräftespiel genug sagt. Polen als integrierter Teil eines deutsch dominierten, deutschsprachig verwalteten, auf der Deutschmark basierenden "Großraum Mitteleuropa" ist die eigentliche Schrekkensvision.

Die deutsche Minderheit als "Stachel im Fleisch" Polens einzusetzen, wird einigen Vertretern der alten Politikschule vordergründig attraktiv erscheinen. Das aggressive, lärmende und aufhetzende Hineinwirken der Vertriebenenverbände ins westliche Polen ist Ausdruck dieser politischen Linie. Diese Art der Politik macht aber nur Sinn, wenn ein ständiger Zustand der Konfrontation, der Spannung und der latenten Gewaltandrohung aufrechterhalten werden soll. Eine solche Politik würde jedoch das alternative Programm einer "friedlichen" Durchdringung Polens verhindern oder sehr erschweren. Sie ist daher zwar nicht auszuschließen, aber für die Zukunft eher unwahrscheinlich.

Kt.

35. Wem nützt die Aktion "Helft Rußland!"? Eindrücke eines Besuches in Leningrad, von Katja Leyrer

Rubrik: Osteuropa, Osteuropapolitik; Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/52.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:52

Mit "Rußland" ist die Sowjetunion gemeint, oder? Der "stern" titelt mit "Helft Rußland!". Sich darüber aufzuregen - von wegen Geschichte und so - ist leider naiv. Zwar heißt das Gebiet noch immer Sowjetunion, aber gemeint sind mit der "Hilfskampagnen-Invasion" auf keinen Fall sämtliche SowjetbürgerInnen, so arm sie auch sein mögen ...

Die LeningraderInnen sind selbst nicht mehr einig, ob die Stadt ihren Namen behalten soll. Favorit vor "Pedrogad" ist "St. Petersburg", berichtet die Reiseleiterin. Am Flughafen wird kostenlos eine Zeitung mit dem Namen "Neues Leben" (laut Untertitel: "unabhängige Zentralzeitung der Sowjetdeutschen") verteilt, in der auch "stern"-Artikel abgedruckt werden.

Und nicht nur das: Ebenfalls bereits im Flughafen inserieren deutsche Firmen per Leuchtreklametafeln, wie die schöne neue Russenwelt aussehen soll (u.a. Langnese, ASTRA-Bier und Die Welt). Der Flughafen wird zur Zeit vergrößert. Überall in Leningrad wird gebaut, saniert, vorrangig am Hotels, Kirchen und Museen. Das mutet befremdlich an angesichts von zerfallenden Wohnhäusern und ein paar Straßen weiter tiefen Löchern in den Straßen und Fußwegen und in der Regel leeren Geschäften. Vieles ist verwunderlich und fremd für uns. Diese merkwürdigen Menschen dort gehen nämlich, während in Hamburg für sie "Hungerhilfe" organisiert wird, in der Regel immer noch zur Arbeit, in Museen, auf Versammlungen und Feste; sie lesen gar auf den langen und schnellen Rolltreppenfahrten in die wunderschönen Metrostationen Zeitungen und Bücher; Exemplare der weiblichen Spezies haben trotz Schlangestehen gerade eine Frauenpartei gegründet und erzählen uns von einer langen Tradition der sowjetischen rsp. russischen Frauenbewegung.

Sie stehen Schlange vor den Geschäften, die LeningraderInnen. Sie stehen Schlange nach Brot, Zucker, Babynahrung, Kleidung und Büchern. Dort, wo fast ausschließlich Männer in den Schlangen stehen, gibt es meist Zigaretten oder Alkohol zu kaufen. Auch vor den Museen stehen Menschenschlangen (ausgenommen die Revolutionsmuseen, da geht kaum noch jemand hin). Die Organisierung von Lebensmitteln ist ein zeitraubendes Unterfangen und für Berufstätige ohne Familien- oder Nachbarschaftshilfe kaum zu schaffen. Frisches Obst in guter Qualität wird zu Kilopreisen verkauft, die nahe an die monatliche Wohnungsmiete von sieben Rubeln heranreichen. Auch für uns bleibt es ein Rätsel, wer sich das leisten kann: ein Kilo Apfelsinen für 12,15 Rubel bei einem monatlichen "Durchschnittseinkommen" zwischen 200 und 300 Rubeln.

Es stimmt, daß es in dieser riesenhaften Stadt (Leningrad ist zweieinhalb mal so groß wie Hamburg) Armut gibt und viele alte alleinstehende Menschen, die wie in allen großen Städten der Welt prozentual einen großen Anteil der Armen bilden. Falsch ist aber, in welcher Weise darüber bei uns geschrieben wird. Waisenkinder, alte Rentnerehepaare und alleinstehende Mütter von mehreren Kindern leben auch bei uns nicht gerade auf der Sonnenseite der Konsumwelt.

Unbestritten bleibt die Nichtversorgungslage in Leningrad, die wie in vielen anderen sowjetischen Städten chaotisch und von widerstreitenden Machtinteressen geprägt abläuft (so boykottieren sich - je nach politischer Couleur - Betriebe, Handelsgesellschaften und örtliche Regierungen mit der Nichteinhaltung von Verträgen). Die Lebenssituation für einen Teil der Bevölkerung ist außerordentlich schwierig. Gegen humanitäre Hilfe direkt und zielgerichtet ist guten Gewissens nichts einzuwenden, wenn ihre Begrenzungen (es ändert nichts an der Situation) klar sind und das Ganze nicht als Weberummel für andere Zwecke benutzt wird.

Es ist aber unwahr, von einer "Hungersnot" zu sprechen - der "stern" bezieht sich ausdrücklich auf die Hilfsaktion für Äthiopien -, um die weihnachtlich gestimmten Herzen für Carepakete zu öffnen, die, selbst wenn sie an der richtigen Stelle ankommen, gleichzeitig eine sehr fragwürdige Werbekampagne für deutsche Investoren darstellen.

Dr. Oetker eröffnet gerade - neben einem bereits vorhandenen Laden - ein "Bistro", deutschsprachig und teuer, in der Leningrader Hauptgeschäftsstraße. Die DM ist begehrtes Zahlungsmittel für alles.

In den Kirow-Werken entstehen akute Produktionsprobleme, weil die DDR-Firma Robotron nicht mehr liefert. Hinter vorgehaltener Hand erzählen Betriebsangehörige, daß die Daimler-Benz-Vertreter schon da waren und Frau Süßmuth auch.

In den Kirow-Werken werden wir mit selbstgebackenen Kuchen, süß und salzig, Kaffee, Tee und Gastgeschenken empfangen und besichtigen eine Abteilung, in der fast ausschließlich Frauen arbeiten; die gleiche Gastfreundschaft wird uns in einem Krankenhaus entgegengebracht, beim örtlichen Fernsehsender (65 Millionen Zuschauer!) und bei den vielen privat organisierten Treffen. Keine unserer Gesprächspartnerinnen ist zufrieden mit der Moskauer Politik, viele haben das Parteibuch allerdings noch in der Tasche. Einig sind sich alle darin, daß sich dringend etwas ändern muß. Einigen von uns fällt es schwer, zu begreifen, daß auch ein paar unserer feministischen, sympathischen Leningrader Freundinnen keinen anderen Ausweg sehen, als jegliche Art von Kapitalismus zuzulassen, manche sich gar der Tradition des Zarismus besinnen und Pluralismus in jeder Richtung als "Fortschritt" gilt. Im gerade entstehenden "Frauenfernsehen" wird das westliche Schönheitsideal propagiert; und Vertreterinnen der Leningrader Lesbenbewegung bringen uns mit dem Satz aus der Fassung: "Lenin war schlimmer als Hitler."

Nicht ein einziges Mal allerdings haben wir Freude oder gar Begeisterung über die deutschen "Hungerhilfe"-Aktionen vernommen. Direkte Unterstützung, beispielsweise bei der Einrichtung von Krankenhäusern, ja. Man/frau verspricht sich auch viel von der Zusammenarbeit mit deutschen Firmen, wohl ahnend, daß das auf Rationalisierungen und Entlassungen hinauslaufen wird, aber jede glaubt, daß es sie selbst nicht trifft ...

Aber, so bringt es eine Angestellte der Kirow-Werke auf den Punkt, als eine von uns nach der Paketeaktion fragt: "Wir wollen keine Mitleidsaktionen, wir wollen Freundschaft und Frieden zwischen unseren Ländern, Adressenaustausch, Briefe und direkte Kontakte; wenn uns jemand was schicken will, können und wollen wir uns revanchieren. Wir wollen nicht behandelt werden wie Bittsteller."

Unsere Gastgeberinnen haben uns mit Kuchen, Büchern, Obst und Kaffee beschenkt und bewirtet. Zweifellos haben sie dafür auch Schlange gestanden oder "organisiert" - da das aber alle Leute bis auf die kleine Schicht der neureichen Westhandelspartner und Schwarzhändler tun, ist die empfundene Dramatik bei vielen BerichterstatterInnen hier eben zumindest auch die Verortung unserer Lebensbedingungen auf die Verhältnisse dort.

"Heute gelingt es Euch, Leningrad ohne Blockade und Krieg einzunehmen", hat eine meiner Gesprächspartnerinnen gesagt. Daß kleine und große Unternehmen aus der ehemaligen BRD diese Chance ergreifen, ist ihnen nicht übelzunehmen. Da brechen große Zeiten an.

Daß hiesige Liberale oder gar "Linke" mittlerweile so tief gesunken (oder hochgestiegen?) sind, daß sie gemeinschaftliche Kampagnen mit "stern", ZDF und Bundeskanzler organisieren oder die deutschen Unternehmen zur Investition aufrufen, ist dennoch bitter.

Wohlgemerkt - nicht das einzelne Päckchen ist die Sauerei, sondern die Kampagne insgesamt. Gnadenlos wird hier das Erbe der Väter angenommen. Kartoffeln statt Bomben. Na, immerhin. Eine Invasion ist es trotzdem noch, jedenfalls keine "gute Tat". Jedes Paket nutzt - leider auch - Daimler-Benz, Karstadt, Dornier-MBB usw., weil es als moralische Rechtfertigung für einen angeblich humanitären Kapitalismus benutzt wird.

Deshalb würde ich eher schmuggeln als ein Paket auf den "stern"-, Kirchen-oder alternativen Friedensgruppenweg zu schicken.

Anmerkung:

Katja Leyrer war Mitte November acht Tage mit einer Frauenreisegruppe der "Frauen-Anstiftung" und "Frauen auf Reisen" in Leningrad.

36. Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken - Wie lange noch?

Rubrik: Sowjetunion, Nationalitäten · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:45

Rund siebzig Jahre hat sie bestanden, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die UdSSR, und nun droht sie auseinanderzufallen. Die 15 Sowjetrepubliken haben sich für souverän erklärt und fordern, von der Union als solche anerkannt zu werden. Einige Republiken betrachten sich nicht mehr als Teil der Sowjetunion, so die drei baltischen Republiken. Andere Republiken überlegen, diesem Schritt zu folgen. Die Russische Föderation hingegen beabsichtigt weiter in der Union zu bleiben - allerdings nur unter Bedingungen. Darüberhinaus ist sie selbst von Separationsbestrebungen einzelner autonomer Republiken wie Jakutien und der Tatarischen ASSR betroffen. Der Ukraine droht, in einen West- und einen Ostteil zu zerfallen. Seit dem XXVII. Parteitag der KPdSU im März 1986 verspricht Gorbatschow einen neuen Unionsvertrag, doch erst in der letzten Novemberwoche dieses Jahres legte er einen Entwurf vor, der das Verhältnis der Zentralregierung zu den Republiken neu regeln soll. Doch außer dem Präsidenten selbst war kaum jemand von diesem Entwurf begeistert.

Seit der Wahl Gorbatschows zum Generalsekretär der KPdSU ist die Sowjetunion nicht mehr dieselbe. Glasnost und Perestroika waren und sind zum Teil noch die Schlagworte, die die öffentliche Debatte bestimmen und einiges in dieser doch recht monolithischen Gesellschaft in Bewegung gesetzt haben. Die Menschen fingen an, offen und öffentlich zu diskutieren und ihre Interessen zu artikulieren. Es war und ist viel von der Einführung demokratischer Strukturen und Gepflogenheiten die Rede. Seien es die Wahlen zum Obersten Sowjet oder die Kommunalwahlen, Betriebsleiter werden von den Belegschaften in offener Wahl gewählt, in der Sowjetunion hielten die sog. bürgerlich-demokratischen Rechte Einzug. Gleichzeitig war es aber durch diese Praxis nicht mehr möglich, die existierenden Probleme und Widersprüche in der Gesellschaft zu leugnen bzw. per Parteibeschlüsse für erledigt zu erklären.

Nationalitätenkonflikte, die Unterschiedlichkeit der Lebens- und Arbeitsbedingungen, die ökologischen Probleme und die immer größer werdenden Schwierigkeiten der staatlich gelenkten Produktion und Verteilung wurden nicht nur offensichtlich, sondern brachen sich mit einer Brutalität Bahn, die kaum jemand für möglich gehalten hatte. Eines dieser Probleme ist das Verhältnis der Republiken zur Union, des Zentralstaates zu seinen formalen Mitgliedern.

Union - Republik - Union

In der bisher gültigen Verfassung der UdSSR wird in wenigen Artikeln das Verhältnis des Unionsstaates zu den Republiken definiert. Artikel 70: "Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ist ein einheitlicher multinationaler Unionsstaat, der auf der Grundlage des Prinzips des sozialistischen Föderalismus als Ergebnis der freien Selbstbestimmung der Nationen und der freiwilligen Vereinigung gleichberechtigter sozialistischer Sowjetrepubliken gebildet wurde." Demnach ist die Union die oberste Einheit der SU, ohne allerdings die Republiken in ihren Rechten der Selbstbestimmung zu beeinträchtigen. Dieses Recht ist formal in Artikel 72 geregelt, nach dem jede Unionsrepublik das Recht auf freien Austritt aus der Union hat. Gleichzeitig aber wird in Artikel 73, Absatz 5), 6) und 7) der Union die Kompetenz zugeschrieben, für die Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen in der UdSSR alleine verantwortlich zu sein: "Zur Kompetenz der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Gestalt ihrer höchsten Organe der staatlichen Macht und Leitung gehören: (...) 5) die Durchführung einer einheitlichen sozialökonomischen Politik, die Leitung der Wirtschaft des Landes; die Bestimmung der Hauptrichtungen des wissenschaftlich-technischen Fortschrittes und der allgemeinen Maßnahmen zur rationellen Nutzung und zum Schutz der natürlichen Ressourcen; die Ausarbeitung und Bestätigung der staatlichen Pläne für die ökonomische und soziale Entwicklung der UdSSR; die Bestätigung der Berichte über deren Erfüllung; 6) die Ausarbeitung und Bestätigung des einheitlichen Staatshaushaltes der UdSSR, die Bestätigung des Berichts über seine Erfüllung; die Leitung des einheitlichen Währungs-und Kreditsystems, die Festlegung der Steuern und Einnahmen, die dem Staatshaushalt der UdSSR zugeführt werden, die Bestimmung der Preis- und Lohnpolitik; 7) die Leitung der Volkswirtschaftszweige der unionsgeleiteten Vereinigungen und Betriebe; die allgemeine Leitung der Zweige, die Unions- und Republikorganen unterstehen; (...)".

Zusätzlich wird noch formuliert, daß das gesamte Gebiet der UdSSR das staatliche Territorium und nur die Union als Ganzes souverän ist. Dies bedeutet, daß die einzelnen Republiken weder über ihr Territorium bestimmen können noch Verfügungsgewalt über einen großen Teil der Betriebe auf ihrem Gebiet haben. Nimmt mensch noch hinzu, daß nach der zur Zeit noch gültigen Verfassung Unionsrecht grundsätzlich höher steht als Republikrecht, die Republiken also nur begrenzte Möglichkeiten der eigenen Rechtsbildung und der Ausprägung der gesellschaftlichen Bestimmungsfaktoren innerhalb des vorgegebenen Rahmens des gemeinsamen Aufbaus des Kommunismus haben, wird deutlich, welches politische Übergewicht die Union hat.

Diese Verfassung der UdSSR bildet den formalen Hintergrund für das, was die Republiken im Moment als jahrzehntelange Ungerechtigkeit Moskaus beklagen. Denn auf der Grundlage dieser Verfassung, gepaart mit dem Staatsverständnis der KPdSU, wurde die SU zentralistisch regiert und geleitet. Nach Maßgabe der Ministerien in Moskau wurden die Pläne zur wirtschaftlichen Entwicklung aufgestellt und die Daten festgelegt, welche Republik welches Produkt zu welchem Preis an die Union zu liefern habe. Ebenso wurde in Moskau bestimmt, wie hoch die Investitionsquote der Union in den Republiken ist, wieviele Gelder in die Republiken zurückfließen zur Erfüllung sozialer, medizinischer und kultureller Aufgaben, und die Größenordnung der Waren, die aus anderen Republiken via Moskau umverteilt wurden.

Diese Pläne, wie der gesamte Fünfjahresplan wurden zwar im Unionsrat diskutiert und abgestimmt. Aber in diesem Gremium, das sich aus Vertretern der Union und der einzelnen Republiken zusammensetzt, waren kaum noch Änderungen an den Plänen unterzubringen. Die Zentralregierung holte sich die formale Zustimmung, und damit war der Auftrag der Verfassung erfüllt, die Lebens- und Arbeitsbedingungen aller Menschen in der Sowjetunion annähernd gleichmäßig zu entwickeln. Ob dies tatsächlich der Fall war, hat in den Jahren vor Gorbatschow immer nur dann interessiert, wenn ein neuer Generalsekretär gewählt wurde und der entsprechende Kandidat sich die Stimmen der Republikpräsidenten, die zugleich Vorsitzende der nationalen KPs waren, sichern mußte. Alsbald verschwanden diese Initiativen in monströsen Programmen und Appellen - auf ihre Verwirklichung wird noch heute gewartet.

Formal betrachtet waren und sind die Republiken mit der Union gleichberechtigt, was die Fragen der inneren Gestaltung und Entwicklung der UdSSR anbelangt. Realiter aber waren sie von der Politik Moskaus abhängig, ausgenommen Bereiche wie nationale Sprache, Kultur und nationale Besonderheiten in der Erziehung. Dies aber auch nur, wenn sich die jeweiligen Nationen dieses Recht von Moskau ertrotzt bzw. in den frühen Jahren der Sowjetunion erhalten hatten. Schon bei der Sprache war es in vielen Republiken und Autonomen Republiken schwierig, das Recht der eigenen Sprache durchzusetzen. Die KPdSU war in den zurückliegenden Jahren stets bemüht, den Einfluß und die Bedeutung des Russischen, der Russen in Staat und Gesellschaft zu gewährleisten. Zwar wurden viele leitende Funktionen in den Republiken mit Politikern der jeweiligen Nationalität besetzt, dies geschah aber nur allzuoft in dem Interesse, die Akzeptanz in den Republiken für die Politik Moskaus zu gewährleisten. Phasen einer intensiven Russifizierung wechselten mit Phasen, die genau dies verhindern resp. rückgängig machen sollten. Vom Ergebnis her wurde aber in diesem Vielvölkerstaat anderen Nationen wenig Raum gelassen. Und die Versäumnisse dieser Politik sind nicht im Schnellverfahren zu lösen. Mit dem Antritt von Gorbatschow und seinen Reformern, der Politik von Glasnost und Perestroika wurde es möglich, die bestehenden Mißstände anzuprangern und ihre Lösung einzuklagen.

Die Republiken im einzelnen

Schaut mensch sich die 15 Republiken an, so wird deutlich, warum unter Gorbatschow die bis dahin als gelöst betrachtete nationale Frage wie eine Seifenblase zerplatzte.

Die drei Ostseerepubliken Litauen, Lettland und Estland sehen sich als Opfer des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages, des sog. Hitler-Stalin-Paktes, der diese Staaten dem cordon sanitair der SU zuschanzte, woraufhin Stalin die Rote Armee in Bewegung setzte und sie auch materiell vor einem deutschen Zugriff bewahrte. Nach der Erklärung ihrer staatlichen Souveränität 1989 betonten die drei Republiken in diesem Frühjahr auch, daß sie sich als der Union nicht mehr zugehörig betrachten. Allein um eine Verhandlungslösung zu ermöglichen, haben sie derzeit ihre Unabhängigkeitserklärung suspendiert, betrachten aber die aktuelle Gesetzgebung der UdSSR für sich als nicht mehr bindend. Konsequenterweise nehmen sie auch nicht Stellung zur Frage eines neuen Unionsvertrages.

Weißrußland hat sich für souverän erklärt und reklamiert die Eigentumstitel an Grund und Boden sowie an allen Bodenschätzen, sonstigen natürlichen Ressourcen und allen im Land hergestellten Produkten. Die bis dato gültigen Verträge über die Lieferung von Produkten an die Union sind suspendiert bzw. vom nationalen Parlament aufgehoben worden. Derzeit zählt man sich noch zur Union gehörig, der weitere Verbleib in ihr ist aber von den Verhandlungen über einen neuen Unionsvertrag abhängig. Weißrußland wird derzeit von einer als konservativ einzuschätzenden Partei- und Staatsführung regiert. Ihre Position darf also durchaus als gemäßigt bezeichnet werden.

Hier ist eine kurze Zwischenbemerkung erforderlich: Alle Republiken haben sich für souverän erklärt und alle beanspruchen die Eigentumstitel für die Bodenschätze und Produkte ihres Landes. Ich werde also im folgenden nur die Dinge erwähnen, die davon abweichen.

Die Ukraine befindet sich in einer schwierigen Situation. Zahlreiche Kommunalregierungen im westlichen Teil dieser Republik möchten aus der Union austreten und die Vorkriegsverbindungen zu Ungarn, Österreich, Polen und der jetzt vergrößerten BRD wieder aufnehmen; der östliche Teil hingegen möchte in der Union bleiben und eher nichts am gegenwärtigen Zustand ändern. Hintergrund ist der, daß im Osten der Ukraine sehr viele Russen wohnen, im Westen hingegen die Ukrainer die Mehrheit haben. (Details siehe: ak 324). Ökonomisch wäre ein Austritt oder das Auseinanderbrechen der Ukraine fatal für die UdSSR, da ihr ein wichtiges Industrierevier, das Donezbecken, verloren ginge. Zusätzlich ist die Ukraine ein wichtiger Lieferant von Obst, Gemüse, Getreide und anderen landwirtschaftlichen Produkten. Noch ist die Republik nicht gespalten, aber je länger der Prozeß, die Verhandlungen um einen neuen Unionsvertrag dauern, desto mehr könnten die Stimmen der nationalen Lostrennung an Einfluß gewinnen.

Moldova befindet sich in einer vertrackten Situation. Der rumänische Bevölkerungsmehrheit will sich stärker an Rumänien binden, vorausgesetzt, die Regierung unter Illescu hat keinen Einfluß mehr. Der russische Teil hat eine eigene Republik proklamiert und setzt auf einen Anschluß an die Russische Föderation.

Die Russisch Föderative Sowjetrepublik ist der größte Einzelstaat der UdSSR und in sich ein weiterer Vielvölkerstaat. Allein 16 Autonome Sozialistische Sowjetrepubliken befinden sich in ihren Grenzen; sieben autonome Gebiete und zehn Nationalbezirke zählen ebenso dazu. Unter der Präsidentschaft von Jelzin hat sich die Föderation nicht nur für souverän erklärt, sondern wird zum Gegenpol zu Gorbatschow im Kampf um die Macht in der Union. Denn die Russische Föderation ist der ökonomisch bedeutendste Teil der UdSSR. Seien es die Bodenschätze Sibiriens, mit denen der größte Teil des Devisenhaushalts der Union gedeckt wird, seien es die metallurgischen Werke von Magnitogorsk oder die Kohlengruben von Vorkuta, alles dies liegt in dem Gebiet der Föderation. Somit hat Jelzin einige ökonomische Machtmittel an der Hand. Gleichzeitig aber läuft in der Russischen Föderation ein ähnlicher Prozeß ab, wie in der übrigen Union. Fast alle 16 autonomen Republiken haben sich mittlerweile für souverän erklärt, bzw. beanspruchen Republikstatus. Zahlreiche Nationalbezirke denken auch über einen Aufwertung ihres Status nach, nationale Gruppen verlangen, endlich gemäß ihrer Tradition und Kultur leben zu können, wieder andere wollen ein Ende der extensiven Ausbeutung der Bodenschätze in ihrem Gebiet usw. Dieser Prozeß hat gerade erst begonnen und er kann für Jelzin und seine Politik genauso zum Sprengstoff werden, wie die gesamte Entwicklung in der SU für Gorbatschow.

Usbekistan hält sich ebenso wie Kirgisistan, Tadschikistan, Kasachstan und Turkmenistan mit weitergehenden eigenen nationalen Forderungen und Vorstellungen zurück. Hintergrund ist in diesen Republik sicherlich, daß sie an einer weiteren Förderung seitens der Union sehr interessiert sind. Zusätzlich sind sie bemüht, sich in ihrer Politik enger aufeinander abzustimmen. Gleichzeitig versuchen sie, engere Beziehungen zum Iran und Afghanistan herzustellen. Dies allerdings ohne die Union allzusehr verprellen zu wollen.

Armenien und Aserbaidschan haben durch die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen, ausgelöst durch den Streit um die Enklave Nagorny Karabach, und das brutale Eingreifen der diversen Truppen der SU eine traurige Bekanntheit erlangt. In der aktuellen Politik gibt es Unterschiede zu den übrigen Republiken. Zwar fordern beide die Aufstellung von eigenen Armeen; Armenien verlangt darüberhinaus, sich selbst international zu vertreten. So wird beispielsweise über eine eigene UNO-Vertretung nachgedacht. Demgegenüber gehen fast alle Souveränitätserklärungen dem Parlament in Aserbaidschan zu weit. Man möchte dort lieber in Ruhe mit der Moskauer Zentrale und Gorbatschow verhandeln.

Georgien hingegen diskutiert, sich ebenso wie die Ostseerepubliken als eigenständiger Staat zu betrachten, der nicht mehr zur SU gehört. Eine eigene Armee wird gefordert, ebenso die Verfügungsgewalt über alle im Land stationierten Waffen der Sowjetarmee. Derzeit ist nicht zu erkennen, wie diese Forderungen in den Verhandlungen über einen neuen Unionsvertrag eingebracht resp. durchgesetzt werden sollen.

Angesichts dieser Konstellation und der Tatsache, daß aufgrund der Souveränitätserklärung aller 15 Republiken die Union kaum noch als solche zu bezeichnen ist, war natürlich alle Welt auf den Entwurf eines neuen Unionsvertrages gespannt.

Union souveräner Sowjetrepubliken

Der von Gorbatschow dem Parlament vorgeschlagene Entwurf eines neuen Unionsvertrages geht von einer "Union souveräner Sowjetrepubliken" aus. Er nimmt also die Souveränitätserklärungen der einzelnen Republiken als Faktum an. Das heißt nicht, daß er sie anerkennt, aber er geht mit diesem Vorschlag von dieser Tatsache aus. Weiterhin sind nach diesem Entwurf alle Republiken die Eigentümer ihres Territoriums und der Bodenschätze; sie sind freiwillig Mitglied in der Union.

Oberstes Lenkungsgremium ist der bereits bestehende Föderationsrat. Ihm obliegt es, die Einhaltung der Verträge zu kontrollieren, die Politik von Union und Republiken aufeinander abzustimmen, die Nationalitätenpolitik der Union zu führen, und er ist verantwortlich für die Einbeziehung der Republiken in die Ausgestaltung der Politik der UdSSR. Mitglieder sind die Präsidenten der Republiken, der Präsident der Union und einige noch festzulegende Fachleute. Mit diesem Vorschlag will sich Gorbatschow die Mitarbeit der Republiken sichern. Ob das gelingt, muß angezweifelt werden. Denn im weiteren Text des Entwurfs sind hauptsächlich die Rechte der Union festgelegt; die der Republiken sind mit dem oben Gesagten erschöpft.

"In die Zuständigkeit der Union fallen Verteidigung der territorialen Integrität und Sicherheit der Union, Schutz der Staatsgrenzen der UdSSR, ... Organisation der Verteidigung und Führung der Streitkräfte der UdSSR, ... Ausarbeiten und Erfüllen der Außenpolitik einschließlich internationaler Verträge der UdSSR, Koordinierung der internationalen Beziehungen der Republiken, Regulierung des Außenhandels der UdSSR und Koordinierung der Außenwirtschaftsbeziehungen der Republiken. ... Die Union bestimmt gemeinsam mit den Republiken die Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes und die Schaffung von Bedingungen zur Entwicklung eines unionsweiten Marktes auf der Grundlage einer gemeinsamen Währung. Die Union stellt den Haushalt auf, ... organisiert die Energieversorgung sowie Eisenbahn-, See- und Lufttransport, ... gewährleistet den Schutz der öffentlichen Ordnung und die Verbrechensbekämpfung."

Dieser Auszug aus dem vorgelegten Entwurf für einen neuen Unionsvertrag verdeutlicht, warum einige Republikpräsidenten bereits ihre Ablehnung zu diesem Vorschlag signalisiert haben. Denn nach wie vor will die Zentralregierung die entscheidenden Dinge in alleiniger Verantwortung bestimmen. Allein die sprachliche Formulierung der zitierten Passage weckt zuviele Erinnerungen an die bisherigen Regelungen; sie ist in der gleichen Sprache gehalten, in der auch schon die bisherigen Regelungen verfaßt wurden. Da liegt die Vermutung nahe, daß es sich nicht nur um eine sprachliche Ähnlichkeit handelt, sondern auch im traditionellen Sinne gemeint ist. Vielen Republikspräsidenten fehlen konkrete Aussagen über die geplante Neuverteilung der Kompetenzen - in der jetzt vorliegenden Fassung sehen sie nur die Bestätigung des Bestehenden. Andere wollen erst ihre volle nationale Unabhängigkeit verwirklicht sehen, bevor sie mit Moskau über solch einen Vertrag verhandeln. Außerdem ist das vorgesehene Entscheidungsquorum von einer Zwei-Drittel-Mehrheit in den Augen der Republiken dazu angetan, ihre Souveränität einzuschränken.

Vor diesem Hintergrund haben vier Republiken erklärt, diesem Vertrag nicht zuzustimmen: Estland, Lettland, Litauen und die Ukraine, allerdings ist für sie derzeit weder dieser Entwurf noch irgendein anderer neuer Unionsvertrag akzeptabel, solange nicht die Frage der nationalen Unabhängigkeit geklärt ist. Armenien lehnt den vorgelegten Entwurf ab. Aserbaidschan, Moldova, und Rußland sind noch nicht entschieden. Sie machen die Unterschrift davon abhängig, wieweit es möglich ist, in Verhandlungen mit Moskau ihre Positionen in den Vertrag einzubringen. Offene Fragen sind dabei die uneingeschränkte Anerkennung der nationalen Souveränität, die Hoheit über Finanzen, Währung und Bodenschätze, sowie der Rückzug Moskaus bei der Lösung diverser Probleme mit unterschiedlichen nationalen Gruppen. Die restlichen Republiken - Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan, Turkmenistan, Weißrußland und Usbekistan - haben entweder ihre Unterschrift bereits zugesagt oder warten noch ab.

Die Zukunft der Union

Gorbatschow hat zwar mit seinem Vorschlag Bewegung in die Frage eines neuen Unionsvertrages gebracht. Aber er wird für diesen Entwurf wohl keine mehrheitliche Zustimmung bekommen. Zu lange wurde der Vorschlag hinausgezögert, zu zaghaft sind die Angebote, Kompetenzen abzugeben. Außerdem hat Gorbatschow die Präsentation dieses Vorschlages mit einer Erweiterung seiner präsidialen Machtbefugnisse gekoppelt. Jetzt ist er dazu berechtigt, in Krisenregionen den Ausnahmezustand zu verhängen, um dann durch Notverordnungen und mittels der Streitkräfte dort seine Politik durchzusetzen. Seine ebenfalls in diesem Zusammenhang gemachte Äußerung, daß die Republiken diesen Entwurf unterschreiben müßten, brachte auf Seiten der Republiken nur trotzige Entgegnungen hervor. Nach dem Motto: soll er doch versuchen, seine Machtfülle wird ihm nichts nützen, außer - er schickt die Armee. Doch die Präsidenten der Republiken sind mittlerweile auch aufgrund der Stärke der jeweiligen nationalen Bewegungen so selbstbewußt, daß sie solche und ähnliche Drohungen Gorbatschow nicht beeindrucken.

Wohin also treibt die UdSSR? Das ist im Moment nicht ganz einfach zu beantworten. Denn auf der eine Seite steht der Westen mit der einen ausgestreckten Hand zum Helfen und der anderen, die bereit ist zuzugreifen, um sich die lukrativsten Teile der SU einzuverleiben. Auf der anderen Seite, innerhalb der UdSSR, droht ein Zerfallsprozeß, der um so unkontrollierter und unkalkulierbarer abläuft, je länger sich konkrete Verhandlungen und Vereinbarungen zwischen der Union und den Republiken hinauszögern. Nur eines scheint dabei sicher zu sein: die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken wird es in der seit rund 70 Jahren gewohnten Form nicht mehr geben. Und die imperialistische one-world wird von Tag zu Tag realer.

as

37. Wahlen, Nationalismus und Scharlatanerie - Eine Übersicht über aktuelle politische Entwicklungen in Osteuropa

Rubrik: Polen; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien; Rumänien; Bulgarien · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:39

Während die ökonomischen Transformationen beim Übergang zur Marktwirtschaft die Krisen in den osteuropäischen Ländern noch zuspitzen und in einigen Ländern (Bulgarien, Rumänien, Polen, Jugoslawien) Verelendung und soziale Verwerfungen voranschreiten, verstärken sich vor diesem Hintergrund die politischen Krisen und Instabilitäten. Die Transformation der Gesellschaften in bürgerlich-parlamentarische Systeme befindet sich in der Krise; das gilt insbesondere für Bulgarien, Polen, Jugoslawien und Rumänien, während die CSFR eher die Ausnahme darstellt. Dabei gibt es nicht nur die Probleme beim Übergang der realsozialistischen Regimes in bürgerlich-demokratische; hinzu kommt, daß an die alten Regime der Zwischenkriegszeit angeknüpft wird, die erstens diktatorisch und zumeist stockreaktionär, teilweise monarchistisch verfaßt waren und sich zweitens durch einen gehörigen Nationalismus und Rassismus auszeichneten.

Im folgenden wird ein Überblick über die jüngsten politischen Entwicklungen gegeben.

Bulgarien: Generalstreik und Sturz der Regierung

Im Juni dieses Jahres gelang es der aus der ehemaligen Kommunistischen Partei hervorgegangenen "Bulgarischen Sozialistischen Partei" (BSP), als einzigen in Osteuropa, die Wahlen knapp zu gewinnen. Sie stellte 211 der 400 Parlamentssitze, während das bürgerliche Oppositionsbündnis "Union Demokratischer Kräfte" (UDK) lediglich 144 Mandate errang. Umgehend nach der Wahlniederlage mobilisierte die UDK, die aus 16 verschiedenen Parteien und Gruppierungen besteht, die Bevölkerung vor allem in Sofia und den wenigen anderen großen Städten gegen die sozialistische Regierung.

Am 1. August machte die BSP einige Zugeständnisse, ernannte einen neuen Premierminister (Andrej Lukanoff) und wählte Shelju Sheleff, den damaligen Vorsitzenden der UDK, zum Staatspräsidenten. Zugleich verabschiedete die Regierung ein Reformprogramm, das in etwa den Forderungen der Opposition entsprach: schnellstmögliche Einführung der Marktwirtschaft, Freigabe der Preise, Privatisierung, Sanierung des Staatshaushalts usw. Der Zorn und die Opposition richtete sich auch nicht gegen das Sanierungsprogramm, sondern gegen die BSP selbst; deren Politiker gelten als Wendehälse, verkörperten die alte "Nomenklatura", seien in Wirklichkeit Kommunisten und müßten daher abtreten.

Zum anderen wuchs die Unzufriedenheit gegen die sich weiter rapide verschlechternde Versorgungslage; Strom gab es nur zum Teil, die Benzinpreise kletterten in die Höhe, die Lebensmittel wurden knapp und rationiert gegen Lebensmittelkarten ausgegeben. Die Regale in den Geschäften blieben leer, der Schwarzmarkt breitete sich aus.

Im November, anläßlich der Verabschiedung des Haushalts, boykottierte die UDK die Abstimmung. Der Haushalt wurde verabschiedet, bald darauf stellte die UDK einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung Lukanoff, der jedoch abgelehnt wurde. Innerhalb der BSP spaltete sich eine 16-köpfige Parlamentariergruppe ab, da sie mit der Politik der Partei nicht einverstanden war. Diese Abspaltung ist Folge der tiefen Krise des Landes, ohne daß politische Alternativen diskutiert würden. Nach dem Scheitern des Mißtrauensantrags rief die oppositionelle Gewerkschaft Podkrepa zum Generalstreik auf, der nach Angaben bürgerlicher Presseberichte nur teilweise befolgt wurde. Er hatte aber zur Folge, daß große Teile der Versorgung, des Transportwesens und Verkehrs zusammenbrachen. In Sofia mußte das Militär mit Bussen den Verkehr übernehmen. Der dreitägige Streik Ende November weitete sich aus, auch Mitglieder des offiziellen Gewerkschaftsdachverbandes, der aus dem alten Regime hervorging, schlossen sich an.

Parallel zum Generalstreik verschärfte sich die Versorgungslage weiter. Angesichts des bevorstehenden Winters kam es zu Panikkäufen, die Lebensmittelkarten werden auf dem Schwarzmarkt gehandelt, während die Preise für Obst und Gemüse um das Zwei-bis Vierfache anstiegen. Das Angebot an Grundnahrungsmitteln

verschlechterte sich weiter - und das angesichts einer Situation, in der 40% der bulgarischen Bevölkerung unter dem Existenzminimum leben müssen.

Am 28. November, rund ein Jahr nach dem Sturz des alten Schiwkoff-Regimes, zog die Regierung Lukanoff die Konsequenzen und trat zurück. Die Opposition feierte und lag im Siegestaumel. Doch praktisch hat sie nicht viel mehr erreicht. Die UDK, die es immer ablehnte, mit der BSP eine Regierung der nationalen Verständigung zu bilden, um sich nicht mit den ehemaligen Kommunisten und den unpopulären Maßnahmen zur marktwirtschaftlichen Transformation zu kompromittieren, forderte neben dem Sturz der Regierung schnelle Neuwahlen, da die neuesten Meinungsumfragen einen Stimmungsumschwung zu ihren Gunsten signalisierten. Neuwahlen waren auch von der BSP für das nächste Jahr vorgesehen. Genau dann sollen sie, voraussichtlich im Mai, auch stattfinden.

Bis zu den Wahlen droht eine sehr instabile Lage; Staatspräsident Sheleff möchte eine "Nationale Regierung des friedlichen Übergangs zur Demokratie" aus unabhängigen Experten bilden - viele dieser Experten, u.a. Ökonomen, der Chef der Bauernpartei und der Parlaments-Vizepräsident, sind im Gespräch, ebenso viele haben jedoch abgesagt, denn sie wollen nicht die politische Verantwortung für den bevorstehenden Hungerwinter übernehmen. Je näher ein Regierungsantritt der UDK naht, desto näher rückt ein weiteres Problem: das Auseinanderdriften der UDK, deren gemeinsamer Kitt aus nicht viel mehr besteht als der Beseitigung der Herrschaft der BSP. Aktuell nehmen die Auseinandersetzungen zwischen extremen bulgarischen Nationalisten, die die türkische und mazedonische Bevölkerungsminderheit angesichts der Krise zum Sündenbock stempeln, und den bürgerlich-demokratischen Kräften (von christdemokratischen, liberalen bis zu sozialdemokratischen Gruppierungen) zu. Die Lage ist einigermaßen explosiv und unberechenbar.

Rumänien: Die Gefahren des erstarkenden Nationalismus

Die Regierung der "Front zur Nationalen Rettung" unter Präsident Iliescu legte einen handfesten Beweis dafür ab, daß es ihr mit der Einführung der kapitalistischen Marktwirtschaft ebenso ernst ist wie mit dem Abstreifen der Vergangenheit, zumal sie noch immer im Rufe steht, mit der alten Ceausescu-"Nomenklatura" zusammenzuarbeiten.

Der Beweis war die Einführung der Preisfreigabe seit dem 1.11.90, um die Preise den tatsächlichen Produktionskosten anzupassen. Die Folge: Preissteigerungen bei Grundnahrungsmitteln bis zu 300%, ein Paar Schuhe kosten 1000 Lei - das ist ein Drittel eines durchschnittlichen Monatseinkommens. Der Teuerungszuschlag von 750 Lei monatlich reicht bei weitem nicht aus, um die gestiegenen Lebenshaltungskosten auch nur annähernd auszugleichen. Angesichts dieser ersten Maßnahme der beschlossenen Wirtschaftsreformen kam es zu Massendemonstrationen in Bukarest, Temeswar, Brasov und anderen Städten. Dieses Mal demonstrierten nicht die Studenten und städtischen Kleinbürger gegen "den Kommunismus" und für den Sturz Iliescus, sondern die Werktätigen. Diese fordern vor allem eine Rücknahme der immensen Preissteigerungen. Die mittelständisch- studentische Opposition unterstützte zwar diese Demonstrationen, jedoch nur halbherzig, weil sie sich in einem Dilemma befindet. Schließlich ist auch sie für die radikale Einführung der Marktwirtschaft und hätte die Preise genau so freigegeben wie die "Front zur Nationalen Rettung". So richtete sich ihre Kritik, etwa die der Liberalen Partei und der Bauernpartei, nicht gegen die Preisfreigabe, sondern gegen die schlechte Informationspolitik der Iliescu-Regierung.

Angesichts der tiefen Krise des Landes - siehe Bulgarien - droht in Rumänien eine nationalistisch-chauvinistische Welle hochzuschwappen, auf der von der sozialen Krise abgelenkt werden soll. Rassistische und nationalistische "Bewegungen" wie etwa "Pro Bessarabien" und "Bukarest-Kischinow" trommeln für die "Wiedervereinigung" Bessarabiens zu einem Großrumänien. Neue Nahrung erhielt diese nationalistische Bewegung durch den Einmarsch sowjetischer Soldaten in das Gebiet der Gagausen infolge der dortigen ethnischen Zusammenstöße.

Es steht zu befürchten, daß die regierende "Front" auf den nationalistischen Zug aufspringt, um so die innenpolitische Krise zu überspielen. Das Zeug dazu hätte sie, denn die "Front" ging bereits gewaltsam gegen die ungarische Minderheit vor und führte einen Wahlkampf mit nationalistischen Parolen.

CSFR: Kommunalwahlen mit Überraschungen

Ende November fanden in der CSFR Kommunalwahlen statt, die die Verkrustungen der Verwaltungsstrukturen in den Städten und Gemeinden aus der realsozialistischen Ära aufbrechen und den politischen Transformationsprozeß weiterführen sollten. Zwei Ergebnisse waren bemerkenswert: die Kommunistische Partei (KP) erzielte beachtliche Erfolge, und das "Bürgerforum" des Präsidenten Havel mußte herbe Stimmenverluste hinnehmen.

In der Tschechischen Republik blieb das Bürgerforum zwar die stärkste Kraft, mußte aber Stimmenverluste von 13,5% hinnehmen und erreichte rund 36% der Stimmen. Die KP legte dagegen 4% zu und kam auf 17,2%, gefolgt von unabhängigen Kandidaten (10,6%).

In der slowakischen Republik wurden die Vorsitzenden der Gemeindeverwaltungen direkt gewählt. Die meisten Bürgermeister stellen dabei die Kandidaten der KP mit knapp 25%, gefolgt von den Christdemokraten (KDH) mit rund 20% und der "Öffentlichkeit gegen Gewalt" (VPN), der Schwesterorganisation des Bürgerforum, mit ca. 17%. Bezüglich der Zahl der gewählten Gemeindeabgeordneten ging die KDH als stärkste Kraft hervor (27,4%), gefolgt von der VPN mit 20,4% (minus 13%) und der KP mit 13,6%. In der Hauptstadt Prag setzte sich das Bürgerforum mit 50,4% der Stimmen jedoch klar durch.

Allerdings müssen die Wahlergebnisse durch eine wesentlich niedrigere Wahlbeteiligung relativiert werden. Die Achtungserfolge der KP basieren darauf, daß die KP ihr Wählerpotential voll ausschöpfen konnte, denn in der absoluten Zahl der erhaltenen Stimmen wiederholte die Partei ihr Ergebnis von der Landeswahl; umgekehrt blieben vor allem potentielle WählerInnen des Bürgerforums daheim.

Die Parteizeitung der KP, "Rude Pravo", nunmehr eine "Zeitung der Linken", kommentierte das Wahlergebnis dahingehend, daß sich die KP neben dem Bürgerforum als zweite wichtige Reformkraft etabliert habe. Die KP, längst zu einer eher linkssozialdemokratischen Kraft transformiert, aber mit ganz ähnlichen Vergangenheitsproblemen wie die PDS konfrontiert, schlug in ihrem Parteiorgan in puncto Parteivermögen denn auch ganz andere Töne an; man hoffe nach diesem Wahlergebnis, daß die "Jagd auf Feinde" nun endgültig vorbei sei, hieß es in einem Kommentar. Die KP hatte schon vor Monaten auf Basis der Freiwilligkeit einen großen Teil ihres Vermögens an den Staat abgetreten.

Jugoslawien: zunehmende Desintegration

Der Übergang Jugoslawiens zu bürgerlich-parlamentarischen Systemen vollzieht sich über die Wahlen in den sechs Teilrepubliken etappenweise und ist zugleich mit einer weiteren Desintegration dieses Staates verbunden. Im November wurde in den Teilrepubliken Mazedonien und Bosnien-Herzegowina gewählt, nachdem bei den Wahlen in Kroatien und Slowenien die einst herrschenden Kommunisten in die Opposition verwiesen wurden. In Serbien und Montenegro folgen die Wahlen am 9. Dezember.

In Mazedonien setzte sich der "Bund der Kommunisten Mazedoniens - Partei für demokratische Umgestaltung" zusammen mit der "Sozialistischen Partei Mazedoniens" (SRSJ), letztere ist aus der regimetragenden "Sozialistischen Allianz" hervorgegangen, klar durch und wird eine Reformkoalition bilden. Abgeschlagen sind sowohl die "Partei der demokratischen Prosperität", die die Interessen der albanischen Minderheit repräsentieren will, und mehrere nationalistische Parteien Mazedoniens, die keinerlei Chancen besaßen. Der Ausgang der Wahlen in Mazedonien ist ein kleiner Lichtblick für den Ministerpräsidenten Markovic und den "Bund der Reformkräfte Jugoslawiens", denn die Wahlen müssen als Votum gegen den Zerfall Jugoslawiens verstanden werden.

Weit größere Bedeutung erlangten die Wahlen in Bosnien-Herzegowina; von den dort lebenden 4,4 Millionen Menschen sind 32% Serben, 18% Kroaten und 39% Muslime, die restlichen 11% verteilen sich auf die übrigen rund 30 verschiedenen ethnischen Zugehörigkeiten. Sowohl der "Bund der Kommunisten" als auch der "Bund der Reformkräfte" warnten vor den Wahlen vor einem Sieg der nationalistischen Parteien und einem daraus folgenden Bürgerkrieg. Doch diese Drohungen konnten ihre vernichtende Niederlage nicht verhindern. Von den 130 Sitzen im "Bürgerrat" erhielt die Partei der Muslime 42, die Partei der Serben 36 und die Partei der Kroaten 20 Mandate. Der "Bund der Kommunisten" errang gerade 12 Sitze, der "Bund der Reformkräfte" 9 Sitze; in der zweiten Kammer, dem "Rat der Gemeinden", erzielten die beiden letztgenannten Parteien überhaupt keinen Sitz, sondern die Mandate verteilen sich in ähnlicher Relation auf die drei großen nationalistischen Parteien. Die führenden Politiker der drei nationalistischen Parteien erklärten vor den Wahlen, eine Koalition auf der Basis eines "bosnischen Konsens" einzugehen. Wie das funktionieren soll,

bleibt abzuwarten, wenn die kroatischen und serbischen "Mutterländer" in Bosnien-Herzegowina hineinregieren wollen.

Polen: Walesa kontra Tyminski

Der erste Wahlgang zu den von Lech Walesa erzwungenen vorgezogenen Präsidentschaftswahlen in Polen endete mit einer Sensation: aus dem vorausgesagten Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Walesa und seiner konservativen "Zentrumsallianz" und dem amtierenden Regierungschef Mazowiecki, der die reformerisch-katholischen, intellektuellen Kräfte in der faktisch gespaltenen "Solidarnosc" repräsentiert, wurde nichts, weil ein Scharlatan mit dreifacher Staatsangehörigkeit namens Stanislaw Tyminski dem ganzen einen dicken Strich durch die Rechnung machte. Walesa erzielte im ersten Wahlgang 39%, Tyminski 23% und Mazowiecki gerade noch 18%. Walesa kontra Tyminski - so geht es in den entscheidenden zweiten Wahlgang, der Walesa zu dem Ausspruch trieb, Polen zu verlassen, wenn dieser Mensch die Wahl gewinnen sollte.

Die vernichtende Niederlage Mazowieckis veranlaßte Adam Michnik in der "Gazeta Wyborcza" zu dem Eingeständnis, "das Gefühl für die gesellschaftlichen Stimmungen verloren" zu haben. Bei den Bauern, die besonders hart vom dem wirtschaftlichen Reformprogramm betroffen sind, erzielte Mazowiecki gerade noch 4%, bei den Arbeitern 11%, während Tyminski dort 32% der Stimmen holte. Die Kritik Walesas an Mazowiecki, die zum Bruch der "Solidarnosc" führte, hat insofern ihre Berechtigung, als daß die "Solidarnosc" als bloße Legitimationsbeschafferin für die unpopuläre Politik der Regierung diente und dadurch andere Stimmungen und politische Strömungen nur noch unzureichend wahrnahm. Genau dafür hat Walesa eine sehr sensible Antenne.

Der Reformflügel der "Solidarnosc", politisch konstituiert in der Partei "ROAD", unterschätzte offenkundig die sich mehr und mehr ausbreitende Verzweiflung in Teilen der Bevölkerung, die sich ungeduldig nach besseren Zeiten sehnen. In einer solchen ausweglos erscheinenden, katastrophalen Situation blühen Mythen, der Glaube an Wunder und eine "starke Hand" ebenso wie die Ausbreitung des Antisemitismus, den eben dieser Lech Walesa mit schürt oder besser: schüren läßt. Seine Mitstreiter behaupten, Mazowiecki und seine Regierung seien Juden, wobei an den grassierenden primitiven Antisemitismus, der in Polen latent in Teilen der Bevölkerung vorhanden ist, angeknüpft wird.

Walesas Wahlkampf basierte nicht auf ein Programm, eine Konzeption im Kontrast zu Mazowiecki; wahrscheinlich ist sogar, daß Walesa den amtierenden wichtigen Finanzminister Balcerowicz zu seinen Beratern machen wird. Walesa bevorzugt stattdessen eine autoritäre Lösung; Polen müsse mit der "eisernen Hand" geführt werden, um das Land aus der Krise herauszuführen. Er wirft Mazowiecki vor, daß es ihm genau hieran fehle.

Walesas Gegner, Stanislaw Tyminski, ist eine mehr als zwielichtige Gestalt, was die um ihn rankenden Mythen nur verstärkt. Er redet wenig von Politik, sondern vom schnellen Geld. Die alte Mär des Tellerwäschers zum Millionär tischt dieser Scharlatan auf, die ausbleibenden westlichen Kredite verdreht er in einen "Wirtschaftskrieg", der gegen Polen geführt werde.

Dagegen empfiehlt dieser Mann in seinem mystisch-faschistischen Buch "Die heiligen Hunde" den Kauf von atomaren Mittelstreckenraketen für Polen und predigt einen Führerkult. Doch bei diesem Buch fangen die Ungereimtheiten und Merkwürdigkeiten dieses Mannes mit kanadischer, peruanischer und polnischer Staatsbürgerschaft bereits an, denn der Ghostwrighter ist Roman Samsel, einst Korrespondent der Parteizeitung "Tribuna Ludu" der ehemaligen polnischen KP in Mexico. Während des Kriegsrechts in Polen habe er, Tyminski, nie polnischen Boden betreten. Recherchen ergaben, daß er mindestens acht Mal in Polen gewesen sein muß. Erst nach seiner Auswanderung, mit einer 5-Dollar-Note in der Hand, habe er es zum kanadischen Millionär gebracht, mit einer Firma, die Industrie-Software verkauft. Letzteres scheint immerhin zu stimmen. Dann sein mysteriöser Aufenthalt in Peru, wo er bei den Indianern war, dann jedoch eine private Fernsehgesellschaft ins Leben gerufen und ein gut gehendes Restaurant eröffnet haben will. Irgendwann im letzten Jahr wurde Tyminski Präsident einer kanadischen 0,3%-Partei, die den neoliberalen Kapitalismus predigt. Die Legenden, Wahrheiten und Halbwahrheiten, die Tyminski umgeben und hier nur angedeutet worden sind, kulminieren zu unterschiedlichen Folgerungen. In Polen wird er von Kritikern mal als Geisteskranker, mal als Mafioso, dann wiederum als Mitglied des ehemaligen polnischen Geheimdienstes gehandelt. Die Phantasien gehen durch, wenn ihm sehr gute Kontakte nach Tripolis nachgesagt werden, was

Tyminski aber wiederholt dementiert hat. Und das ist sehr wenig, denn von diesem Legenden-Mythos bezieht er einen Teil seiner Attraktivität.

Ungeachtet dieser Stories von, über und mit Tyminski hat dieser Mann zumindest eines erreicht: die unterlegene "ROAD" um den noch amtierenden Regierungschef Mazowiecki ruft öffentlich zur Wahl Walesas auf, und Walesa dankt es ihr durch einige versöhnliche Worte und Gesten. Die einstigen Wahlkampfrivalen dürften geschockt gewesen sein durch die Warnung Geoffrey Sachs', jenes US-Ökonomen, der das polnische Schockprogramm verordnete. Wenn Tyminski den zweiten Wahlgang erreiche, dann werde keiner Polen mehr ernst nehmen, so jedenfalls der "Spiegel".

D./Westberlin

38. Freedom Now! Internationales Tribunal in New York

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:32

Vom 7. - 10. Dezember 1990 findet in New York ein internationales Tribunal zur Situation der Politischen Gefangenen statt. Das Tribunal wird von Freedom Now zusammen mit anderen Organisationen aus der Mittelamerikasolidaritätsbewegung, der Bürgerrechtsbewegung, kirchlichen Gruppen und der puertoricanischen Unabhängigkeitsbewegung organisiert. Die Hauptforderungen sind: Rettet das Leben von Mumia Abu-Jamal! Stoppt die "legalen" Lynchmorde! Weg mit der Todesstrafe! Solidarität mit allen politischen Gefangenen in den USA!

Von den Medien verschwiegen und aus dem Gedächtnis der alten 68er offensichtlich weitgehend verschwunden, ist die Existenz der politischen Gefangenen in den USA. Das stattfindende Tribunal soll die staatliche Nachrichtensperre über die Existenz von politischen Gefangenen in den USA und das Schweigen über deren brutale Haftbedingungen durchbrechen helfen. Außerdem soll versucht werden, mit den Ergebnissen des Tribunals bei internationalen Gremien wie der UNO- Menschenrechtskommission eine Verurteilung der US-Regierung wegen Menschenrechtsverletzung zu erreichen.

Freedom Now! ist 1988 anläßlich des 40. Jahrestag der Verkündung der Charta der Menschenrechte der Vereinigten Nationen als Bündnis verschiedener Befreiungsbewegungen und politischer, sozialer und kirchlicher Organisationen gegründet worden. Das Ziel der Kampagne ist, auf die Situation der mehr als 150 erklärtermaßen wegen ihrer politischen Aktivitäten und ihrer Organisationszugehö rigkeit politischen Gefangenen in den us- amerikanischen Gefängnissen aufmerksam zu machen. Der Gründung vorausgegangen war eine Kampagne gegen den Hochsicherheitstrakt für Frauen in Lexington. Während dieser Kampagne fanden sich die UnterstützerInnen aus den verschiedenen Spektren zusammen.

Freedom Now! will eine öffentliche Verurteilung der US-Regierung und fordert die Freilassung aller politischen Gefangenen in den USA bis 1992 - dem Jahr, in dem die USA ihre pompösen 500-Jahre Feiern begehen werden.

Freedom Now! will mit der Forderung nach einer Amnestie für 1992 dazu beitragen, die Wahrheit über die tatsächliche Situation der politischen Gefangenen in den USA bekannt zu machen und das koloniale Erbe des Westens nicht vergessen lassen. Die Amnestieforderung von Freedom Now! beinhaltet keinerlei Bedingungen an die Gefangenen nach Aufgabe ihrer Positionen, Abschwören oder sonstigem Dialog mit irgendwem. Die Forderung soll im Gegenteil gerade im Fall der schwarzen, indianischen und puertoricanischen Gefangenen die politische Legitimität und Notwendigkeit von Widerstand und Befreiung von kolonialer Unterdrückung und Ausbeutung bekräftigen.

Informationen über Freedom Now! und das Tribunal gibt es bei: Freedom Now!, 24 East 116th St., New York, NY 10029, Tel. 212-860-4102 oder über AGIPA.

ga.

39. Assata - Eine Autobiographie

- Buchbesprechung -

Rubrik: USA; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:31

Assata Shakur, eine militante Kämpferin der Black Liberation Army, wurde nach sechs Jahren Haft, am 2. November 1979 von ihren GenossInnen aus dem Hochsicherheitsgefängnis in Clinton in New Jersey befreit. Kurz darauf erschien überall an den Hauswänden der Black Communities die Parole: "Assata is welcome here". Sie lebt seit 1984 mit ihrer Tochter in Kuba.

Die Autobiographie, die im cubanischen Exil entstanden ist, beschreibt ihre Zeit, nach ihrer Verhaftung, bei der sie schwer verletzt wird und ein Genosse von den Bullen erschossen wird. Ihre qualvollen Haftbedingungen, sie ist lange Zeit als einzige Frau in Männergefängnissen isoliert. Die durch und durch rassistischen Gerichtsverhandlungen. Die Geburt ihrer Tochter und den Schmerz, als sie ihr weggenommen wird. Ihre Befreiung durch die GenossInnen und ihre erste Zeit in Kuba.

Diese Beschreibungen werden immer wieder unterbrochen mit Rückblenden auf ihre Kindheit und Jugend. Das kleine schwarze Mädchen, das nur durch einen Trick ihrer Mutter Einlaß in den Vergnügungspark bekommt - der Eintritt ist für Schwarze verboten. Das heranwachsende Mädchen, das auf die Liebeserklärung eines schwarzen Jungen abweisend reagiert "weil du zu schwarz und zu häßlich bist". Krause Haare schlimm findet und versucht, sich an den weißen Normen zu orientieren. Die Heranwachsende, die immer wieder von zu Hause ausbricht, sich rumtreibt und durchschlägt und sich über das Kennenlernen des schwarzen Alltags, der Unterdrückung und des offenen Rassismus langsam zur Revolutionärin und militanten Kämpferin entwickelt.

Diese Autobiographie ist nicht einfach nur ein spannender Roman. Sie ist ein Dokument des schwarzen Widerstandes in den siebziger Jahren in den USA und gleichzeitig eine erfrischend ehrliche Beschreibung der Widersprüchlichkeiten eines heranwachsenden schwarzen Mädchens. Mumia Abu-Jamal schreibt in seiner Buchbesprechung: "Natürlich gibt es die militante Kämpferin der Black Liberation Army, zornig, mit funkelndem Blick, wie sie von Millionen Zeitungen, Radiosendern und auf den FBI Fahndungsplakaten präsentiert wurde. Doch es gibt auch das Mädchen vom Lande, das Elvis-Presley-Anstecker trug, die freche Göre, die auf den Straßen von Harlem herumstrolchte, und die naive, noch halb kindliche junge Frau, die heute angesichts ihrer Antwort auf die Frage nach der us-amerikanischen Einmischung in Vietnam vor Verlegenheit rot würde, wenn ihre Haut nur heller wäre (‚Es geht um den Kampf für die Demokratie`, so plapperte sie 1964 die offizielle Propaganda nach). Assata hat viele Gesichter." Er hat recht.

ga.

Assata Shakur: ASSATA - Eine Autobiographie aus dem schwarzen Widerstand in den USA. 360 Seiten. DM 29,80. Zu beziehen über Amerika Gegeninformationspresse (Agipa-Press), Eichenberger Str. 53, 2800 Bremen 1, Tel. 0421 / 35 40 29 oder im Buchhandel.

40. Jesuitenmorde in El Salvador: Ermittlungen werden weiter verschleppt, von Reimar Paul

Rubrik: El Salvador · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:24

Der Mord an sechs Jesuiten-Patern der Zentralamerikanischen Universität (UCA) von San Salvador und zwei ihrer Hausangestellten im November 1989 ist nach wie vor nicht aufgeklärt. Die Hintergründe und Hintermänner des Verbrechens, das damals weltweite Empörung hervorrief, bleiben auch ein Jahr nach der Bluttat im Dunkeln. Die salvadorianische Armeeführung, die Regierung des rechtsextremen Präsidenten Alfredo Cristiani und der nordamerikanische Militärgeheimdienst behindern die Untersuchungen. Die Moakley-Kommission, ein vom US- Repräsentantenhaus zur Untersuchung der Vorfälle eingesetzter Ausschuß, kommt in ihrem Zwischenbericht vom 22. Juli zu dem Ergebnis, "daß der Generalstab der salvadorianischen Streitkräfte im Fall der ermordeten Jesuiten eine Aufklärung aktiv behindert." Nach Ansicht der Kongreßabgeordneten haben ranghohe Offiziere "Beweise zurückgehalten, Beweise zerstört, Beweismittel gefälscht und sich wiederholt in Widersprüche verwickelt." Die Kommission hält es für unwahrscheinlich, "daß dies ohne die Zustimmung des Generalstabs möglich gewesen wäre."

In den frühen Morgenstunden des 16.11.1989 waren die Jesuiten und Hochschullehrer Ignacio Ellacuria, Amando Lopez, Juan Ramon Moreno, Joaquin Lopez y Lopez, Ignacio Martin-Baro und Segundo Montes, ihre Haushälterin Elba Julia Ramos sowie deren 16jährige Tochter Celina Maricet Ramos auf dem UCA-Gelände auf grausame Weise umgebracht worden. Nachdem die Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN) am 11. November eine landesweite Großoffensive begonnen hatte, war die Hauptstadt in jenen Tagen Schauplatz von schweren militärischen Auseinandersetzungen. Unter Führung des Leutnants Espinoza drangen Soldaten des wegen seiner Brutalitäten und Massaker berüchtigten gefürchteten Elite-Bataillons "Atlacatl" und Angehörige der Militärakademie von San Salvador gegen 1.00 Uhr in die Universität ein. Fünf Geistliche wurden aus ihren Betten gezerrt, auf ein Rasenstück geschleppt und dort, das Gesicht nach unten, erschossen. Den aus seinem Zimmer eilenden Pater Lopez y Lopez und die beiden Frauen trafen die tödlichen Schüsse Minuten später im Inneren des Gebäudes. Um den Mordverdacht auf die FMLN zu lenken, ließen die Soldaten ein Kalaschnikow-Gewehr vom Typ AK-47 am Tatort zurück. Dieses Fabrikat, das häufig von der Guerilla benutzt wird, darf die Armee offiziell nicht einsetzen.

Seit Beginn des Krieges in El Salvador im Jahr 1980 steht die Jesuitenuniversität UCA im Visier der Militärführung und der mit ihr eng verwobenen Todesschwadrone. Wie andere fortschrittliche Kirchenleute wurden die Jesuiten wegen ihres Eintretens für die Menschenrechte und ihrer ständigen Bemühungen um eine Verhandlungslösung des Konfliktes in El Salvador von der offiziellen Propaganda stets als "Berater" oder "Sympathisanten" der FMLN bezeichnet - in El Salvador praktisch ein Todesurteil. Vize-Verteidigungsminister Orlando Zepeda geißelte die UCA als "Informationszentrum linker Tendenzen, in dem das Konzept des revolutionären Kampfes" entwickelt worden sei.

Mit Beginn der Guerilla-Offensive am 11.11. strahlten die von der Regierung gleichgeschalteten Radiosender des Landes Morddrohungen gegen mißliebige Oppositionelle aus. Unter den namentlich Bedrohten waren auch Ignacio Ellacuria und Segundo Montes.

Nachdem ihr Versuch, der Guerilla den Mord in die Schuhe zu schieben, unter dem Druck der internationalen Öffentlichkeit gescheitert war, schwenkte die salvadorianische Regierung um: Sie verurteilte nun die Tat und bezichtigte untergeordnete Militärs, das Verbrechen eigenmächtig begangen zu haben. Am 7. Januar setzte Präsident Cristiani eine "Ehrenkommission" unter der Leitung des Luftwaffenchefs Villamariona ein, die das Massaker aufklären sollte. Eine Woche später wurden acht an der Erschießung beteiligte Soldaten, unter ihnen Leutnant Espinoza sowie Oberst Benavides, der Leiter der Militärschule, festgenommen und den Medien als Täter präsentiert.

In Wirklichkeit aber ist bis heute völlig ungeklärt, wer die Entscheidung zur Ermordung der Jesuiten getroffen und wer den entsprechenden Einsatzbefehl erteilt hat. Ohne einen Namen zu nennen, hat Leutnant Espinoza bei seiner Vernehmung nur den Zeitpunkt des Befehls mitgeteilt, der über Funk in der Militärakademie einging: 15. November, 22:15. Benavides - einer der wenigen führenden Offiziere in El Salvador, die in der Vergangenheit noch nicht mit schweren Menschenrechtsverletzungen in Zusammenhang gebracht wurden -

streitet ab, überhaupt irgendeinen Militäreinsatz in der UCA befohlen zu haben. Gegenüber dem Ermittlungsrichter sagte der Oberst am 11. Juli, die Mordanweisung habe an ihm vorbei "der Generalstab" erteilt.

Während der FMLN-Offensive versammelte sich die oberste Militärführung unter der Leitung von Generalstabschef Emilio Ponce jeden Abend um 20:00 Uhr zu einer Lagebesprechung. Die Krisensitzung am 15.11., an der Benavides nach eigenen Angaben nur kurzzeitig teilnahm, dauerte bis nach Mitternacht an. Der Generalstab war dabei ständig mit dem Funksystem der Militärschule verbunden. Sigifredo Ochoa, Oberst im Ruhestand und führendes Mitglied der regierenden Arena-Partei, sagte in einer Sendung des salvadorianischen Fernsehens, daß in dieser Sitzung die Entscheidung zur Ermordung der Jesuiten gefallen sei. Ochoa wörtlich: "Sie gaben den Befehl, Linke zu töten." Auch der Weihbischof von San Salvador, Rosa Chavez, ist überzeugt, "daß eine so barbarische Aktion nicht Ergebnis der Entscheidung des Oberst Benavides ist." Es sei offensichtlich, "daß diese Dinge in die Büros des Generalstabs führen."

Ein an dem Einsatz in der UCA beteiligter, später desertierter Angehöriger des "Atlacatl"-Bataillons beschuldigte den stellvertretenden Verteidigungsminister Zepeda der Mit-Urheberschaft an dem Verbrechen. Nach den Aussagen des Soldaten soll Zepeda persönlich in der Mordnacht über Funk die Einheit angewiesen haben, auch die beiden Frauen umzubringen, die plötzlich am Tatort aufgetaucht waren. Der Vorwurf erscheint nicht völlig abwegig: ein anderer Armeedeserteur sagte vor der zentralamerikanischen Menschenrechtskommission CODEHUCA aus, daß der Chef der salvadorianischen Todesschwadrone niemand anders als Zepeda sei.

Unklar ist die Rolle, die der Präsident des Landes bei dem Jesuitenmord gespielt hat. Entgegen allen Versprechungen, das Verbrechen so rasch wie möglich aufzuklären, hat Alfredo Cristiani die Ermittlungen tatsächlich verschleppt. So verzögerte er vier Monate lang die Veröffentlichung des Berichtes der von ihm eingesetzten "Ehrenkommission". Im Juli fiel dem Präsidenten ein, daß er selbst eine Durchsuchung der UCA autorisiert hatte, die das Bataillon "Atlacatl" drei Tage vor dem Mord vornahm und die ganz offensichtlich dem Ausspähen der Örtlichkeiten diente. Und erst am 7. September räumte Cristiani auf Befragen eines Untersuchungsrichters ein, in der Mordnacht an der Sitzung des Generalstabes teilgenommen zu haben. Nach der Besprechung hat es den Aussagen des Präsidenten zufolge noch ein weiteres Treffen in ganz kleinem Kreis gegeben, das erst um 2:00 Uhr - dem Zeitpunkt des Mordes - zu Ende ging.

Die von der UCA herausgegebene, in Mittelamerika sehr angesehene Zeitschrift "Proceso" vermutet, daß auch diplomatische, militärische und geheimdienstliche Institutionen der USA mit der Vertuschung des Verbrechens befaßt sind. Nach Recherchen des Blattes hat der nordamerikanische Militärgeheimdienst nicht weniger als 21 wichtige Beweismittel in seinem Besitz. Wegen einer möglichen "Gefährdung der nationalen Sicherheit" könnten diese Akten allerdings nicht herausgegeben werden. Ende April behauptete die Fernsehgesellschaft CBS in einer Sendung, daß der US-Botschafter in El Salvador, William Walker, dem salvadorianischen Generalstabschef und inzwischen zum Verteidigungsminister avancierten General Ponce eine Videokassette überbringen ließ. Die Aufzeichnung beinhaltete ein Interview über den Verlauf der Untersuchungen, das Journalisten mit Walker geführt hatten. Die Übergabe des Bandes hatte laut CBS zum Ziel, Ponce, dem dasselbe Interview bevorstand, auf die kritischen Fragen der Reporter vorzubereiten. Die US-Botschaft wie auch der salvadorianische Generalstab verweigerten anschließend jede Stellungnahme zu diesem Vorgang.

In der nordamerikanischen Öffentlichkeit wie auch im Kongreß haben unterdessen die Kritiker einer bedingungslosen Salvadorhilfe an Terrain gewonnen. Unter dem Eindruck des Berichtes der Moakley-Kommission (s.o.) fand am 20. Oktober eine von den demokratischen Senatoren Dodd und Leahiy ausgearbeitete Vorlage die Mehrheit, die - erstmals in der Geschichte des salvadorianischen Konfliktes - eine Reduzierung der Militärhilfe an die Regierung in San Salvador vorsieht. So soll im Haushaltsjahr 1991 nur die Hälfte der von Präsident Bush etatisierten 85 Millionen Dollar ausgezahlt werden - vorausgesetzt, die FMLN startet keine neue Großoffensive und beteiligt sich an den kommenden Friedensverhandlungen. Die gestrichenen 42,5 Millionen machen allerdings nur rund ein Prozent der Summe aus, welche die USA im vergangenen Jahr nach El Salvador geschleust haben.

In El Salvador ist der Senatsbeschluß gleichwohl kritisiert worden. Während Verteidigungsminister Ponce ankündigte, daß sich die Militärs das Geld durch Einsparungen im Sozialhaushalt wiederholen wollen,

bezeichnete das Oberkommando der FMLN die "Schiedsrichterrolle" der USA im Verhandlungsprozeß als eine Anmaßung.

Ohne direkt auf den Mord an den Jesuiten Bezug zu nehmen, hatte der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke (CSU), bei der letztjährigen Haushaltsberatung am 29.11. im Bundestag erklärt: "El Salvador wird in diesem Jahr keine deutsche Entwicklungshilfe mehr bekommen können, weil die Entwicklungshelfer angesichts der Sicherheitslage zurückgezogen werden mußten." Dennoch stimmten die Regierungsfraktionen nur drei Tage später gegen Entschließungsanträge von SPD und Grünen, die El Salvador-Entwicklungshilfe definitiv zu stoppen. Ein vom Parlamentsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit am 15. Mai 1990 formuliertes Votum, "die Regierungsverhandlungen ... über finanzielle Neuzusagen für El Salvador" auszusetzen, hat lediglich empfehlenden Charakter. Alte, noch nicht ausgezahlte Mittel - immerhin rund 140 Millionen Mark - sind von dieser Empfehlung im übrigen ausdrücklich ausgenommen".

41. El Salvador: Offensive der FMLN

Rubrik: El Salvador · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:25

Die Befreiungsbewegung "Farabundo Martí" (FMLN) begann am 20. November eine durchschlagende militärische Offensive. Dabei griff die Guerilla wichtige militärische Ziele im Landesinneren und in der Hauptstadt San Salvador an. Zahlreiche Orte wurden besetzt, Kasernen attackiert und wirtschaftliche Ziele sabotiert. Nach mehreren ergebnislosen Verhandlungsrunden, die letzte war Ende Oktober gescheitert, gilt die laufende militärische Kampagne als die wichtigste seit der November-Offensive im vergangenen Jahr, als es der Guerilla glückte, tagelang Stadtteile in der Hauptstadt zu besetzen und die Kräftekonstellation erheblich zu ihren Gunsten zu verschieben.

Die militärische Kampagne "Bestrafung der antidemokratischen Streitkräfte" hat nur "begrenzte Ziele". Sie soll erklärtermaßen dazu dienen, "den Verhandlungsprozeß zu beschleunigen", der aufgrund der Unnachgibigkeit von Regierung und Armee in der Frage "Streitkräfte" steckengeblieben war.

Die FMLN führte a) die Straflosigkeit der Jesuitenmorde, b) die fortgesetzte Repression und Verarmungspolitik durch die Regierung, c) die Weigerung, über die Streitkräfte zu verhandeln und d) fortgesetzte Armeeangriffe an, um die Notwendigkeit ihrer Offensive zu begründen. Die Guerilla droht mit einer noch schärferen militärischen Gangart, wenn sich die Gegenseite weiter weigern sollte, ernsthaft zu verhandeln und auf eine Waffenniederlegung der FMLN spekuliert.

"Wenn die Regierung und die Streitkräfte dem internationalen Druck, den Forderungen der Nation und unserem militärischen Druck sich weiterhin widersetzen, behalten wir uns das Recht vor, kurz- oder mittelfristig eine Offensive großen Ausmaßes zu starten. Einen Waffenstillstand wird es nur mit dem Ende der Straffreiheit geben. Das Ende des Krieges wird nur mit dem verschwinden des antidemokratischen Heeres erreicht." (FMLN-Generalkommandantur, 20.11.1990)

Vorläufige Zwischenbilanz

Die Aktion begann am Donnerstag, den 20. November 0.00 Uhr Ortszeit, mit dem Angriff auf die Kaserne der Luftwaffe in der Nähe San Salvadors, wobei die Flughafenanlagen und einige Flugzeuge am Boden beschädigt wurden.

Die Departementshauptstädte Chalatenango, Usulután, Zacatecoluca und San Francisco Gotera wurden teilweise von der Guerilla eingenommen, andere Städte wie Apopa, das in unmittelbarer Nähe der Hauptstadt liegt, und Nejapa wurden vollständig von der Guerilla besetzt. Die Kaserne des Destacamento Militar Nr. 2 in Chalatenango ist nach schweren Angriffen der FMLN weitgehend zerstört. In weniger als 24 Stunden hatte die Armee mehr als 160 Verwundete und Gefallene, darunter mehrere hohe Offiziere. Unter den Toten befindet sich auch der Hauptmann Carlos Herrera Carranza, der als Offizier des Bataillons Atlacatl am 16. November 1989 in die Ermordung der sechs Jesuitenpater verwickelt war. Zuletzt war er als Chef des militärischen Geheimdienstes im Destacamento Militar Nr. 4 (San Francisco Gotera) tätig, das für die Rebellenhochburg Morazán zuständig ist.

Am 26.11. berichtete die Süddeutsche Zeitung bereits von über 400 Toten und Verletzten. Die Guerilla konnte acht Panzerfahrzeuge zerstören.

Erstmals in der Geschichte des 10jährigen Guerillakampfes gelang es ihr auch, einen Kampfbomber der Regierungsstreitkräfte abzuschießen. Unter Hinweis auf offizielle Regierungssprecher heißt es, daß das Flugzeug in der Nähe der Stadt Usulután beim Angriff auf Rebellenstellungen von einer SAM-7 Rakete getroffen wurde und der Pilot beim Absturz ums Leben kam. (SZ, 26.11.1990)

Wenige Tage später schoß die FMLN in derselben Gegend, in der Nähe von Jiquilisco, einen Kampfhubschrauber der Luftwaffe ab. Dabei setzte sie erneut SAM-7 Raketen ein.

Der Einsatz von effizienten Luftabwehrraketen durch die Guerilla ist neu. Seit einem Jahr spekulierte man, daß die FMLN im Besitz von derartigen Raketen sei, sie jedoch bislang noch nicht verwendete. Sollte sich dies bestätigen und sollte die FMLN, was anzunehmen ist, weitere Luftabwehrraketen haben, so wäre die Luftvorherrschaft der Regierungsarmee ernsthaft gefährdet. Dies verändert die militärische Kräftebalance

erheblich, da sich die Armee im wesentlichen auf die Luftwaffe stützt. Nur der luftwaffengestützte Truppentransport als auch die Unterstützung der Bodentruppen mit Bombenangriffen und MG-Feuer haben das Vordringen der Guerilla in Grenzen zu halten vermocht. Nach Überraschungsangriffen der Guerilla konnte die Armee mit Hilfe ihrer Luftflotte im Prinzip innerhalb von 15 Minuten Verstärkung an jeden beliebigen Punkt des Landes transportieren. Wäre die FMLN in der Lage, effektiver als bisher gegen die Luftwaffe vorzugehen, so würde damit das strategische Rückgrat der Regierungsarmee geschwächt.

Der Charakter der Offensive unterscheidet sich substantiell von der Novemberoffensive vergangenen Jahres. Während die FMLN damals Arbeiter- und Armenviertel besetzte und von dort aus in der Hauptstadt und anderen großen Städten gegen militärische Ziele vorging, greift sie diesmal klar definierte, rein militärische und einige wenige wirtschaftliche Ziele (Zuckerfabrik, Kaffeefincas, Fernmeldeeinrichtungen und Stromversorgung) an. Sie legte die Attacken in den ländlichen Zonen El Salvadors als Vernichtungsschläge (golpes contundentes) an, mit dem Ziel, dem Gegner an einigen wenigen Punkten, die militärstrategische Bedeutung haben, schwere Niederlagen beizubringen. Diese Form der Angriffe erlaubt eine weitestgehende Schonung der Zivilbevölkerung. Die FMLN hat offenbar Konsequenzen aus ihren Aktionsformen (Stadtteilbesetzungen) der November-Offensive gezogen, die vor allem auf die städtischen Zentren gerichtet war und infolge der Luftwaffenbombardements zu hohen Opfern unter der Zivilbevölkerung führte.

Die FMLN plante im Unterschied zum vergangenen November die Beteiligung der Zivilbevölkerung an der Offensive offenbar nicht mit ein, sondern schloß diese aufgrund der begrenzten Zielsetzung der Angriffe aus. Diese Offenive beinhaltet demzufolge keine aufständischen Momente.

Erste Reaktionen

Der Druck auf die ultrarechte Regierung Cristiani und die Armee wächst. Im US- Kongreß nehmen die Widerstände gegen die Bewilligung von weiterer Militärhilfe zu, weil die Armee des mittelamerikanischen Landes ein korruptes Faß ohne Boden und obendrein, und das ist natürlich das zentrale Problem für die Herren Kongreßabgeordneten, militärisch erfolglos ist.

Das Ende der Systemauseinandersetzung wg. RgW-Zusammenbruch verringert die Bereitschaft der USA, ihre Büttel in Lateinamerika mit größeren Dollarsummen auszustatten. Davon wissen die Regierung Endara in Panamá und Chamorro in Nicaragua ein Lied zu singen. Von einem Fall wie Grenada ganz zu schweigen. Die Kürzungen der Hilfszahlungen betreffen auch El Salvador und Guatemala.

Die Golfkrise, die in ein kriegerisches Golfabenteuer zu münden droht, lenkt die Aufmerksamkeit der Vereinigten Staaten eher weg von den wirtschaftlichen Zwergen in Mittelamerika und hin zu den strategisch interessanten Ölvorräten des Nahen und mittleren Ostens. Dies vergrößert tendenziell den Handlungsspielraum der Befreiungsbewegung und erhöht für die ultrarechte Regierung den Zwang zu Zugeständnissen.

Die Regierung El Salvadors nahm in einer ersten Reaktion auf die Offensive Zuflucht zu krudesten Formen der Propaganda: "Auf die kriminelle Aktion der FMLN gegen die Zivilbevölkerung waren unsere Streitkräfte vorbereitet. Sie haben ihre verfassungsgemäße Pflicht erfüllt und die terroristischen Gruppen der FMLN zurückgeworfen. Die Streitkräfte El Salvadors sind bereit, das letzte Opfer zu bringen, um Leben und Güter der Bürger, die Institutionen der Republik und den demokratischen Prozeß, der uns so viele Opfer gekostet hat, zu schützen." (Regierungsverlautbarung, 20.11.1990)

Der UNO-Generalsekretär Pérez de Cuéllar, unter dessen Auspizien im April des Jahres die Verhandlungen zwischen Regierung und FMLN wieder aufgenommen wurden, äußerte sich besorgt über die Offensive. Er sicherte zu, weiter für eine Verhandlungslösung einzutreten und meinte, daß es voreilig sei "unmittelbar bevorstehende substantielle Fortschritte bei Verhandlungen vorherzusagen." Er glaube aber, daß "mit dem nötigen Willen reale Möglichkeiten existieren, dahin- gehend Fortschritte zu erzielen." (UNO- Presserklärung, 20.11.1990)

Die Offensive der FMLN hat kein anderes Ziel, als die Regierung und Armee zu zwingen, den Verhandlungsweg als auch für sie einzig sinnvollen Weg zu akzeptieren. Sollten sich Armee und ARENA-Regierung weiterhin weigern, über die Entmilitarisierung der Gesellschaft und die völlige Abschaffung der Armee, die Demokratisierung des Landes, die Umgestaltung der ökonomischen Ordnung und eine neue

Außenpolitik zu verhandeln, wird der Krieg weitergehen. Dann wäre eine Guerilla-Offensive großen Ausmaßes zu erwarten.

Al., KB-Nürnberg

42. Volksmacht und Guerilla in Peru - Interview mit Walter Palacios Vinces; Unidad Democratica Popular (UDP)

Rubrik: Peru · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:05

Als 1980 in Peru die formelle Demokratie wieder eingeführt wurde, begannen zwei grundverschiedene Strömungen der Linken offen miteinander zu konkurrieren. Auf der einen Seite schließt sich eine Vielzahl von legalen Parteien zum Block der Izquierda Unida (IU - Vereinigte Linke) zusammen, nachdem die getrennt angetretenen linken Parteien bei den Präsidentschaftswahlen 1980 eine empfindliche Niederlage hatten einstecken müssen. Die IU wird von der Idee zusammengehalten, daß sich durch Mehrheiten bei den Wahlen strukturelle Veränderungen vollziehen lassen. Und tatsächlich gelingt es 1983, die zweitwichtigsten Wahlen des Landes, die Kommunalwahlen in der Hauptstadt Lima, zu gewinnen. Auf der anderen Seite beginnt 1980 die bis dahin noch sehr kleine Gruppe des Sendero Luminoso (Leuchtender Pfad) den bewaffneten Kampf in der abgelegenen und vernachlässigten Region von Ayacucho. Sendero Luminoso sieht in der Einführung der Demokratie nichts weiter als den Versuch, die bestehenden Herrschaftsstrukturen aufrecht zu erhalten und hat zu Beginn der achtziger Jahre eine breite Basis in der Bevölkerung Ayacuchos. Im September 1982 nehmen z.B. Zehntausende an der Beerdigung der Kommandantin Edith Lagos teil. Mitte der achtziger Jahre aber gelangen sowohl Sendero Luminoso als auch die IU an die Grenze ihrer Möglichkeiten. Die Überbewertung der Wahlen durch die IU führt zur Integration in das bürgerlich-parlamentarische System und zur Aufgabe aller Ansätze von revolutionärer Politik. Sendero Luminoso seinerseits findet keine Antwort auf den schmutzigen Krieg der peruanischen Streitkräfte und beginnt selber repressiv gegen die Zivilbevölkerung vorzugehen. Angesichts des Scheiterns von Sendero Luminoso und der IU entsteht 1987 die Unidad Democratica Popular (UDP) als Zusammenschluß zweier kleinerer Bewegungen der Linken. Stellvertretender Vorsitzender der UDP wird Walter Palacios Vinces. Walter Palacios war 1962 Mitbegründer der Movimiento de Izquierda Revolucionaria (MIR-Bewegung der Revolutionären Linken) und nahm als Mitglied des Zentralkomitees der MIR an der Guerilla von 1965 teil, was ihn von 1966 bis 1967 ins Gefängnis brachte. In den siebziger Jahren arbeitete Walter Palacios an der Vertiefung der Reformen Velascos. Von 1988 bis 1989 war er Chefredakteur der linken Wochenzeitung "Cambio". Wir sprachen mit Walter Palacios über die Perspektiven revolutionärer Politik in Peru und in Lateinamerika.

ak: Es heißt, daß die Bevölkerung in keinem lateinamerikanischen Land in einem so hohen Grade politisch organisiert sei wie in Peru. Gleichzeitig ist aber die Linke in Peru in extrem viele Parteien und Gruppen gespalten, die sich teilweise massiv bekämpfen. Das Spektrum der Linken reicht von den gemäßigten Sozialdemokraten der Izquierda Socialista (IS - Sozialistische Linke) bis zu Sendero Luminoso, einer dogmatisch maoistischen Guerillagruppe. Welchen Platz innerhalb dieses breiten Spektrums nimmt die UDP ein, was charakterisiert sie?

Walter Palacios: In Lateinamerika und der Karibik wie in der gesamten sogenannten Dritten Welt organisiert sich die Bevölkerung aufgrund der kapitalistischen Ausbeutung. Die Kampfformen entsprechen dabei der jeweiligen Situation jedes einzelnen Landes. Es gibt Fortschritte und Rückschritte, Irrtümer und Erfolge.

Die aktuelle Situation Perus ist sehr speziell: die tiefe strukturelle Krise bedeutet für das Volk Hunger und Elend. Die Repression militarisiert die Gesellschaft und der schmutzige Krieg kostet tausenden von Menschen das Leben. Um dagegen anzugehen, entwickelt das Volk starke Gewerkschafts- und Volksorganisationen. Es gibt eine legale parlamentarische Linke, die Front der IU und starke bewaffnete Gruppen, nämlich Sendero Luminoso und die Movimiento Revolucionario Tupac Amaru (MRTA - Revolutionäre Bewegung Túpac Amaru).

Innerhalb dieses Spektrums befindet sich die UDP, die weder ein Zusammenschluß von Parteien oder politischen Organisationen ist noch eine Partei im traditionellen Sinne. Wir sind eine Bewegung, eine Organisation der Linken, die sich im September 1987 gründete, auch wenn unsere Wurzeln bis in die sechziger Jahre zurückreichen. Entstand die MIR von Luis de la Puente und die neue lateinamerikanische Linke, die man allgemein "castristisch" oder "guevaristisch" nennt. Die UDP kämpft gegen den Imperialismus, für die nationale Befreiung und den Sozialismus, nicht um die bestehende Ordnung zu reformieren, sondern

um eine neue zu errichten. Wir versuchen zusammen mit der Basis neue Organisations- und Kampfformen zu entwickeln innerhalb eines strategischen Projekts von Volksmacht und Selbstverteidigung.

Das Wort "Volksmacht" kann alles bedeuten. Sogar in den bürgerlichen Verfassungen heißt es, "alle Macht geht vom Volke aus". Was bedeutet also Volksmacht für die UDP konkret?

In Peru sind in den letzten Jahrzehnten viele Organisationen, z.B. Gewerkschaften von Arbeitern, Bauern, Jugendlichen und Frauen entstanden. Aber außerdem sind auch repräsentative Organisationen von Intellektuellen, Künstlern, christlichen Basisgruppen, Volksküchen etc. aufgebaut worden, welchen es gelang, in einer breiteren Basis Fuß zu fassen. In den letzten Jahren gibt es nun die Entwicklung, daß all diese Organisationen sich in den sogenannten Frentes de Defensa de los Interesses del Pueblo (FEDIP - Front zur Verteidigung der Interessen des Volkes) zusammenschließen. Dies geschieht vor allem in den Regionen San Martin, Puno und Ucayali. Die FEDIPs wiederum vereinigen sich auf nationaler Ebene in der Asamblea Nacional Popular (ANP - Nationale Volksversammlung).

Unsere Position ist, daß das Volk wirkliche Partizipationsmöglichkeiten haben muß und Entscheidungen von der Basis selbst getroffen werden sollen. Damit kann man Bürokratisierung und Autoritarismus wie in den Ländern Osteuropas, im "real existierenden Sozialismus" vermeiden und zwar nicht erst, wenn man an der Macht ist, sondern heute. Wir glauben, daß dies ein wichtiger Aspekt im Kampf des peruanischen Volkes sein kann. Wir haben die Erfahrungen der FEDIPs, wo nicht nur konkrete ökonomische Forderungen gestellt werden, sondern auch Probleme der Region und politische Forderungen auf den Tisch kommen.

Wie aber sieht der Kampf an der Basis konkret aus?

Das Volk diskutiert in Versammlungen seine Probleme und Forderungen, wählt Vertreter, verabschiedet Kampfmaßnahmen und koordiniert Aktionen. Das geht von Gesprächen mit den lokalen und nationalen Autoritäten bis zu Kampfmaßnahmen, wenn die Probleme nicht gelöst werden. Dann gibt es Demonstrationen und Streiks jeglicher Art. Die ganze Bevölkerung nimmt daran teil, indem Dörfer und Städte besetzt und Straßen blockiert werden.

Das klingt wie der Traum der Linken. Das Volk kämpft vereint. Aber kann man wirklich sagen, daß diese FEDIPs ein politisches Projekt der nationalen Befreiung haben, welches, wie du gesagt hast, das Projekt der UDP ist. Sind die FEDIPs nicht vielmehr regionale Interessensverbände, die zufrieden sind, wenn ihre Region wirtschaftspolitisch begünstigt wird?

In diesen Organisationen, die wir als Keimzellen der Volksmacht und der Selbstverteidigung betrachten, sind die Parteien der Linken, unter ihnen die UDP, vertreten..

Das Problem ist, daß die politischen Parteien die natürlichen Organisationen des Volkes nicht ersetzen dürfen, daß sie diesen ihre Kriterien und Entscheidungen nicht aufdrängen dürfen. Es handelt sich nicht darum, daß diese Basisorganisationen sich völlig unabhängig von den linken Parteien entwickeln sollen. Nein. Es muß ein Geben und Nehmen sein. Die Avantgarde muß die Erfahrungen des Volkes begreifen, sie systematisieren und verallgemeinern. Innerhalb eines strategischen Projekts der Machtübernahme und nationalen Befreiung muß sich das Bewußtsein des Volkes parallel zur sich verschärfenden Auseinandersetzung mit dem Feind entwickeln.

Die FEDIPs dürfen nicht verwechselt werden mit der Arbeit in den von der Guerilla befreiten Gebieten. Die FEDIPs bedeuten, daß die organisierten Massen in ihren Aktionen anfangen, den bürgerlichen Staat und seine Institutionen in Frage zu stellen. Wenn die Mehrheit des Volkes organisiert und mobilisierbar ist, erschwert das das Vorgehen der Repression. Der Repressionsapparat des Staates ist zwar nicht handlungsunfähig, greift aber in der Regel vor allem nach dem Abflauen der Kämpfe ein. Führer, beteiligte und unbeteiligte Anwohner werden verhaftet, gefoltert, verschwinden und werden umgebracht. Daraufhin protestiert die Bevölkerung und verlangt die Respektierung ihrer staatsbürgerlichen Rechte, wodurch sie die Solidarität weiterer Sektoren gewinnt.

Du erzählst jetzt von den FEDIPs; wie sieht es aber in jene Regionen des Landes aus,wo es solche Volksfronten nicht gibt. Was bedeutet Selbstverteidigung und Volksmacht dort? Schönere Wörter für altbekannte Formen von Protest und Streik?

Selbstverteidigung ist für uns keine passive Aktion. Sie muß das Volk auf härtere Auseinandersetzungen mit dem Klassenfeind vorbereiten, damit das Volk selbst eine Kraft in diesem Krieg wird, der sich im Land entwickelt.

Das Volk organisiert sich und kämpft, um auf dem Land Ländereien und in den Städten Fabriken oder Gelände für Häuser zu besetzen. Es verteidigt sich, wenn die Polizei oder die Armee einschreitet. Dabei verrichtet es z.B. Geheimdiensttätigkeiten, um den Feind zu lokalisieren. Das machen sogar Kinder oder Greise. Das Volk schützt seine Lokale und seine Repräsentanten. Das ist nichts Neues für die Volksbewegung. All diese Tätigkeiten müssen als eine Ausbildung verstanden werden, an der sich auch die Basis beteiligt und nicht nur die Mitglieder der "Partei".

Und an diesen Kämpfen haben auch Guerillagruppen wie die MRTA teilgenommen, die mit ihren Milizen, städtischen und vor allem ländlichen Einheiten die Aktionen, Proteste und Kämpfe des Volkes unterstützt.

Um eine klarere Vorstellung davon zu bekommen: Für Dich bedeutet Selbstverteidigung, wenn in Lima z.B. ein Gelände besetzt wird, die Polizei kommt, um zu räumen, aber die Leute gehen nicht, sondern nehmen den Kampf mit der Polizei auf. Und wenn man das Ganze noch stärker organisiert und politisiert, das ist dann Selbstverteidigung?

Ja, und z.B. auch in den Streiks, sei es in einer Fabrik, sei es auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene.

Mir fällt es schwer, sich das Ganze in einem so militarisierten Land wie Peru vorzustellen, wo viele politische Konflikte durch brutale militärische Gewalt gelöst werden. Ich kann mir nicht vorstellen, daß sich die Bevölkerung eines Dorfes oder eines Stadtteils dem Militär entgegenstellt, das da mit dem modernsten Kriegsgerät aufmarschiert.

Ich verstehe, daß es schwer ist, sich das vorzustellen. Das Land ist militarisiert, die Repression ist sehr hart. Aber das Volk findet immer Formen, um zu protestieren, um seine Interessen zu verteidigen, um Widerstand zu leisten. Wir können da viel von der Basis lernen. Denken wir nur an die Bevölkerung Vietnams oder an die Bevölkerung von El Salvador. Die Zivilbevölkerung kämpft und ergänzt so die Aktionen der Guerillaorganisationen. Da machen Kinder, Greise, Frauen und Männer mit. Sie kämpfen mit ihren eigenen Mitteln, mit dem, was ihnen zur Verfügung steht. Und aufgrund ihrer Erfahrungen und unter Anleitung der Avantgarde entwickeln sie bessere und effektivere Kampfformen.

In anderen lateinamerikanischen Ländern legen Guerillagruppen die Waffen nieder, gliedern sich in das parlamentarische System ein und versuchen, Mehrheiten bei den Wahlen zu gewinnen. In Peru dagegen halten die MRTA und Sendero Luminoso am bewaffneten Kampf fest. Und auch die UDP hält die revolutionäre Gewalt für ein wichtiges Instrument der nationalen Befreiung. Was ist der Grund für diese unterschiedliche Einschätzung der Rolle der Gewalt?

Es stimmt, daß ein Teil der Volksbewegung wegen der Veränderungen, der schlechten Erfahrungen und der Niederlagen in Osteuropa pessimistisch ist. Manche geben den Kampf auf und machen sozialdemokratische Politik. Außerdem gibt es eine starke ideologische und politische Offensive des Imperialismus und der Rechten.

Wir wissen, daß jedes Land seine eigene Realität hat. Jede revolutionäre Organisation der Linken sollte ihre Politik und deren Folgen selbst verantworten. Wir haben nicht das Recht, uns als Richter oder Staatsanwälte aufzuspielen und andere Organisationen Lateinamerikas oder sonstwo in der Welt zu verurteilen.

Was wir festhalten können, ist, daß Peru in einer Krise steckt und daß sich die Revolution dort entwickelt und daß angesichts des Hungers, des Elends und des schmutzigen Krieges der Kampf und die Rebellion gerechtfertigt sind. Es gibt keine reformistischen, sozialdemokratischen Lösungen. Die objektiven Bedingungen verlangen eine revolutionäre Lösung, und die subjektiven Faktoren entwickeln sich in zunehmendem Maße.

Die MRTA ist eine der Guerillaorganisationen in Peru. Ist die MRTA in den Augen der UDP Teil des Projekts der Selbstverteidigung oder gar die Avantgarde, oder hat sie mit der ganzen Selbstverteidigung nichts zu tun?

Aufgrund der in den Dokumenten der MRTA publizierten ideologischen und politischen Position, aufgrund der Erklärungen ihres Kommandanten Victor Polay und anderer Repräsentanten der MRTA und aufgrund ihrer

Praxis, meinen wir, daß die MRTA eine politisch-militärische Organisation ist, die die Basisorganisationen respektiert und unterstützt. Die MRTA beteiligt sich direkt an den Kämpfen dieser Organisationen, sie ist in ihren Gremien und den FEDIPs vertreten.

Wie sieht das konkret aus?

Die Zusammenarbeit realisiert sich in verschiedenen Formen. Die MRTA macht Propaganda mit Hilfe der Presse, durch Plakate, Wandmalereien, Flugblätter etc. Sie gibt Erklärungen auf Kongressen und Treffen von Arbeitern, Bauern, Frauen, Studenten usw. ab. Die MRTA ist in Volksversammlungen vertreten und Milizen und Kommandos der MRTA verteidigen auch die Arbeiter und das Volk in direkten Konfrontationen mit der Polizei und dem Militär.

Und wie sieht es andersrum aus? Gibt es eine breite politische Unterstützung der MRTA durch die Basisorganisationen?

Aufgrund ihrer Politik gewinnt die MRTA Sympathie, Vertrauen und Unterstützung in Teilen der Bevölkerung. Aber die Entwicklung des Kampfes ist in den einzelnen Regionen des Landes sehr unterschiedlich. Ich glaube nicht, daß man heute schon sagen kann, daß es im ganzen Land eine allgemeine Unterstützung für die MRTA gibt. Selbst die Presse und andere Medien erkennen aber an, daß es in der Bevölkerung, oder in Teilen der Bevölkerung eine Akzeptanz und Sympathie der MRTA gegenüber gibt, z.B. bei den Minenarbeitern, in der Studentenschaft und bei den Bauern und der ländlichen Bevölkerung in den Regionen San Martin, Puno und Ucayali.

Außerdem hätte es die MRTA ohne Unterstützung der Bevölkerung auch nie geschafft, Guerillafronten auf dem Land aufzubauen und zu entwickeln. Aber auch ihre Aktionen in den Städten, wie z.B. die Befreiung von fast 50 Gefangenen aus einem Hochsicherheitsgefängnis in Lima im Juli dieses Jahres, wecken Sympathie in der Jugend und in der ganzen Bevölkerung.

Nicht nur die MRTA entwickelt den bewaffneten Kampf, sondern auch Sendero Luminoso. Hält die UDP Sendero Luminoso auch für einen Teil des Projekts der Volksmacht und der Selbstverteidigung?

Ich denke, daß es nicht darum geht, was die UDP über eine bestimmte politische Kraft meint oder auch nicht meint. Das Wichtige ist, daß man die Theorie des Sendero Luminoso und vor allem seine Praxis kennen muß. Sendero Luminoso meint, daß er die einzige legitime Avantgarde ist. Er bezeichnet sich als marxistisch-leninistisch-maoistisch, das Gonzalo-Denken anwendend. Alle, die seine Linie und Praxis nicht gutheißen, sind für Sendero Luminoso keine wirklichen Revolutionäre. Das ist eine ausschließende, sektiererische Position und keine vereinigende. Sendero Luminoso respektiert die Volksorganisationen nicht. Wenn die Volksorganisationen nicht mit Sendero Luminoso einverstanden sind, negiert Sendero Luminoso sie und schafft künstlich parallele Organisationen. Es ist soweit gekommen, daß Sendero Luminoso Vertreter der Linken und der Volksbewegung umgebracht hat, weil diese nicht mit Sendero Luminoso einer Meinung waren. Das ist eine Politik des Zwangs und des Terrors, und Sendero Luminoso isoliert sich damit selbst.

Nicht nur in Peru, auch hier in Deutschland gibt es bis in die Linke hinein Leute, die sagen, Sendero Luminoso sei keine Guerillaorganisation sondern eine Terrorbande. Ist das auch die Meinung der UDP?

Die Presse der Rechten verbreitet die Vorstellung, daß Sendero Luminoso und auch die MRTA und alle, die für das Volk kämpfen und z.B. die Menschenrechte verteidigen, Terroristen sind. Dazu ist zunächst zu sagen, daß die wirklichen Terroristen die Imperialisten, die anti-nationale Bourgeoisie und deren Marionettenregierungen sind. Denn diese sind es, die den ökonomischen, politischen und militärischen Terror anwenden, die Verbrechen begehen und einen schmutzigen Krieg führen. In Bezug auf Sendero Luminoso habe ich schon gesagt, daß er repressive Methoden anwendet und nicht nur Polizisten und zivile Autoritäten des Staates, sondern auch Vertreter der Gewerkschafts- und Volksbewegung und der Linken gezielt umbringt. Dieses Vorgehen wird vom Volk zu Recht abgelehnt.

Die IU ist eine der wichtigsten Organisationen der Linken Perus. Sie hat eine sehr breite Basis, unheimlich viele Mitglieder und eine Organisationsstruktur, die in alle Winkel des Landes reicht. Ist die IU in den Basisorganisationen, von denen Du gesprochen hast, vertreten, z.B. in den FEDIPs und in den Volksversammlungen?

Die IU ist ein über zehn Jahre altes linkes Parteienbündnis. Zu einer gewissen Zeit war sie in großen Sektoren des Volkes vertreten und hatte großen Einfluß. Ihre Politik hat sich vor allem auf die offizielle parlamentarische Arbeit beschränkt, wodurch es ihr gelang, zur stärksten parlamentarischen Oppositionskraft zu werden. Aufgrund ihrer Beschränkungen und ihrer politischen Inkonsequenz befindet sie sich zur Zeit in einer schweren Krise. Sie hat sich zu sehr auf die Wahlen konzentriert und den Kämpfen der Arbeiter und des Volkes den Rücken zugewandt. Das ist das Ergebnis der reformistischen, revisionistischen Positionen, die für ein krisengeschütteltes Land wie das unsere überhaupt keinen Ausweg darstellen.

Die Mehrheit der Führer der IU sagt, daß die IU eine revolutionäre Massenfront sein soll und auch im Volk für die Volksmacht und die Selbstverteidigung arbeiten soll. Aber das sind Deklarationen, nichts weiter. Das steht in Papieren und ist Teil ihrer Vorträge. In der Praxis aber entwickeln sie diese Arbeit nicht. Ganz im Gegenteil, sie versuchen den Aufbau der Volksmacht zu verhindern, sie zu schwächen oder aufzuweichen. Natürlich sind bestimmte Sektoren an der Basis der IU nicht mit ihren Führern einverstanden, und es gibt auch konsequente Organsationen innerhalb der IU wie z.B. den Bloque Popular Revolucionario (BPR). Mit diesem arbeitet die UDP zusammen und strebt eine Vereinigung in der nächsten Zukunft an. Außerdem gibt es auch die PUM (eine der Parteien der IU, Anmerkung d Übers.), die innerhalb der Basisorganisationen arbeitet.

Im Juli dieses Jahres ist Alberto Fujimori mit einem sehr guten Ergebnis zum Präsidenten Perus gewählt worden. Da mensch davon ausgehen kann, daß die Mittel- und Oberschicht mehrheitlich gegen Fujimori gestimmt hat, kann mensch sagen, daß 70 bis 80 Prozent der einfachen Bevölkerung Fujimori gewählt haben. Wie erklärst Du Dir das? Und glaubst Du, daß Fujimori der Präsident dieser Mehrheit der Bevölkerung ist, die in der Regel am Rande des Existenzminimums lebt?

Es stimmt, daß Alberto Fujimori im Juli etwa 65 Prozent der Stimmen erhielt. Vor allem die arme Bevölkerung hat ihn gewählt. Aber das bedeutet nicht, daß Fujimori die Interessen dieser Bevölkerungsgruppen vertritt. Fujimori ist auf gar keinen Fall ein Präsident der Bevölkerungsmehrheit.

Teile der peruanischen Linken, die IU z.B., begingen den Fehler, Fujimori zu unterstützen, für ihn zu stimmen. Dagegen hat die UDP ihre Autonomie bewahrt und das Volk aufgerufen, diese falsche Alternative abzulehnen und ungültig zu stimmen. (In Peru herrscht Wahlpflicht, Anmerkung d. Übers.) Unsere Position und unsere Kampagne trugen dazu bei, daß etwa zehn Prozent der abgegebenen Stimmen ungültig waren. Das entspricht etwa einer Million Peruaner.

Die nachfolgenden Entwicklungen haben gezeigt, daß unser Verhalten richtig war. Fujimori vergaß seine Wahlversprechen und beschloß neoliberale Wirtschaftsmaßnahmen, die ihm der IWF und die internationale Finanzwelt diktiert hatten. Die Unterdrückung der Arbeiter, des Volkes und der revolutionären Organisationen und der schmutzige Krieg gehen weiter. So zeigt sich das wahre Gesicht und die Macht, die die Militärs in dieser überwachten Demokratie haben. Das Unglaubliche an all dem ist, daß Sektoren der IU weiterhin mit der Regierung Fujimoris zusammenarbeiten. Eine Vertreterin der IU ist Erziehungsministerin, und andere Mitglieder der IU haben wichtige Posten im Regierungsapparat übernommen. Das zeigt die Inkonsequenz und den Zerfall von Teilen der Linken. Es ist ein deutliches Zeichen für den Einfluß der reformistischen Positionen und für die Krise dieser Sektoren.

Aber bedeutet diese ganze Entwicklung nicht auch, daß breite Sektoren der Bevölkerung desillusioniert sind und auch keine Hoffnungen mehr in die revolutionäre Linke oder die Entwicklung von Volksmacht setzen?

Nein. Die arme Bevölkerungsmehrheit ist von der revolutionären Linken nicht enttäuscht. Die Wahlen sind vorübergehende politische Ereignisse, die nicht den eigentlichen Willen des Volkes reflektieren. Diese Wahlen in unseren Ländern sind kein Ausdruck wirklicher Demokratie, auch wenn die Rechte und die Reformisten es so darstellen. Es stimmt, daß das Volk oft in seiner großen Mehrheit an den Wahlen teilnimmt, aber es gibt verschiedene Faktoren, die man berücksichtigen muß: der Zwang der Wahlgesetze, millionenschwere Wahlkampagnen, Manipulation, Demagogie, Populismus usw.

Das Volk hält immer weniger von dieser Demokratie, die keine Demokratie ist, die seine Probleme nicht löst, sondern sie im Gegenteil verschärft. Das Volk ist von der traditionellen Politik enttäuscht, enttäuscht von den kreolischen Politclowns.

Auf der anderen Seite stimmt es, daß die revolutionäre Linke es bisher nicht geschafft hat, die Mehrheit der Bevölkerung für sich zu gewinnen, ihre Gedanken aufzugreifen und ihr politisches Bewußtsein zu entwickeln. Es gibt große Fortschritte, aber sie sind noch nicht groß genug. Das ist ein harter, langer und schwieriger Prozeß. Die Krise des Systems wird sich weiter verschärfen und mit ihr der Klassenkampf. Wir Revolutionäre haben die Pflicht, angesichts der schnellen Veränderungen in Peru, Lateinamerika und der Welt unsere Lösungsvorschläge immer wieder zu überdenken. Wir müssen die Fehler korrigieren und den Kampf fortsetzen. Dann wird das Volk immer stärker zum bewußten Träger des revolutionären Prozesses, bis der endgültige Sieg erkämpft ist. Das ist die Meinung der UDP.

Die UDP hat in diesem Jahr an einem Kongress in Sao Paulo teilgenommen, auf dem sich fast alle bedeutenden Organisationen der Linken Lateinamerikas trafen. War dieser Kongreß ein Schritt in Richtung auf die Vereinigung der lateinamerikanischen Linken?

Die UDP war bei diesem Treffen in Sao Paulo durch unsere Generalsektretärin Cecilia Oviedo vertreten. Vorher hatten wir schon an dem ersten Treffen in Quito, 1988, und an dem Treffen in Bogota, 1989, teilgenommen. Das waren Treffen von revolutionären und progressiven Parteien und Organisationen aus Lateinamerika und der Karibik. Für uns ist die peruanische Revolution ein Teil der lateinamerikanischen Revolution innerhalb eines weltweiten revolutionären Prozesses. Deshalb haben wir sehr viel Interesse daran, Erfahrungen auszutauschen und gemeinsame, koordinierte Kämpfe gegen unseren gemeinsamen Feind, den Yankee-Imperialismus, zu entwickeln.

All diese Treffen sind wichtig und bringen uns weiter. Aber bis jetzt kann man noch nicht von einer Vereinigung der Kräfte in unserem Kontinent sprechen.

Wie weit seid Ihr in der Koordination der Arbeit vorangekommen? Wird es länderübergreifende Kampagnen oder ähnliches geben?

Es fällt den lateinamerikanischen Organisationen der Linken schwer, ihre Arbeit gemeinsam zu entwickeln. Wir haben zwar gemeinsame Feinde und gemeinsame Ziele, aber jedes Land hat seine eigene Realität und unterschiedliche soziale und politische Entwicklungen. Außerdem lastet auf uns diese Tradition des Mißtrauens und der Spaltungen. Wir versuchen das nach und nach zu überwinden. Und die Treffen Lateinamerikas und der Karibik für die Selbstbestimmung, die Solidarität und das Leben unserer Völker, die in Quito, Bogota und Sao Paulo stattfanden, zeigen, daß wir auf dem richtigen Weg sind. Diesen Weg wollen wir schnell vorangehen, um unsere Realität besser zu verstehen und um eine Einheit im Kampf unserer Völker zu erreichen.

Vielen Dank für das Gespräch.

Das Gespräch für den ak führten cs/um.

43. Koalitionsregierung zerbricht an Religionsstreit Hindu-Fundamentalismus im Aufwind

Indien vor einem neuen Religionskrieg?

Rubrik: Indien · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:12

Am 2. November diesen Jahres marschierten zehntausende von fundamentalistisch orientierten Hindus auf die Stadt Ayodhya im nördlichen indischen Bundesstaat Utar Pradesh, um die dort gelegene Babri-Moschee zu schleifen und an ihrer Stelle einen hinduistischen Tempel zu Ehren des Kriegsgottes Rama zu errichten. Ein jahrzehntelanger Streit um die Moschee in Ayodhya eskalierte zu einer drei Tage andauernden Straßenschlacht und führte zur Abwahl der nur elf Monate im Amt befindlichen Regierungskoalition unter Führung von Premierminister V. P. Singh.

Das Streitobjekt zwischen Hindus und Moslems, die Moschee vom Ayodhya, steht dort unbehelligt seit mehr als vierhundert Jahren. Sie wurde 1528 vom Mogulkaiser Babar erbaut und ist ein Symbol des zu dieser Zeit erstarkenden Islam in Indien. Fundamentalistische Hindus reklamieren just die Stelle, an der die Moschee erbaut wurde, als Geburtsstätte des Gottes Rama. Die Moschee ist heute eine Art religiöser Hybrid, ein dreikuppliges Bauwerk, in dessen Inneren Statuen mit Abbildern von Rama aufgestellt wurden. Das Gelände rund um die Moschee dient daher beiden Religionsgruppen als Wallfahrtsort. Ein Zustand, den die fundamentalistische Hindubewegung beenden will. Gerichtlich ließ sich der Abriß bislang nicht erstreiten, weshalb interessierte Kreise seit September diesen Jahres zur Selbstjustiz mobilisierten, um in einer Massenaktion von Hindus den Tempel abzureißen. Politische Hauptprotagonistin dieser Abrißbewegung ist die Bharatiya Janata Party (B.J.P), eine hinduistisch-nationalistische Partei. Ihr Vorsitzender L. K. Advani begab sich im September auf einen 10.000 km langen Kreuzzug durch die nordindischen Bundesstaaten, um die hinduistischen Massen zum Sturm auf den Tempel in Ayodhya zu mobilisieren.

Dem Aufruf folgten Hundertausende, die sich z. T. selbst aus Südindien auf den Weg nach Ayodhya machten. Die indische Zentralregierung beorderte Truppenverbände und Polizeieinheiten nach Ayodhya, um die Moschee zu schützen und verwandelte die Stadt in eine Festung. 60.000 Hindus wurden durch Vorkontrollen daran gehindert, sich Ayodya zu nähern. Mehreren zehntausend Menschen gelang es trotz der weiträumigen Zufahrtskontrollen bis zu den Polizeiabsperrungen in direkter Nähe der Moschee vorzudringen. Drei Tage dauerte die Belagerung der Moschee. Tausende fanatisierter Hindus stürmten gegen die Polizeiabsperrungen an, warfen Steine und setzten Polizeifahrzeuge in Brand. Die Polizei antwortete mit Knüppeleinsätzen, Tränengas und eröffnete schließlich das Feuer auf die Menge. Wenigstens 30 Menschen wurden dabei durch Schüsse getötet. Glaubt man Augenzeugenberichten in der indischen Presse, so waren Teile der Menge dermaßen fanatisiert, daß sie blindlings in den Tod liefen, um für eine "gerechte Sache" den "Märtyrertod" zu erleiden. Etwa 500 Hindus gelang es, die Polizeiabsperrungen zu durchbrechen und in die Moschee einzudringen, wo sie z. T. mit bloßen Händen oder mitgeführten Eisenstangen versuchten, Steine aus dem Mauerwerk herauszubrechen oder von oben die Kuppeldächer mit Hämmern zu zertrümmern. Die Auseinandersetzungen in Ayodhya weiteten sich auf mehrere nördliche Bundesstaaten und bis nach Bangladesh aus. Im Verlauf der Auseinandersetzungen kamen weitere 300 Menschen zu Tode.

Moslems und Hindus

Die Zerstörungsaktionen der Hindus blieben symbolisch und richteten materiell nur unerheblichen Schaden an der Moschee an. Der eigentliche Schaden besteht in der öffentlichen Demütigung der moslemischen Minderheit, die das angespannte Verhältnis beider Religionsgruppen weiter verschlechterte.

12% der Gesamtbevölkerung Indiens (843 Mio.) sind Moslems, die größte minoritäre Religionsgemeinschaft neben den Christen (2,4%) und anderen Religionsgemeinschaften (3,6%), darunter als größte Gruppe die der Sikhs. Auf ganz Südasien bezogen lebt ca. ein Drittel der islamischen Welt in dieser Region (1981 waren dies 243 Mio.). Die Moslems stellen nur in dem Bundesstaat Jammu und Kashmir die Mehrheit (75%). In den anderen sind sie in der Minderheit, wie etwa in Orissa, wo sie nur einen Bevölkerungsanteil von 1% stellen. In Jammu und Kashmir gibt es eine starke islamische Separatistenbewegung, die für eine unabhängiges islamisches Kaschmir unter Einschluß des pakistanischen Teiles von Kaschmir eintritt. Die Region Kaschmir

war auch zweimaliger Kriegsauslöser zwischen Indien und Pakistan, denn Pakistan erhebt Gebietsansprüche gegen Kashmir.

Vor diesem Hintergrund sind, aus Sicht der indischen Zentralregierung, alle Auseinandersetzungen zwischen Religionsgruppen, die zur Stärkung von Unabhängigkeitsbestrebungen der religiösen und ethnischen Minderheiten führen, ein rotes Tuch.

Die Beziehungen zwischen Moslems und Hindus sind seit der Kolonialzeit durch gewaltätige Konfrontationen geprägt und direkte Folge der "teile und herrsche"-Politik der englischen Kolonialmacht. Solche in Indien als "kommunalistisch" bezeichneten Auseinandersetzungen gehören zur Tagesordnung. Sie führen in der Regel zu Mord und Totschlag und spielen sich oft zwischen Hindus und Moslems ab. Häufig sind die Opfer solcher Auseinandersetzungen aber auch kastenlose Harijans. Anlässe für diese Auseinandersetzungen sind bspw. das Abspielen von Musik vor einer Moschee, oder die Schlachtung einer Kuh, Anlässe also, die angeblich oder tatsächlich die religiösen Gefühle der jeweils anderen Religionsgruppe verletzen. 1985, um nur eine Jahreszahl herauszugreifen, wurden bei insgesamt 525 kommunalistischen Auseinandersetzungen 328 Menschen getötet und 3.665 verletzt.

Die Bharata Janata Partei (BJP)

Zu dem Phänomen der kommunalistischen Auseinandersetzungen in Indien gehört das Aufkommen solcher Parteien, die von diesen Auseinandersetzungen profitieren oder sie sogar schüren. Im Gegensatz zur eher weltlich-säkular orientierten Kongresspartei oder der Janata Dal, mobilisieren kommunalistische Parteien wie die BJP ihre jeweiligen Anhänger durch religiös orientierte Ressentiments gegen Andersgläubige. Der BJP pflegt beste Beziehungen zur militant-chauvinistischen RSS (Rashtriya Swayamsevak Sangh), einem hinduistischen Bruderbund der für Hindu Rashtra (Großhindustan) kämpft, in dem nur noch Hindus ein Recht auf Leben haben sollen. Dergleichen Couleur und Verbündeter der BJP ist die VHP (Vishwa Hindu Parishad). BJP, VHP und RSS sind die Organisatoren des Kreuzzuges gegen die Moschee in Ayodhya.

Die BJP konnte sich anläßlich der Parlamentswahlen im Dez. 1989 von einer relativ unbedeutenden Partei mit nur zwei Sitzen im indischen Unterhaus zur drittstärksten Partei steigern. Im März diesen Jahres übernahm sie zwei Regionalregierungen, an zwei weiteren ist sie als Koalitionspartei beteiligt.

Das Haupteinflußgebiet der BJP liegt in den nördlichen Provinzen und dort konzentriert auf die urbanen Mittelschichten. Die politischen Ziele der BJP richten sich auf die Abschaffung des sogenannten "Pseudosäkularismus", d. h. die Abschaffung aller Privilegien für religiöse Minderheiten, wie bspw. die staatliche Förderung von Religionsschulen oder die Abschaffung des für Moslems geltenden eigenen Zivilrechtes. Langfristiges Ziel der BJP ist die "hinduistische Nation", ein an den religiösen Grundwerten des Hinduismus orientiertes Indien, das die Ideale Ramas als nationalen Grundkonsens akzeptiert. Traditionell verehren Hindus in Indien eine Vielzahl von Göttern, die Betonung der Rama-Vergötterung und der Kampf um seine angebliche Geburtsstätte in Ayodhya haben Rama als alleinigen Gott der Hindus über alle Kasten hinweg in Indien populär gemacht. Insofern wird mit der Kampagne um Rama versucht, die Spaltung der hinduistischen Gesellschaft in ihre Vielzahl von Kasten und Unterkasten und die damit verbunden unterschiedlichen sozialen Interessen zu befrieden. Die Kampagne befriedigt ein Bedürfnis vieler Hindus nach religiöser "Reinheit" und "Säuberung" gegenüber einem zwar säkulären, doch durch und durch korrupten und von Vetternwirtschaft geprägtem Staatsapparat, der nicht mehr identitätsstiftend wirken kann.

Das Feindbild, an dem sich diese "Erneuerung des Hinduismus" abarbeitet, sind dabei die Moslems. Ein oft gehörter Schlachtruf anläßlich von BJP Aufmärschen ist: "Der einzige Platz für einen Moslem ist der Friedhof oder Pakistan." Die Ressentiments gegen Moslems sind in der indischen Mittelschicht am stärksten ausgeprägt. Vielfach hält man dort Moslems für illoyal gegenüber Indien und sieht in ihnen Sympathisanten des dreimaligen Kriegsgegners Pakistans. Die Teilung des Landes im Jahre 1947, in ein mehrheitlich moslemisches West- und Ostpakistan (später Bangladesh) und ein überwiegend hinduistisches Indien, führte zu einem grausamen Religionskrieg zwischen beiden Bevölkerungsgruppen. In dessen Verlauf siedelten ca. 8 Mio. indische Moslems nach Pakistan, in umgekehrter Richtung verließen 6 Mio. Hindus Pakistan.

Ein weiterer Ablehnungsgrund gegen Moslems ist die Meinung, aufgrund der Polygamie wachse die moslemische Population stärker als die hinduistische. Hindu-chauvinistische Gruppierungen wie die RSS schüren Ängste, die Hindus könnten eines Tages zur religiösen Minderheit in Indien werden. Die

demographischen Daten scheinen dieses Vorurteil zu bestätigen. Die moslemische Bevölkerung wuchs zwischen 1971 und 1981 um 30,6%, während das Bevölkerungswachstum im nationalen Durchschnitt 24,2% betrug. Hinzu kommt die seit Jahren anhaltende Übertrittswelle von kastenlosen Harijans ("Unberührbare") zum Islam, die diesen Weg nicht bekehrt, sondern aus blanker Not beschreiten, um ihrer sozialen Diskriminierung zu entkommen und den islamischen Bevölkerungsanteil ebenfalls vergrößern.

Regierungskrise

Mit der Ablösung von Rajiv Ghandi im Dezember 1989 fanden 40 Jahre Regierungszeit des Ghandi-Clans ein Ende. Eine Koalition aus Janata Dal (sozialdemokratisch bis Mitte Rechts), der "Nationalen Front" (Zusammenschluß von Regionalparteien), der "Linken Front" (Bündnis, der im Unterhaus vertretenen kommunistischen Parteien) und der BJP schickten die Kongresspartei von Rajiv Ghandi in die Opposition. Diese erste Koalitionsregierung in der Geschichte Indiens krankte von Beginn an an der Breite ihrer Zusammensetzung. Elf Monate hat sie gehalten und zerbrach vor drei Wochen an den Vorgängen in Ayodhya. Bereits im August diesen Jahres bahnte sich der Bruch der Koalition an, als Premierminister V.P. Singh, entsprechend der Wahlprogrammatik der Janata Dal, einen Gesetzentwurf einbrachte, der vorsah, in Zukunft 27% der neu zubesetzenden Stellen im öffentlichen Dienst den Angehörigen der unteren Kasten vorzubehalten. Diese unteren Kasten, von denen im Gesetzentwurf namentlich 3.743 genannt werden (dies zeigt, wie verzweigt das durch das Kastenwesen implizierte System der sozialen Ordnung ist), repräsentieren 52% Prozent der Bevölkerung Indiens. Ihr Anteil bei den Beschäftigten im Öffentlichen Dienst beträgt jedoch lediglich 4,7%. Die Ankündigung dieses Vorhabens trat einen Erdrutsch militanter Proteste in allen Bundesstaaten los. Insbesondere Studenten höherer Kasten, die ihre berufliche Karriere gefährdet sahen, da der Staat der Hauptarbeitgeber für Universitätsabsolventen ist, lieferten sich Straßenschlachten mit der Polizei und Unterstützern des Regierungsvorhabens. In mehreren Fällen kam es auch zu öffentlichen Selbstverbrennungen von Studenten. Das Regierungsvorhaben versetzte förmlich das ganze Land in Aufruhr, und die Spaltung der öffentlichen Meinung entlang der jeweiligen Kastenzugehörigkeit zog sich auch durch die Mehrzahl der Parteien der Regierungskoalition. Chandrashekar, der Erzrivale und Parteifreund des Premierministers V. P. Singh, formierte eine innerparteiliche Opposition in der Janata Dal. Als die BJP im September begann, für ihren Kreuzzug gegen die Moschee in Ayodhya zu mobilisieren und der Premierminister daraufhin den Führer der BJP, L. K. Advani, verhaften ließ, kündigte die BJP die Regierungskoalition auf. V. P. Singh über die Bedeutung von Ayodhya: "Es geht nicht um den Bau eines Tempels. Es geht um den Glauben eines jeden an die Gerichtsbarkeit, die Verfassung und den Staat. Sobald wir einräumen, den Glauben über den Staat zu stellen, räumen wir den Weg frei für einen theokratischen Staat. An diesem Punkt werden wir nicht nachgeben. ... welche Argumente hätten wir sonst noch gegen einen Sikh-Staat im Punjab, eine moslemische Nation in Kashmir und eine christliche im Nordosten." (1) Nach dem Rückzug der BJP aus der Regierungskoalition spaltete sich die Janata Dal. Chandrashekhar verließ mit 61 Parlamentsabgeordneten, fast die Hälfte der Janata Dal-Fraktion, die Partei. Er wurde Mitte November, nachdem der Premierminister die Vertrauensfrage stellte und verlor, mit Unterstützung der oppositionellen Kongresspartei zum neuen Premierminister gewählt. Sicherlich ein Amt auf Zeit, das baldige Neuwahlen nach sich ziehen wird. Die wachsende Aggressivität fanatisierter Hindus gegen die moslemische Minderheit wird sich durch Neuwahlen sicher nicht befrieden lassen. Ein weiteres Anwachsen der religiös orientierten Parteien scheint wahrscheinlich. Anläßlich der antimoslemischen Ausschreitungen wird ein Regierungsberater von V. P. Singh mit den Worten zitiert: "Was wir hier sehen ist die indische Ausprägung des Faschismus." (2)

mas

Anmerkungen

1) zitiert nach TIME, 12.11.90

2) ebd.

44. Französischer Atomtest-Terror in Polynesien von Dorothee Piermont

Rubrik: Atomrüstung (und Raketen); Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:15

Gegen Ende seines Lebens wurde der Aufklärer und überzeugte Kritiker aller Religion, Denis Diderot, zum Propheten. Vor über 200 Jahren rief er den Tahitianern zu:

"Weint, unglückliche Tahitianer, weint ruhig; aber weint über die Ankunft und nicht über die Abfahrt dieser ehrgeizigen und bösen Menschen. Eines Tages werdet Ihr sie besser erkennen... Eines Tages werden sie wiederkommen, um euch in Ketten zu legen, euch niederzumachen oder euch ihren Ausschweifungen und Lastern zu unterwerfen. Eines Tages werdet ihr unter ihnen dienen, ebenso verdorben, niedrig und unglücklich wie sie."

Dieser Tag rückte mit der Entscheidung Frankreichs für eigene, von den USA unabhängige Atomwaffen näher.

Zunächst, d.h. in der 50er Jahren, führte es seine Atomtests in der algerischen Sahara durch: vier atmosphärische und 13 unterirdische. Franz Josef Strauß, bundesrepublikanischer Atomminister, der an einem dieser Tests als Beobachter teilnahm, erhoffte sich damals, auf dem Schleichpfad einer Atomkooperation mit Frankreich deutschen Zugang zu Atomwaffen zu realisieren. De Gaulles Machtübernahme 1958 fegte diesen Traum fürs erste vom Tisch.

Gleichzeitig begannen Gerüchte zu zirkulieren, Frankreich wolle seine Atomtests nach Französisch-Polynesien verlagern. Der damalige, unbestrittene Chef der polynesischen Mehrheitspartei und Innenminister von Französisch-Polynesien, Pouvanaa a Opaa, rief deshalb beim Referendum 1958 dazu auf, für die sinnvolle Unabhängigkeit Polynesiens zu stimmen. Aber er hatte seine Rechnung ohne die Kolonialmacht gemacht. Die Medien schwiegen ihn tot. Schiffe, mit denen er die gut 100 Inseln besuchen wollte, hatten immer gerade eine "Panne". Er unterlag und mußte seine Gegnerschaft gegen Atomtests in Polynesien und seinen Unabhängigkeitswillen nach einem gezinkten Prozeß mit acht Jahren Isolationshaft in Frankreich und 15 Jahren Verbannung büßen.

Noch im Oktober 1961 hatte der damalige französische Minister für die überseeischen Territorien, Louis Jacquinot, die Stirn, zu versprechen, in Polynesien werde Frankreich niemals Atombomben testen! Doch diese Lüge im Dienste der Staatsraison wurde bald widerlegt. 1963 beendete der Evian-Vertrag den Algerien-Krieg, der weit über 1 Million Algeriern das Leben gekostet hatte. Algerien wurde unabhängig und Frankreich verpflichtete sich, seine menschenverachtenden Feuerwerke woanders durchzuführen.

In einer unnachahmlichen Mischung von Arroganz und Hypokrisie verkündete de Gaulle: "Um Französisch-Polynesien für seine Anhänglichkeit an Frankreich zu danken, habe ich beschlossen, dort das Kernwaffenversuchszentrum (CEP) einzurichten". Damit war Diderots Voraussage vollendet.

So also begann die Geschichte der französischen Tests auf Moruroa und Fangataufa: mit Lügen, Wahlmanipulationen, gefälschten Prozessen, Polizeiaktionen und der Errichtung einer undurchdringlichen Mauer des Schweigens.

Atomtestfolgen Streng geheim

Am 25. Juli 1966, drei Jahre nachdem sich die anderen Atommächte im "Partial Test Ban Treaty", dem Frankreich nie beigetreten ist, auf ein Verbot atmosphärischer Tests geeinigt hatten, fand der erste französische Test in Polynesien oberirdisch auf einer Barke in der Lagune von Moruroa statt. Die Explosion ließ eine riesige Wassersäule in die Luft steigen, die später wieder mit toten Fischen herunterregnete. In Haufen zusammengekehrt, verbreitete der kontaminierte, verrottete Fisch einen unsäglichen Gestank. Würdiger Anfang für ein unsägliches Programm.

Bis zum September 1975 folgten weitere 43 Tests in der Atmosphäre, dann seit 1976 bis heute 124 unterirdische Tests, die in einer Tiefe von 800 bis 1200 m zunächst im Atollring selbst, dann, als der Abstand zwischen den Bohrlöchern zu gering wurde, unter der Lagune durchgeführt wurden und werden.

Seit dem Jahr 1966 ließ die französische Regierung Polynesien, seine Bevölkerung und die Tests in einem undurchdringlichen schwarzen Loch verschwinden. Todes- und Todesursachenstatistiken, die bis dahin regelmäßig an die "World Health Organisation" der Vereinten Nationen weitergegeben worden waren, entfielen plötzlich (und wurden nach weltweitem Druck, wenn auch höchst unvollständig, erst 1983 wieder aufgenommen). Die wissenschaftlichen Arbeiten eines Meeresbiologen, Bernard Salvat, der vor 1966 in zahlreichen, veröffentlichten Studien nachgewiesen hatte, daß sich in bestimmten Fischen und Schalentieren, die zu den wichtigsten Nahrungsmitteln der Polynesier gehören, besonders viel Radioaktivität kulminieren würde, unterliegen seitdem als "militärische Geheimnisse" einem Veröffentlichungsverbot.

Die 80 Bewohner der kleinen, etwa 100 km von Moruroa entfernt liegenden Insel Tureia wurden am 5. Juli 1968 abtransportiert, angeblich um den Feierlichkeiten zum 14. Juli in der Hauptstadt Papeete beiwohnen zu können. In Wirklichkeit wurden sie für mehrere Wochen in einem Militärcamp auf Tahiti eingesperrt. Denn zwischen dem 7. Juli und 8. September des Jahres waren fünf Atomtests geplant, darunter die erste und größte jemals von Frankreich gezündete Wasserstoffbombe mit einer Sprengkraft von 2,6 Megatonnen! Auf der ca. 400 km entfernt liegenden Insel Mangareva wurden die 600 Bewohner mehrmals viele Tage lang in von den Militärs errichteten Betonbunkern eingeschlossen; die ganze Zeit hörten sie Wasser über das Dach des Bunkers rieseln, das durch einen Rinnstein in die Lagune geleitet wurde. Warum? Wozu? Man hat es ihnen bis heute nicht erklärt. Bemerkt haben sie jedoch, daß die Fälle von Vergiftungen durch Ciquatera (ein auf beschädigten Korallenriffen sich bildendes Toxin, daß sich in der Nahrungskette anreichert), auf ihrem kleinen Atoll von sieben im Jahr 1967 auf 174 Fälle 1969 angestiegen sind. Auch dafür blieb man ihnen jede Erklärung schuldig. Stattdessen riet ihnen Raymond Bagnis, eminenter Spezialist für Ciquatera-Forschung 1974 (2), vor dem Essen eines Fisches "vorab einen Versuch seiner Toxizität an einem kleinem Haustier (Hund oder Katze) zu machen, die auf den Gambier-Inseln in ausreichender Zahl vorhanden sind".

Ohne Mittäter- oder zumindest Mitwisserschaft des medizinischen Personals wäre die Mauer des Schweigens natürlich nicht aufrecht zu erhalten gewesen. Dementsprechend war bis 1987 der "Gesundheitsminister" in Polynesien ein französischer General, vier der fünf Gesundheitsbezirke werden von Militärärzten verwaltet. Dasselbe gilt für bis zu 80% der Ärzte der Region. Am "zivilen" Krankenhaus Mamao in Papeete werden die wichtigsten Abteilungen von Militärs geleitet. Um die Sache unauffälliger zu gestalten, werden alle diese Herren nicht aus dem Budget der Armee sondern aus dem Haushalt des Territoriums bezahlt, lassen sich mit ihren universitären, nicht ihren militärischen Titeln anreden und tragen Zivil. Ein Militärkrankenhaus, Jean Prince, ist es auch, das sich um die Militärkolonie und die zivilen Beschäftigten auf Moruroa kümmert. Es soll zwar über alle medizinischen Daten der auf Moruroa und Fangataufa zwischen 1966 und 1974 Arbeitenden verfügen, aber die Veröffentlichung dieser Daten wird verweigert. (3) Und selbst 70% aller offiziell aufgeführten Krebsfälle am Mamao-Krankenhaus erschienen noch 1987 nicht im Krebsregister des Gesundheitsministeriums. (4)

Mit Informationen über den Zustand des Atolls verhält es sich ähnlich. Erst 1983 gestand das französische Verteidigungsministerium ein, daß am 25.7.1979 ein Atomsprengkörper im Bohrschacht stecken blieb und gezündet wurde, wobei 1 Million Kubikmeter Gestein vom äußeren Riff abgesprengt wurde. Nur durch ein Flugblatt von bei der Gewerkschaft CFDT Organisierten auf Moruroa wurde bekannt, daß eine durch Taifun verursachte, enorme Flutwelle 1981 die Betonversiegelung von einem Depot radioaktivem Mülls riß und 10-20 kg Plutonium ins Meer spülte! Eine 800 m lange, 50 cm breite Spalte hat sich auf dem Atollring aufgetan. Jeder unterirdische Test läßt die Insel um 2 cm sinken, insgesamt bereits um mehr als anderthalb Meter. Teile sind bereits unter Wasser verschwunden. Nach jeder unterirdischen Testexplosion erschüttert ein Erdbeben die gesamte Insel, das Wasser in der Lagune beginnt zu schäumen wie Schlagsahne. Das bezeugten ehemalige polynesische Arbeiter am Testzentrum, die von dem Schweizer Arzt Andy Biedermann interviewt wurden. (5) Für die französische Regierung steht dennoch alles zum besten.

Ihr Instrumentarium hat sich inzwischen noch um die absichtliche, bewußte Irreführung der Öffentlichkeit nicht nur in Polynesien sondern weltweit vergrößert. Die Mission des von mehreren Wissenschaftlern begleiteten Vulkanologen Haroun Tazieff 1982 und die Kommission Atkinson von 1983 (der fünf Forscher aus drei südpazifischen Ländern angehörten) wurden von der französischen Regierung als "Weißwäscher" benutzt. Ihre angeblichen, einseitig geschönten Ergebnisse wurden mit großem Propagandaaufwand z.T. bereits Monate früher bekannt gegeben, als die einzelnen Teilnehmer oder die Kommission überhaupt ihre Berichte abgeliefert hatten. Ähnlich erging es Jacques Cousteau, der 1987 die Genehmigung erhielt, mit seinem Team

in eingeschränkter Weise in der Lagune und im Ozean um Moruroa zu tauchen. Die Ergebnisse seiner Arbeit wurden der Öffentlichkeit derart verfälscht dargestellt, daß er 1989 verbittert feststellte: "Seit langer Zeit sieht ein Teil der wissenschaftlichen Gemeinschaft in Frankreich und anderswo die Resultate seiner Arbeiten von häufig inkompetenten, aber servilen Beamten verfälscht oder dem Vergessen anheim gegeben. Vor allem natürlich im Atombereich ... Warum diese Verfälschungen, Zensuren?" (6)

Als im Sommer 1990 eine Delegation von Ärzten der französischen IPPNW-Sektion sich auf den Weg nach Moruroa machte, trommelte der Direktor des Testzentrums, General Gillis, eine parallele Ärztedelegation zusammen, die ergebenst die Ungefährlichkeit des Tests bescheinigte. Ihre Erklärungen wurden in den Medien dann lautstark als die der IPPNW-Delegation ausgegeben.

Wissenschaftler, denen Frankreich keinen Maulkorb umhängen kann, weil sie nicht Franzosen sind, kommen bei geduldiger Analyse der vorliegenden Daten jedoch zu ganz anderen, höchst beunruhigenden Resultaten. So kamen nach jahrelangen Forschungen zwei neuseeländische Forscher, Hochstein und O'Sullivan, zu dem Ergebnis, daß die Zahl der Krebsfälle sich seit dem Beginn der Atomtests in Polynesien um 50% erhöht hat, ja daß seit 1974 mehr als 14% der Todesfälle durch Krebs und Leukämie verursacht sind, während es vorher nur 2% gewesen seien. 250 Atomtestopfer würden, so das neuseeländische Fernsehen, unter größten Geheimhaltungsvorkehrungen jährlich zur medizinischen Behandlung nach Frankreich geflogen (7), darunter auch immer zahlreicher mit Mißbildungen geborene Kinder.

Schon 1985 kamen Hochstein und O'Sullivan zu dem Schluß, daß mit dem Austritt von Radioaktivität in den Ozean nicht erst in 10.000 Jahren, sondern innerhalb viel kürzerer Zeit zu rechnen sei. Heute gehen sie davon aus, daß die Strahlung nach zehn Jahren freigesetzt wird. (8) Der Amerikaner Norm Buske kommt aufgrund von Wasserproben aus der Lagune von Moruroa sogar zu dem Ergebnis, daß Radioaktivität bereits seit langem austritt und die Zurückhaltung nur sechs Jahre lang funktioniert. (9)

Politische und soziale Unterdrückung

Doch radioaktive und toxische Verseuchung der Nahrungskette, Krankheit, Mißbildungen, Erbschädigungen, Tod sind nicht die einzigen Folgen der Atomtests, unter denen die polynesischen Maohis zu leiden haben. Ebenso schweren Angriffen waren ihre politischen und Sozialstrukturen seit dem Beginn des Atomtestzeitalters ausgesetzt.

Ein selbst von der Territorialversammlung gefordertes Referendum in Polynesien über die Atomtests wird in Frankreich seit Jahrzehnten verweigert. Es gehe hier ausschließlich um eine Frage der "nationalen" Verteidigung, für die einzig die Zentralregierung zuständig sei.

Lebten in den sechziger Jahren nur etwa 600 Franzosen dort, stehen 130.000 Maohis heute ca. 30.000 Europäer gegenüber, die zur Hälfte direkt oder indirekt von den und für das Atomversuchszentrum leben: als Militärs, "verteidigende" Soldaten, Fremdenlegionäre, zivile Angestellte ... Der Rest betätigt sich vor allem im Import/Export und als staatliche Beamte, die dort fast das Doppelte wie in Frankreich verdienen.

Für die umfangreichen Bauvorhaben, vom Militärhafen über internationale Flugplätze, bis zu Verwaltungs-, Forschungs-, Wohngebäuden und Kasernen, wurden Maohis von den entferntesten Inseln nach Tahiti gelockt. Als ungelernte Arbeiter bilden sie heute, nachdem die Bauvorhaben beendet sind, ein Heer von Arbeitslosen, für die nicht einmal eine gesetzliche Arbeitslosenhilfe existiert. Ihrer bisherigen, auf Selbstversorgung durch Fischfang und Landwirtschaft beruhenden Lebensweise entrissen - selbst die anfangs von der französischen Regierung versprochene Rückkehr auf ihre Inseln wurde nicht organisiert - drängen sie sich heute zum großen Teil in den Slums der größten polynesischen Stadt, Faa`a.

Die riesigen Investitionen heizten darüber hinaus die Inflation auf zweistellige Zahlen an. Ein Eldorado für alle Im- und Exporteure, für Maohis mit Hilfsarbeiterlöhnen oder nicht einmal diesen ein Vegetieren am Rande des Existenzminimums. Gleichzeitig zerstörte der künstliche Boom die lokale Wirtschaft. Zum Schaden der lokalen Produktion wurde alles importiert, finanziert durch französische Subventionen. Die Deckungsrate der Importe durch Exporte fiel daher seit den 60er Jahren von 95 auf ca. 5 Prozent.

Die ständig wachsenden sozialen Spannungen gipfelten nach zahlreichen Streiks im Oktober 1987 in einer umfassenden Revolte. In der beschaulichen Hauptstadt Papeete tobten Straßenkämpfe wie in der Mainzer Straße in Ostberlin. Der Ausnahmezustand wurde verhängt. "Plötzlich und unerwartet", wie viele Journalisten

damals meinten. (10) In Wirklichkeit wohl eher ein Symptom dafür, daß sich bei den unterdrückten, mißachteten Maohis das Bewußtsein breitmacht, daß "in Polynesien das Kolonialzeitalter begann, als es überall sonst in der Welt zu Ende ging" - wie es Oskar Temaru, Leader der Polynesischen Befreiungsfront und Bürgermeister der Slum-Stadt Faa`a formulierte.

Atomtests for "Europe"?

Ein Ende des Test-Terrors ist nicht abzusehen, da die gesamte EG, allen voran die BRD, sich zum Komplizen macht. An den Atomtests bereichert sich auch die deutsche Industrie. Allein 1985 stiegen die Exporte an Maschinen, Ausrüstungen und elektrotechnischen Erzeugnissen für das CEP gegenüber dem Vorjahr um 28,3% auf 13,6 Mio DM (von 53,7 Mio DM insgesamt). (11)

Der Aufbau einer westeuropäischen Atomwaffenpolitik ist für Bonn auch auf politischer Ebene ein vordringliches Ziel. Mitte November hatte auf einer Tagung in Dublin auch der Zusammenschluß der konservativen westeuropäischen Parteien den Beschluß gefaßt, einen westeuropäischen "Sicherheitsrat" zu etablieren, der über Mehrheitsbeschlüsse die "gemeinsame Verteidigung" forcieren soll.

37 deutsche (CDU/CSU) und 122 französische Abgeordnete gründeten am 13. November 1990 darüberhinaus eine Arbeitsgruppe, um in "bewährter deutsch- französischer Zusammenarbeit" für eine "europäische Verteidigungsunion" zu arbeiten, in deren Rahmen "den französischen und britischen Nuklearsystemen eine wachsende Rolle zukommen" soll. (12) Strauß' Traum wieder auf der Tagesordnung!

Und die Bundesrepublik im Soll. Der französische Verzicht auf Widerstand gegen die Reichsgründung muß schließlich bezahlt werden. Atomtests als "for ever", als Preis für eine deutsche Supermacht Europa?

Dorothee Piermont ist als Abgeordnete im Europaparlament und Mitglied der "Regenbogenfraktion" seit vielen Jahren mit der französischen Atomtest-Politik befaßt. Im Französischen Testgebiet Polynesien ist sie von der Französischen Regierung zur unerwünschten Person erklärt worden.

Anmerkungen

1. Denis Diderot (1713-1784), Nachtrag zu Bougainvilles Reise

2. Raymond Bagnis, Situation de l'endémicité ciguatérique aux Iles Gambier, Cahiers du Pacifique, sept. 1974

3. Bruno Barrillot, in "Damoclès", Nr. 45, sept./oct. 1990, S. 19

4. Craig Cormick, Explosions in Paradise, in:: Tok Blong SPPF, Oct. 1990, S. 16

5. Süddeutsche Zeitung, 13.11..1990

6. Testimonies. Witnesses of French nuclear testing in the South Pacific, hrsg. von Greenpeace International, August 1990

7. Calypso Log, Juni 1989

8. Süddeutsche Zeitung, 13.11.1990

9. Norm Buske. Cesium-134 at Moruroa. Review of the Calypso Water Samples. SEARCH. technical services, Davenport, USA, sept. 1990

10. AK, 16.11.1987

11. Australien-Neuseeland-Südpazifik Verein e.V. Hamburg, Rundschreiben 6/86

12. CDU/CSU-Fraktion im Bundestag. Pressedienst, 13.11.1990. "Deutsche und französische Parlamentarier für eine europäische Sicherheitspolitik".

45. Januar 91: Teststopp-Konferenz der Vereinten Nationen

Januar 1991:

Rubrik: Atomrüstung (und Raketen); Rüstungskontrollverhandlungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:30

Die USA führten am 16. Juli 1945 den ersten Atomtest durch. Am 6. und 9. August bombardierten sie Hiroshima und Nagasaki. Im Oktober 1949 zündete die Sowjetunion ihre erste Atombombe. 1952 brachten die USA eine Wasserstoffbombe zur Explosion, die Sowjetunion 1953. Im Oktober 1952 machte Großbritannien seinen ersten Atomtest, Frankreich 1966, Indien 1975 und Südafrika 1979. Es wird geschätzt, daß bis 1989 von den USA 925 Atomtests, 642 von der Sowjetunion, 183 von Frankreich, 43 von Großbritannien, 32 von China und je einer von Indien und Südafrika durchgeführt wurden. Bis 1958 fanden alle Tests oberirdisch statt. Nach einem einseitigen Testmoratorium der Sowjetunion unterzeichneten die USA, die Sowjetunion und Großbritannien 1963 einen teilweisen Atomteststopp-Vertrag (Partial Test Ban Treaty), mit dem eine Beschränkung auf unterirdische Atomtests vereinbart wurde. Dieser Vertrag ist mittlerweile von 118 Staaten unterschrieben worden, nicht jedoch von den Atommächten Frankreich und China. Einzig von Frankreich wurden in Moruroa und Fangataufa noch bis 1974 44 oberirdische Atomtests durchgeführt. 1985 trat die Sowjetunion zum zweiten Mal in ein befristetes einseitiges Testmoratorium und forderte die USA auf, sich anzuschließen. 1986 wurde das Moratorium zwei mal verlängert, ohne daß die USA oder andere Atommächte reagierten.

1963 hatten sich die Atommächte in dem begrenzten Teststopp-Vertrag verpflichtet, zum "frühestmöglichen Zeitpunkt" ein umfassendes Testverbot (Comprehensive Test Ban Treaty = CTBT) zu erreichen. Dies liegt nun mehr als 27 Jahre zurück. Als einzige Abrüstungsmaßnahme wird der CTBT auch im Wortlaut des Atomwaffensperrvertrags explizit erwähnt: Warum sollten die Nichtnuklearen auf Dauer auf Atomwaffen verzichten, wenn die Atommächte nicht einmal damit aufhören, ihrer Arsenale über unterirdische Testexplosionen fortlaufend zu modernisieren? Es war jedenfalls kein Wunder, daß einige neutrale und nichtpaktgebundene Länder im Herbst 1989 die Konferenz zur Überprüfung des Atomwaffensperrvertrags an der CTBT-Frage platzen ließen. Schon im Vorfeld der NPT-Konferenz hatten die USA wiederholt damit gedroht, anstelle eines Teststopps eher das Ende des Sperrvertrags in Kauf nehmen zu wollen. Diese Einschüchterung hat nicht funktioniert. Im Sommer 1989 waren bereits 70 Unterzeichner des PTBT zusammengekommen, um aus dem teilweisen einen vollständigen Teststopp-Vertrag zu machen. Gegen den erklärten Willen der USA und der Bundesrepublik wurde beschlossen, die UN-Konferenz vom 7. bis zum 18. Januar 1990 in New York fortzusetzen. Während die USA daran interessiert sind, mit dieser Konferenz die CTBT-Kontroverse (erneut ergebnislos) zu besiegeln, wollen die meisten der blockunabhängigen Staaten die Teststopp-Konferenz bis 1995 fortsetzen, um ihren Druck zu verstärken: In diesem Jahr endet die Laufzeit des Atomwaffensperrvertrags.

tho./max.

46. Solidarität für Inge Viett!

Rubrik: RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:19

Inzwischen haben sich alle in der Ex- DDR verhafteten "Terroristen" zur sogenannten "Kronzeugenregelung" entschlossen: Das heißt, sie sind bereit auszusagen, auf ihre eigenen Kosten und manchmal auch auf die anderer - und erhoffen sich davon eine Strafminderung. Nur eine schweigt immer noch, denkt nach, wie sie sich selbst und ihrer politischen Moral treubleiben kann, ohne dadurch den Rest ihres Lebens aufs Spiel zu setzen: Das ehemalige Heimkind Inge Viett (jetzt Eva-Maria Schnell) hat keine vermögenden Eltern, keine Familie, keine Gönner, die Willfährigkeit belohnen. Ihre Verteidigung wird langwierig und nicht einfach sein. Zwei Anklagen erwarten sie: Die erste in Koblenz, wegen eines angeblichen Schusses auf einen Polizisten auf der Flucht in Paris 1979 (der Beamte ist seither querschnittsgelähmt). Die zweite in Berlin wegen der Entführung des Berliner CDU-Politikers Peter Lorenz und des Wiener Industriellen Palmer - beide wurden wieder freigelassen. Hinzu kommen, auf der Anklageliste, zwei Banküberfälle. Für die zwei Verfahren genügt nicht der übliche eine Pflichtverteidiger, die Kosten sind hoch. Wir bitten unsere LeserInnen darum um praktische Solidarität mit einer Frau, die aus Empörung über - auch selbst erlittenes - Unrecht anfing, sich zu wehren und zu kämpfen, die dabei zu weit ging - dies aber längst selbst erkannt und schon vor zehn Jahren ein neues Leben begonnen hatte. Zuletzt arbeitete Inge/Eva in einem Magdeburger Schwermaschinenbau-Kombinat und organisierte dort die Kinderverschickung.

Emma hat für die Anwaltskosten ein Solidaritätskonto eingerichtet:

Emma-Verlag, Stichwort Viett, PGA Köln, BLZ 37010050, Konto-Nr. 11605-506.

Wer Inge Viett/Eva-Maria Schnell schreiben will:

über Ermittlungsrichter I beim BGH, Herrenstr. 45a, 7500 Karlsruhe 1.

(aus: Emma 12/90, mit freundlicher Genehmigung)

47. Kritischer Begleiter oder Ignorant? von Fred Beuchel

Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:17

Es ist schon ein Kreuz mit mi.'s Artikel im AK. Zu erwarten war kritische Sicht auf die Kommunistische Plattform der PDS, die solcher bedarf, zu erwarten war die Auseinandersetzung mit inhaltlichen Positionen der Plattform, ihrer Entwicklung und den Schwerpunkten, die sie sich für demnächst setzt.

Zu erwarten war dies aufgrund kennengelernter Charaktereigenschaften mi.'s, die ihn achten ließen, aufgrund seiner Ruhe, seiner Sachlichkeit, seiner Fähigkeit auch, zuzuhören und genau zu analysieren.

Statt dessen fällt es schwer, im Durcheinander von oberflächlicher Eindrucksbeschreibung, unbeweisbaren Vorhaltungen, kleinlichen Ent- und Unterstellungen das für uns wesentlich Nachdenkenswerte herauszufiltern. Schade.

Zu einigen Kleinigkeiten:

1. Die Konstituierung der Kommunistischen Plattform am 30.12.1989 war kein "Akt organisatorischer und ideologischer Notbremse gegen allzu leichtfertige Abwendung vom Parteigedanken und Orientierung an 'westlichen Standards'". Sie war dies höchstens auch. Vielmehr stellte diese Konstituierung den Versuch dar, die mit dem außerordentlichen Parteitag deutlich gewordene (in weiten Teilen verstehbare) Orientierungslosigkeit der Partei überwinden zu helfen. Schon die erste Mitteilung, die im ND am 03.01.1990 zu lesen war, geht vom pluralen Verständnis einer Partei aus, die für demokratischen Sozialismus einsteht, und definiert die Kommunistische Plattform als einen Teil in dieser Partei, der sich "in die Programmatik und praktische Politik der SED-PDS einbringen" und "einen spezifischen Beitrag zur praktisch-politischen Einheit der Linkskräfte unseres Landes bei Erhalt ihrer konzeptionellen Vielfalt leisten" wolle.

" ... als die Debatten um Auflösung der SED/PDS auf Hochtouren liefen", da existierte die Kommunistische Plattform bereits einige Zeit; sie wirkte gegen die Auflösung und gewann in diesem Zeitraum (Mitte Januar bis Ende Februar) an Stärke.

2. Die Aussage mi.'s, die Kommunistische Plattform der PDS hätte sich in ihren bisherigen Stellungnahmen "fast ausschließlich mit denjenigen Positionen auseinandergesetzt, die in der PDS mit dem Stichwort 'Erneuerung' umschrieben werden", ist einfach eine boshafte Unterstellung, die wohl bestimmte Klischees bedienen soll. Abgesehen davon, daß der Begriff "Erneuerung", wenn man ihn denn zur Stigmatisierung der einen wie der anderen benutzen will, hinterfragt werden müßte, dürften allein schon die Überschriften von Diskussionsangeboten der Kommunistischen Plattform der PDS wie z.B. "Die Entstalinisierung der Partei - Standpunkte und Überlegungen der Kommunistischen Plattform" oder "Was wäre eine radikale Erneuerung der Partei? Was erforderte sie?" oder "Einige Überlegungen zur Erneuerung unserer Partei als permanentem Prozeß" zumindest bei einem gründlichen Rechercheur Zweifel aufkommen lassen, ob seine pauschalen Zuordnungen so wohl greifen mögen.

Ja, und dann Zitate. Wenn wir in einem Material verschiedene Standpunkte verschiedener Gruppen oder GenossInnen der Kommunistischen Plattform zusammenfassen, auf die Unterschiede, Widersprüche hinweisen und sagen: Nun, so ist gegenwärtig der Diskussisonsstand; dann kann man natürlich für alles mögliche ein "beweisendes" Zitat finden. Vergleicht man aber den Text im Informationsblatt Nr. 1 der Kommunistischen Plattform vom 31. August 1990 (das der internen Verständigung unter den Mitgliedern der Plattform dient) mit dem Wortlaut des Textes, den wir darauf beruhend dem Pressedienst des PDS-Vorstandes zur Veröffentlichung in seiner Ausgabe Nr. 35 vom 7. September 1990 übergaben, so wird ein Unterschied zu finden sein, der anzeigt, welche Meinungen und Überlegungen von der Zentralen Koordinierungsgruppe und den Kommissionen mitgetragen wurden und welche nicht.

3. "Gegen eine klare Absage an das Sozialismusverständnis der SED, wie sie von den Erneuerern (ohne Anführungszeichen! F.B.) vollzogen wird, verwahrt sich die KPF ...", weiß mi. zu berichten.

Da weiß er mehr als wir. Wir wissen lediglich, was wir z.B. im Artikel "Nach der Volkskammerwahl" vom März 1990 veröffentlichten: "Was in unserem Lande gescheitert ist, ist nicht einfach die verfehlte Politik einer

überalterten, unflexiblen Führung und auch nicht der Versuch, den Sozialismus in einem Teil Deutschlands als progressive und die Menschen anziehende Alternative zur bürgerlichen Gesellschaft aufzubauen. Es geht um viel mehr. Wir müssen nüchtern konstatieren, daß der erste Anlauf zum Sozialismus in der Welt am Scheitern ist ... Wir müssen begreifen, daß es nicht nur und nicht in erster Linie darum geht, noch etwas zu retten, sondern neue Horizonte zu gewinnen. Und das können die Linken nur gemeinsam. Solche Gemeinsamkeit aber muß wachsen aus Streit, Aktionen und auch aus Nachdenklichkeit." ("Auskünfte", Anhang S. 2)

Auch in den "Thesen für eine Plattform der KommunistInnen in der PDS, 2. Entwurf", abgedruckt im Pressedienst des Parteivorstandes der PDS, Nr. 46 vom 23.11.1990, Beilage S. 5-9, kann man mehr dazu nachlesen, z.B.: "Die Existenz und Zuspitzung globaler Probleme verdeutlicht die Notwendigkeit der Überwindung der bisherigen Entwicklungslogik der menschlichen Zivilisation." Selbstredend ist dabei der "reale Sozialismus" einbegriffen, wenngleich wir uns, wie mi. behauptet, "gegen eine klare Absage an das Sozialismusverständnis der SED" verwahren. Einleuchtend.

4. Wahrlich erstaunlich scheint die Naivität bei der Beurteilung des "Streit um die Phantomplattform ‚AG Radikale Linke in der PDS'", an dessen Verschärfung mi. uns einen speziellen Anteil bescheinigt, der darin bestünde, daß wir "ausgerechnet das Präsidium wegen ‚Ausgrenzung nach links' und undemokratischen Umgangs mit innerparteilichen Strömungen" angegriffen hätten, "obwohl die Querschüsse gegen die AG Radikale Linke offensichtlich aus einem ganz anderen Lager (ND u.a.) gekommen waren und keineswegs der Mehrheitsmeinung im Präsidium entsprechen".

Da können wir wirklich nur Quellenstudium empfehlen und unsere Bereitschaft erklären, alle Materialien zur Verfügung zu stellen. Z.B. auch den Artikel "Unvereinbarkeitsbeschluß der PDS?" aus dem AK 321 mit dieser Passage: "Aktuell kann man das Vorgehen des Parteivorstandes möglicherweise als Testballon, als Präzedenzfall einer Ausgrenzung nach links interpretieren, die nach der RL/PDS weitere kritische Kräfte treffen könnte. Für die im oder am Projekt PDS/Linke Liste agierende westdeutsche Linke wird die Kontroverse nicht zuletzt deshalb Bedeutung haben, als sie die Bandbreite an Toleranz und Grenzen für fortschrittliche Politik in einer Partei aufzeigt, die ihre Türen nach rechts bekanntlich weit offenhält." Z.B. aber auch einen Brief Gregor Gysis vom 22. August 1990 mit dieser Bemerkung: "Von mir wäre der ganze Vorgang auch im Schlußwort (auf der erweiterten Vorstandstagung der PDS am 9.8.1990, F.B.) nicht angesprochen worden, wenn es nicht ernst zu nehmende resignative Züge beim Genossen Brie gegeben hätte. Hier bestand die Gefahr eines großen Schadens für die ganze Partei, die es abzuwenden galt."

Und aktuell bleibt anzumerken, daß die Mitteilung des Präsidiums, die am 7.8.90 im ND erschienen war, bis heute keine Richtigstellung fand. Sie war übrigens keineswegs eine Eigenmächtigkeit des ND, sondern beruhte auf Rückfrage der zuständigen Redakteurin beim Pressesprecher angesichts des ihr vorliegenden Protokoll-Papiers.

5. Die Beziehungen der Kommunistischen Plattform der PDS zur DKP sind u.E. keineswegs ausreichend entwickelt. Hier gibt es mehrere Gründe, die wir zunächst selbst, auch selbstkritisch, zu durchdenken haben. Es ist natürlich auch erschwerend, wenn ab und an durch einzelne VertreterInnen der DKP die "Organisationsfrage" so vordergründig zu diskutieren angeregt wird, daß für andere, aus unserer Optik: vorausgehende inhaltliche Frage kaum Platz bleibt. Aber es bleibt wahr: Wir wenden uns gegen die Ausgrenzung der DKP aus dem linken Spektrum.

Und man muß schon fragen, wie es denn kommt, daß sich einerseits die Linke Liste/PDS ausschließlich als Personenbündnis versteht (was dann die DKP als Organisation grundsätzlich ausschließen muß), uns andererseits aber mi. Mitteilung gibt vom "KB, der ja nun mal maßgeblich am Linke-Liste-Projekt beteiligt ist". Wird da mit zweierlei Ellen gemessen?

Und: "eine Sichtweise, daß nun ausgerechnet die DKP im Spektrum der westdeutschen Linken als Hüterin revolutionärer Positionen dasteht", eine solche Sichtweise sollte mi. uns nicht nur einfach unterstellen. Wenn er darauf schon nicht verzichten kann, sollte er wenigstens einen klitzekleinen Beweis für diese "zumindest arg verzerrt(e)" Sichtweise erbringen.

6. Solche unbeweisbaren und wenig hilfreichen Kategorien wie "Wut und Abneigung gegen die Westlinken der Linken Liste ..." in den Artikel zu bringen, Westlinke und DKP gegenüberzustellen, "Erneuerer" und Kommunistische Plattform pauschal auseinander zu dividieren usw. - all das scheint mir durchaus nicht für

verantwortungsvollen Journalismus zu stehen (nach meinem, freilich subjektiven, Eindruck widerspricht das auch dem gewohnten AK).

An meine auf der 2. Konferenz der Kommunistischen Plattform der PDS im Zusammenhang mit Informationsproblemen vorgebrachte Äußerung: "Was die Quantität betrifft, so war das Parteimitglied in der Tat über die ZK-Tagungen der SED besser unterrichtet als derzeitig über die Diskussionen im Parteivorstand. Die Kenntnis des Verlaufs dieser Diskussion ist aber von hoher Bedeutung für die öffentliche Profilierung verschiedener Mitglieder des Vorstandes (wer, außer Gysi und Modrow, ist schon den Mitgliedern bekannt) und damit auch für die Kompetenz von Parteigremien (z.B. Parteitag) bei Personalentscheidungen." (Zitat aus einem Papier vom 11.Mai 1990, vorgelegt der Klausurtagung des PV der PDS); an diese Äußerung (d.h. ihre verknappte Wiedergabe) knüpft mi. den wirkungsvollen Vorwurf: "Die Frage, was real damals debattiert werden konnte, scheint dabei nicht so wichtig zu sein." Seriös.

Und daß wir und nach langen Debatten bereits im Vorfeld der Konferenz schließlich entschieden, wieder eine Zentrale Koordinierungsgruppe der Kommunistischen Plattform zu wählen, kann mi. selbstverständlich nicht als ein aus inhaltlicher Debatte und konzeptionellen Vorstellungen resultierendes Ergebnis betrachten, sondern nur "rein sachlich", also als "auch so eine kokettierende Reminiszenz an die alten Zeiten". Warum eigentlich reden, wenn das Urteil längst feststeht?

Schade nur, daß durch solcherlei "Geschichten" manche Diskussionen, die uns - vielleicht sogar gegenseitig - voranbringen könnte, auf der Strecke bleibt.

Fred Beuchel

(Geschäftsführer der Kommunistischen Plattform der PDS)

27.11.1990

48. "Pädagogische Stimmungsmache" von Michael Stamm

Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:36

Als hr. von der KB-"Minderheit" im AK 322 seinen Beitrag über die PDS mit einigen Geschichtsklitterungen über die vermeintliche Beteiligung bestimmter Menschen an der Westberliner AL-Koalitionsdebatte und den staatlichen Befreiungsstrategien für Kreuzberg seinem geistigen Höhepunkt zuführte und darauf hinwies, das seien "die Leute, vor denen früher die Redaktion des Arbeiterkampf ihre LeserInnen gewarnt hat", hab' ich mich als so "Verurteilter" gefragt, wie die Mitglieder der KB-"Mehrheit" mit solchen Verlautbarungen umgehen würden. Immerhin hat es in der Vergangenheit ähnliche (Nicht)"Auseinandersetzungen" mit dem "Trio Arkenstette, Wolf, Geese" und mir häufiger gegeben, während einige der früheren KontrahentInnen heute in Sachen PDS trotz vorhandener Differenzen gut zusammenarbeiten. Im AK 324 hat mi. dann gezeigt, daß auch Vertreter der KB-Mehrheit das z.T. jahrelang selbst produzierte Vorverständnis mit ihrer Leserschaft instrumentalisieren, wenn es ihnen in den Kram paßt. Mit rationaler Auseinandersetzung hat das nichts zu tun. Abgesehen von sinnentstellenden Satzfehlern (?) - z.B. steht in unserem "Offenen Brief", die KPF widerlege nicht die Thesen von der kapitaldominierten (nichtkapitalistischen) Gesellschaft - gibt es keine Eigenleistung des AK oder mi.'s in der inhaltlichen Beurteilung dieses Briefs. Berichterstattenswert erscheint mi. allein, daß ich ihn entworfen habe, woraus er messerscharf schließt, daß es sich um einen Brief "von Michael Stamm an die KPF" handelt. Die Präsidiumsmitglieder Helga Adler und Rainer Börner haben nach mi. nur "unterzeichnet" - woher weiß er daß? -, deshalb ist es nicht auch ihr Brief. Ein bißchen ekelhaft ist das schon. Denn um seine Botschaft über meine "oberlehrerhafte Manier" und meinen Stil, der mich in der westdeutschen Linken "so außerordentlich beliebt gemacht hat", absondern zu können, muß mi. die beiden "Mitunterzeichner" als relativ dümmliche Wesen behandeln, die nicht so genau wußten, was sie mit ihrer "Unterschrift" getan haben. (1)

Falls doch, sind sie nämlich genauso "oberlehrerhaft" wie ich, was mi. natürlich nicht sagen möchte, sind sie doch "echte" PDS-Mitglieder, noch dazu im Präsidium, deren Sympathie ebenso erwünscht ist wie deren Interviews im AK. Ich nenne das pseudolinke Anschleimerei, die sich leider durch den ganzen Artikel zieht. Auch mit den GenossInnen der KPF pflegt mi. keinen anderen Umgang. "Völlig (!) unabhängig (!) davon", wie man zu den Thesen der Plattform stehe, seien sie doch ein "guter Anlaß für ein ernsthaftes Einlassen auf ihre Inhalte gewesen." Stattdessen meine oberlehrehafte Manier. Und was macht mi.? Er zitiert ellenlang aus KPF-Texten und läßt leider das proklamierte "ernsthafte Einlassen auf ihre Inhalte" völlig vermissen. Sein quallenhaftes "Argumentieren" - schließlich will es mi. als kluger kommunistischer Taktiker allen PDSlerInnen irgendwie recht machen -, täuscht eine inhaltliche Auseinandersetzung nur vor: "die berechtigte Kritik an den nach rechts fließenden (!) Positionen der Erneuerer wird verknüpft mit einem Opportunismus gegenüber der eigenen Geschichte." Jede(r) mag mi.'s Artikel noch mal selbst darauf hin überprüfen, was vom eigenen Anspruch real eingelöst wird. Ich habe nichts gefunden. Andererseits finde ich eine Menge an "oberlehrerhaften" Verlautbarungen, in denen mi. die KPF benotet: sie gibt ein trostloses Infoblatt heraus, ihre Positionen sind widersprüchlich (weil mi. nicht möchte, daß die KPF das Präsidium so hart kritisiert), ihre Bezugnahme auf konservativere Teile der Parteibasis und deren Abneigung gegen zu viele Westlinke werde ihr wegen dieser Mentalität "wie ein Bleigewicht anhängen, wenn sie in Zukunft eine vorwärtsweisende Rolle in der PDS spielen will."

Mi. macht sich also scheinbar ernste Sorgen um die Zukunft der KPF, möchte gern mal von ihr eine Stellungnahme, der die Unterschiede in den "ideologischen Prämissen" zwischen KPF und KB zu entnehmen wären und kommt abschließend, nachdem er gezeigt hat, daß sie auf Westseite die verrücktesten (!) Sonderlinge und Sektierer anzieht, zu dem netten Ergebnis, die 2. Konferenz der Plattform sei enttäuschend verlaufen. "Weder wurde über den personellen, organisatorischen und inhaltlichen Stand der Plattform gesprochen, noch wurde auch nur an einer einzigen inhaltlichen Frage ernsthaft diskutiert." Ein ablehnenderes "Urteil" über die KPF läßt sich wohl kaum denken, obwohl ich es nicht überprüfen kann, weil dieses Urteil auf mi.'s Artikel auch zutrifft.

Fragt sich nur, warum mi. solche Texte produziert? Vielleicht liegt die Antwort in folgendem Satz, den ich teilweise schon zitiert habe: "Leider existiert bisher kein einziger Text, aus dem die Unterschiede in den

‚ideologischen Prämissen' zwischen KPF und beispielsweise dem KB, der ja nun mal maßgeblich am Linke-Liste-Projekt beteiligt ist, zu entnehmen ist."

Schön: wir haben zwar ein Personenbündnis versucht, und aus Stellungnahmen und dem Verhalten von Heini und anderen KBlerInnen konnte mensch annehmen, daß es auch so gemeint war. Mi. dagegen verrät in diesem Satz und in der Weise, in der er sich mit anderen Auffassungen (nicht) auseinandersetzt, daß man im KB auch anders sehen und praktizieren kann. Vom Standpunkt solcher Organisationslogik aus ist die gezeigte Mischung aus Anbiederung, nicht offener Kritik und der pädagogischen Stimmungsmache gegen Leute, die offensichtlich als Konkurrenten im Kampf um den "maßgeblichen" Einfluß wahrgenommen werden, freilich nachvollziebar. Ich hätte es gern anders und schlage vor, darüber eine Verständigung zu suchen. Im Falle ihres Scheiterns weiß man/frau wenigstens, daß das übliche Hauen und Stechen angesagt ist und kann sich überlegen, ob er/sie dann aussteigt oder z.B. Gegenmaßnahmen organisiert.

PS.

Daß es mi. nicht um inhaltliche Auseinandersetzung geht, zeigt auch der Verzicht auf eine Bewertung der Antwort Fred Beuchels von der KPF auf den Offenen Brief. Jede(r) mag selbst überprüfen, ob das Komm. Manifest "verfälscht" wurde, ob Fred Beuchel auf nur ein Problem korrekt eingeht, etc. Aufschlußreich ist auf jeden Fall, daß ihm eine Erwiderung und ernstliche Auseinandersetzung "nicht des Herrn Stamm wegen" angesagt erschien, sondern deshalb, weil "zwei Mitglieder des Präsidiums des Parteivorstandes der PDS auf solche Positionen sich begeben." "Herr Stamm", "Genosse Bernd Meier", - nach dessen verhetztem Interview in der Bildzeitung -, solche sprachlichen "Feinheiten" verdeutlichen ebenso wie die Autoritätsfixierung auf Präsidiumsmitglieder, daß die Kritik des Offenen Briefs am falschen Anspruchsavantgardismus der (?) KPF völlig berechtigt war. Ich hielte es für einen emanzipatorischen Fortschritt, wenn solche sprachlich-gedanklichen Einteilungen mit hierarchischer Wertung (erstmal) innerhalb der PDS auflösbar wären. Das würde den Streit um die bessere Analyse und Strategie nicht beenden, sondern auf eine auch subjektiv rationellere Grundlage stellen.

Berlin, 4.12.90

Anmerkung

1. Als neue Aufgabe empfehle ich mi., sich einen Brief von Heini Eckhoff, Wolfgang Gehrcke und mir an die GenossInnen der SOST zu besorgen. Er sollte dann rauszukriegen versuchen, wer ihn geschrieben hat. Die "Mitunterzeichner" sollte er zu Deppen erklären und "in dem ihm eigenen Stil", je nach Zustimmung oder Ablehnung des Briefs, den Schreiber "in gewohnter Manier" substanzlos loben oder tadeln.

49. "Wir setzen große Hoffnungen in die West-Linken" - Interview mit Fred Beuchel, Komm. Plattform der PDS

Interview mit Fred Beuchel, Geschäftsführer der Komm. Plattform der PDS

Rubrik: PDS; DKP - SEW · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:40

ak: Ihr schreibt hier in dem Informationsblatt Nr.8 zur Ankündigung meines Artikels (1), den Ihr dort nachdruckt: "Er enthält einerseits wichtige kritische Anmerkungen zu unserer Arbeit, über die nachzudenken lohnt, macht andererseits aber nicht deutlich, daß der Autor nach stundenlangem Gespräch und deutlicher Selbstkritik unsererseits tiefere Einblicke in unsere Arbeit haben müßte." Mich würde jetzt doch interessieren, welche "wichtigen kritischen Anmerkungen" Ihr meint, denn dazu hast Du erstmal in Deiner Antwort nichts geschrieben. Ich fände es eigentlich ganz gut, die Punkte herauszufinden, wo die Diskussion fortgesetzt werden müßte.

Fred Beuchel: Das geht mir genauso. Bedauerlich fand ich ja an Deinem Artikel, daß ich befürchtete, eine weitere Diskussion sei damit eher schwierig geworden. Darum begrüße ich sehr, daß dieses Gespräch jetzt stattfindet.

Also: Der erste Punkt ist schon "Opportunismus gegenüber der eigenen Geschichte". Das dann folgende Zitat ist für mich kein annehmbares Beispiel. Aber der Gedanke des Opportunismus gegenüber der eigenen Geschichte ist sehr wichtig und dieses Problem ist überhaupt nicht leugbar für uns, in keiner Weise. Der steckt aber in ganz andern Beispielen drin. Und mit dem hier für meine Begriffe falschen Beispiel erzeugt man beim Leser, der der Plattform freundlich wäre, daß er sagt, naja, das ist ja ein bißchen anders gemeint, so leicht kann man sich das nicht machen, und der nimmt dann diese Fragestellung des Opportunismus gegenüber der eigenen Geschichte dann einfach mal weg.

Das würde ja bedeuten, daß Du nur bessere Beispiele für die gleiche These gefunden hättest. Ich will jetzt gar nicht in einen langen Streit über die Frage eintreten, ob Deine Richtigstellung jetzt im Einzelnen korrekt ist oder nicht, das bringt ja nichts. Aber es geht mir darum: Ist meine These, daß die Kommunistische Plattform in dieser Frage ein schillerndes Bild abgibt, nun richtig oder nicht, spiegelt sie die Realität wieder oder nicht. Wenn Du jetzt sagst, das stimmt zwar, aber die Beispiele sind schlecht, die ich gewählt habe, ist das ja eigentlich eine Bestätigung der These.

Mein Vorwurf ist der, daß man diese These nicht wahrnimmt, weil sie mittels eines so nicht akzeptablen Beispiels entkräftet scheint.

... aber die These würde stimmen?

Ganz so auch nicht. Erstmal wird man bei allen DDR-Linken so einen Opportunismus feststellen können. Das ist wahrscheinlich auch völlig normal, insofern gilt der auch für die Plattform. Er gilt für die Plattform, aber eben doch in sehr unterschiedlichem Grade. Was bestimmte Sachfragen, bestimmte Etappen betrifft, aber auch Personen. Die Plattform ist auch nichts Monolithisches.

Mal zu einem anderen Beispiel, wo ich meine, daß der von Dir eingeschlagene Weg der Diskussion wenig weiterführt: Ich zitiere im Artikel Deine Rede auf dem DKP-Parteivorstand, wo Du sinngemäß sagst, die meisten Leute in der Linken Liste verträten Positionen, die Euch nicht nahestehen. Ich stelle dann fest, daß Eure Differenzen beispielsweise zum KB bisher nirgendwo ausgeführt sind. Darauf konterst Du mit der Feststellung: aha, früher hieß es immer, die Linke Liste sei ein Personenbündnis, jetzt plötzlich ist der KB beteiligt. D.h., Du verwendest eine - zugegebenermaßen - Ungenauigkeit in meiner Formulierung und kommst dann von der eigentlich interessanten Frage weg.

Stimmt, auf die Frage bin ich nicht eingegangen. Das ist dann natürlich spannend. Aber ich weiß nicht, warum Du aus meiner Bemerkung auf der DKP-Vorstandstagung machst einen Widerspruch zu theoretischen oder ideologischen Prämissen des KB. Dafür kenne ich auch den KB viel zu wenig. Ich habe dort ganz allgemein von den Westlinken gesprochen, die also im Linken-Liste-Projekt sind. Und ich bin da mit einer Anzahl von Positionen konfrontiert worden, die in der ideologischen Prämisse ausgehen von meines Erachtens sozialreformerischen, sozialdemokratischen Gedanken, und das ist bitte schön ein deutlicher Unterschied zur

Plattform - die an der Ausprägung ihrer ideologischen Prämissen auch arbeitet, das ist nicht das Problem dabei. Aber dieser Unterschied war deutlich sichtbar. Und von den Positionen, die in der DKP sich langsam herausschälen - wobei die DKP auch nichts monolithisches ist, es sind mindestens drei Hauptströmungen dort sichtbar - scheint es mir leichter, zur Rekonstituierung marxistischen Denkens und zu einem wirklich antikapitalistischen Ansatz zu gelangen, als sich von einer kapitalismusbejahenden Sicht heraus zu einer antikapitalisitischen zu bewegen.

Ich hatte Deine Kritik an der gewählten Linken-Liste-Konstruktion so verstanden, daß es sich insgesamt um einen falschen Weg zu einer Konstituierung einer gesamtdeutschen Linken handelt, und daß Du Dir einen solchen Weg mit andern Linken aus der BRD besser vorstellen könntest. Das würde mich mal genauer interessieren, denn ich habe nun gerade sozialdemokratische Positionen, ein positives Verhältnis zur Marktwirtschaft z.B., innerhalb der PDS weit verbreitet gefunden. D.h., es gibt da die gleichen Widersprüche wie bei uns in der Linken Liste. Wieso siehst Du dann die Beteiligung dieser unterschiedlichen Strömung aus der BRD als Gefährdung für das Projekt?

Voraussschicken muß ich noch einmal unser Parteiverständnis einer pluralen, sozialistischen Partei. Es ist eine gewisse Neuauflage dessen, was '46 versucht wurde mit der Synthese von Sozialdemokratie und Kommunismus. Dieses Verständnis haben wir, es ist also keine taktische Geschichte, jetzt als Plattform in der PDS zu verharren, bis wir dann eine Mehrheit hätten, oder so'n albernes Zeug, sondern wir gehen davon aus, eben gegenseitig Korrektiv zu sein der verschiedenen Kräfte, was im Sinne linker Politik oder der Findung linker Politik viel effektiver ist als da einzeln zu wursteln. Das ist ein Grundsatz, den wir haben, den haben wir seit dem 30. Dezember '89, seit wir uns als Plattform konstituiert haben und das wollen wir beibehalten, solange es geht.

Es gehört aber auch zur Ehrlichkeit, daß wir dazu sagen, es ist denkbar, daß eine Situation eintritt, in der man in der PDS nicht bleiben kann. Wenn wir also den Eindruck hätten, daß man uns nur noch duldet, aber im Grunde alles strukturell gesichert ist, daß wir völlig einflußlos als Aushängeschild für ein paar verrückte Linke fungieren, und ansonsten ausschließlich sozialdemokratische Politik gemacht würde, dann müßte man daraus eine Konsequenz ziehen. Das wäre die, entweder um Einfluß zu kämpfen, d.h. um gleichberechtigten Einfluß, nur um den geht's, oder zu sagen, es hat keinen Sinn mehr, wir müssen was anderes machen. Das muß man der Ehrlichkeit halber dazusagen.

Genauso wollen wir auch eine gesamtdeutsche PDS, die sich gleichermaßen plural zusammensetzt. Dazu gehören auch Kommunisten, auch der verschiedener Couleur. Deshalb sind wir natürlich gegen eine Ausgrenzung der DKP. Und hier ist das ja im vergangenen Jahr alles ein bißchen schwierig gewesen. Die DKP ist ja auch eine komplizierte Partei, hat auch mehrere Strömungen, manchmal ohne, daß sie es weiß, eigentlich ist sie eine mit Plattformen. Aber aus dem ehemaligen DKP-Spektrum sind ja Leute zur Erneuerer-Bewegung dann gekommen, Wolfgang Gehrke z.B., die tatsächlich sehr mies von der DKP behandelt wurden, wo sich dann auch Denkhaltungen prägen, und dann in der Folge nicht genügend Aufgeschlossenheit dafür ist, was sich in der DKP real entwickelt. Da gibt's Leute, die nachdenken, z.B. Thomas Mies, der sehr dagegen ist, daß die Org.-Frage so verabsolutiert wird, sondern er denkt grundsätzlich nach, und hat nicht aus taktischen Gründen den Gramsci entdeckt. Das müßte ich doch wenigstens bereit sein zu akzeptieren, daß es in dieser Partei auch ein ernsthaftes Ringen um Erneuerung gibt. Das jetzt abzutun, nach dem Motto DKP-Schmuddelkinder, mit denen spielt man nicht, halte ich für eine für Linke unverantwortbare Position. Und ich hatte schon sehr den Eindruck und hab ihn auch ab und zu heute, daß unter denen, die in diesem Projekt Linke Liste sehr dominant sind, durchaus auch Exponenten einer Ausgrenzung nach links zu finden sind. Ich glaube, daß wir das gemeinsam überwinden müssen. Deshalb haben wir uns grundsätzlich gegen eine Ausgrenzung der DKP ausgesprochen. Das haben wir getan, und dazu stehen wir auch.

Es gibt einen zweiten Punkt, den man in dem Zusammenhang sicherlich sehen müßte, der jetzt aber schon fast müßig ist: Fakt scheint mir zu sein, daß eine mögliche Klientel für die PDS im Mai dieses Jahres in der BRD viel größer und breiter war als später. Hier waren einfach in der Meinungsbildung der PDS viele Prozesse zu langsam und zu schaukelhaft, da gab's ein hin und her.

Also, wenn es uns darum gegangen wäre, Linke auszugrenzen, hätten wir ja bei uns selbst anfangen müssen. Es ging doch mehr darum, welches Konstrukt man wählt, um eine optimale Ausstrahlungskraft in eine

linkssozialdemokratische Szene hineinzuentwickeln. Unsere Idee hatte die Einschätzung zur Grundlage, daß mit einem Organisationsbündnis, wie es die DKP vorgeschlagen hat, das Projekt insgesamt zu stark den Geruch eines DKP-Projektes annehmen würde. Nun muß man natürlich heute sehen, wenn man sich das Wahlergebnis anguckt, daß auch unser Konzept null Ergebnis gebracht hat, ja gescheitert ist. Das heißt, wir haben kaum mehr Stimmen mit unserem Konzept bekommen, als wir bekommen hätten, wenn wir der anderen Idee gefolgt wären, zumindest was den Größenbereich angeht.

... oder wenn die DKP allein angetreten wäre.

Daran schließt sich meine nächste Frage an: Wie betrachtest Du das Wahlergebnis, gerade auch vor dem Hintergrund der eben diskutierten Entwicklung?

Da überfordert Ihr mich ein bißchen, ich möchte erstmal nur ein paar Akzente hervorheben: im Grunde war es ein typisches DKP-Ergebnis, mit einem eigentlich viel breiteren Konzept hätte eigentlich viel Breiteres erreicht werden müssen. Dies ist so zu übertragen natürlich schematisch, weil ja inzwischen der Zusammenbruch des Realsozialismus steht, der sich natürlich auf linke Wählerschaft auswirkt. Ich denke aber eben auch, daß für aktiven Wahlkampf einfach auch Leute gebraucht werden, und daß es hier Verluste gab durch eben solche Erscheinungen, also Bayern ist da wieder auch so ein Beispiel dafür, was nicht hätte sein müssen, und daß hier einiges an der Profilierung sozusagen nicht hinreichend war. Wir haben da auch keine Illusionen über die Schwierigkeiten, in der satten BRD linke Politik parlamentsfähig zu machen. Außerdem bedauern wir es, daß die Grünen nicht mehr im Parlament sind.

Insgesamt, das gilt auch für DDR, für DDR-Linke außerhalb der PDS, war in der Bündnispolitik häufig so ein Denken zu verzeichnen, was nutzt es uns für die Wahltaktik, und kein Denken, was nutzt es uns für die Perspektive linker Alternativen in Deutschland, für ein wachsendes, zusammenwachsendes Bündnis, bei Wahrung von Eigenständigkeit konzeptioneller und auch organisatorischer Art. Das hing auch zusammen mit der unglücklichen Situation, Wahlkämpfe, diese Deutschlandwahl oder Reichstagswahl bewältigen zu müssen, in Sachzwängen schon wieder zu sein, mit einer Partei, die im Osten sehr schwierig im Erneurungsprozeß steckt, im Westen eigentlich noch nicht existent ist, auch mit einer sehr schwachen personellen Basis, und wo eben, das sagte ich vorhin, möglicherweise auch der Zug, der im Mai dagewesen wäre, verpaßt worden ist. Und das ist eindeutig zurückzuführen auf Unentschlossenheit vom Präsidium, natürlich auch beim Vorstand. Im Mai wäre das zwar auch nicht einfach gewesen, aber es waren doch mehr Potenzen vorhanden.

Es gibt ja ein großes Problem bei der PDS: Nämlich absehbare Entwicklungen erst dann wahrzunehmen, wenn sie sich zur Katastrophe entwickelt haben. Dazu gehört für mich genau diese Geschichte, ich denke auch, daß viel früher Signale in die Westlinke hätten gerichtet werden müssen, daß sich die PDS eine Analyse der Westlinken, ihrer Strömungen, Auseinandersetzungen und Probleme hätte erarbeiten müssen und so viel früher auch in der PDS diese Sachen hätten vernünftig diskutiert werden müssen. Einen ähnlichen Problemumgang zeigt der Finanzskandal. Nun gibt es jetzt auch solche absehbaren Probleme. Beispiel: Viel kann man jetzt in der PDS hören, man müsse nun mit Schwung an den Aufbau der West-Landesverbände herangehen, in der fehlenden Struktur dort wird oft die Ursache für das schlechte Wahlergebnis gesehen. Bahnt sich da nicht wieder eine Niederlage aufgrund subjektiver Fehleinschätzung an? Wenn man feststellt, weder mit dem, ich sage mal, DKP-Weg, noch mit unserer Konzeption des Personen-Bündnisses klappt ein Durchbruch, kann man dann eigentlich guten Gewissens sagen, so, jetzt bauen wir die Partei da drüben auf? Aus wem soll die dann eigentlich bestehen?

Das Nachdenken über Alternativen zu diesem kapitalistischen Deutschland muß jetzt neu anfangen, in allen emanzipatorischen und sozialen Bewegungen. Ich meine ein Nachdenken in der Organisationsfrage, das die globalen Probleme, d.h. eigentlich die Globalisierung des Grundwiderspruchs - international, ökologisch - berücksichtigt. Für mich ist damit die eigentliche Klassenfrage noch da, stellt sich nur anders dar.

Das heißt, daß ich für linke Politik auch Organisationsformen brauche, die in der Lage sind, diese verschiedenen Bestrebungen, die objektiv antiimperialistisch sind, aufzunehmen und tragfähig in Politik umsetzen zu können. Das kann überhaupt nicht monolithisch erfolgen, und dies kann überhaupt nicht nur an der Fragestellung des Brechens von Privateigentum an Produktionsmitteln erfolgen. Das hängt eigentlich mit dem marxschen Grundgedanken zusammen, daß es um viel mehr geht: um die Brechung von klassenantagonistischer Gesellschaftsentwicklung, die letztlich zur Industriegesellschaft und letztlich eben zu

einer Entwicklungslogik, die Mensch und Natur untergräbt, geführt hat. Da sind die Probleme viel vielschichtiger. Und dann brauche ich in so einer Partei/Bewegung verschiedene weltanschauliche Ansatzpunkte, verschiedene politische, soziale Interessen, die sich spezifisch artikulieren, man braucht einfach die Form dieses produktiven Streits miteinander für eben reale Politik. Eine andere Alternative würde ich erstmal nicht favorisieren wollen.

Warum sollte dieses nicht auch zutreffend sein für die mögliche Organisationsform in den alten Bundesländern? Damit sind nicht Unterschiede in Traditionen, in der politischen Kultur ausgeblendet, sondern damit ist einfach der theoretische Ansatz von sozusagen Kampf um linke Politik im Imperialismus gemeint.

Da muß ich schon nochmal nachfragen. Aus meiner Sicht ist die Linke in der BRD in einem desolaten Zustand wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Auch wir hatten ja nun x Debatten über die notwendigen Einbeziehungen von Bewegungen und auch entsprechende Versuche. Wenn man das heute fordert, muß man doch konkret berücksichtigen, daß das, was an außerparlamentarischer Bewegung existiert hat in den letzten Jahren, sich derzeit in einer absoluten Talsohle befindet, wenn es überhaupt noch existiert. Beispiel: die Friedensbewegung angesichts der Golfkriegs- Gefahr. Ein anderes: das Scheitern der Grünen an der 5%-Klausel, was ich für eine ziemliche Katastrophe halte, weil mit ihnen immer auch einzelne Linke mit in den Bundestag gezogen sind und jetzt auch wären, und wenn ich sehe, daß die GAL in Hamburg die Hälfte ihrer Stimmen verloren hat, und zwar nach bisherigen Analysen großenteils an Nichtwähler. Die Entscheidung von so vielen Linken, nicht zu wählen, ist doch ein Ausdruck für Rückzug, unpolitische Herangehensweise, Resignation und Ratlosigkeit. Du willst also in einem Land eine Partei aufbauen, und zwar wirklich eine Partei und keinen Zirkel, wo die Kräfte, auf die sich das dann stützen müßte, derzeit völlig am Boden sind. Für diese Lage ist das Wahlergebnis der PDS in der BRD nur ein Ausdruck. Da mag jetzt Dein theoretischer Ansatz von Partei/Bewegung stimmen oder nicht, aber was die konkrete Umsetzung angeht, sehe ich nur Fragezeichen.

Das sehe ich natürlich auch. Das ist auch der Hintergrund für das Zögern im Mai, es ist auch ganz berechtigt, das mit in Betracht zu ziehen, daß man eben nicht voraussetzen kann, so, jetzt machen wir Partei, Punkt. Selbst wenn man dafür Kräfte gewinnen könnte, würde das heißen, daß andere Prozesse behindert werden, die eigentlich Voraussetzung dafür sind, daß sich da etwas bilden kann. Daraus folgt aber auch, man braucht für die nächste Zeit einen Zusammenhang, Diskussions-oder sonstwie-Zusammenhang, also keine Brücken abbrechen, sondern die lassen oder stabilisieren usw., über einzelne Aktionen, was weiß ich, also: die Verbindungen nutzen, den Austausch der programmatischen Diskussion organisieren usw., und den Rest wachsen lassen. Das ist das eine.

Das andere ist natürlich, daß diejenigen, die PDS machen wollen, auch PDS machen können. Und nun wäre die Schwierigkeit, über die Gesamt-PDS hinzukriegen was wir ja hier auch nicht durchhaben, wirklich dieses neue Parteiverständnis wie vorhin skizziert durchzusetzen. Dann gibt es auch nicht das Problem, wenn diese anderen Diskussionsprozesse in einer Art und Weise sich entwickeln, daß man sich dann irgendwann später der Organisationsfrage zuwenden könnte, daß da eben dann nicht Versuche von Vereinnahmung oder irgendeine sektiererische Geschichte oder so was gäbe.

Und eins will ich wirklich ganz stur und steif behaupten: die Kommunistische Plattform, bei all ihrer Kompliziertheit, jawohl, ihrer Widersprüchlichkeit, die sich aber auch nicht an den genannten Beispielen festmacht, sondern an viel schlimmeren eigentlich, die hat in dieser Hinsicht für das neue Parteiverständnis, glaube ich, vieles geleistet und praktisch auch zu leben versucht. Das ist das, was mich auf diese Plattform ein bißchen stolz macht.

Und zu den Westlinken, vielleicht ein Euch amüsierender Gedanke. Als wir die Sozialdemokratisierung der PDS beklagten, und die haben wir nicht nur beklagt, sondern die haben wir auch benannt, das waren solche Geschichten wie der Legalismus, der dann kam. Oder die Tatsache, daß wir das erste Mal, nachdem wir im März erklärt hatten, nach der Volkskammerwahl, jetzt gehört die Straße uns: das erste Mal sind wir auf die Straße gegangen, als es um die Enteignung der PDS ging. Alle anderen sozialen Konflikte haben wir nicht wahrgenommen. Oder dieses Bemühen um die SPD, und dann sich wundern, daß ausgerechnet die uns Übles wollen. Natürlich, ich bin sehr für Kontakte mit dieser Partei, auch nicht nur mit dem linkesten Flügel, das ist gar nicht das Problem. Jedenfalls haben wir uns in diesen Zeiten immer gesagt, es wird Zeit, daß die Westlinken kommen, ernsthaft: Wir, denen man heute ab und zu mal vorwirft, wir würden nur Zorn und Wut für die Westlinke empfinden. Wir haben gedacht, wie kompliziert es da immer sein mag, eines bringen die ganz

bestimmt rein: einen nicht illusorisch verzerrten Blick auf Kapitalismus. Von sozialer Marktwirtschaft kannst Du denen in der Regel wahrscheinlich nicht viel Positives erzählen. Oder daß Parlamentarismus der Gipfel aller Dinge wäre, was in der PDS als Thesen so rumgeisterte. Was die Konsolidierung der PDS und ihre Erneuerung als sozialistische Partei betrifft, setzten wir in die Westlinken große Hoffnungen - und das bleibt auch so.

Wir danken Dir für das Gespräch.

(1) siehe AK 324, S.30, Die Kommunistische Plattform gibt ein Infoblatt heraus, das zu bestellen ist unter folgender Adresse: Fred Beuchel, PSF 100, Berlin O-1026, Tel: 28404332

50. KB vor der Spaltung - Was wird aus dem ak?

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:26

Daß sich ein beträchtlicher Teil des KB seit einigen Monaten in PDS-Politik versucht, hat sich herumgesprochen. Daß sich ein anderer Teil des KB von der PDS-Option abgrenzt, um eine Neuformierung radikal linker Opposition voranzutreiben, dürfte zumindest den AK-LeserInnen bekannt sein. Daß beide Positionen nahezu gleichstark in einer Organisation vertreten sind, ist wenig erstaunlich: Warum sollte es im KB anders zugehen, als bei der übrigen sich systemoppositionell verstehenden Linken? Und wie könnte in solchen Zeiten der AK seiner Funktion besser gerecht werden, als durch Veröffentlichung kontroverser, zum Teil auch gegensätzlicher Standpunkte? Mit jenem innerlinken Pluralismus soll es nach dem Willen relevanter KB-Kreise offenkundig ein Ende haben:

* Am 24. November 1990 wurde in einer 70-köpfigen, bundesweit besuchten Versammlung der sogenannten KB-Mehrheit der Beschluß gefasst, sich nicht nur organisatorisch, sondern auch publizistisch von der PDS-kritischen KB-"Minderheit" zu trennen.

* Vorschläge, die Optionen für eine Weiterherausgabe bzw. Ablösung des AK in Ruhe zu prüfen, hatten keine Chance. Durchgestimmt wurde nach der "bewährten", bei kommunistischen Organisationen leider nicht unüblichen Devise: Erstmal raus mit ihnen, danach sehen wir weiter.

* Bemerkenswert auch der Zeitpunkt jener Entscheidung: Anstatt die Wahlen abzuwarten und zu prüfen, ob anschließend nicht eine etwas entspanntere Debatte im KB möglich sein wird, kam es den Initiatoren jener Sitzung gerade darauf an, die Entscheidung zur Spaltung des KB und des AK noch vor den Reichstagswahlen durchzustimmen.

* Die Durchführung des für Anfang 1991 turnusmäßig anstehenden KB-Kongresses, dem allein die Entscheidung über die Zukunft der Zeitung obliegt, wird von den Betreibern jener Trennung für überflüssig erklärt, bzw. an die Bedingung einer vorherigen Einigung auf Basis ihrer Vorstellungen geknüpft.

Es gibt nicht wenige im KB, die von diesem Beschluß und der Art seines Zustandekommens entsetzt sind - wir gehören dazu. Wir machen unsere Einschätzung über den Stand und die Zukunft des AK öffentlich, weil wir mit vielen zusammenarbeiten, die für den AK schreiben und recherchieren, weil es die "Minderheiten"-VertreterInnen in der Redaktion noch gibt und weil wir nicht stillschweigend zusehen wollen, wie eine Zeitung liquidiert wird, deren Bedeutung über den engen KB-Rahmen hinausweist. Darüberhinaus sind wir als (noch) im KB angesiedelte politische Strömung daran interessiert, auch mit anderen über die strukturellen Abläufe fortschrittlicher Politik zu diskutieren und die offenkundig noch nicht überlebten Desaster einer ML-Periode aufzuarbeiten.

Kann auf den AK verzichtet werden? Gewiß, aber es wäre ein Verlust. Immer noch ist dem Blatt anzumerken, daß es nicht von "Autoren" gemacht wird, sondern von Menschen, die auch praktisch-politisch intervenieren. Immer noch erfüllt es gerade wegen seines linkspluralen Konzepts für das Spektrum radikaler Linker eine Funktion, die von anderen Zeitungen nicht ohne weiteres übernommen werden kann. Kurz: Wir halten die weitere Herausgabe dieser Zeitung für angebracht, solange sie - bei Widerspiegelung realer Bewegungen und Diskussionprozesse links von der SPD - auf einem nichtreformistischen und antistaatlichen Grundkonsens basiert und ihr gegen den eigenen Imperialismus konzentriertes Profil beibehält; solange sie an der kritischen Solidarität mit allen Spielarten antikaptialistischer Rebellion festhält und für die Debatte über die Zukunft revolutionärer Politik (von PDS und Linksgrünen bis zur RAF) als Plattform und Scharnier noch etwas taugt.

Wenn sich heute jene KB-Mehrheit den linken KB-Flügel gerade in der Publizistik vom Hals halten will, soll damit aber gerade der Zweck erfüllt werden, die Zielgruppe und Profil jener Zeitung nach rechts zu verschieben.

Die vorbereitenden Papiere jenes Trennungsbeschlusses sprechen eine klare Sprache:

Der KB könne es sich nicht länger leisten, "sein eigenes sektiererisches Zerrbild" - gemeint ist der "Minderheiten"-Flügel - "als siamesischen Zwilling mit sich herumzuschleppen und damit Menschen abzuschrecken, um die wir eigentlich politisch werben müßten." Deshalb müsse "die Spaltung vor allem auf der Ebene der Publizistik erfolgen....Jedenfalls ist es für uns von zentraler Bedeutung, eine selbstbestimmte

Zeitung zu machen, in der uns nicht die Minderheit mit dem Arsch wieder umreißt, was wir aufzubauen versuchen." Es gehe darum, "den Absatz zu steigern - insbesondere mit Blick auf künftige LeserInnen in der DDR". Die neue Zeitung müsse "ihre Klientel rechts von uns suchen - sowohl was die Auseinandersetzung angeht, als auch von der Agitation her", heißt es in einem anderen Papier, wie sich auch insgesamt - so ein dritter Autor - "die Mehrheit als Konsequenz aus der Spaltung neu verorten (wird). Im wesentlichen liegt der Standort in einer kritischen Begleitung der PDS und all dessen, was sich um sie herum neu gruppiert."

Offenkundig halten es die Protagonisten der PDS-Option im AK für nicht ausreichend, wenn - wie in den letzten Monaten - nur in Einzelartikeln des AK etwa in der Frage des nationalen Selbstbestimmungsrechts herumlaviert und eine weitgehend unkritische Präsentation der PDS und ihrer Politikangebote mit einer Pauschalabgrenzung von den Ansätzen der Radikalen Linken verkoppelt wird: Jene Linie soll nach Möglichkeit die Gesamtlinie des AK bestimmen. Offenkundig betrachtet man es als ein Handicap, wenn alle beiden Pole, an denen sich fortschrittliche Menschen augenblicklich orientieren, in der AK-Redaktion vertreten sind: Die "Sektierer" sollen gehen.

Wir meinen, daß derzeit weder die PDS, noch die RL noch die Autonomen ein Konzept anzubieten haben, das aus der Krise linker Politik herauszuführen und den Widerstand gegen Großdeutschland wirksam voranzutreiben vermag. Wir haben es immer abgelehnt, den AK auf eine jener Optionen "vereinheitlichen" zu wollen, und dafür plädiert, die Existenz unterschiedlicher politischer Ansätze und den damit verbundenen Diskussionsbedarf anzuerkennen.

Wir betrachten es als groteske Verwechselung der Epoche

- wenn nunmehr politische Widersprüche mit innerorganisatorischem Kahlschlag gelöst werden sollen, zumal im Kontext einer Partei, die den demokratischen Sozialismus im Namen trägt;

- wenn suggeriert wird, man sei mit derartigen Kahlschlägen in der Lage, aus der Krise der Linken eine Perspektive zu formen;

- wenn so getan wird, als sei der aktuelle Bedarf an radikal linker Infrastruktur gering genug, um zugunsten der PDS-Option selbst die Zerstörung der eigenen politischen Zusammenhänge und des AK in Kauf zu nehmen.

Einigermaßen ratlos sind wir, wenn es darum geht, die Frage zu beantworten, wie es zu solch' einem Beschluß von ca. 60 KBlerInnen überhaupt hat kommen können.

Abgesehen von der "Zumutung", daß der laufende AK sowohl die Wahl der PDS also auch die Ablehnung der Reichstagswahl zur Debatte stellt, kann ein "Skandal" aus dem Inneren der Apparate nicht vermeldet werden. Redaktionsintern hatte man uns in den letzten Monaten hinsichtlich der Zusammenarbeit weder eine dezidierte Kritik, geschweige denn die Ankündigung einer Trennung zur Kenntnis gebracht.

Es kommt hinzu, daß über die Ratio der politischen Standort-Verschiebung die Diskussion - KB-intern oder AK-öffentlich - noch nicht einmal begonnen hat: Will man sich nach dem RgW-Zusammenbruch in Anlehnung an den Eurokommunismus strategisch neuorientieren? Oder wird nur eine bestimmte Bündnisstrategie verfolgt? Und falls das Letztere zutrifft: Welche Chancen werden darin gesehen, welche Erwartungen damit verknüpft? Und worin liegt die Notwendigkeit der Ausgrenzung der Radikale Linken-Option?

Daß hierüber eine ausformulierte Vorstellung der KB-Mehrheit nicht einmal in Ansätzen existiert, verleiht dem Trennungsbeschluß vom 24.11. ein Element der Irrationalität. Nach unserer Einschätzung kommt darin zweierlei zum Ausdruck: Einerseits eine Tendenz zur Selbstzerstörung und Resignation angesichts der aktuellen Perspektivlosigkeit linker Politik; andererseits der unreflektierte Rückgriff auf die bürgerlichsten Elemente von ML-Kultur: Parteisoldatentum und Linientreue, das Denken in monolithischen Mustern statt in Widersprüchen und der Aberglaube, durch das Aus- und Rausmachen von Sündenböcken ein Problem gelöst zu haben. Die Mentalität, die zu derartigen Beschlüssen führt, dokumentiert - gänzlich unfreiwillig - ein langjähriger AK-Mitarbeiter in einem Positionspapier wie folgt:

"Meine eigenen Erfahrungen ... mit einem Teil der Redakteure der sog. Minderheit lassen eine Spaltung durchaus nicht als unausweichlich erscheinen ... Wenn ich mich hier also für die Position der Redakteure der sog. Mehrheit erkläre, dann geschieht dies auf dem nicht so sicheren Boden bisheriger Erfahrungen mit diesen

Genossen und dem daraus resultierenden Vertrauen, daß sie in aller Verantwortlichkeit für den KB nach sorgfältigster Prüfung für eine Trennung der Strömungen votiert haben."

Jene Bereitschaft, der politischen Führung auch dann zu vertrauen, wenn die eigene Erfahrung deren Entscheidung hohnspricht: Gehört sie nicht zum Elend der Geschichte kommunistischer Bewegungen? Und trägt ihre Verlängerung in eine Gegenwart, die von einer umfassenden Orientierungskrise kommunistischer Politik geprägt ist, nicht alle Züge einer Farce? Die "Minderheiten"-Strömung im KB hat sich auch deshalb formiert, um derartige Mechanismen zu bekämpfen. Die Umstände der Entscheidung vom 24.11. sind kaum dazu angetan, uns den Abschied aus dem Noch-KB zu erschweren.

Welche Relevanz hat jener Beschluß für die Zukunft des AK? Vorläufig keine! Selbstverständlich haben weder die KB-Leitung noch sonstwer ein Mandat, eine KB-Spaltung durchzuziehen. Hierüber kann alleine der für Anfang 1991 turnusmäßig einzuberufende KB-Kongreß befinden. Gerade weil zu "befürchten" ist, daß unsere AK-Vorstellungen hier eine sehr große Mehrheit erhalten könnten - gerade deshalb wird schon jetzt damit begonnen, das (den Kongreß vorschreibende) Statut des KB für überholt zu erklären oder einen Kongreß-Boykott anzukündigen. Die Basis derartiger Überlegungen ist der Umstand, daß sich KB-Vermögen und KB-Technik in der Hand jener sogenannten "Mehrheit" befindet. Ebensogut wäre denkbar, daß die Abhaltung jenes Kongresses mit exakt den gleichen Methoden vereitelt wird, die sich schon in der Herbeiführung des Trennungsbeschlusses als "erfolgreich" erwiesen haben.

Wir bestehen auf diesen Kongreß, weil nur dort eine Trennung des KB besiegelt und mit qualifizierter Mehrheit über die Zukunft des AK entschieden werden kann: Neuorientierung des AK in Richtung PDS-Option? (Ohne uns). Neuorientierung des AK in Richtung Radikale Linke? Erhalt des derzeitigen AK-Profils als Dachprojekt beider ehemaliger KB- Strömungen (bei gleichzeitigem Versuch, die Herausgeberschaft schrittweise zu erweitern)?

Wie die Kontroverse am Schluß ausgehen wird, wissen wir nicht. Sicher ist nur, daß der AK nach erfolgreicher Herausdrängung des linken KB-Flügels nicht bleiben wird, was er ist. Eigentlich ist es heute notwendiger denn je, daß diese Zeitung für eine Diskussion um die Zukunft revolutionärer Politik noch weiter geöffnet anstatt linienmäßig eingeengt wird. Auch deshalb sind wir dagegen, daß sie nun ausgerechnet jenen Saubermännern überlassen wird.

Aus den Reihen der KB-Minderheit sind einige über das Verfahren vom 24.11. derart konsterniert, daß sie derzeit in die AK-Artikelarbeit keine Zeit mehr investieren, sondern den Ausgang der Kontroverse abwarten wollen. Wir können diese Haltung verstehen, werden sie uns aber gegenwärtig nicht zueigen machen. Wichtiger erscheint uns, daß sich diejenigen, die für oder mit dem AK gearbeitet haben und weiter arbeiten wollen, einmischen.

Klaus, Max., Sabine (AK-Redaktion),

Hamburg den 30.11.90

(Eine vierte Redakteurin aus dem Spektrum der Minderheit hat infolge der Entscheidung vom 24. November ihre redaktionelle Tätigkeit vorläufig eingestellt.)

51. Zur aktuellen Situation (des KB)

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/53.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:53

Am 24. November 1990 haben ca.60 GenossInnen aus dem KB-"Mehrheits"- Flügel den Beschluß gefaßt, sich organisatorisch und publizistisch von der KB-"Minderheit" zu trennen. Über die anzustrebende Perspektive des AK existieren in beiden Flügeln unterschiedliche Positionen:

In der "Mehrheit" gibt es die Vorstellung, auch mit reduzierten Kräften und Ressourcen den AK weiterhin (nach Möglichkeit auch als KB-Projekt) herauszugeben. Eine zweite Vorstellung möchte den AK als KB-Zeitung aufgeben und stattdessen die Herausgabe einer AK-Nachfolgezeitung durch linke Kräfte aus dem Spektrum der PDS, der Grünen und der unabhängigen Linken prüfen. Eine drittes Modell, das bisher auf sehr wenig Zustimmung stößt, sieht vor, nach einer organisatorischen Spaltung des KB die Herausgabe des AK gegebenenfalls als ein Dachprojekt beider Flügel fortzusetzen.

In der "Minderheit" wird der letztgenannte Vorschlag (Herausgabe des AK als gleichberechtigtes Dachprojekt der beiden dann getrennten Organisationen bei gleichzeitiger Suche nach weiteren MitherausgeberInnen) bisher präferiert. Es gibt darüberhinaus die Überlegung, die Herausgabe einer AK-Folgezeitung durch die in der "Radikalen Linken" vereinten Kräfte zu prüfen.

In der 10-köpfigen AK-Redaktion sind nahezu alle genannten Positionen vertreten ohne daß es für eine von ihnen eine Mehrheit gäbe. Es besteht Übereinstimmung darin, daß in einer derart wichtigen Frage eine "Schlacht um die Mehrheit" dergestalt, daß letztlich die hauchdünne Mehrheit einer KB-Versammlung den AK diesem oder jenem Flügel zuschlagen könnte, vermieden werden muß. Bei derartigen Konstellationen wäre es naheliegender, wenn mit dem KB auch der AK beendet und die Suche nach einer neuen Publizistik voneinander unabhängig erfolgen würde.

Während die unterschiedliche Ausrichtung in der praktischen Politik und die Methodik der Auseinandersetzung bzw. ihre Verhärtung eine organisatorische Trennung als unausweichlich erscheinen lassen (die Modalitäten der Trennung sollen einvernehmlich und gleichberechtigt ausgehandelt werden) ist die Zukunft der Zeitung also noch offen und die Diskussion darum erst eröffnet.

Zumindest für die nächsten beiden Ausgaben des AK bleibt alles beim Alten. Wir gehen innerhalb der Redaktion davon aus, daß der für Anfang 1991 vorgesehene KB-Kongreß einerseits (nach ausgereifter Vorbereitung) die Trennung des KB besiegeln und auf Basis der bis dahin entwickelten Konzepte über die Zukunft der Zeitung entscheiden wird.

AK-Redaktion, 8.12.90

52. Schmutzige Scheidung?

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/51.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:51

Am 24. November fanden in Hamburg zur gleichen Zeit getrennte Beratungen von "KB-Mehrheit" und "KB-Minderheit" statt. Beobachter der jeweils anderen Seite waren zugelassen.

Das "Mehrheits"-Treffen endete bei 70 bis 80 Anwesenden mit dem Beschluß, sich organisatorisch und publizistisch von der "Minderheit" zu trennen. Damit logisch verbunden ist die Absicht, auf einer gemeinsamen politischen Plattform weiterhin den AK oder, falls darüber mit der "Minderheit" keine Einigung zu erreichen ist, notfalls eine Zeitschrift unter neuem Namen herauszugeben.

In der Abstimmung gab es fünf Enthaltungen und drei Gegenstimmen. Diese standen für die Hoffnung, daß vielleicht doch noch ein Modus gefunden werden könnte, den AK trotz organisatorischer Trennung weiter gemeinsam herauszugeben. Diese Alternative wurde allerdings auf dem Treffen kaum diskutiert, was sicher damit zusammenhängt, daß entsprechende Überlegungen bisher nur vage und unfertig vorhanden sind, daher auch nicht dezidiert vorgetragen werden konnten. Dies wiederum ist darauf zurückzuführen, daß es tatsächlich schwer ist, ein praktikables, realitätstüchtiges Modell jenseits von Status quo einerseits, Trennung andererseits zu entwickeln.

Daß man sich voneinander trennen müsse, und zwar bald, war übereinstimmend schon in mehreren individuellen Diskussionspapieren und in einem vorbereitenden kleineren Treffen einige Wochen zuvor konstatiert worden. So gab es am 24. November, abgesehen von zwei Einzelstimmen - und den stummen BeobachterInnen der Minderheit - keine Debatte mehr um das "Ob", sondern von Anfang an nur noch um das "Wie" der Trennung.

Die Gründe für die Unvermeidlichkeit einer Auflösung der "Zwangsgemeinschaft" werden individuell unterschiedlich, aber im großen und ganzen doch wohl recht ähnlich gesehen. Seit über einem Jahr haben sich die beiden Hauptgruppen im KB immer weiter auseinanderentwickelt und polarisiert. Sie agieren auf entgegengesetzten Polen des linken Spektrums. Die Haltung zur Bundestagswahl - die einen für eine Boykottkampagne, die anderen für Unterstützung der PDS/LL - macht das am deutlichsten. Sie ist aber weder Zufall noch Episode, weshalb die Annahme auch illusionär wäre, daß man nach dem Datum 2. Dezember sich nun wieder "annähern" könnte. Denn in dem Streit zu diesem Thema fanden grundlegende Unterschiede in der politischen Strategie, überhaupt im Herangehen an Politik, ihren konsequenten Ausdruck. Wesentliche Elemente bisheriger KB-Politik - Stichworte "Bündnispolitik", "Massenpolitik", Linke und Wahlen, um nur einige zu nennen - werden von der "Minderheit" nicht mehr mitgetragen, teilweise unverblümt als "sozialdemokratisch" deklariert, was bekanntlich unter Linksradikalen nach "faschistisch" das schlimmste Schimpfwort überhaupt ist.

Der Gedanke, man müsse dennoch, ohne erkennbare gemeinsame Absichten und trotz des weitgehenden Absterbens inhaltlicher Kommunikation, weiter miteinander ausharren, nur weil man es so viele Jahre schon getan hat, hat seinen Charme und seine Überzeugungskraft verloren. Der Einwand, zumindest den AK könne man noch gemeinsam herausgeben, unterschätzt den Fakt, daß unter derartig kontroversen Konstellationen vielleicht "wildfremde" Menschen noch zusammenarbeiten können, aber nicht Leute, die schon seit 10, 15 Jahren zusammen sind.

Übereinstimmung herrscht in der "Mehrheit", daß die Trennung so sachlich, fair und sauber wie möglich abgewickelt werden soll. Ein Kongreß, auf dem es zu einer Schlammschlacht um eine in jedem Fall äußerst knappe Stimmenmehrheit kommen würde, wird als denkbar unglücklichster Weg des Auseinandergehens angesehen.

Zum Hintergrund dieser Einschätzung ist anzumerken: Der Streit in der derzeitigen heftigen Verlaufsform währt nun schon mehr als ein Jahr. Mitgliederversammlungen im März und September ergaben 65 zu 35% und 54 zu 46% zugunsten der "Mehrheit". Beide Strömungen sind also annähernd gleich stark. Auf beiden Mitgliederversammlungen zeigte sich, ebenso wie im AK, daß die beiden Hauptströmungen des KB nicht mehr miteinander kommunizieren, eine sachliche Auseinandersetzung nicht mehr stattfindet. Jenseits einer selbstgerechten Schuldzuweisung an die Gegenseite ist diese Tatsache als unumstritten festzuhalten.

Das "Mehrheits"-Treffen strebt daher an, die für unumgänglich gehaltene Abwicklung der Trennung zunächst in einer paritätisch zu besetzenden Kommission zu besprechen. Die Mitglieder der Kommission wären der Strömung, von der sie delegiert wurden, rechenschaftspflichtig. Eine Regelung wird angestrebt, die bei der Aufteilung der materiellen Ressourcen von der Parität der beiden Hauptströmungen ausgehen müßte. Es geht also um einvernehmliche Trennung zweier gleichstarker Gruppen, die sich "auseinandergelebt" haben, und nicht um den Hinauswurf einer Gruppe durch die andere, die sich dann als der wahre KB fühlen darf. Materiell geht es um gerechte Teilung, nicht um Ausnutzung der bei der "Mehrheit" liegenden formalen Besitztitel.

Das Endergebnis der Trennungsverhandlungen könnte einem abschließenden KB-Kongreß oder einer Mitglieder-Urabstimmung vorgelegt werden. - Auf dem "Mehrheits"-Treffen wurden vier Personen für diese Verhandlungs-Kommission nominiert.

Die "Minderheit" lehnt diesen Weg ab und besteht auf einem Kongreß, wo sie nach zwei mißglückten Anläufen endlich eine Stimmenmehrheit zu gewinnen hofft. Lediglich zur Kongreß-Vorbereitung könnte eine Kommission gebildet werden. Die "Minderheit" behauptet, sich für den Erhalt des AK als radikal-linkes und plurales Diskussionsorgan einsetzen zu wollen. In diesem Sinn sei sie daran interessiert, mit der "Mehrheit" weiter zusammenzuarbeiten. Steckt dahinter mehr als die Jagd nach propagandistischen Pluspunkten im KB-Streit?

Aus der "KB-Minderheit" hören wir folgende Begleitmusik: Wir seien der sozialdemokratische Flügel des KB, der jetzt sein Coming Out erlebt. Wir seien Linksnationalisten, deren Unterstützung für die PDS einem Ja zum Vierten Reich gleichgesetzt wird. Wir hätten die Neigung, uns mit den herrschenden Verhältnissen zu arrangieren und den vom nationalistischen Taumel befallenen Massen nach dem Mund zu reden. Wir würden kritiklos die Positionen der PDS nachbeten. Uns gehe es nur um den Erhalt unserer Posten, bzw. darum, Posten in der PDS zu übernehmen. Wir seien im innerorganisatorischen Bereich Konservative, die an undemokratischen Strukturen festhalten. Am besten wäre es, wenn die "PDS-Option" - was immer das sei, gemeint ist die "Mehrheit" - den KB verläßt. Wenn sich 80 Leute vom KB trennen wollen, müsse der Rest sich eben dazu verhalten; niemand sei unentbehrlich.

Das sind keine böswillig um drei Uhr nachts aufgesammelten Sprüche, sondern offizielle Äußerungen führender Köpfe der "KB-Minderheit". Aber sie wollen mit uns gern weiter zusammenarbeiten? Und sie wundern sich, daß wir auf diese Art von Kooperation keine Lust mehr haben, keine politische Perspektive darin sehen?

Die "KB-Minderheit" sieht sich selbst als tapfere Schar der allerletzten Aufrechten und Anständigen angesichts einer sich auflösenden Linken, die ihren Frieden mit dem Vierten Reich gemacht hat. Die "KB-Mehrheit" wird unverblümt dem gegnerischen Lager der Angepaßten und Kapitulanten zugerechnet. Diese Sichtweise der "KB-Minderheit" führt geradezu zwangsläufig zu Intoleranz und Ausgrenzung, weil sie missionarischen Übereifer produziert. Wozu eigentlich noch einem sozialdemokratischen, nationalistischen, PDS-fixierten Flügel und verkommenen Pöstchenhaltern maßgebliche Mitwirkung am AK einräumen, wo es doch im Gegenteil darauf ankommt, schonungslose Trennungsstriche zu ziehen? Sozialdemokratische und nationalistische Zeitungen gibt es schon genug, der AK aber braucht ein klares massenfeindliches, linksradikales und antideutsches Profil. Die Aufforderung an uns, wir sollten den KB verlassen, ist vor diesem Hintergrund völlig logisch. Alles andere ist halbherzig, schlecht durchdacht oder unehrlich.

Absolut konsequent in diesem Sinn ist der Vorschlag des Genossen De., der zum "Minderheits"-Treffen am 24. November vorlag: den AK zur Zeitung der Radikalen Linken zu machen und den KB aufzulösen.

De. fordert, dies auf einem einzuberufenden KB-Kongreß zur Abstimmung zu stellen. Daß dieser Antrag nicht mehrheitsfähig wäre, ist allgemein klar. Die auf dem "Minderheits"-Treffen beschlossene Resolution spricht deshalb nur verschwommen und vieldeutig von der Notwendigkeit, "den AK auch im Falle einer organisatorischen Trennung als Dachprojekt zweier aus dem KB hervorgegangener Organisationen fortzusetzen und über die Möglichkeit einer erweiterten Herausgeberschaft zu beraten". - Dahinter steckt aber die gleiche Absicht, den AK stärker auf die von der "KB-Minderheit" favorisierte sektiererische Politik (und deren Bündnispartner) zu verpflichten. Daß ein großer Teil der "KB-Mehrheit" für diese Option nicht zur Verfügung stünde, ist bekannt und wird einkalkuliert. Im Grunde wären wahrscheinlich die maßgeblichen Sprecher der "Minderheit" sehr froh, wenn sie uns auf diesem eleganten Weg loswerden könnten und dann die Namen KB und AK für sich behalten könnten.

Dennoch wird von "Außenstehenden" ebenso wie aus dem KB selbst heraus die Frage gestellt, ob es denn wirklich für ein Aufeinanderzugehen zu spät ist, ob man sich nicht vielleicht doch noch wieder "zusammenraufen" kann. Diese Frage hat eine reale Grundlage, und es gibt wohl kaum jemanden in der "Mehrheit", der sich nicht auch diese Frage stellt, immer wieder, selbst jetzt noch. Wenn es anders wäre, hätten wir schon weit früher den Versuch gemacht, aus der seit einem Jahr stagnierenden Situation auszubrechen. Die reale Grundlage dieser Frage sind aber nicht bestehende Gemeinsamkeiten, denn die sind gering und durch den Streit völlig zugeschüttet. Die Grundlage kann auch nicht sentimentale Erinnerung an "bessere Zeiten" sein, die man gemeinsam durchgemacht hat. Das wirkliche Problem ist, daß schwer vorstellbar ist, wie ein halbierter KB, ein halbierter AK sich behaupten soll, zumal angesichts der allgemeinen Krisensituation der Linken. Optimistische Aufbruchstimmung und kämpferische Zuversicht, das muß offen gesagt werden, war beim Treffen der "KB- Mehrheit" nicht zu spüren. Alles andere hieße, sich selbst in die Tasche zu lügen

Die RedakteurInnen der Mehrheit

53. Kleiner Kommentar zum großen Dilemma

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:38

Irgendwie haben ja beide Seiten in diesem Streit auf wundersame Weise Recht bekommen. Der Option Wahlboykott haben sich spontan 22 Prozent der Bundesbürger angeschlossen und wenigstens die Grünen packen ihre Koffer. Das PDS- Fraktiönchen ist zugleich zur einzig linken Opposition im Bundestag geworden; schwere Verantwortung lastet auf den Schultern von Gregor Gysi und Andrea Lederer. Kleine Wermutstropfen mögen die Freude schmälern: Im Westen haben dreimal mehr Leute Trude Unruh als Gregor Gysi gewählt. Oder: Hatte man sich doch so schön auf die PDS eingeschossen, und jetzt purzeln die Grünen raus.

Die KB-Mehrheit hat vor der Wahl die Spaltung beschlossen und sie würde es nach der Wahl wohl genauso tun, auch wenn die Optik etwas gelitten hat. Dagegen noch rational begründete Einwände zu erheben, macht wenig Sinn mehr: gegen die Eigengesetzlichkeit im linken Mikrokosmos kommt die Stimme der Vernunft nicht an. Und eine Organisation, die zum fruchtbaren Streit nicht mehr fähig ist, gehört wahrscheinlich wirklich auf den Müll.

Läßt sich daraus irgendetwas recyclen? Der KB hat vor einiger Zeit die Parole ausgegeben, die Linke solle sich, über Trennendes hinweg und im streitbaren Diskurs, neu zusammenfinden. Mit seiner Spaltung geht der KB richtungsweisend voran. Aber darum war die Idee ja nicht falsch, weil sich ihre Urheber diskreditiert haben. Nach der Zäsur, die die Wiedervereinigung bedeutet, und nach der (geringeren) Zäsur, die der Ausgang dieser Wahl bedeutet, wäre eines geboten: Einen Moment innezuhalten und sich zu vergegenwärtigen, daß in diesem Land alle mit dem Rücken an der Wand stehen, die auch nur den Funken eines Gedankens von gesellschaftlicher Veränderung im Kopf haben.

Aus dem Innehalten könnte eine ganze Menge folgen; im hier diskutierten Fall zunächst mal eines: der "AK" muß erhalten und weiterentwickelt werden zum klugen und streitbaren Organ von Linken (jaja, von "radikalen" natürlich). Das heißt: Herausgegeben von Leuten aus der bisherigen KB-Mehrheit, KB-Minderheit und möglichst bald auch anderen. Und wenn der KB-Mehrheit nichts anderes einfällt als die Pose eitler Rechthaberei, und wenn sie sich zwar in der Lage sieht, auf tausende Alt-Stalinisten in der PDS zuzugehen, aber nicht mit den zehn Ex-GenossInnen von gestern zu diskutieren, dann bleibt nur noch der Appell an die LeserInnen: Bombardiert das Hauptquartier!

ch.

54. Beschlüsse der Minderheit

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:27

1. Spaltung und Kongress

Keine der beiden politische Optionen (PDS-Option; Radikale Linke-Option), die den KB aktuell in zwei nahezu gleich große Flügel und einer schweigenden Mehrheit gespalten haben, ist derzeit für die radikale und kommunistische Linke ein Hoffnungsträger. Alle fortschrittlichen Politikansätze stecken in einer Krise. In einer solchen Situation ist es vielleicht besonders verlockend, zugleich aber auch besonders falsch, politische Widersprüche dadurch lösen zu wollen, daß man sich von den Kritikern der eigenen Politik-Option - in diesem Fall die Hälfte der Organisation! - in größter Eile trennt.

Es gibt bei LG-Genossen der "Mehrheit" die auch im AK artikulierte Befürchtung, beim bevorstehenden KB-Kongress in eine Minderheiten-Position zu geraten. Daran mag etwas dran sein oder auch nicht. Sicher ist nur, daß gerade vor diesem Hintergrund jede "Mehrheits"-Initiative, den Kongreß zu streichen oder in seiner Kompetenz einzuschränken, nicht anders bewertet werden kann, als der Versuch, einer Abstimmungsniederlage durch Abschaffung der innerorganisatorischen Demokratie zuvorzukommen.

Über die Zukunft der Organisation und die Zukunft des AK hat allein der Anfang 1991 turnusmäßig anstehende KB-Kongreß zu entscheiden. Hierfür müssen Vorlagen erarbeitet und in der Organisation zur Diskussion gestellt werden. Realistischerweise wird deshalb der Kongreß frühestens im Februar durchgeführt werden können.

In einzelnen Papieren aus der "Mehrheit" kommt die Tendenz zum Ausdruck, im KB ggfls. eigene Optionen auch ohne mehrheitliche Zustimmung durchzusetzen. Wir erwarten, daß von Versuchen dieser Art Abstand genommen wird und fordern, die Finanzhoheit und Haftung über die Sachmittel auf eine gleichberechtigte Basis zu stellen. Eine gemeinsame Kontoinhaberschaft und entsprechende Erweiterung des HSV-Gesellschaftervertrags hat zur Folge, daß auch auf der Ebene der dem Gesamt-KB gehörenden Ressourcen ein produktiver Zwang zum Konsens gegeben wäre.

2. Künftige AK-Konzeption

Viele besorgte Stimmen aus dem Leserkreis und Umfeld des AK bestärken uns in der Überzeugung, daß es notwendig ist, die Zeitung als radikal-linkes und plurales Diskussionsorgan zu erhalten. Würde der AK allein dem PDS- oder "unserem" Flügel zugeschlagen, wäre er in dieser Funktion liquidiert. Deshalb treten wir dafür ein, den AK auch im Falle einer organisatorischen Trennung als Dachprojekt zweier aus dem KB hervorgegangener Organisationen fortzusetzen und über die Möglichkeit einer erweiterten Herausgeberschaft zu beraten. Über das Dachkonzept und die anderen vorgestellten Zeitungskonzeptionen ist die innerorganisatorische Auseinandersetzung bis zu einer vorläufig abschließenden Entscheidung auf dem KB-Kongress zu forcieren. (7 Enthaltungen, 2 Gegenstimmen)

3. Zukunft der Organisation

Die "Minderheit" wird bis zum Kongress die eigenen politischen Strukturen als ein fraktioneller Zusammenhang im KB zu verstärken suchen (org.-öffentlicher Rundbrief; nationale Delegiertentreffen). Wir fordern die VertreterInnen der PDS-Option im KB dazu auf, sich ebenfalls eine im KB offen agierende Fraktion zu formieren. Die Durchführung gemeinsamer LG-Sitzungen hat sich derzeit in der Regel als unergiebig erwiesen. Wir empfehlen deshalb als Übergangslösung, die Bewältigung notwendiger flügelübergreifender Entscheidungsprozesse an einen wesentlich verkleinerten ständigen Ausschuß zu delegieren. Wir treten dafür ein, die Modalitäten einer möglicherweise anstehenden organisatorischen Trennung in einer gemeinsamen Kongreß-Vorbereitungsgruppe mit dem Ziel zu beraten, daß dem Kongress ein möglichst ausgereiftes und einvernehmliches Konzept zur Entscheidung vorgelegt werden kann. (3 Gegenstimmen, 3 Enthaltungen)

Antrag von Ke., Göttingen:

Falls die endgültige Entscheidung über die Zeitungskonzeption und Modalitäten der organisatorischen Trennung nicht dem Kongreß überlassen bleibt, rufen wir gemäß KB-Statut (1) dazu auf, noch in diesem Jahr einen außerordentlichen KB- Kongress durchzuführen. (Bei drei Enthaltungen angenommen.)

(Beschlossen von KB-GenossInnen aus Hamburg, Bremen, Oldenburg, Westberlin, Göttingen, Dortmund, Köln, Frankfurt, Butzbach, Heidelberg, Stuttgart, Aschaffenburg und Nürnberg auf dem knapp 50-köpfigen Beratungstreffen der "Minderheit" am 24.11. in Hamburg)

1) "III. die höchsten Organe im KB

1. Das höchste Organ des KB ist dessen nationaler Kongreß. Ordentliche Kongresse finden in der Regel einmal in zwei Jahren statt. Das LG kann entweder aus eigener Initiative oder muß auf Verlangen von mehr als einem Viertel der KB-Mitglieder außerordentliche Kongresse einberufen."

55. "mitten im schlamassel" - christian geissler auf der peter-weiss-tagung in zürich 17/18-11-90

christian geissler auf einer peter-weiss-tagung in zürich 17/18-11-90

Rubrik: Autonome; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:02

(ich gehe davon aus, daß die, die, zu meiner freude, mich nach zürich eingeladen haben, meine weithin unbekannte arbeit doch immerhin so gut kennen, daß klar ist hier im haus: es wird jetzt - ganz gegen den trend herbst '90 - ein kommunistischer schriftsteller zu ihnen sprechen. einfach ein kommunist.

nein, nicht einfach. ich habe keine lust zu langweilen. aber ich habe auch keine lust zu lügen. sollte in den folgenden sagen wir fünfundvierzig minuten langeweile sich ausbreiten, geben mir bitte die gelangweilten ein handzeichen und. wenn das dann viele hände sind, höre ich auf. kopien meines beitrages habe ich für interessenten und interessentinnen in meinem koffer.)

ich nenne meinen beitrag:

mitten im schlamassel anleiten meine schreibarbeit hintergedanken des lernens.

als stefan howald vom zürcher Tages Anzeiger mich bat, schon mal vorweg das thema meines beitrages anzugeben, habe ich ihm geantwortet in fünf kurzen zeilen.

max hodann hat es gewußt.

peter weiss wäre nicht erstaunt.

unser kampf geht weiter.

ohne zu lügen.

es bleibt der schmerz.

das war von mir spontan notiert.

ich will nun dieser spontaneität nachdenken und das resultat hier veröffentlichen.

(erstes resultat: im dritten kurzsatz, "unser kampf geht weiter", möchte ich für das wort "kampf" das wort "arbeit" setzen. - nebenresultat: besser, in aller schärfe, wir kommunisten reden jetzt leise.)

nun max hodann.

warum sage ich: er hat es gewußt. was hat er gewußt? er hat gewußt den zusammenhang von selbsttäuschung und katastrophe. und also hat er gewußt - und das betraf ihn, und das betrifft nun mich und viele andere - den zusammenhang von kommunistischen lügen und kommunistischem scheitern.

und

hat darin

gewußt: das scheitern unserer revolutionären arbeit -

für selbstbestimmung,

für zuallererst die selbstaneignung des menschen,

die kollektive produktion seiner selbst

in der voranführung seiner selbst

in die freie assoziation des WIR -

das scheitern dieser kühnheit, die es wagt, den flug ältester kostbarer hoffnung auf menschenfreiheit bindend zu verbünden mit den gesetzen des steins, mit der trägheit im material - das lied zu verbünden dem schlag! -

hodann hat gewußt: wo uns das zerbricht, da werden auf alle menschen verheerende erfahrungen zukommen; heute ergänzen wir zeitgenössisch: verwüstende.

das straucheln unserer schwierigen arbeitsschritte, die verrechnung, das selbsttäuschende, machteilige überrechnen des wirklichen materials in der eisüberzogenen wand - ach unser schwindel, das wußte hodann, wird der entscheidende beitrag sein zur stabilisierung des imperialismus, zum ausbau all dieser weltweiten nutzungen des todes; wird das tor aufstürzen für die freien einflutungen der weißen barbarei.

unser kommunistisches scheitern ist die voraussetzung zu unserer allgemeinen niederhaltung in vereinzelung.

allgemein sind wir menschen.

und noch etwas wußte hodann damals schon für heute uns. es ist zwar unsere vereinzelung die bedingung für den vollzug herrschender manipulation, aber das lügen vom WIR, unsere verschworenheit ohne eines jeden, ohne einer jeden entdeckende einarbeitung ins kritische selbstbewußtsein, stürzt am ende uns ab, lügt sich tot.

was immer wir in unserer menschensache lügen, es magert uns aus. den feind des menschen, den einkäufer, macht es fett.

das ist erstmal der stand.

auch in der kommunistischen schriftstellerei.

hodann hat das schon vor fünfzig jahren gewußt.

nun heißt es nachsitzen. lernen. ohne zu mogeln.

auf das komme ich noch unterm kurzsatz vier.

jetzt erstmal kommt zwei.

peter weiss wäre nicht erstaunt.

sondern, wie wir ihn aus seiner arbeit kennen, würde er heute parteilich mitarbeiten als kommunist im klassendebakel international. er würde die schande, unsere, die schweinereien, unsere, trug und jammer und wut, alles unsres, ansehen mit offenen augen. er würde nachsehen, nachgehen, nachfragen, nachdenken. er würde von sich, von uns, fordern, zu lernen, was los ist. er würde sorgfältig (bestimmt nicht ohne entsetzen) abtasten dieses wirre kippen der wirklichen fronten im sturm der militär- und industrieprogramme des kapitals. auch zu packen versuchen das wegrutschen aus den dünsten parteiförmiger angst vor dem menschen in zynisch das überlaufende wächtergelächter gegen das leben selbst.

denn das hörte er heute, wär er noch hier, denn das höre ich heute, auf deutsch, von alten genossinnen und alten genossen, nicht selten: der mensch ist ganz anders, als wir mal dachten, seht euch das an, bierbrüllz und pope und porno und deutschlandlied - der mensch ist mies!

was ist das aber?

sie haben den menschen schief gezogen, und nun rufen sie, peinlich empört: seht euch das an, das läuft schief! und das, schon wieder von oben herab, sie hatten noch nie die freude von gleich zu gleich, labern die, die vierzig jahre zeit hatten; die vor fünfundvierzig jahren endlich die macht sich genommen hatten (mithilfe von allerhand bruderpanzern ...), dem arbeitenden menschen wissen und lust zu machen zu sich selbst. aber sie haben ihn klein gemacht und dumm und feig. und nun macht er genau so seinen neuen schritt - ja, und sie auch: dumm und klein und feig.

(so machen es übrigens bei uns hier die großen medien längst. ich habe viel für die sender gearbeitet: jahrzehntelang trommeln sie dreck; dann schmeißen sie den so vertrommelten scheiße zum fraß hin und sagen: so ist der mensch, das schmeckt dem affen. sieh mal die einschaltquoten!) und zeigen auf ihn. und denken sich, aus dieser geste frech resignierenden wissens, flink entschuldigt.

wir sind aber nicht entschuldigt.

und flink schon gar nicht.

sondern wir sind verantwortlich, langsam.

wir kommunisten, klar auch wir kommunistischen schriftsteller, sind verantwortlich als die, die mutig und stolz und stur, auch unter blutigen opfern (unsere besten kollegen und kolleginnen sind opfer geworden; unsere schlimmsten haben sie gemacht; doch doch: schweigen ist machen), gesagt haben, geschrieben haben, getan haben: uns menschen gehört die welt. wir nehmen sie in die hand. alle zusammen. wir machen es gut.

wir haben es aber oft schlecht gemacht.

also lassen wir mal das geheul gegen die, die dabei schlecht geworden sind; denen dabei schlecht geworden ist. seien wir jetzt mal nicht so von oben herab erstaunt.

peter weiss wäre nicht erstaunt.

er, wie keiner meiner kollegen im westen, hat solidarisch gegen das abwürgen, abwimmeln, abrichten unter uns kommunisten gestritten.

wo ich längst wütend aufgegeben hatte die hoffnung auf einen gemeinsamen kampf mit den frommen rechnern der engen büros, längst neue wege gesucht hab in der reinen lehre der kleinen, kämpfenden gruppe, da ist er, durch den dreck der denunziationen, durch den mief der angst, durch lügen und schielen und trott hin und her gereist, hat nicht locker gelassen, wollte uns, unsern internationalen kampf, unsere genauigkeit, unsere lust am lernen, die nicht kapituliert.

peter weiss hat aus arbeitsgesprächen viele leitende parteiarbeiter persönlich gekannt, mit vielen gestritten, sie ernst genommen.

aus 1971 gibts die notiz:

ich versuchte im gästehaus (des zentralkomitees der sozialistischen einheitspartei deutschlands) zu erklären, daß meine bemühungen um dieses thema (trotzki) nicht im widerspruch zu meiner sozialistischen parteilichkeit ständen ... es gab indessen nicht das geringste entgegenkommen in dem punkt ... trotzdem war das gespräch nicht von feindseligkeit geprägt ... was den vertretern des politbüros in jedem fall deutlich werden mußte, war mein wunsch, trotz unserer verschiedenartigen grundeinstellung die hervorgerufene trennung zu überwinden.

in der misere sind

im gleichen elend

alle

in gleicher grundIdee befindlich

oder ich wiederhole das letzte lieber noch einmal.

in der misere sind

im gleichen elend

alle

in gleicher grundIdee befindlich

denn so ist das.

so ist das auch heute unter uns kommunisten.

sind in der misere - in gleicher grundIdee befindlich.

haben viel zu kapieren.

und was ist die grund'idee?

uralt die freude auf den menschen.

und widerlich entschlossen die feindschaft gegen die, die ihn kaufen und oder vernichten.

hier sind wir von altersher merkwürdig gewarnt. auch gestützt. das schlechte ende derer, die ihre seele verkaufen, droht durch alles erzählen der völker.

das ist gut, und nicht schlecht, hätte mao tsetung gesagt (auch einer, den wir vergessen, verkaufen sollen). ein mensch sagt dem andren, durch jahrhunderte hin, singend oder flüsternd, bescheid: verkauf dich nicht! und wir, in der kommunistischen arbeit, wollen das künftig nicht flüstern, auch wohl erstmal nicht singen, aber bestimmt vernünftig laut öffentlich sagen. und die bedingungen dafür erarbeiten, die notwendig sind, um herbeizuführen, was wir alle brauchen: daß den eigentümern doch noch ihr menscheneinkaufen mißlingt; ihnen nicht nur auf die füße fällt.

so kommen wir zu meinem dritten kurzsatz, der hieß "unser kampf geht weiter", der jetzt heißt: unsere arbeit geht weiter.

hier zuerst gleich noch einmal peter weiss.

die amerikanische form des faschismus kann sich noch eine gewisse liberalität leisten. apologetische unternehmungen wie "freie presse", "freie meinungsäußerung" usw. verbergen (aber) nur dürftig das darunter liegende muster der brutalen gewalt ...

sinnlos, überrascht oder empört zu sein über die unaufhörlichen gewalttaten des imperialismus ... wir leben im zustand des krieges. der kampf gegen den kommunismus wird mit äußerster perfidie geführt ... also davon ausgehen: es ist ein kampf um leben und tod. keine gnade. nur vernichtung.

das ist die harte klarheit eines schriftstellers in klassenkämpfen. die ist auch heute von großer arbeitsbedeutung für die frau und den mann, die arbeiten wollen, die schreibend arbeiten wollen aus wirklichem am wirklichen wissentlich in liebe. - das ist eine arbeitsempfehlung - gegen blutzuber, treibeis und intimspray.

in zwei weit voneinander liegenden notizen habe ich bei peter weiss eine konkretisierung dieser klarheit gefunden, die mich aus meiner geschichte besonders angeht, anrührt aus meiner arbeitsgeschichte.

die eintragung 1, aus dem jahr 1972, heißt:

es werden jedoch die reaktionäre nicht verhaftet, sondern die revolutionäre

und weiss fügt in klammern zwei jahreszahlen hinzu: 1790 und 1972. und mir fällt auf: 1972 wurden gudrun ensslin und holger meins und andreas baader und jan carl raspe und ulrike meinhof verhaftet, auch irmgard möller und klaus jünschke und wolfgang grundmann und manfred grashof. alles menschen aus der roten armee fraktion; heute sind fünf tot; irmgard möller auf den tod ihrer identität isoliert in knastsonderbehandlung; drei von ihnen sind frei.

aus der eintragung 2 legt sich mir nahe, daß peter weiss genau diese gefangenen von 1972 gemeint hat. die zweite eintragung ist von 1978 und heißt:

alle führenden als geisteskranke schildern aber ihr system so tief in uns eingedrungen, daß auch wir verrückt sind. die einzigen, die sich wehren, sind die "terroristen". mit ihrer "vernunft" lochen die geisteskranken die vernünftigen, als "terroristen", ein -

gelächter.

peter weiss kannte schon damals das gelächter, das heute um die welt schwappt gegen kämpfende menschen. und er wußte auch, daß es beim gelächter, sofern wir uns nicht wirklich totlachen lassen, nicht bleiben wird.

die klassenkriegsgeschichte als nolens volens unser aller geschichte war für ihn nie schickes ereignis auf zeit, nie intellektuelles gewichs, sondern war sein prozeß, also angst und freude und schmerz, lernen und liebe, und wissen. und wissen und wissen. und schönheit. und wo es so steht - nein: so sich bewegt aus klassenkämpfen in eines produzenten kopf, da hat alles medienlügen vom klassenfrieden null chance; da gilt das gesicht des menschen; und der kampf, die arbeit gegen die, die ihre waffen gegen es richten.

Glaubt ihnen nicht

wenn sie euch freundlich auf

die schultern klopfen

und sagen die Unterschiede wären

nicht mehr der Rede wert

und es bestände kein Anlaß mehr

zu Streitigkeiten

denn dann sind sie ganz auf

der Höhe

(Zitat aus dem marat)

ja. so ist das. und so kommt es zu meinem dritten kurzsatz, "unser kampf geht weiter". unsere arbeit als kampf, unser kampf als arbeit; einfach die selbstrettung des menschen, gegen das pack, geht weiter.

ohne zu lügen. viertens.

das ist schwer. nach meiner erfahrung sind rettungen ohne zu lügen kaum zu haben. (eine zeile aus der arbeit des schwäbischen dichters christian peter mohn heißt: keine rettung verliert das obszöne.) als seien wir rettungslos, scheint alles retten in seinem grunde schon denunziert, verberge sich ins verbogene, verlogene.

was ist das?

es scheint der trug, eingeschlossen und allem voran der selbstbetrug, das ganz gewöhnliche mittel der rettenden selbstbehauptung.

und zwar, das rettend richtige behaupten, das kann die lüge ja auch. allerdings, das rettend richtige bestimmen, das kann die lüge nicht. sofern wir das bestimmen nicht auffassen als ein befehlen, sondern als die klärende und (in aller vorsicht sei das hinzu gefügt) ordnende und (noch vorsichtiger) anwendbare entdeckung des wirklichen. kann sein der liebe. bis in den traum. (auch das in eine arbeitsempfehlung.) schriftstellerarbeit.

ein prozeß ohne ende: das rettende bestimmen.

selbst bestimmen.

selbstbestimmung ist ein prozeß ohne ende erstrecht.

und aber wenn wir die selbstbestimmung nun auffassen als die rettung, die gelingt, als die rettung des menschen, die, gegen seine (beabsichtigte) entfremdung gelingen muß - dann läßt sich nicht nur ahnen, dann wissen wir, wie genau hier jetzt es drauf ankommt, nicht zu lügen. es würde die selbstbestimmung als die selbstaneignung, auf die wir kommunisten doch alles setzen, im nur behaupteten gelingen zur aneignung einer lüge deformieren, zur selbstlüge.

sowas soll es unter kommunisten, auch unter uns kommunistischen schriftstellern, gegeben haben.

ich gehe weiter, ich erinnere noch einmal an max hodann, ich sage: an ihr, der rettenden selbstlüge vom gelingen, gar gelungen sein!, ist unsere erste sozialistische arbeitsphase der vergangenen siebzig jahre gescheitert.

(hier lasse ich ein einziges mal aus, was wir kommunisten nie vergessen werden: gegen uns siebzig jahre erpressung und geiselnahme und mord und massenmord und geiselnahme und erpressung ununterbrochen. bis heute.

der herren hausen kriminell gegen die befreiung des menschen. nein, wir vergessen das nicht. auch nicht beim nachdenken über das, was wir falsch gemacht haben. was wir zuschanden gebracht haben.

so und jetzt reden wir weiter vom lügen.)

eine lüge unter uns kommunisten interessiert mich besonders, interessiert mich sozusagen mehr und mehr: die lüge vom siegen.

woher kommt die?

wohin damit?

manchmal wissen kinder bescheid, wo wir alten blöde tappen. als meine kinder, vor zwanzig jahren, die internationale singen lernten, lehrten sie sich die alte gute sache ins richtige neu. sie haben gezwitschert: ... auf zum nächsten gefecht.

siegen ist kindern wohl fremd. sie haben lust auf die liebe, nicht auf die siege. sie seien gelobt!

aber wir?

auf uns ist gerichtet, aus eigentümerinteressen, ein siegesverlangen, das in bedrängnis sich enthüllt als ein todesverlangen.

so unterm angriff, dauernd, der herrschenden gewalt ist es schwer, sich aufzustellen ohne das bild, den begriff, das ziel SIEG.

ist es nur schwer?

oder ist es anders nicht möglich? ist das leuchtbild, die flammende rede, vielleicht nur das heimliche pochen vom sieg unerläßlich für die bewegung der kämpfenden menschen, unterwegs zu sich selbst?

harro schulze-boysen, unter den deutschen haken von plötzensee, wußte, er hat es zuletzt gesagt, der kommunismus wird siegen. und hans coppi wußte. und horst heilmann wußte. und hilde coppi wußte. und lotte bischoff wußte. -

und was wußte libertas?

und was marcauer?

und was die mutter?

und was also hodann?

meine erfahrung mit kämpfen und siegen sind sehr begrenzt. physisch mit leib und leben weit vorn im frontbereich war ich noch nicht. aber ich lebe schon ziemlich lange. und das war manchmal ein kampf, und ein sieg war das nie. eher so war es: die rede und auch die schreibarbeit vom SIEG machen nicht nur die stärksten kräfte los, auch die schlimmsten, die der zerstörung und selbstzerstörung.

es scheint dem menschen - ich war, bestimmte arbeitsphasen ausgenommen, immer nah mit anderen unterwegs; daher die verallgemeinerung - es scheint dem menschen, aufs ganze, das ist: auf sein ende hin betrachtet; und wie dürften wir diese betrachtung vermeiden? - es scheint dem menschen das reden und denken in siegeshoffnung unbekömmlich. als überschreite er da sein maß, verdirbt der siegesgedanke die gestalt seines handelns. ich weiß noch nicht den kern der sache. aber ich weiß, daß anmaßung uns die arbeit versaut.

aus dieser erfahrung kommt meine warnung: unser kampf geht weiter, unsere arbeit geht weiter - ohne zu lügen vom siegen. oder er stürzt ab.

und aus unserer kommunistischen geschichte wissen wir nun wirklich allerspätestens jetzt: am lügen vom siegen kann man - und, ja, kann die frau - verrecken.

und doch -

vor augen täglich die bilder öffentlicher niedertracht - fällt es schwer, in der täglichen arbeit gegen das pack auf das bild vom sieg zu verzichten.

als kommunistischer schriftsteller sehe ich mich mit meiner arbeit (sehe ich auch die arbeit von peter weiss, heiner müller, christa wolf, franz fühmann, um hier nur die mir wichtigsten zu nennen) - sehe ich unsere arbeit als eine in sprachprozesse, sprachentdeckungen, sprachschritte gewendete, also in Schönheit auch konzentrierte teilarbeit im gesamtarbeitsprozeß, in der gesamtentdeckung der weltkämpfe gegen die eigentümerordnung. die häßlich ist. die falsch ist. erkennbar gegen den menschen. genau heute erkennbar.

(daß zur zeit viele weiße menschen des nordens diesem untatensystem sehnsüchtig zujubeln, spricht nicht gegen den fakt, nicht gegen die kennzeichnung "falsch". ich habe als junge in hamburger straßen

hunderttausende nachbarn deutsch sehnsüchtig den mördern zujubeln sehen. nein. sie wußten vom mord. wir wußten. alle. -

jaja, wir wußten nicht auschwitz. vielleicht. kann sein. aber wir wußten jede und jeder die lager nah, den mord in der region. wir hamburger sagten kafu oder bergedorf, die thüringer sagten buchenwald, die allemannen heuberg, die berliner sachsenhausen, prinz albrecht, plötzensee, und die münchener dachau. ganz klar. ganz frei und frech deutsch. ich war dabei. es war bekannt das unrecht gegen menschen. aber: das angebot der eigentümer zur teilhabe an der beute - das war die freude. am falschen. das hat aktualität. wer sich heute sein neues auto holt, der weiß nicht nur den tödlichen schaden, der weiß auch, der kann es ganz genau wissen, aus welchen konzernen die panzer bezahlt worden sind gegen die kämpfenden kupferarbeiter in katanga; und wer sich mal eben zum frühstücksei die jaffa greift, der weiß die rassenhatz, den kill gegen den palästinensischen bauern. aber: das angebot der eigentümer zur teilhabe an der beute aus hatz und kill - diese freude ist stärker, als das wissen vom falschen.)

wo so falsches schwer bewaffnet uns gegenüber steht, offen gegen uns raushängen läßt den plan der vergewaltigung, der multinationalen sicherheitskooperation gen süden -

moment -

meine rede von der vergewaltigung ist nicht etwa dichterisch frei nur ein treffendes bild für heute die imperialistische weltmachtplanung. es ist einfach auch genannt die wirklichkeit zu dieser stunde. vor tagen meldet in ruhe mir der deutschlandfunk in die küche: mindestens sechshunderttausend kinder in thailand, nur in thailand (wo sind denn im süden die us-europäischen konzerne noch überall die herrschende moralische kraft?) also allein im kleinen thailand sind zur zeit sechshunderttausend kinder in die prostitution geschickt.

und warum?

die eltern der kinder sind hungerarm. verkauft an nördliche konzerne, drehen sie dem mann aus bottrop preisgünstig den musikknopf ins ohrfett, fädeln der frau in kreuzberg das tangahöschen, spannen für den süßweißen bengel in butzbach den federballschläger. das reicht aber nicht zur begründung. der deutschlandfunk sagt: der weiße tourist hat angst vor aids. also fordert er in seinem fickurlaub von seinen vertragspartnern immer deutlicher, immer schärfer die anlieferung von sauberem material. in den einschlägigen journalen der weißen flüstern die anbieter übrigens schon von nicht nur der reinheit, auch von der urtümlichen robustheit sibirischer kinder.

dies zu der "metapher" von der vergewaltigung.)

ich wiederhole nun den von mir unterbrochenen gedankenansatz: wo so falsches sich zeigt, sich gewalttätig gegen uns raushängen läßt, sicherheitskooperativ gegen seuchen und terrorismus (das ist o-ton gorbatschow), da fragt man, da fragt frau sich wohl, ob wir gegen das wirksam auf die beine kommen ohne die harte, große, enge rede vom SIEG? wie sollen anders menschen den mut finden, sich zu wehren, außer in der schönen zielsetzung unserer endgültigen befreiung?

es ist schön, das gelingen des menschen zu träumen gegen das gelingen der untat.

aber -

aus allein schönheit (und härte und strenge) ist noch kein mensch, noch kein ding, noch keine arbeit, auch noch keine absicht schon richtig.

bei aller schönheit (und härte und strenge) - im traum des gelingens, des sieges, hockt die tücke der behauptung von der endgültigkeit unserer befreiung. wer so unsern traum packt, in unsren traum geht als in unsren weg zum sieg, den geht der traum, der ist gepackt, der wird verrückt. der macht verrückt. der produziert verrücktes unglück, die untat, unterwegs noch und noch. und mit der deutschen sprache ließe sich sagen: produziert aus träumerischer behauptung enthauptung konkret.

von was rede ich denn?

hintergedanken des lernens, bevor kommunisten jetzt weiterschreiben. -

wir kennen jene wichtige arbeit des francisco goya.

einer - ja. ein mann. - liegt hingeworfen; niedergeschlagen unter die eignen arme. in seinem rücken erheben sich gestalten des grauens. ungetierschatten.

goyas titel für diese arbeit ist bedeutend zweideutig.

el sueno de la razon produce monstruos.

das eindeutig deutsch zu fassen, geht nicht. el sueno, das ist im spanischen nicht nur der schlaf, es ist auch der traum.

so kann, was in allen deutschen ausgaben, die ich kenne, heißt: der schlaf der vernunft weckt ungeheuer - auch heißen: der traum von der vernunft weckt ungeheuer.

aus der französischen revolution und den ersten spanischen guerilla-kämpfen gegen napoleons besatzungstruppen hatte goya anlaß für genau beide gedankengänge.

und wir, hier heute, aus unserer neuesten geschichte, auch.

war das monströse lügen und nackenschießen in moskau 1937, war das große grubengraben im zwielicht der wälder um katyn, war das einmauern von millionen deutschen antikommunisten - aus dem schlaf der vernunft?

oder etwa aus dem traum von ihr?

kam das alles aus blutversoffner dämonie, aus psychotischer lust am knechten, oder etwa war das geträumt, waren das im traum geschaut die bilder vom sieg der vernunft, vom sieg der rechnerischen machbarkeit einer richtigen welt, also auch niedermachbarkeit der falschen?

ich will der letzte sein, der unsere vernünftigen kräfte denunziert. ich bin kein modist. das könnte den mördern, die gegen uns stehen, grad passen.

nein.

ich will uns schreiber aber warnen.

schreibempfehlung 3.

wir haben nie wieder den traum von unsrer befreiung zu nennen, ohne die ungeheuer auch.

aber desweiteren nie haben wir die ungeheuer zu nennen, ohne den traum von unsrer befreiung auch.

nein. wir sind nicht zu retten.

aber wehe denen, die aufhören, unsre rettung zu suchen, an ihr zu arbeiten, um sie zu kämpfen.

hier rühre ich an das, was ich genannt habe, fünftens,

es bleibt der schmerz.

ich will mich dem nähern und weiß doch, es gibt keine brücken. gerade wir weiterarbeitenden kommunisten müssen uns dem nähern, und ich weiß doch, nicht viele von uns wollen mit.

in den schmerz.

auch hier wußte peter weiss; wäre nicht erstaunt im zeitgenössischen schmerzenvertreiben, schmerzenfliehen, ach, in den anästhesiekampagnen der märkte, auf denen sie menschen verhandeln, verwandeln in ware.

ich erinnere sie: eine frau hat gesehen, dahingetrieben, gepeitscht, den zug der gefangenen menschen, den wald, den schnee, in der erde das loch, ins kalte entblößt die menschliche gestalt, im rücken das ungeheure, das ungeheuer, der untaten untier, ledern metallisch ohne gesicht, die unfigur, die widergestalt der herrschaft, die heißt - nein: für die wir keinen namen mehr finden; die, wie die schriftstellerin karin boye bei peter weiss es sagt, unser aufnahmevermögen übersteigt.

peter weiss, in der mutter zu beginn des dritten bandes der ästhetik, läßt keinen zweifel daran: es gibt wirklichkeit, die uns, auch uns kommunisten, überwindet; die wir nicht mehr begreifen, greifen können.

das ist schmerz.

erstrecht für kommunisten ist das schmerz. denn sie haben die Lust, zu begreifen, um mit lust, was falsch ist, zu greifen, anzugreifen, zu ändern.

und also beginnt, im gleichen arbeitsabschnitt bei peter weiss, die liebevolle, schützende, ordnende arbeit zu beiden seiten der verstummten frau, der mutter. nicht, daß die beiden männer, der mann der frau und der sohn der frau, nicht schmerzen kennten, selbst hätten; aber sie bestehen darauf, daß uns der schmerz nie ganz hat.

und reißen nun durch die finsternis der verstummung den riß, den blick auf die, aus deren interesse, aus deren materiell rechenbaren machtmitteln das leder kommt, das metall kommt, die peitsche, der schuß, das gas: die untat.

die waffen von der ruhr, aus kassel und münchen und oberndorf - wie heute. das leder, die peitsche, der schuß: aus der planung von bank und chemie - wie heute.

sie möchten gegen das namenlose die wirklichen blutigen namen nennen. denn was keinen namen hat - das ist eine alte männerweisheit - das hat uns, das frißt uns auf.

und da ist ja was dran. sagt der mann.

aber sagt auch: wohin führt das, führen wir uns, wenn wir, was sich nicht finden läßt, seinen namen nicht hergibt, nennen, also falsch nennen, - und fürderhin, als in einen SIEG, laufen wir jämmerlich falsch - ?

da fällt nochmal hodann ein, der zerbrechliche, der unnachgiebige, der wachsame.

ich frage mich manchmal jetzt ängstlich, ob denn etwa wir kommunisten unterwegs sind gegen schmerz und tod.

was gar nicht geht.

und machen also auf all unsern kampfwegen immer mehr schmerz, immer mehr tot - ?

was soll dieser unsinn?

ich meine den unsinn meiner frage.

denn was denn wäre seit eh und je in unserer welt los, gäbe es in ihr nicht unausrottbar die, die heißen coppi und heilmann und bischoff und hössler und meinhof und kuckhoff und stöbe und möller und hübner und weiss und mensch und mensch und menschen und menschen, die die verletzte welt wahrnehmen, nicht wollen, also die angreifen, die die verletzungen machen, wirklich machen den tod dieser liebsten einzigen welt? wir können doch freies leben von gleich zu gleich, die freude des lernens und das lernen der freude nicht runterbeten in den vergifteten acker, in die verödeten menschenzimmer (und -betten!), in die verblödeten arbeitsziele und kindercomputerspiele.

wir müssen es machen.

aber: wer ist der macher, wer ist die macherin?

wer sind wir denn?

heute sind wir, auch wir kommunisten, leute, die wissen, die zu kapieren haben, daß uns menschen, also auch uns kommunisten, nichts unmöglich ist. auch das schlimmste nicht. keine widerlichkeit, keine niedertracht.

nichts.

wir sind so frei.

das kann stumm machen.

das ist, spätestens ab jetzt, der schmerz in der arbeit. die wir für richtig halten. die wir nicht nachlassen werden.

peter weiss konnte noch, als er vom menschenabschlachten zu reden hatte, vom horror der entstellung, den namen babi yar sagen. wir kommunisten heute, wir antifaschisten heute, wenn wir von menschenverachtung und blutrausch, vom untier zu reden haben, werden immer auch den namen katyn zu nennen haben. und wer die stammheimer morde weiß, der hat von nun an gefälligst zu wissen bautzen.

seit wann ist das so?

seit eben erst jetzt?

wir konnten es früher nicht wissen?

ich sage zu mir, und ich sage es vorsichtig auch zu der arbeit von peter weiss: doch. wir konnten es früher wissen. wir wollten es lieber nicht wissen. oder nicht so laut. oder es wissen - und schweigen. denn alles sollte gehen gegen den infernalischen feind!

alles?

da geht das mit der lüge dann los.

ja.

nichts ist unmöglich.

auch uns nicht.

das ist der schmerz, der bleibt.

und ich füge dem jetzt hinzu: der bleiben soll.

schmerzlos wären wir harm-los.

das sind wir nicht.

einfach, weil es ums leben geht.

der kollege und genosse und bruder und widerspruch pier paolo pasolini kurz bevor sie ihn totgeschlagen haben hat es so genannt:

laßt uns umkehren.

mit geballter faust.

und von vorn anfangen.

laßt uns umkehren.

kein kompromiß.

es lebe die armut.

es lebe der kommunistische kampf

für die lebensnotwendigen dinge.

unser sieg und unsere armut -

hier ist viel nachzudenken.

hier werde ich weiterarbeiten.

als kommunist.

56. Skin und Punk statt FDJ

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Jugend und Studenten; DDR; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak325/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:11

"Und dabei war ick doch nie eene, die wirklich irgendwelche Scheiße gebaut hat. Ick hab keene Leute zusammenjeschlagn oder sonstwat. Und deswegen begreife ick det nich. Ick bedaure, daß ick's nich jetan habe, denn wär ick heute eener der besten, Und wenn man überlegt, wie oft bei mir die Stasi ankam: ‚Ja wir laden Sie auch ins Cafe ein. Ja, und wenn Sie uns nicht helfen, dann holn wa ihre Kumpels.` ‚Dann machen Se doch mit mir, wat Se wolln`, sag ick."

Siouxy gehörte in den achtziger Jahren zur Punkszene in der DDR. Sie hat sechs Wochen in U-Haft gesehen und eine Strafe auf Bewährung aufgebrummt bekommen. Das Delikt: Sie paßte nicht in das Bild der SED-Führung über die "Jugend im Sozialismus". Das Verdienst, Interviews mit ihr und anderen Jugendlichen, die nicht in die Norm paßten, zu veröffentlichen, hat sich der erst Anfang 1990 gegründete Linksdruck-Verlag, erworben. "Die Szene von innen" heißt das Buch von Manfred Stock und Philipp Mühlberg, das einen Einblick in das Leben von Skinheads, Grufties, Heavy Metals und Punks in der Ex-DDR gibt, und, wie durch das Eingangszitat belegt, auch noch erlaubt, Grundkenntnisse der Berliner Mundart zu erwerben.

Daß es der DDR-Führung, trotz lückenloser Beaufsichtigung und Beeinflussung von der Kinderkrippe bis zur FDJ, erfreulicherweise nicht gelungen ist, eine stramm disziplinierte, in das "sozialistische Vaterland" vernarrte Einheitsjugend zu schaffen, war bereits vor dem Zusammenbruch der DDR bekannt. Daß das Spektrum der "Abweichler" dabei von ganz rechts, neonazistisch angehauchten Skins, bis weit links - Punks, die sich auf anarchistische Gedanken beziehen, reicht, war zu erahnen, zumal es Berichte über Zusammenstöße solcher Gruppen gelegentlich gab. Jetzt gibt ihnen ein Verlag einmal die Gelegenheit, über sich zu berichten.

Dabei ist der Blick nicht verengt auf die "Guten" in der Szene. Das ist richtig. Alle Gruppen, die zu Worte kommen, waren Opfer des Stasi-Regimes, nur weniger prominent als die Bürgerrechtler. Obwohl sie durch westliche Einflüsse inspiriert wurden, waren sie Reaktion auf die abgrundtiefe Langeweile und Entmündigung, der die DDR-Jugend ausgesetzt war. Differenzierung in solche, die zu Recht staatlicher Willkür ausgesetzt waren, z.B. wegen neonazistischer Tendenzen, und solche, die man gern bedauert, verbieten sich vor diesem Hintergrund.

Ausführlich kommen so zunächst Skins zu Wort. Alexanders Eltern z.B. waren in der SED, er ist nach eigenem Bekunden "Nationalsozialist", der "im Prinzip" "gegen Ausländer ... gar nichts" hat, aber dann ein Gewitter von ausländer-und frauenfeindlichen Beschimpfungen bringt: "Ich habe se nu oft genug gesehn ... Sind .. schon beizeiten in der Kneipe. Arbeitsfaul. Kassiern eben unserem Staat das ganze Geld ab.... Machen hier Schwarzgeschäfte mit Westkohle. Ficken deutsche Weiber. Muß man klar und hart sagen: Deutsche Weiber sind selber mit dran schuld. Weil se Westkohle brauchen." Es folgen Grufties, die "sich unheimlich Gedanken über den Sinn des Lebens" machen, sich "für die ganze Politik sowieso nicht so richtig interessiert", sondern lieber Mitternachtstreffen veranstalteten: "Ick meine, wenn man uff'n Friedhof is, so nachts um zwölf oder so, is schon'n Gefühl, ja." Die Jugendlichen aus der "Heavy-Metal-Szene" definieren sich wesentlich aus ihrem Bezug zur entsprechenden Musik, schwärmen von der Freiheit, auf dem Highway 61 in den USA von Nord nach Süd zu fahren, und sehen sich zu Unrecht wegen ihrer betont männlichen Klamotten in die rechte Ecke gestellt: "... wahrscheinlich wejen die Totenköpfe uff mancher Leute Ledermützen, dat erinnerte wohl manche Leute an, weeß ick, SS oder was. Hat ja damit eigentlich nicht viel zu tun. Im Jejenteil, ..., denn unter'm extrem rechten Regime wärn wir doch mit die ersten, die weg wärn vom Fenster. Lange Haare und, weeß icke, laute, krachige Musik und keene Heimatmusik hier oder wat, det is ja nun eigentlich in mancher Leute Augen undeutsch, wa." (Tino)

Die Sympathie der Autoren jedoch gilt unverkennbar den Punks, denen der Schlußteil des Buches gehört, die am ehesten Bezug zu den Bürgerrechtlern hatten. Für Anfang der achtziger Jahre wird ein "Punk-Boom" in der DDR konstatiert, den die Autoren jetzt für die Zukunft wieder erwarten. Geäußert werden Träume von der "Anarchie" wie der Apollo: "Bloß wenn, sagen wir mal, jeder arbeiten gehen würde, richtig schön, was weiß ich, von sieben bis eins arbeiten... und jeder würde das machen, und kein Geld und so. Du gehst in die Geschäfte, holst dir dein Zeug da raus und fertig. Das wäre doch ein schönes Leben, nicht war?" Oder die kurze

Zusammenfassung des Lebensgefühls der bereits zitierten Siouxy: "Wenn die andren schon beim Wahnsinn sind, dann kriegen wir erst did Feeling, auszuflippen."

Die Interviews machen rund 200 Seiten des knapp 250 Seiten starken Buches aus. Alle sind lesenswert und interessant, genauso wie die abgedruckten Gedichte und Songtexte. Der Westleser wird - neben vielen Besonderheiten, die eben nur in der abgeschotteten DDR möglich waren - auch Äußerungen finden, die Skins oder Punks o.a. aus der bisherigen BRD so machen könnten.

Es wäre vielleicht besser gewesen, wenn die Autoren es bei dieser Dokumentensammlung belassen hätten, statt noch eine Analyse anzuhängen, die sich in der komplizierten Sprache von der direkten und verständlichen Ausdrucksweise der Interviews abhebt. Allerdings ist es auch wieder interessant, wie Jugendforscher aus der ehemaligen DDR eine Erscheinung analysieren, die sie, wenn die Befassung damit überhaupt zugelassen wurde, bis ins letzte Jahr nur als Ausgeburt dekadenter kapitalistischer Einflüsse denunzieren durften.

Stock und Mühlberg haben sich dabei kurz gefaßt und auf jeden Fall Mühe bewiesen, ihren Interviewpartnern gerecht zu werden.

Ihrem Anspruch, für die Szenen "die gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen in der DDR" zu skizzieren, lösen sie nur bedingt ein. Sie greifen berechtigt die Versuche der alten DDR-Medien an, "die Entstehungszusammenhänge der Kultur auf Profitinteressen gefräßiger Kapitalhaie (zu) reduzieren". Sie erklären einleuchtend, warum die Punkszene, die in England z.B. in der perspektivlosen arbeitslosen Jugend entstand auch in der wohlgeordneten DDR reifen konnte: "Während es in Großbritannien eine fremd verordnete 'Freizeit' war, die eine dem Arbeitsethos konträre Ideologie förderte, war es in der DDR eine fremd verordnete Arbeit, die, von individueller Zwecksetzung befreit, ihren sinnstiftenden Inhalt verlor." Oder in Kurzfassung: Arbeit kann genauso wie Arbeitslosigkeit "null Bock" und "no future" bringen. Die "Jugendkulturen" werten sie dann auch als Widerstand gegen den organisierenden Zugriff des DDR-Systems und "einer Ideologie..., deren Legitimationsverfall immer offensichtlicher wurde." Punk, Heavy Metal, Skins hatten einen besonderen Reiz, mit dem der Fahnenappell der "Jungen Pioniere" nicht mithalten konnte. Reflektionen über den Einfluß der realsozialistischen Law-and-order-Erziehung, Ursachen der Ausländerfeindlichkeit in der dem Internationalismus verpflichteten DDR fehlen indes. Die DDR ist Fußnote der Geschichte (Stefan Heym). In Leipzig wird nach der Vereinigung Jugendlichen mit der Schußwaffe, in Berlin mit schweren Räumgerät begegnet. Vielleicht wird dies Buch das einzige bleiben, daß sich mit Sympathie mit der Wut befaßt, die DDR-Jugendliche im Bauch gehabt haben und die mit dem 3. Oktober nicht verflogen ist, sondern eher genährt wird.

Heidi Kaiser

Manfred Stock/ Philipp Mühlberg, Die Szene von innen, Skinheads, Grufties, Heavy Metal, Punks, Linksdruck, Berlin, 1990, 30 DM

57. Ist das Unmögliche möglich?

Kuba:

CD-Datei: daten/aksuche/ak325/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:10

Die Versammlung geht zu Ende. Begeisterung. Sprechchöre: "Sozialismus oder Tod! Vaterland oder Tod! Wir werden siegen!" Stehende Ovationen. Der Kommandant geht ans Mikrofon zurück: "Ich wollte Ihnen noch sagen, daß Sie auf ihre schönen und eleganten Kleider gut aufpassen. Es ist möglich, daß wir in der kommenden speziellen Periode die Produktion von Kleidern einschränken müssen. Vielleicht brauchen sie auch drei, vier oder fünf Jahre lang keinen Meter Kleiderstoff. Und wenn wir uns nach fünf Jahren wieder treffen, bin ich mir sicher, daß Sie dann ebenso elegant und schön sind wie heute Abend." Lachen und Applaus. Der Kommandant, Fidel Castro, verläßt den Rednerpult. Der Kongreß der kubanischen Frauen ist zu Ende. (1)

Ende September dekretierte die kubanische Regierung eine strenge Rationierung von Gütern des täglichen Bedarfs, darunter Reis, Fleisch, Milch, Fette, Waschmittel, Haushalts- und Elektrogeräte. Ab Januar 1991 müssen die Kubaner die nötigen Importe in US-Dollars bezahlen. Wie das gehen soll, weiß gegenwärtig niemand. Für die kubanische Führung wird der Kampf um das wirtschaftliche und damit eng verbunden das politische Überleben noch schwieriger.

Kuba nach dem Zusammenbruch des RgW - einige Vorbemerkungen zu einer notwendigen Diskussion

Seit gut einem Jahr versuchen bürgerliche Politiker den Untergang des sozialistischen Kuba schier herbeizureden. Ermuntert vom Zusammenbruch des RgW, der faktischen Auflösung des Warschauer Paktes und der Wahlniederlage der nicaraguanischen Revolutionäre gieren sie nun nach dem Sturz Fidel Castros. Heerscharen von Journalisten, die sich jahrelang keinen Deut um Kuba gekümmert hatten, besuchen das Land. Sie berichten in ihren Reportagen, daß hinten und vorne kaum etwas funktioniere, aber, und dies sei wohl nur durch die spezielle Mentalität der Kubaner zu erklären, die Popularität Fidel Castros sei ungebrochen. (2) Die Betrachtung der kubanischen Wirklichkeit erfolgt dabei aus einem sehr eingeschränkten ideologischen Blickwinkel, der Kuba nahezu ausschließlich als karibischen Ableger eines in Osteuropa gescheiterten Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells sieht. Diese Sichtweise sucht in erster Linie nach Anzeichen für den Zusammenbruch, beziehungsweise nach repressiven Maßnahmen, mit denen allein der Sturz des gegenwärtigen Systems zu verzögern sei. Fakten, die nicht in dieses Raster passen, fallen unter den Tisch.

Auch in der Linken hat sich die Diskussion um Kuba belebt. (3) Dabei ist auffällig, daß Versuche einer sachlichen Analyse der konkreten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Situation noch in den Anfängen stecken. Stattdessen spielen auch auf der Linken rein ideologische Sichtweisen eine große Rolle. Viele Thesen gleichen Glaubenssätzen.

Sachkundige Autoren aus dem Umkreis der DKP-Erneuerer, bzw. Ex-DKPler wie Frank Niess und Willi Huismann bemängelten in Kuba die Gegnerschaft Castros zur von ihnen positiv eingeschätzten Perestroika. (4) Diese Position, die auf der Zustimmung der als positiv bewerteten Politik Gorbatschows beruhte, wobei der zugrundeliegende Prozeß in der UdSSR selbst in seiner Widersprüchlichkeit nicht genauer beleuchtet wurde, dürfte mittlerweile durch die katastrophale Lage in der UdSSR überholt sein.

Aktivisten der Kubasolidarität aus der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V. betonen vor allem die Aggressivität des US-Imperialismus, der seine kriegerische Option gegen Kuba nicht aufgegeben habe. Die Abwehr einer von ihnen für möglich gehaltenen US-Intervention steht im Mittelpunkt der Bemühungen. Dabei wird stets die Einigkeit des kubanischen Volkes betont, das weitgehend geschlossen hinter Castro stehe und für die Verteidigung des Sozialismus bereit sei, das Leben zu geben. Bei dieser Strömung gerät die kritische Analyse der kubanischen Realität weit ins Hintertreffen. (5)

Während jede aggressive Handlung der USA zurecht bis ins Detail auf ihre Hintergründe und Gefahren hin diskutiert wird, vermißt man dieses hohe Differenzierungsniveau bei der Darstellung der sozialen und wirtschaftlichen Lage und noch mehr bei der Darstellung und Bewertung der politischen Landschaft Kubas. Der Zusammenbruch des real-sozialistischen Systems war die Folge innerer Defizite und nicht das unmittelbare Ergebnis imperialistischer Aggression, wenngleich der wirtschaftliche, politische und militärische Druck

zweifellos konstituierende Bedingungen für die spezifische Ausformung der RgW-Staaten setzte. Ich sehe auch für Kuba die Gefahr in erster Linie in einer drohenden innenpolitischen Unzufriedenheit und dem Glaubwürdigkeitsverlust der revolutionären Führung, die aus wirtschaftlicher Not und mangelnder Demokratie resultieren könnten. Erst wenn diese Unzufriedenheit sich offen als Opposition manifestiert und nur wenn die kubanische Regierung nicht imstande wäre, politisch darauf zu reagieren, wenn sie beispielsweise offen repressiv vorginge, erst dann hätten die USA günstige politische Voraussetzungen das zu tun, was sie seit dreißig Jahren gerne täten: die kubanische Revolution bewaffnet zerschlagen.

Die Linke steht nach dem Zusammenbruch des real-sozialistischen Lagers mehr noch als bisher vor einer doppelten Aufgabe: sie muß angesichts der imperialistischen Aggressivität die Solidarität mit Kuba organisieren, soweit dies in ihren Kräften steht. Gleichzeitig ist aber auch die kritische Auseinandersetzung mit Widersprüchen und Fehlentwicklungen des kubanischen Projektes notwendig. Dies ist für die Weiterentwicklung linker Politik erforderlich und spielt weder imperialistischer Propaganda in die Hände, noch hat es mit linker Besserwisserei zu tun. Bliebe die Linke dabei stehen, lediglich imperialistische Machenschaften zu entlarven und sich über die Konsumwünsche kubanischer Jugendlicher zu mokieren, die infolge des Massentourismus zunehmen werden, beraubte sie sich wichtiger Möglichkeiten, die Probleme revolutionärer Politik in der "3. Welt" in ihrer Widersprüchlichkeit zu verstehen und daraus eine angemessene internationalistische Politik zu entwickeln. (6)

Die symbolische Bedeutung Kubas

Kuba ist nicht Polen, ist nicht Ungarn, ist nicht Bulgarien ... Die sozialistische Gesellschaftsordnung Kubas war kein Ergebnis des Vormarsches der Roten Armee, sondern einer authentischen Volksrevolution, die direkt unter den Augen und gegen den erklärten Willen der stärksten imperialistischen Macht jener Zeit glückte. Aus diesem in der Tat heroischen Kampf bezieht die kubanische Führung bis heute einen Großteil ihrer politischen Autorität. Die kubanische Revolution brachte wichtige Denkanstöße für die gesamte lateinamerikanische Linke mit sich. Die Revolution wurde bis wenige Monate vor ihrem endgültigen Sieg von der moskauorientierten KP des Landes als kleinbürgerliches Abenteuer abgelehnt. Der Sieg stellte die wichtigste praktische Kritik der bis dahin vorherrschenden opportunistischen Politik der lateinamerikanischen KPs dar, die ausschließlich darauf setzten, im Bündnis mit modernierungswilligen Teilen des Kapitals eine kapitalistische Entwicklung voranzutreiben. Im Gefolge Kubas entstand eine neue antirevisionistische Strömung der Linken, deren wichtigste Vertreterinnen heute die Befreiungsbewegungen Mittelamerikas sind.

Raúl Leis, ein linker Soziologe aus Panamá, hebt darüberhinaus folgende Punkte hervor (7):

- Kuba zeigte, daß die Revolution in Lateinamerika, im Hinterhof der USA, möglich ist.

- Kuba zeigte, daß Diktaturen und deren Armeen besiegt werden können und dabei nicht einfach andere repressive Institutionen entstehen, sondern der Aufbau einer neuen Gesellschaft möglich ist.

- Kuba zeigte, daß der Sozialismus in Lateinamerika möglich ist und auch verteidigt werden kann.

- Kuba ist ein Beispiel für die Schwierigkeiten und Widersprüche beim Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung.

- Kuba wurde zum Bezugspunkt für viele Revolutionäre ebenso wie für den erbitterten Haß der Reaktionäre. Die Debatten um Kuba sind durch ein Höchstmaß an Polemik gekennzeichnet.

- Kuba zeigt schließlich auch, daß eine souveräne Politik in Lateinamerika gegen die Interessen der USA möglich ist. Diese Unabhängigkeit wurde auch für bürgerliche Politiker Lateinamerikas zum wichtigen Bezugspunkt. Kuba konnte beispielsweise in der Verschuldungsdebatte eine weithin akzeptierte Vorreiterrolle für den ganzen Subkontinent spielen.

Wenngleich Kuba als Beispiel Bedeutung hat, so ist es dennoch nicht als Modell zu verstehen, das von anderen lateinamerikanischen revolutionären Bewegungen nachgeahmt werden könnte. Der Fall von Kuba wäre ein wichtiger Sieg für die imperialistische Strategie des "Krieges niedriger Intensität" und eine schwere Niederlage für die gesamte lateinamerikanische Linke.

Aus der Geschichte lernen?

Die folgende Kurzbetrachtung verschiedener Phasen der kubanischen Wirtschaftsentwicklung soll belegen, daß man seit dem Sieg der Revolution keineswegs von einem einheitlichen Wirtschaftskonzept sprechen kann, das demjenigen Osteuropas gleiche. Gerade in der Wirtschaftspolitik wurde das Ruder einige Male herumgerissen. Dabei spielten jeweils interne Debatten und die Zusammenarbeit mit externen Partnern eine Rolle. Das revolutionäre Kuba war nie nur "Ableger" des RgW genausowenig wie es seine Wirtschaftspolitik nie ohne Rücksichtnahme auf internationale Konstellationen (v.a. US-Blockade) entwickeln konnte. Die heutige Realität Kubas ist Ergebnis einer authentisch kubanischen, revolutionären Tradition und der weitgehenden wirtschaftlichen Abhängigkeit vom ehemaligen RgW, die auch die Übernahme von osteuropäischen Planungsmethoden beinhaltete. Es gilt also beide historische Linien im Auge zu behalten.

In den ersten zwei Jahren (1959-1961) wurden die Eigentumsverhältnisse und die Klassenschichtung durch Sozialreformen tiefgreifend verändert, was den Unwillen der ehemals Privilegierten und der USA hervorrief. Dies spiegelte sich in der Umorientierung der Handelsströme, die vor der Revolution zu 85% auf die USA und Westeuropa ausgerichtet waren und nur zu 2,5% auf Osteuropa. Dieses Verhältnis änderte sich bereits 1961 als 73,3% der Exporte nach Osteuropa und nur noch 13,6% in die USA gingen. In dieser Phase spielte Privatkapital noch eine wichtige, wenn auch bereits reduzierte Rolle. (8)

Das durch die binnen- und außenwirtschaftliche Umorientierung hervorgerufene Chaos versuchte die neue Regierung ab 1962 bis 1966 mit verbindlichen Jahresplänen in den Griff zu bekommen. Hochzentralisierte Planungs- und Lenkungsmechanismen sollten mit Hilfe sowjetischer und tschechoslowakischer Berater entwickelt werden, um den Aufbau einer Schwerindustrie, die forcierte Industrialisierung und den Abbau der Zuckerrohrmonokultur voranzutreiben. Das Scheitern dieses Ansatzes infolge fehlender technischer und personeller Voraussetzungen auf der einen und der Nichtbeachtung kubanischer Besonderheiten (hohe Außenhandelsabhängigkeit, einseitige Zuckerorientierung) auf der anderen Seite, führte zu einer lebhaften Auseinandersetzung um den weiteren Kurs. Während Che Guevara die aufgeblähte Planungsbürokratie und übriggebliebene kapitalistische Einflüsse für das Scheitern verantwortlich machte, plädierten die ehemaligen Kader der KP um Carlos Rafael Rodriguez für die Beibehaltung der Planung bei verstärkter Dezentralisierung der Entscheidungsrechte. (9)

Zwischen 1965 und 1970 wurde die zentrale Planung weitestgehend aufgegeben. Die Planungsbehörden dünnte man personell aus. Man behalf sich mit Mini-, Extra- und Spezialplänen, die nicht aufeinander abgestimmt waren. Unter der Führung Che Guevaras wurden die zentrale Planwirtschaft sowjetischen Typs als auch die kapitalistische Geldwirtschaft abgelehnt. Man appellierte stattdessen an "den neuen Menschen", setzte auf freiwillige Arbeitseinsätze in Form von "roten Sonntagen" etc. 1968 wurden im Rahmen der "revolutionären Offensive" innerhalb weniger Wochen 56.000 Kleinbetriebe des Dienstleistungsgewerbes verstaatlicht, was große Versorgungsengpässe zur Folge hatte.

Diese auf Massenmobilisierung ausgerichtete Linie scheiterte offenkundig, als 1970 die mit Hochdruck angepeilte Zuckerernte von 10 Mio. Tonnen verfehlt wurde. Die übrigen Branchen hatten 1968- 1970 zugunsten der Zuckerproduktion schwere Produktionseinbußen hinnehmen müssen. Fidel Castro bilanzierte diesen gescheiterten Ansatz selbstkritisch und bot den Rücktritt an.

Als Konsequenz des Scheiterns begann 1970 die Übernahme des sowjetischen Leitungs- und Planungssystems, dessen Instrumente 1975 verbindlich festgelegt wurden. 1972 erfolgte die Aufnahme Kubas in den RgW, und Ex-KP-Mitglieder wie Carlos Rafael Rodriguez stiegen in Spitzenpositionen auf. Materielle Leistungsanreize erhielten wieder Vorrang vor politischer Mobilisierung. Wirtschaftspolitisch sollte die Agrarproduktion diversifiziert werden. Die Industrialisierung sollte auf der Basis der Importsubstitution erfolgen. Man kann sagen, daß in den siebziger Jahren die Institutionalisierung der kubanischen Gesellschaft nach sowjetischem Vorbild erfolgte. Die hatte auch den Aufstieg einer Schicht von pragmatischen Technokraten zur Folge, die in der UdSSR ausgebildet wurden.

Wenngleich Kuba in den siebziger Jahren eine vergleichsweise egalitäre und ausreichende Grundversorgung der ganzen Bevölkerung gewährleisten konnte (als einziges Land in ganz Lateinamerika!), blieb eine weitverbreitete Unzufriedenheit mit Versorgungsengpässen bei Konsumgütern und Wohnungen bestehen. Diese Unzufriedenheit entlud sich im Massenexodus von 125.000 Menschen, etwa 1% der Gesamtbevölkerung, die zwischen April und Oktober 1980 das Land Richtung Miami verließen.

1984 begann Fidel Castro das Ruder erneut herumzureißen. Er begann, und damit sprach er vielen aus dem Herzen, Versorgungsmängel, Bürokratismus und Mißstände in Verwaltung und Wirtschaft scharf zu geißeln. Dabei spielte auch die Debatte um die Einführung "freier Bauernmärkte" eine wichtige Rolle, die 1980 wieder zugelassen wurden, um die Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu verbessern. Fidel Castro sah in den Kleinbauern, die Produktionsüberschüsse zu höheren Preisen als in staatlichen Läden auf freien Märkten verkauften, "zwielichtige Gestalten" am Werk, die sich auf Kosten anderer bereicherten und eine neue Kapitalistenschicht entstehen ließen. Diese Kritik mündete 1986 in das Verbot der freien Bauernmärkte mit dem Ergebnis, daß die vorübergehende Verbesserung der Versorgung dahin war. 1986 leitete die kubanische Führung eine neue, bis heute anhaltende Phase kubanischer Wirtschaftspolitik ein. Die "Rectificación", die Berichtigung von Fehlern. Diese "von der Partei angeleitete Bewegung" hat zum Ziel, a) ökonomische Mechanismen der politischen Arbeit unterzuordnen, b) Planung, Leitung und Kontrolle der Wirtschaft effektiver zu gestalten, c) die Verwaltung zu verantwortungsvollem Verhalten anzuleiten und d) die führende Rolle der Partei herauszustellen.

"Die Rectificación ist ein ideologischer Kampf mit dem Ziel, daß die politischen Aktivitäten größere Bedeutung erlangen als die ökonomischen. In diesem Sinne erlangt die freiwillige Arbeit erneut eine erstrangige Bedeutung für die Herausbildung des revolutionären Bewußtseins und trägt gleichzeitig zur Lösung sozialer und wirtschaftlicher Probleme bei." Die "revolutionäre Kampagne zur Förderung der Mikrobrigaden löst soziale Probleme", so die KP Kubas in ihrer Begründung der "Rectificación", und "gestattet einen rationelleren Einsatz der Arbeitskräfte. Die Mikrobrigaden haben auch gezeigt, daß der Mensch nicht nur durch materielle Anreize motiviert werden kann." (11)

Man greift also auf Mobilisierungsmechanismen zurück, die bereits unter der Ägide Che Guevaras gesamtwirtschaftlich gesehen gescheitert sind. Die berühmten Mikro-Brigaden, die in blinder Nachbeterei der offiziellen KP-Linie von der Freundschaftsgesellschaft BRD- Kuba lobend erwähnt werden, weil sie "1989 in Havanna Bauten im Wert von 130 Mio. Pesos erstellt haben, und das bei einer erheblichen Einsparung von Baumaterial" (12), können nicht verbergen, daß das eigentliche Problem gesamtgesellschaftlich in der mangelnden Arbeitsproduktivität liegt. Solange dieses Problem, worüber auch die Ökonomien des RgW gestürzt sind, nicht gesamtgesellschaftlich gelöst werden kann, sind die Mikro-Brigaden, in denen lediglich 1% der Beschäftigten organisiert ist, lediglich ein voluntaristischer Tropfen auf den heißen Stein. In Kenntnis des Scheiterns der Zuckerkampagne von 1970 und der daraus resultierenden gesamtwirtschaftlichen Negativ-Folgen ist sogar anzunehmen, daß die Mikro-Brigaden nicht nur nicht hinreichend nützlich sind, sondern daß sie in einer Gesamtbilanz sogar Schaden anrichten, weil sie in ungeplanter Art und Weise Ressourcen beanspruchen und für die speziellen Arbeiten unqualifizierte Arbeitskräfte abgezogen werden. Die Arbeitsproduktivität in der Industrie stieg nicht an, sondern sank zwischen 1985 und 1988 um 3,5%. Im letzten Jahr dürfte sie aufgrund der Lieferausfälle aus dem RgW noch dramatischer zurückgegangen sein.

Der Kompetenzverlust der zentralen Planungsinstitution JUCEPLAN führte nicht zur Dezentralisierung der Entscheidungen sondern 1986 zum Aufbau der "Nationalen Kommission der Wirtschaftsleitung", eines zweiten hochzentralisierten Entscheidungsstrangs, der wie die "zentrale Gruppe" direkt dem Exekutivausschuß des Ministerrates und damit dem Vorsitzenden Fidel Castro untersteht. Damit wurden hochzentralisierte parallele Planungsmechanismen institutionalisiert, was zu zusätzlichen Reibungsverlusten führt. Diese Rückkehr zu einer Wirtschaftspolitik, die in hohem Maße von voluntaristischen, von niemandem öffentlich kritisierten Entscheidungen einer kleinen Führungsgruppe abhängt und die in erster Linie auf revolutionäre Moral rekurriert, wurde bereits einige Jahre vor dem Zusammenbruch des RgW eingeleitet.

Das "Syndrom des Geheimnisses" (W. Huismann), die Tatsache, daß viele Daten einfach nicht veröffentlicht werden, verhindert, die bisherigen Ergebnisse der "Rectificación" auf der Basis von detaillierten Zahlen zu bilanzieren. Es ist unverständlich, daß die kubanische Führung diese Zahlen der eigenen Bevölkerung vorenthält, wobei sie dem imperialistischen Klassenfeind bei Umschuldungsverhandlungen im Rahmen des "Pariser Clubs" zur Kenntnis gebracht werden (müssen!).

Zur Lage der kubanischen Wirtschaft

Die Lage der kubanischen Wirtschaft war schon vor dem Zusammenbruch des RgW schwierig, jetzt ist sie beschissen, und es droht eine Katastrophe, wenn die UdSSR ab 1. Januar 1991 Industriegüter und Erdöl nur mehr gegen harte Devisen liefert.

Willi Huismann schildert die Stimmung in Havanna: "Es ist zum Heulen, sagt Luis, Arzt und Fidelist, nach 31 Jahren Sozialismus gibt es nichts mehr: keine Ersatzteile für Autos, kein Zement, kein Gemüse, kein Klopapier, keine Watte, keine Zahnpasta, kein Deodorant. Auch die Errungenschaften der Revolution sind in Gefahr. Zum erstenmal fehlen uns in den Krankenhäusern lebenswichtige Medikamente. Es ist ein Mysterium, wo all die Sachen bleiben. Die Leute schuften, machen freiwillige Arbeitseinsätze am Sonntag und nichts. Wir haben uns für den Sozialismus kaputt gemacht, weil wir keine Hure der USA mehr sein wollten, aber er funktioniert nicht. Wenn Du nach der Plackerei abends einen Kaffee trinken willst - no hay. Gibt es nicht. Bier? Auch nicht, ist schon ausgegangen. Natürlich, in Kuba verhungert niemand. Aber das Argument kann ich schon nicht mehr hören. Der Alltag macht uns kaputt." (13)

Die Parteizeitung Granma berichtete, daß die UdSSR nicht mehr in der Lage ist, Kuba mit einigen besonders wichtigen Basisgütern ausreichend zu versorgen. 20% der auf Jahresbasis vereinbarten Lieferung von 10 Mio. Tonnen Erdöl könnten in der zweiten Jahreshälfte dieses Jahres nicht mehr geliefert werden. Damit gehen nicht nur die Überschußlieferungen verloren, die Kuba gegen harte Devisen auf dem Weltmarkt weiterverkaufen konnte, sondern auch für die Binnenwirtschaft dringend benötigte Mengen. Die Regierung Kubas erließ ein drastisches Energiesparprogramm, das in allen Bereichen Drosselungen des Energieverbrauchs vorsieht. Die privaten Haushalte sollen 1/10 Elektrizität und 1/3 Kraftstoff weniger verbrauchen. In den letzten Monaten bezog Kuba aus China mehr als 200.000 Fahrräder, bestellte weitere 500.000 und vereinbarte den Bau von drei Fahrradfabriken, um das Problem des innerstädtischen Nahverkehrs zu beheben. Dies ist Teil eines 500 Mio. US-Dollar Handelsvertrages, den Kuba mit China für 1990 abschließen konnte. In der Landwirtschaft sollen 100.000 Zugtiere zunehmend Maschinen ersetzen, "wenn die Energieknappheit bestehen bleibt". Die Investitionen sollen scharf gedrosselt werden - genaue Zahlen liegen mir nicht vor - und wichtige Produktionsstätten, wie die erst kürzlich fertiggestellte Raffinerie von Cienfuegos soll noch nicht in Betrieb genommen werden. Die Nickelproduktion des Ernesto-Che-Guevara-Werkes von Moa soll eingestellt werden. Nickel ist nach Zucker Kubas zweitwichtigstes Exportprodukt und deckte bisher etwa 20% der sowjetischen Eisen- und Stahlindustrie. (14)

Aufgrund von Papiermangel wurden ab dem 1. Oktober die Tageszeitungen "Juventud Rebelde" und "Trabajadores" auf Wochenzeitungen umgestellt, "Bastión" wurde eingestellt und die Zeitschrift "Bohemia" reduziert ihren Umfang von 100 Seiten auf 64. Gleichzeitig erhöhten die Parteizeitung "Granma" und "Bohemia" ihre Preise um 100%, während die übrigen ihre Preise um 50% erhöhten. Bücher können nicht mehr erscheinen, weil Papier fehlt. (15) Das Bruttosozialprodukt blieb von 1985 bis 1988 fast gleich, ebenso die Zuckerproduktion, die jedoch offenbar 1990 auf weniger als 7,5 Mio. Tonnen zurückging. Im Vorjahr waren es noch über 8 Mio. Tonnen.

Die Biotechnologie, die Arzneimittelproduktion, der Gesundheitstourismus - aus Lateinamerika und den USA kommen viele Kranke und lassen gegen harte Devisen Operationen auf Kuba vornehmen, die sie in ihren Ländern nicht bezahlen könnten - und der Tourismus sind die kubanischen Hoffnungsträger. Die Fremdenverkehrsindustrie ist die wichtigste Wachstumsbranche. Sie wuchs zwischen 1985 und 1989 um 17,3% und brachte 1989 etwa 250 Mio. US-Dollar in die Kasse. Bis 1995 sollen weitere 30.000 Hotelzimmer gebaut werden, womit man 500 Mio. US-Dollar einzunehmen hofft. Vergangenes Jahr kamen aus der BRD 45.000 Touristen, 1995 rechnet INTUR, die staatliche Reisebehörde, bereits mit 100.000 Pauschalreisenden. (16)

Die Devisengewinne aus dem Tourismus müssen jedoch mit Schattenseiten bezahlt werden: der Schwarzmarkt-Handel Pesos gegen US-Dollar floriert, es gibt wieder Prostitution. Die touristischen Enklaven, die Dollarzone um die großen Hotels, wo es alles gibt, was sonst im Lande knapp ist, führen zu einer Spaltung der Gesellschaft in Leute, die Zugang zur kapitalistischen Marktenklave haben und einer Mehrheit, die auf die sozialistische Mangelwirtschaft angewiesen bleibt. Dies dürfte mittel- und langfristig nicht zu unterschätzende Auswirkungen auf die politische Moral derjenigen haben, die keinen Zugang zu den begehrten Gütern haben.

UdSSR, RgW und Kuba

Das beschriebene kubanische Entwicklungsmodell ist Teil und Ergebnis der Arbeitsteilung innerhalb des RgW. Dessen Zusammenbruch schafft grundlegend neue, extrem ungünstige Rahmenbedingungen für Kuba. Ab 1991 kann Kuba für die Importe aus der UdSSR nicht mehr, wie bisher im RgW-Handel praktiziert, in Transferrubeln bezahlen, sondern muß die Rechnungen in harten Devisen begleichen. Dies ist für Kuba eine

Katastrophe, wenn man die Bedeutung des Warenaustausches mit der Sowjetunion, der seit Beginn der siebziger Jahre stark zugenommen hatte, zugrundelegt. Die Außenhandelsbilanz Kubas ist chronisch defizitär. Die UdSSR finanzierte diese Defizite mit Krediten, wobei mittlerweile Schulden in einer Gesamthöhe von 17,1 Mrd. US-Dollar aufgelaufen sind. Die gesamte Auslandsverschuldung Kubas wird auf 31 Mrd. US-Dollar geschätzt.

1970 betrug der Außenhandelsanteil der UdSSR bei Import- und Export ca. 50%. Er steigerte sich bis 1985 auf 75% (Exporte) und 67% (Importe). Seither sind die Exporte in die UdSSR rückläufig 66,7% (1988), während die Importe noch auf 71% (1988) zunahmen. In die übrigen RgW-Länder gingen weitere 15% des Außenhandels. Der Zusammenbruch des RgW traf Kuba hart, aber noch unvergleichlich härtere Auswirkungen muß aufgrund der Handelsstruktur die Krise der UdSSR haben.

Die Handelsbeziehungen zwischen dem RgW und Kuba waren sehr unausgewogen. Kuba fungierte innerhalb des RgW ebenso wie andere Entwicklungsländer in der kapitalistischen Weltwirtschaft als Rohstoffexporteur und Fertigwarenimporteur.

Kuba exportierte nur wenige Güter, in erster Linie Rohzucker (ca. 80%), Nickel (1988: 5%) und Zitrusfrüchte (ca. 2%) also Agrarprodukte und Rohstoffe. Es importierte hauptsächlich Erdöl und Erdölderivate (1988: 47%), Maschinen und Ausrüstungsgüter (35%). Die Zuckermonokultur wurde aufrechterhalten, weil die UdSSR im Rahmen von langfristigen Vereinbarungen garantierte Preise bezahlte, die teilweise erheblich über dem Weltmarktpreis lagen. Auf der anderen Seite subventionierte die UdSSR die kubanische Wirtschaft, indem sie jährlich 12-13 Mio. Tonnen Erdöl zu Preisen lieferte, die bis zu 50% unter dem Weltmarktpreis lagen. Die Preissubventionen wurden zwischen 1971 und 1984 auf insgesamt 27 Mrd. US-Dollar geschätzt. Noch 1988 wurden sie auf 2,5 - 3,5 Mrd. US-Dollar geschätzt. Dazu kommen noch 8 Mrd. sowjetischer Entwicklungshilfe zwischen 1960 und 1989. (17)

In der Sowjetunion mehren sich die Stimmen, die Kuba kritisieren und die Aufgabe der Vorzugsbehandlung fordern. Für 1990 wurde zur Überraschung vieler Beobachter zwar noch einmal ein für Kuba recht vorteilhaftes Handelsabkommen im Wert von 14 Mrd. US-Dollar abgeschlossen, das eine Ausweitung des Handelsaustausches unter Beibehaltung der oben beschriebenen Austauschstruktur um 8,7% vorsieht. Im letzten Jahrfünft hatte der Warenaustausch einen Gesamtwert von 13,2 Mrd. US-Dollar. Im kommenden Fünf-Jahres-Plan sind dafür 23,25 Mrd. US-Dollar vorgesehen.

Das Problem liegt für Kuba darin, daß dies lediglich Pläne sind. Die Erfüllung derselben steht auf einem ganz anderen Blatt. Dies gilt für beide Seiten. So lieferte Kuba in der ersten Jahreshälfte 1990 lediglich 10% der vereinbarten Zuckermenge in die DDR, mit dem es 5% seines Außenhandels abwickelte. Dazu kommt erschwerend, daß die Außenhandelsgesellschaften der osteuropäischen Staaten aufgelöst oder in Auflösung befindlich sind, so daß den Kubanern der traditionelle Partner fehlt. Vielfach wird auch vom Herausdrängen der kubanischen Produkte aus ihren traditionellen Märkten berichtet.

Eine Gesamtbilanz für 1990, die eine Abschätzung der Differenz zwischen geplantem und tatsächlichem UdSSR-Handel, der entscheidenden Größe, zuließe, liegt mir noch nicht vor. Die Tendenz, dies zeigt die Kürzung der Öllieferungen, ist jedoch eindeutig und deutet auf die Verschärfung der ökonomischen Krise in Kuba hin, wobei ein Kollaps der Wirtschaft nicht auszuschließen ist.

Ist das Unmögliche möglich?

Das Wirtschaftsdesaster in der UdSSR, die beschleunigte Verarmung Polens und Ungarns geben Fidel Castros Argument recht, der meinte, daß der Kapitalismus keine Lösung für die Probleme der ehemaligen RgW-Länder sei. Der beschleunigte Niedergang von Ländern wie Argentinien und Brasilien, von den kleineren lateinamerikanischen Ländern ganz zu schweigen, belegen, was der abhängige Kapitalismus zu bieten hat: Verelendung breiter Bevölkerungsmehrheiten, scharfe gesellschaftliche und soziale Konflikte und winzige Oberschichten, die ihre Profite außer Landes bringen.

Das Scheitern des "sozialdemokratischen Weges" Alan Garcias in Peru weist darauf hin, daß auch für eine sozialdemokratische Variante in Lateinamerika keine hinreichenden Spielräume bestehen. Also doch "Rectificación" à la Fidel?

Unter unglaublich ungünstigen Voraussetzungen stehen die kubanischen Revolutionäre vor ihrer bisher größten Herausforderung: sie müssen Wege finden, den Zusammenbruch der kubanischen Wirtschaft zu verhindern und dann schrittweise den neuen Rahmenbedingungen anzupassen. Dabei wird es der Bevölkerung hinterher schlechter gehen als vorher. Die Rubel aus der UdSSR werden fehlen. Sofern es überhaupt gelingen kann, einen Ausweg zu finden, wird viel von der politischen Moral der Bevölkerung abhängen. Ich halte es aber für ausgeschlossen, daß die nötige Mobilisierung wie bisher "von oben" via Mikro-Brigaden etc. möglich ist, politisch wünschenswert ist sie ohnehin nicht.

Ohne die wirkliche aktive Mitsprache der Produzenten halte ich die Steigerung der Produktion nicht für möglich. Ohne eine breite öffentliche Debatte, ohne die Demokratisierung der Massenmedien, ohne die tatsächliche Unabhängigkeit von Gewerkschaften und Massenorganisationen vom Staat sehe ich keine Möglichkeit, der anti-imperialistischen Entschlossenheit Fidel Castros eine solide Grundlage zu verschaffen. Die mir notwendig scheinende politische Öffnung, die auch eine Ventil-Funktion erfüllen kann, birgt, siehe DDR, die Gefahr, daß die Kräfte, die eine Erneuerung des Sozialismus wollen, von anderen Kräften überrollt werden, die überhaupt keinen Sozialismus (mehr) wollen. Aber angesichts der extrem ungünstigen Bedingungen und der nur unter großer aktiver Beteiligung der Massen lösbaren wirtschaftlichen Schwierigkeiten, sehe ich keine andere Möglichkeit für ein weiterhin sozialistisches Kuba, als sich auf dieses Risiko einzulassen.

Die Alternative bestünde darin, den Deckel draufzuhalten und die notwendige nationale Einheit mit repressiven Mitteln herbeiführen zu müssen. Dies wäre der sichere Untergang des Sozialismus auf Kuba. Darauf warten die USA seit 32 Jahren.

Al., KB-Nürnberg

Anmerkungen:

1) Die vollständige Rede ist abgedruckt in: Granma, 18.3.1990

2) Einige Beispiele für diese Art von Berichten: El Pais, 5.4.1990; El Pais, 19.4.1990; Süddeutsche Zeitung, 19.2.1990; taz, 20.3.1990; Berner Zeitung, 17.4.1990.

3) Siehe: ILA Nr. 122, Februar 1989; ILA Nr. 133, März 1990; ILA Nr. 136, Juni 1990; Imprekorr Nr. 220, Oktober 1989; IZ3W Nr. 166, Juli 1990; Forum, März 1990; Cuba libre Nr. 2, Mai 1990. Zwei neuere Bücher: Gross/Thüsing, Adelante Kuba!, Neuss 1989; Stubbs, Cuba: Test of Time, London 1989.

4) Huismann, Sozialismus oder Tod, Forum März 1990; Niess, Die Revolution ist keine Insel, ILA Nr. 133 März 1990.

5) Siehe: Editorial des Cuba libre, Mai 1990; Kuba-Initiative Frankfurt/M. in ILA 137, Juli/August 1990; ebenso der Aufruf: "Hände weg von Kuba".

6) Diese Überlegungen decken sich weitgehend mit den von der Redaktion der ILA im Juli/August 1990 veröffentlichten.

7) Siehe: ILA Nr. 122, Februar 1989

8) Siehe: R. Furtak, Kuba: Dreißig Jahre Revolution, in: Jahrbuch Dritte Welt, München 1989

9) Peter Gey, Kubas Wirtschaft zwischen Reform und revolutionärer Gegenoffensive, in: Vierteljahresberichte Nr. 107, März 1987, S. 39-50; ders., Kuba: Krise des sowjetischen Entwicklungsmodells, in: K. Fritsch (Hg.), Verlorene Träume, Stuttgart 1989, S. 54-69.

10) Siehe: Frank Niess, Die Revolution ist keine Insel, ILA Nr. 133, März 1990

11) KP Kubas, Rectificación, in: Gross/Thüsing, a.a.O., S. 84-100

12) Cuba Libre Nr.2, a.a.O., S.2

13) W. Huismann, Sozialismus oder Tod, a.a.O.

14) Siehe: Neue Züricher Zeitung, 2.9.1990

15) Alle Angaben nach: "Revista Mensual", Havanna September 1990

16) Süddeutsche Zeitung, 22.11.1990

17) Alle Angaben nach: IZ3W Nr. 166, Juli 1990, S. 39f

18) Alle Angaben nach: El Pais, 19.4.1990

19) Neues Deutschland, 16.8.1990; Der Morgen, 15.8.1990

58. Nicht wir rauben die Rohstoffe

Interview mit Assata Shakur

CD-Datei: daten/aksuche/ak325/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:16

Das Interview erschien in der linken Wochenzeitung the Guardian vom 10. Februar 1988, wenige Monate, nachdem durch eine New Yorker Zeitung bekannt geworden war, daß Assata Shakur schon seit 1984 auf Kuba lebte und dort politisches Asyl erhalten hatte.

Nach sechs Jahren Haft - die meiste Zeit isoliert in Männergefängnissen - war Assata am 2. November 1979 von der Black Liberation Army aus dem Hochsicherheitsgefängnis in Clinton, New Jersey, befreit und in Sicherheit gebracht worden. Drei Tage später, am 5. November, fand in New York eine große Demonstration der National Human Rights Coalition statt. Den über 5.000 Versammelten, die sich vor dem Gebäude der Vereinten Nationen eingefunden hatten, um Menschenrechte und Selbstbestimmung für die schwarze Nation in den USA zu fordern, wurde unter großem Jubel von der erfolgreichen Befreiung berichtet und anschließend per Tonband eine Botschaft von Assata übermittelt.

Dieser Botschaft folgten in den Jahren danach noch weitere "von irgendwoher auf der Welt". Diejenigen in der schwarzen Community, die nicht mehr der Illusion der "Integration" in die Gesellschaft des weißen Amerika nachhängen, ließen seit 1979 durch Wandparolen und Plakate mit dem Inhalt Assata is welcome here keinen Zweifel daran, daß Assata jederzeit und überall Unterstützung und Zuflucht finden konnte.

Karen Wald: Wie wurdest du eine politische Aktivistin?

Assata Shakur: Ich wurde 1947 in New York geboren. Die ersten Jahre meiner Kindheit verbrachte ich im rassengetrennten Süden, in Wilmington, North Carolina. Anschließend kehrte ich nach New York zurück, wo ich die Schule besuchte, die ich dann wieder verließ, um zu arbeiten. Später kehrte ich ans College zurück und wurde dort im schwarzen Befreiungskampf aktiv. Das Manhatten Community College (MCC) war wirklich ein Zentrum politischer Aktivität. Durch die Teilnahme an verschiedenen Kämpfen wurde ich politisiert, und durch die Anwesenheit am College war ich auch mit einer Menge revolutionärer politischer Ideologie und Literatur konfrontiert. Hier begann ich auch wirklich erst die Geschichte, Literatur und Kunst der Schwarzen zu entdecken. Es war so, als hätte sich eine völlig neue Welt für mich aufgetan. Durch die Teilnahme an der Bewegung gegen den Vietnamkrieg und an verschiedenen lokalen Kämpfen gegen Rassismus und dafür, daß wir Schwarzen selber die Kontrolle über unsere Communities ausüben, hatte ich die Möglichkeit, die erlernte Theorie mit der Praxis zusammenzubringen.

Warum wurdest du Mitglied der Black Panthers?

Weil ich dachte, daß das zu dieser Zeit das Richtige war. Selbst als ich einige Probleme mit dem Arbeitsstil der Partei bekam, gab es viele gute Sachen, die mich an der BPP reizten: die Militanz der Partei, ihre antiimperialistische Haltung und die Tatsache, daß die Black Panthers eine revolutionäre schwarze Organisation waren, die sich tatkräftig für sozialistische und revolutionäre Veränderungen einsetzte. Die Tatsache, daß die Partei Angriffen ausgesetzt war, gab mir zusätzlich das Gefühl, meine Mitwirkung würde immer wichtiger.

Alle, die sich in diesem Land aufrichtig der Befreiung der Armen und Schwarzen widmen, geraten sofort in die Schußlinie. Ich denke, wir verstanden die Wirklichkeit damals schon, aber wir waren noch sowas wie unschuldig. Wir begriffen noch nicht, wie weit die Regierung gehen würde, um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten. Die schwarze Befreiungsbewegung stellte eine Bedrohung für die Herrschaftsstruktur dar, und deswegen machte sich die Regierung daran, sie zu zerschmettern.

Obwohl wir wußten, daß einiges in diesen Tagen ernsthaft falsch lief, war niemand von uns wirklich in der Lage, die Probleme aufzuzeigen. Selbst als wir beispielsweise wußten, daß die Black Panthers unterwandert wurden, konnte niemand ahnen, daß das FBI einen totalen Krieg gegen die Black Panthers führen würde. Einen Krieg, der Kampagnen mit gefälschten Briefen zur Spaltung und Unterminierung ebenso einschließen würde wie Verhaftungen unter falscher Anschuldigung und den offenen Mord an Parteimitgliedern. Niemand konnte wissen, daß das FBI ein sorgfältig abgestimmtes Programm hatte, um das Emporkommen eines

"schwarzen Messias" zu verhindern, um militante schwarze Führer und Organisationen in Verruf zu bringen und um jede Art von Einigkeit in der schwarzen Community zu verunmöglichen.

Du beziehst dich auf das Counter Intelligence Program (COINTELPRO) des FBI, das die Black Panthers in den späten 60ern ins Visier nahm?

Ja, richtig. Aber ich will hier nicht den Eindruck vermitteln, als sei das COINTELPRO tot und begraben. Die Reagan Administration steht der schwarzen Befreiungsbewegung noch viel feindlicher gegenüber, als es Nixon in den 60ern tat. Die Fähigkeit der heutigen Regierung zur Repression ist noch viel größer, als sie es damals war. Wenn du dir das Oliver North Szenario anschaust, also die Tatsache einer Regierung innerhalb der Regierung und einer CIA innerhalb der CIA, mit Eventualitätsplänen, "im Falle innerer Unruhen" 21 Millionen Leute einzusperren, dann macht einem diese Vorstellung richtige Angst.

Die Frage der Existenz politischer Gefangener in den USA ist immer noch eine sehr wichtige Sache. Die Regierung, entschlossen, jede Art von Widerstand zu zerschlagen, geht gerade gegen politische AktivistInnen vor, die seit Jahren in der schwarzen Community gearbeitet haben. Ein perfektes Beispiel für die andauernde Verfolgung schwarzer AktivistInnen und ihrer UnterstützerInnen durch die Regierung ist der Fall von Mutulu Shakur und Marilyn Buck, die gegenwärtig in New York vor Gericht stehen. (1)

Was sind das für Lektionen, die du in den Gerichtssälen und im Gefängnis gelernt hast?

Eines der Schlüsselwörter muß heute Vorbereitung sein. Das Ausmaß der Aktivitäten war in den späten 60er und frühen 70er Jahren so intensiv, daß wir kaum Zeit fanden, Dinge, mit denen wir konfrontiert waren, aufzuarbeiten und zu verinnerlichen. In vielen Fällen fehlte es uns an politischer Reife, die uns in die Lage versetzt hätte, viel wirksamer mit der Repression umzugehen, der wir ausgesetzt waren. Die Situation der Unterdrückten in den USA ist eine der schwierigsten der Welt, und mehr als anderswo müssen wir uns organisieren und ideologisch wappnen, um intelligent kämpfen zu können.

Während der 70er Jahre waren viele Aktivitäten der Bewegung auf die politischen Gefangenen gerichtet, aber oft scheiterten wir daran, das, was mit den politischen Gefangenen in den USA passierte, in Zusammenhang zu bringen mit dem, sagen wir mal, was politischen Gefangenen in Südafrika, Chile oder El Salvador widerfuhr. Bereits 1964 oder 1965 hatte Malcolm X gesehen, daß die Schwarzen ihren Kampf in einen internationalen Zusammenhang stellen müssen. In den 70er Jahren sahen aber viele von uns im US-Imperialismus noch nicht eine internationale Form der Unterdrückung, die nur durch eine internationale Strategie besiegt werden könnte.

Was ist deine Meinung zur Schwarzenbewegung in den USA heute?

Obwohl es nicht sehr viele Aktivitäten gibt, glaube ich, daß der Bewußtseinsstand innerhalb der Bewegung heute viel höher ist als vor 10 oder 20 Jahren. Im allgemeinen sind die Schwarzen heute politisch viel erfahrener. Sie sehen die Zusammenhänge zwischen Howard Beach und Soweto, zwischen der Politik der Reagan Regierung in Angola und Alabama. Die Tatsache, daß viele Schwarze 1984 in den Vorwahlen für Jesse Jackson stimmten, obwohl sie wußten, daß er nicht die geringste Siegeschance hatte, ist ein Indiz dafür, daß sie genug haben von der Politik des "kleineren Übels", entweder die Demokraten oder die Republikaner. Nichtsdestotrotz haben wir noch einen weiten Weg vor uns.

Eine der bedeutendsten Aufgaben, der wir uns als Bewegung stellen müssen, ist die Bildungsarbeit mit unseren jungen Leuten. Sieben bis acht Stunden verbringen Jugendliche durchschnittlich vor dem Fernseher und werden dabei einer Gehirnwäsche unterzogen. In der Schule werden sie verwahrt statt erzogen. Mehr als 50 bis 60% von ihnen verlassen die High School vorzeitig. So ist es an uns, wirksame und kreative Wege der Bildung und Politisierung zu finden, damit unsere Jugendlichen ihre Wirklichkeit verstehen und sie verändern können.

Wir brauchen ein Intensivprogramm politischer Bildungsarbeit. Wenn sich unser Kampf auf einem höheren Niveau bewegen soll, und das bedeutet auch, die Fähigkeit zu entwickeln, anders als nur spontan zu handeln, dann müssen viele von uns sich zu disziplinierten Berufsrevolutionären entwickeln, die voll und ganz über die moderne revolutionäre Politische Wissenschaft verfügen, und die die organisatorischen Fähigkeiten zur Umsetzung der Theorie in die Praxis besitzen.

Ich glaube, daß wir Schwarzen uns auf allen Ebenen vorbereiten müssen, um un ser Recht auf Selbstbestimmung durchsetzen zu können. Ich glaube weiterhin, daß die Unterdrückten nicht nur das Recht haben, sich zu befreien, sondern auch das Recht haben, darüber zu entscheiden, in welcher Form diese Befreiung stattfinden soll. In einem Land, so offenkundig rassistisch wie die USA, mit ihrer Geschichte der Expansion und des Chauvinismus, ist es erforderlich, die nationale Frage sorgfältig und gründlich zu prüfen. Es gibt eine ganze Bandbreite von Wegen, die nationale Frage in den USA zu lösen. All diese Wege werden von historischen Entwicklungen und objektiven Bedingungen abhängen, und ich glaube nicht, daß wir es uns im Befreiungskampf der Schwarzen leisten können, uns selbst zu beschränken. Ebensowenig können wir es anderen erlauben, das zu tun. Was mich betrifft, so müssen Einigkeit und Solidarität auf Respekt aufgebaut sein. Ich sehe nicht, wie irgend jemand 30 Millionen Menschen das Recht auf Selbstbestimmung verweigern kann, die der brutalsten Form rassistischer Unterdrückung auf dieser Erde unterliegen, und gleichzeitig behauptet, er würde sie respektieren.

Du lebst im Moment als politischer Flüchtling auf Kuba. Was bewog dich, Kuba zu wählen?

Ich hatte eine Menge über die kubanische Revolution gelesen und ich hatte enormen Respekt vor Fidel Castro, nicht nur als Kubas führender Revolutionär, sondern als ein führender Revolutionär für die Welt. Als ich die Staaten verlassen mußte, wollte ich irgendwo hingehen, wo ich mit meiner Tochter Kakuya zusammensein und wo ich mich auch selbst weiterentwickeln konnte. Ich hatte viel über den Sozialismus gelesen, wollte ihn aber für mich erfahrbar machen.

Kuba ging weit über meine optimistischen Erwartungen hinaus. Natürlich war es anders, als ich irgendwie erwartet hatte, dennoch fand ich die Insel wirklich schön. Wunderbar an Kuba ist, wie die Leute leben. Es gibt keine Millionäre und es gibt nicht viel elektronische Geräte, aber dennoch leben sie in Frieden.

Das ist meine erste Chance, in einer Gesellschaft zu leben, die sich nicht im Krieg mit sich selbst befindet. Du kannst geradewegs die Straße runterlaufen und mußt nicht dauernd im Auge behalten, was sich hinter deinem Rücken abspielt. Da rennt nicht jeder mit einer schwarzen Wolke über dem Kopf herum, voller Sorgen, was passiert, wenn er oder sie den Job verliert, krank wird oder wie sie ihre Kinder durch die Schule bringen. Die Leute fühlen sich wirklich sicher und haben keine Angst davor, alt zu werden.

Hier zu leben war tatsächlich viel einfacher also ich es mir vorgestellt hatte, weil die meisten KubanerInnen sehr sorgfältig unterscheiden zwischen der Politik der US-Regierung und den Leuten, die in den USA leben. Trotzdem war es für mich eine der schmerzhaftesten Erfahrungen, als Amerikanerin bezeichnet zu werden - obwohl ich nie eine gewesen bin. Ich habe das dringende Bedürfnis, vor jedem rauszuschreien: "Ich habe mit der Yankee-Scheiße nichts zu schaffen, ich bin ausdrücklich dagegen! Ich bin gegen die US-Intervention in Nicaragua, in El Salvador, in Südafrika, in Libyen, in Grenada oder sonstwo! Ich bin keine Täterin des US-Imperialismus, sondern eines seiner Opfer." Ich finde es wirklich sehr wichtig für mich, das so zu sagen, und ich denke, daß es für viele von uns wichtig ist, das auszusprechen.

Anmerkungen:

1) Mutulu Shakur, Kämpfer der neuafrikanischen Unabhängigkeitsbewegung, und Marilyn Buck, nordamerikanische Antiimperialistin, wurden am 2. August 1988 zu 60 bzw. 50 Jahren Gefängnis verurteilt. Der Vorwurf lautete auf kriminelle Vereinigung und Konspiration im Zusammenhang mit einer Enteignungsaktion und der Befreiung von Asata Shakur im Jahr 1979.

Der Videofilm "Free the Land" berichtet in Englisch über diesen Prozeß und bringt ein Interview mit den beiden Angeklagten. Er ist zu beziehen über das Medienpädagogische Zentrum, Thadenstr. 130a, 2000 Hamburg 50, Tel. 040-4397259

59. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak325/55.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:55

Arbeiter und Gewerkschaften in der Türkei nach dem Militärputsch 1980

Informationsveranstaltung von TAYAD-DER (Hilfsverein für die Familien der Gefangenen und Verurteilten in der Türkei) mit der türkischen Gewerkschafterin Aynur Karaaslan.

Ort: Hörsaal E im Hörsaalgebäude der Universität Köln am 14.12. um 19.00 Uhr

Aus Angst wird Solidarität - gemeinsam gegen faschistischen Terror Kundgebung und Demonstration der Autonomen Antifa in Ravensburg.

Ort: Marienplatz, Ravensburg am 15.12. um 14.00 Uhr

Wider die Auslese - für das unkontrollierte Leben

Das Anti-Eugenik-Bündnis Marburg lädt zu einer Veranstaltungsreihe mit folgenden Einzelveranstaltungen ein:

Ghettoisierung von Kranken am Beispiel AIDS, mit einer Referentin der AIDS-Hilfe, im ZAS, Sprachlabore, Raum 201, Biegenstr. 12, Marburg am 11.12.

Kontinuität: Altes Denken in neuer Erscheinung, mit Michael Wunder, im ZAS, Sprachlabore, Raum 201, Biegenstr. 12, Marburg, am 18.12. um 20.00 Uhr

Euthanasie heute, mit Theresia Degener und Oliver Tolmein, im KFZ, Schulstr.6, Marburg, am 15.1. um 20.00 Uhr

Zwangssterilisation in der BRD, mit Ulrike Lux und Andreas Jürgens, im KFZ, Schulstr. 6, Marburg, am 22.1. um 20.00 Uhr

Bevölkerungspolitik in der sogenannten Dritten Welt, mit Elisabeth Schneider, im KFZ, Schulstr. 6, Marburg, am 29.1. um 20.00 Uhr

Für eine realistische Utopie: Nichtaussonderung in Kindergärten und Schulen, mit Helga Deppe-Wolfinger, im KFZ, Schulstr. 6, Marburg, am 5.2. um 20.00

Diskussion: Perspektiven des Widerstands mit MarburgerInnen, im KFZ, Schulstr. 6, Marburg, am 12.2. um 20.00 Uhr

Kritik der Arbeits- und Verwertungsgesellschaften "Realer Sozialismus" und "freie Marktwirtschaft" und die "Assoziation freier, produktiver Müßiggängerinnen und Müßiggänger"

Die Kaffeegruppe HWP und Café Knallhart veranstalten ein Theorieseminar zu den Aspekten: Realer Sozialismus - Staatskapitalismus oder Gesellschaft nachholender bürgerlicher Formgebung? - Kritik der Arbeit und Arbeitsontologie - ML-Ideologie, protestantische Arbeitsethik für vor- und frühbürgerliche Gesellschaftsformationen? - Möglichkeit und Notwendigkeit der warenlosen Gesellschaft - Konkretion der Utopie: zulässig, sinnvoll, notwendig? Das Seminar wird unterstützt von der Initiative Sozialistisches Forum (ISF), den Autonomen Studis Freiburg und der Initiative Marxistische Kritik (IMK/Krisis).

Ort: Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP), Hamburg, vom 4.1. bis 6.1.1991, Anmeldung und Readerbestellung bei: K. Tomczak, Hopfenstr. 30, 2000 Hamburg 26

60. Quelldatei 59bu.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak325/59bu.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:59bu

Für das Schaubild müßten bei Verwendung folgende Schriften eingefügt werden:

s. wegen der Schriftgröße das beiliegende Schaubild:

Mögliche Ziele:

Nukleare

Einrichtungen

Raketen-

Stellungen

Luft-

Basen

Fabriken

für

C-Waffen

Öl-

Raffinerien

Militär-

Basen

Hier wird Uranerz

geschürft und nach

Al Qaim zur Verar

beitung gebracht

Baiji Hauptregion

der

Raffinerie

Samarra

Wichtigste

Produktionsstätte

chemischer Waffen

Irakische Truppenstationierung

Allierte Truppenstationierung

Allierte Truppenstationierung

TruppenPanzerFlugzeuge

USA 378.0002.9001.100

Ägypten 35.500600 20

Großbritannien25.000 168 55

Syrien 20.000 300 -

Saudi-Arabien 20.000 200 130

Frankreich 12.000 200 75

Iraks Truppen 450.000 3.600 400-500

Quelle: Time, 10.12.90

Anmerkungen:

Insgesamt 20 Staaten sind militärisch am Truppenaufmarsch gegen den Irak beteiligt, weitere 27 leisten Unterstützung.

Die Zahl der US-Truppen könnte bis zu 450.000 Mann reichen, je nachdem, ob wieweit die Einheiten in voller Kampfstärke an den Golf gebracht werden.

Großbritannien will seine Truppen auf 40.000 Mann verstärken.

Frankreich will weitere 1.000 Mann in die Region bringen.

Das Saudische Militär umfaßt insgesamt 60.000 Mann, das inzwischen kurzfristig auf über 200.000 Mann verstärkt wurde

61. Aktionen gegen den Golfkrieg

CD-Datei: daten/aksuche/ak325/aktion.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:aktion

Seit vier Monaten sind wir Zuschauer eines latent geführten Krieges, dem der offene Ausbruch (bislang) fehlt. Das Ausbleiben des "großen Knalls" produziert die Gewöhnung an den Kriegsaufmarsch, und so kamen Protestaktionen kaum über enggewordene Kreise von Friedensbewegten und AntimilitaristInnen hinaus. Ansatzpunkte für Aktionen in der BRD gibt es genug. In Mannheim wurde mit Behinderungsaktionen gegen die Verladung von US-Militärfahrzeugen begonnen. Bremerhaven soll neben Nordenham und Rotterdam Ausgangspunkt der größten militärischen Schiffsoperation nach dem Zweiten Weltkrieg werden. Bis zum Jahresende sollen 50 Schiffe die Ausrüstung der Schnellen Eingreiftruppe der US-Army an den Golf schaffen. Ein breites örtliches Bündnis organisiert in Bremerhaven ständige Mahnwachen und ruft für den 19.12. zu einer Blockadeaktion des Hafens auf.

Rund 100.000 GIs in der BRD haben ihr Testament gemacht und den Marschbefehl an den Golf in der Tasche. Mehrere hundert Bundeswehrsoldaten bereiten sich an der türkisch-irakischen Grenze unter dem Deckmantel von Manöverübungen auf die Kriegsteilnahme vor. Für größten Wirbel sorgte daher der Versuch der Staatsgewalt, Aufrufe zur Fahnenflucht zu kriminalisieren. Bei Friedensgruppen gingen mehrere hundert Anfragen von GIs ein, doch die reale Bedeutung dieser Aufrufe dürfte begrenzt bleiben. Auf Desertion steht fünf Jahre Knast, und Aufrufer wie die Grünen können den Fahnenflüchtigen keine illegale Struktur bieten, um sie vor dem Zugriff der Armee zu schützen.

Aufmerksamkeit gebührt in jedem Fall der ersten Sitzungswoche des Bundestages Mitte Januar: Hier soll ohne öffentliche Debatte die weltweite Kriegseinsatzfähigkeit der Bundeswehr, gut versteckt in einem Bündel weiterer Grundgesetzänderungen, besiegelt werden. Zünglein an der Waage ist dafür die SPD, deren Meinungsbildungsprozeß durch Besuche oder Besetzungen entsprechender Örtlichkeiten gefördert werden könnte.

Berichte über Einsatzplanungen für die Bundeswehr, Behinderungsaktionen, die Desertionskampagne und die Grundgesetzänderung auf den Seiten 8 bis 11

62. Fröhliche Weihnachten!

CD-Datei: daten/aksuche/ak325/golf.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:golf

Nach vier Monaten "Golfkrise" ist ein Datum für die Entscheidung zwischen Krieg und Frieden gesetzt worden. Falls der Irak nicht bis zum 15. Januar die vorangegangenen UNO-Resolutionen befolgt, sind die USA und ihre Verbündeten autorisiert, "alle nötigen Mittel anzuwenden", um den Irak zum Rückzug aus Kuwait zu zwingen. So steht es in der Resolution Nr. 678, die am 29. November vom UN-Sicherheitsrat angenommen wurde.

Einen Tag vor der Verabschiedung des UN-Ultimatums hatte im Verteidigungsausschuß des US-Senats eine mehrtägige öffentliche Anhörung zur "Golfkrise" begonnen. Der Zweck bestand offensichtlich darin, PR-wirksam Argumente gegen die Risiken einer direkten "militärischen Lösung" und für weiteres Zuwarten vortragen zu lassen. Der Oberkommandierende der US-Truppen am Golf, General Schwarzkopf, wurde in der Anhörung mit folgenden Sätzen zitiert: "Die Sanktionen sind erst seit ein paar Monaten in Kraft. Warum sollten wir jetzt, wo sie zu schmerzen beginnen, plötzlich sagen: Okay, das war nichts, laßt uns die Sache hinter uns bringen und viele Menschen umbringen? Das ist doch verrückt."

Auf die Wirkung der von der UNO beschlossenen Blockademaßnahmen zu setzen, nötigenfalls lieber noch ein halbes Jahr oder mehr abzuwarten, das war der allgemeine Tenor in der Anhörung. Das entspricht derzeit der überwiegenden Stimmung in der amerikanischen Öffentlichkeit. Die USA und ihre Verbündeten würden einen Krieg wahrscheinlich schnell gewinnen, wobei "schnell" aber durchaus einen Zeitraum zwischen drei Wochen und drei Monaten bedeuten könnte. Indessen wird geschätzt, daß etwa 10.000 US-Soldaten dabei umkommen würden. Die finanziellen Kosten eines Krieges für die USA werden auf 50 Milliarden Dollar veranschlagt. Die Folgen für die US-Wirtschaft wären sehr negativ.

Gründe genug, vor dem letzten Schritt zum Krieg zu zögern. Die arabische Staatenwelt wäre, falls es wirklich zu einem Krieg käme, in dem arabische Soldaten unter Oberbefehl der USA gegen ihre "Brüder" kämpfen und in dem auf beiden Seiten Zehntausende sterben, danach in ihren inneren Verhältnissen zutiefst erschüttert.

Andererseits sind die Warnungen berechtigt, daß sich die US-Regierung mit dem von ihr durchgesetzten UNO-Ultimatum selbst unter Handlungszwang gesetzt hat. Sollten die irakisch-amerikanischen Spitzengespräche im Dezember scheitern, sollte gar der 15. Januar ohne weitgehendes irakisches Einlenken verstreichen, bleibt wenig zeitlicher und politischer Spielraum, einen Krieg noch zu vermeiden. "Wenn Gewalt angewendet werden muß, dann wird dies plötzlich, massiv und entscheidend geschehen." (US- Außenminister Baker) Ein makabres Omen für die "neue Weltfriedensordnung", die uns die Politiker aus Ost und West verkünden.

63. Ist der SU noch zu helfen?

CD-Datei: daten/aksuche/ak325/su.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:su

Die Sorge um den Erneuerer des Sozialismus läßt die Kapitalisten, ihre Politiker und Meinungsmacher kaum noch schlafen. Mit einem Friedensnobelpreis, mit außenpolitischen Ehren, mit Containern voller Lebensmittel, mit schrillen Kommentaren, mit Händeringen und Beten versuchen sie den ersten sowjetischen Spitzenpolitiker zu retten, der im Westen populärer ist als im eigenen Land. Ihrer Befürchtung, daß nach Gorbatschow alles nur noch schlimmer werden würde, ist leider zuzustimmen, von jedem nur möglichen politischen Standort aus.

1985 wurde die Perestroika eingeläutet. Abgesehen von der Erweiterung der politischen und kulturellen Freiheit ist die Bilanz nach fast sechs Jahren äußerst negativ. Eine bis dahin nur schlecht funktionierende Gesellschaft wurde vollständig desorganisiert, bis hin zum weitgehenden Zusammenbruch der normalen Warenverteilung. Leeren Ladenregalen stehen eine Rekordernte, gut gefüllte Lager und Kühlhäuser, ein florierender Schwarzmarkt und Millionenvermögen in den Taschen von Mafiosi und Geschäftemachern gegenüber. Die Union der 15 Sowjetrepubliken und über 100 Nationalitäten zerfällt in militant verteidigte Sonderinteressen.

Wir berichten über den Konflikt zwischen Republiken, autonomen Gebieten und der Zentralregierung sowie zur Lebensmittelknappheit und Wirtschaftslage. Katja Leyrer setzt sich nach einer Leningrad-Reise kritisch mit der Päckchenkampagne auseinander.S. 22 - 24

64. Keine Lust auf links

Bundestagswahl mit deutlichem Rechtserfolg

CD-Datei: daten/aksuche/ak325/wahl.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:325:wahl

Konservativ-liberaler Sieg und eklatante Niederlage linker bzw. grüner Kräfte - das dürfte zusammengefaßt Haupttendenz der Wahlen zum 12. Bundestag sein. Strittig könnte vielleicht sein, ob es sich um eine Rechtswende neuer Qualität oder die bloße Stabilisierung des konservativ-liberalen Lagers handelt.

Zwei Faktoren haben für Überraschung gesorgt: die geringe Wahlbeteiligung von 77,8% gesamtdeutsch und das Herausfallen der Westgrünen. Was da zur 97. historischen Stunde - nämlich den ersten gesamtdeutschen Wahlen zum ersten gesamtdeutschen Parlament - hochstilisiert worden war, wurde ganz offensichtlich nicht von der Bevölkerung so wahrgenommen. Amerikanisierung der Wahlen, der Linken?

Die Westgrünen hat es hart getroffen. Am Wahlabend noch herrschte verzweifelte Hoffnung, durch die exakteren Auszählungen den Sprung doch noch zu schaffen. Häme über dieses Ergebnis als Ausdruck konservativer Konsolidierung und alternativer, linker Schwäche und Zersplitterung und eines drohenden gesellschaftlichen Klimas der Adenauer-Ära ist keinesfalls angebracht, auch wenn noch am Wahlsonntag deutlich wurde, wo's bei den Grünen künftig langgehen soll: Hubert Kleinert zog vom Leder und kündigte die Machtfrage der Realos an.

Und die PDS? Überraschend gewann sie in den Ländern der ehemaligen DDR immerhin 9,9% - trotz Finanzskandals, massiver Angriffe vor allem seitens der SPD und anderer Widrigkeiten. Im Westen allerdings - entgegen manchen Slogans - nichts Neues: ein niederschmetterndes Ergebnis von 0,3% für die PDS/Linke Liste, womit das Scheitern des Bündnisprojekts PDS/Linke Liste (zumindest bis jetzt) belegt wäre. Die PDS, die nun mit 17 Abgeordneten im künftigen Parlament vertreten sein wird, dürfte sich auf Eisschrankzeiten, von Rühe bereits fürsorglich prophezeit, einzustellen haben. Das Herausfallen der Westgrünen ist auch unter diesem Aspekt - Fehlen jeglichen Bündnispartners - fatal.

Was steht an? Abgesehen von der notwendigen Reflexion der Lage der Linken sicher außerparlamentarische Aktivitäten an allen politischen Brennpunkten. Und auch die PDS-Gruppe im Bundestag wird sich daran messen lassen müssen, wie es ihr gelingt, ihre parlamentarische Arbeit in außerparlamentarischen Kampf einzuordnen, nicht in fleißiger Ausschußarbeit zu versinken, sondern konsequente linke Opposition ins Parlament hineinzuverlängern. Dabei wird ihr nüchtern betrachtet - kaum eine der auch von den Grünen erfahrenen Anpassungsmechanismen erspart bleiben.

Analysen und Stellungnahmen auf den Steiten 13 - 17